Mittwoch, 5. Dezember 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 285 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Renten: Ende dieses Jahres erlischt für alle Personen, die nicht oder nicht mehr pflichtversichert sind, der Anspruch auf eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente. Wer ihn nicht verlieren will, muß für jeden Monat des Jahres Beiträge nachzahlen. (S. 5)

Hessen: Der Bruch des rot-grünen Bündnisses scheint vorerst besiegelt zu sein. Ministerpräsident Börner erteile den Forderungen der Grünen nach neuen Verhandlungen über die Atompolitik eine klare Absage.

Späth: Nach der Verschiebung des Polen-Besuchs von Außenminister Genscher hat auch Baden-Württembergs Regierungschef Späth eine für Mitte Dezember geplante Reise aufgeschoben. (S. 12)

Glasfaser: Schon 1986 – ein bis zwei Jahre früher als geplant – will die Bundespost mit dem Ausbau eines lokalen Glasfaser-Netzes beginnen. (S. 5)

Afghanistan: Verteidigungsminister General Abdul Kader ist abgesetzt worden. Anlaß war offenbar sowjetische Unzufriedenheit mit der afghanischen Strategie gegen den Widerstand. (S. 12)

Popieluszko: Der Prozeß gegen die Mörder des polnischen Priesters wird nicht in Warschau, sondern in Thorn stattfinden. Zur Begründung hieß es, die Entführung und der Mord hätten in dieser Region stattgefunden. (S. 6)

Portugal: Die Regierungskoalition scheint ihre Krise überwunden zu haben. Sozialisten und Sozialdemokraten einigten sich auf eine Kabinettsreform und Schritte zur Wirtschaftssanierung. (S. 6)

Flugzeugentführung: Die Entführer eines kuwaitischen Airbus mit rund 160 Menschen an Bord haben gestern auf dem Teheraner Flughafen eine ihrer Geiseln erschossen. Über ihre Forderungen wurde zunächst nichts bekannt.

ZITAT DES TAGES



»Die deutsche Frage hat noch nie den Deutschen allein gehört. Alle Nachbarn waren zu allen Zeiten an ihr interessiert und engagiert. Auch hat die Geschichte noch nie eine endgültige Antwort auf diese Frage gegeben«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seinem Antrittsbesuch in Niedersachsen FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Als „im ganzen positiv" beurteilen die deutschen Arbeitgeber die wirtschaftliche und politische Bilanz des abgelaufenen Jahres. Es stünden jedoch noch drängende Probleme an, darunter die Konsolidierung der Sozialfinanzen. (S. 13)

Bauindustrie: Einen Kredit von zehn Milliarden DM nach dem Muster des ERP-Sonderprogramms für Umweltschutz fordert der Hauptverband der deutschen Bauindustrie für kommunale Investitionen. Sonst werde es zu einer weiteren Kapazitätsvernichtung und größerer Arbeitslosigkeit kommen. (S. 13)

Forschung: Für rund 400 Millionen DM wird bei Köln der Europäische Transschall-Windkanal errichtet – die teuerste Versuchsanlage der Luftfahrtforschung in Europa. Beteiligt sind auch Frankreich, Großbritannien und die Niederlande.

Börse: An den Aktienmärkten setzte sich gestern die freundliche Tendenz fort. Der Rentenmarkt war lebhaft. WELT-Aktienindex 161,0 (160,4). Dollarmittelkurs 3,0906 (3,1200) Mark. Goldpreis pro Feinunze 332,00 (329,50) Dollar. BHF-Index 102,860 (102,741). Performance-Index 112,036 (111,874).

KULTUR

Jüdischer Widerstand: Auf vielfältige Weise wurde in diesem Jahr, vierzig Jahre nach dem 20. Juli 1944, des Widerstands gegen den Nationalsozialismus gedacht. Dabei blieb der jüdische Widerstand – trotz seines weiten Spektrums – fast unerwähnt. Dem wollen zwei neue Bücher entgegenwirken. (S. 21)

Humor in der „DDR": Immer weniger Satiriker produzieren Programme für immer mehr Kabaretts. Der Nachwuchs verspürt keine Lust mehr, „staatlich lizenzierter Gagschreiber" zu werden. Wie es um den Humor in der „DDR" steht, versuchte eine Tagung an der Ruhr-Universität in Bochum zu ermitteln. (S. 21)

WELT-Serie „Sieg der Sterne"

In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt der größte *technologische Wettstreit der Geschichte. Es* geht um die lichtgeschwinden Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen und damit der nuklearen Bedrohung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts soll das Projekt von den USA mit Milliarden-Aufwand verwirklicht sein. Seite 9

SPORT

Leichtathletik: Hochsprung-Olympiasiegerin Ulrike Meyfarth hat in einem Schreiben an den Verband offiziell ihren Rücktritt erklärt.

Schwimmen: Olympiasieger Michael Groß wird bei der Proklamation zum „Sportler des Jahres" fehlen. Groß muß anderntags schwimmen.

AUS ALLER WELT

„Cool bleiben": Daß Amerikanismen in fast jeden Bereich der modernen deutschen Sprache eingedrungen sind, mag für manchen bedauerlich sein. Aber auch der Einfluß des Deutschen auf das amerikanische Englisch sollte nicht unterschätzt werden. Er reicht von „Kindergarden" bis „Waldsterben". (S. 22)

Bosporus-Brücke: Ein Riesenerfolg wurde das Projekt der türkischen Regierung, die gebührenpflichtige Brücke über den Bosporus in Form von Anteilscheinen an die Öffentlichkeit zu verkaufen. (S. 3)

Wetter: Meist bewölkt oder neblig trüb. Bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

EG erzielt Wein-Kompromiß. Streit um Mittelmeerpolitik

Verärgerung in Dublin über die ultimativen Forderungen Papandreous

WILHELM HADLER/DW. Dublin

Die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Staaten haben gestern einen Kompromiß zur Eindämmung der Weinüberschüsse erzielt und damit einen Weg für abschließende Verhandlungen mit Spanien und Portugal über einen Beitritt dieser iberischen Länder zum 1. Januar 1986 geebnet.

Allerdings ergab sich am Nachmittag eine zusätzliche Komplikation durch das Verhalten Griechenlands. Ministerpräsident Papandreou forderte ultimativ die Zustimmung zu einem „integrierten Mittelmeerprogramm", dessen Nutznießer außer Griechenland auch Italien und Frankreich sein würden. Das Programm, kurz IMP genannt, wird seit Jahren verlangt, Papandreous Forderung von umgerechnet rund 15 Milliarden Mark ist allerdings bislang von niemandem akzeptiert worden.

Dem Vernehmen nach verließ Papandreou vorübergehend den Verhandlungsraum, nachdem sich Großbritannien vehement gegen seine Forderungen sperrte. *Die Sitzung, die zu* diesem Zeitpunkt kurz vor dem Abschluß zu stehen schien, wurde daraufhin offiziell unterbrochen.

Bei den zweitägigen zähen Verhandlungen über die Weinproblematik war die Bundesregierung *überraschend in die Schußlinie* geraten: Während das Weinproblem zunächst von allen eine Angelegenheit Frankreichs und Italiens zu sein schien, spitzte sich die Diskussion plötzlich allein auf die Frage zu, inwieweit den deutschen Winzern auch künftig die Zuckerung von Weinen gestattet bleibt. Bundeskanzler Helmut Kohl erreichte schließlich, daß die traditionelle Zuckerung in den nördlichen Weinbaugebieten zunächst einmal von der EG-Kommission untersucht wird, die bis Ende 1990 einen Bericht vorlegen soll. Ab 1988 dürfen die deutschen Winzer jährlich bis zu einer Million Hektoliter Tafelwein destillieren. Diese Menge wurde bisher noch nicht erreicht.

Die Italiener haben hart darauf gepocht, daß nicht nur sie und die Franzosen ein Opfer zur Begrenzung der Überschüsse bringen müßten, sondern *auch die Deutschen.* Dem hielt Bonn entgegen, daß die von Rom geforderte Verwendung von teurerem Mostkonzentrat wegen des geringen Anteils der deutschen Weine an der Gesamtproduktion der EG keinen nennenswerten Einfluß auf die Verringerung des Überschusses haben würde.

Die zehn Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben in Dublin ihre Hoffnung auf baldige substanzielle Rüstungskontrollverhandlungen unterstrichen. Zum Abschluß der EG-Gipfelkonferenz legten sie ihre außenpolitische Haltung in einer Serie von Erklärungen fest.

Zur Lösung der Krise im Nahen Osten setzten sich die Zehn einmütig für „direkte Verhandlungen zwischen den Parteien selbst – den arabischen Staaten, Israel und den Palästinensern" ein. Außerdem hielten sie an dem Plan fest, unter der am 1. Januar auf Italien überwechselnden Ratspräsidentschaft der EG unmittelbare Kontakte mit den Beteiligten selbst aufzunehmen. Die Staats- und Regierungschefs haben sich abermals gegen *den Einsatz militärischer Gewalt* in Mittelamerika ausgesprochen.

DER KOMMENTAR

Weinprobe in Dublin

WILHELM HADLER

Dreimal soviel Zeit wie auf die Pläne für die politische Union Europas haben die Staats- und Regierungschefs der EG in Dublin auf das Pro und Kontra der deutschen Weinzuckerung verwandt. Am Ende herrschte wieder einmal Einigkeit, daß es so in der Gemeinschaft nicht weitergehen könne. Auf den ersten Blick sieht es auch wirklich so aus, als hätten die Beschlüsse, die auf dem Gipfel nach zermürbenden Beratungen ausgehandelt wurden, bereits vor Monaten von den Fachministern getroffen werden können. Allein die Existenz des Europäischen Rates verleitet die Brüsseler Ministerräte jedoch dazu, unpopuläre Entscheidungen möglichst nach oben zu delegieren und den Gipfel immer wieder als eine politische Berufungsinstanz in allen Streitfragen anzusehen.

Die Gefahr dieser Entwicklung liegt darin, daß pragmatische Einzelansätze für Lösungen in immer schwieriger zu handhabenden „Paketen" zusammengeschnürt werden. Damit verurteilt sich der Europäische Rat selbst zur politischen Immobilität. Ein Beispiel unter vielen ist der Versuch Griechenlands, die Erweiterung der EG mit überzogenen Forderungen für ein „integriertes Mittelmeer-Programm" aufzuhalten. Den Deutschen, die bereits wegen der Weinzuckerung in die Ecke gedrängt waren, mußte der unbekümmerte Griff in ihre Taschen vollends wie eine politische Erpressung anmuten.

Helmut Kohl hat sich in Dublin nicht nur als fachkundiger Unterhändler bei den schwierigen Weinproblemen erwiesen, was für manche EG-Partner eine Überraschung war. Er hat auch klar gemacht, daß für Bonn die Verankerung in der Europäischen Gemeinschaft mehr ist als eine Angelegenheit *des wirtschaftlichen* Kalküls. Gerade deshalb konnte er die deutschen Interessen kraftvoller zur Geltung bringen. Die Hoffnung, Bonn werde nachgeben, weil es nun einmal den spanischen und portugiesischen EG-Beitritt befürwortet, ging nicht auf.

Auch bei künftigen Gipfeln wird es freilich viel mühseligen Streit um die Teilprobleme geben. Die Erwartung, daß sich die Regierungen kompromißbereiter zeigen, ist schon angesichts der leeren Kassen in Brüssel und den Hauptstädten illusorisch. Am schwerfälligen Entscheidungsmechanismus in Europa kann nur die Bereitschaft etwas ändern, Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren. Der den Regierungschefs vorgelegte *Zwischenbericht* über die Stärkung der europäischen Union hat schon jetzt deutlich gemacht, daß nicht alle Regierungen diesen Weg gehen wollen.

Kritische Fragen nach Geld der Grünen

Vorwurf in Bonn: Verstoß gegen Urteil des Bundesverfassungsgerichts / „Unredlichkeit"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Grünen haben zwischen 1979 und 1983 insgesamt 27 397 659,54 Mark an Wahlkampfkostenerstattung erhalten. 65,4 Prozent ihrer Gesamteinnahmen kamen somit von der öffentlichen Hand. Nach Ansicht von Experten haben die Grünen gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verstoßen. Es besagt, daß sich die Parteien überwiegend – also zu mehr als 50 Prozent – aus Mitgliedsbeiträgen oder Spenden finanzieren müssen.

Der Anteil der Mitgliedsbeiträge der Grünen belief sich in dieser Zeit mit 5 231 866,28 Mark gerade auf 12,49 Prozent. Daneben erhielt die Partei 4 146 353,94 Mark an Spenden. Hinzu kommen in diesem Jahr für die Bundestags- und Europawahl 17 987 910,10 Mark. Das geht aus einer Antwort des Bundestagspräsidenten auf Fragen von vier Abgeordneten der CDU/CSU hervor.

Vor diesem Hintergrund forderte gestern der Abgeordnete Otto Hauser (CDU) die Grünen auf, einen Teil der Erstattungsbeträge an die Staatskasse zurückzugeben. Gleichzeitig warf er ihnen „mangelnde Ehrlichkeit" und „Unredlichkeit" wegen ihrer Kritik am Finanzgebaren der anderen Parteien vor.

Mit Finanzfragen wird sich am Wochenende auch der Grünen-Parteitag in Hamburg befassen. So sollen nach einem Antrag die Erstattungen für Bundestagswahlen im Verhältnis 20 : 80 zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden aufgeteilt werden. Außerdem will die Bundestagsfraktion dort durchsetzen, daß die Partei ihr zwei Prozent der Spenden der Abgeordneten, die einen Großteil ihrer Diäten an die Ökofonds abführen müssen, wieder zur Verfügung stellt. Bisher hätten die 27 Abgeordenten knapp 1,4 Millionen Mark gespendet. Aus dem jetzt geforderten „Feuerwehrfonds", so der Rechenschaftsbericht der Fraktion, sollen „kleinere Beträge schnell, flexibel und unbürokratisch" für bestimmte Fälle verwandt werden. Weil bekannt sei, daß die Fraktion über „relativ viel Geld" (jährlich rund 7,2 Millionen Mark) verfüge, werde sie „immer wieder" um Spenden „angegangen". Sie müsse solche Bitten jedoch ablehnen, weil die öffentlichen Mittel „streng zweckgebunden" seien.

Hingewiesen wird unter anderem auf „20 jugendliche Hausbesetzer, die als Gäste der Fraktion" an der Jugendfragestunde 1983 im Bundestag „teilnahmen und aufgrund ihrer eigenen Interpretation der Veranstaltung Geldstrafen von rund 30 000 Mark erhielten". Die Gruppe, die damals Tumulte und Krawalle im Parlament angezettelt hatte, müsse „wahrscheinlich" Freiheitsstrafen antreten. Denn die Fraktion sei nicht in der Lage, „sie finanziell zu unterstützen.

El Salvador erhält aus Bonn weitere Hilfe

HEINZ HECK, Bonn

El Salvador bemüht sich um deutsche und europäische Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes. Planungsminister Fidel Chavez Mena bereist zur Zeit Bonn, Paris, Rom und Brüssel auf der Suche nach Entwicklungshilfe und Investoren. Wie er gestern in Bonn erklärte, hat er Entwicklungsminister Jürgen Warnke eine Liste von Projekten im Umfang von 160 Millionen Dollar für die nächsten fünf Jahre übergeben (Schwerpunkte sind Wohnungsbau, Volksgesundheit und Erziehung). Nach deutscher Planung *sind für das kleine* zentralamerikanische Land 1985 wie in diesem Jahr 20 Millionen Mark Kapitalhilfe, aber fünf statt drei Millionen Mark technische Hilfe vorgesehen.

Die entscheidende wirtschaftliche Unterstützung komme aus den USA. Ohne sie wäre die Rückkehr zur Demokratie nach rund 50 Jahren allein an wirtschaftlichen Schwierigkeiten gescheitert. Dennoch habe das Land gerade in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Rückschläge hinnehmen müssen. Zur Stimulierung der nationalen Exportindustrie habe Washington *zwölf Jahre zollfreie* Einfuhr für Industrieerzeugnisse aus El Salvador zugesagt. Ausländische Unternehmen seien im Lande keinen Kapitalbeschränkungen unterworfen.

Gestern hat Chavez bei der bundeseigenen DEG (Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH) in Köln Gespräche mit Unternehmern geführt. Besonderes Interesse bestehe an der industriellen Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Zunahme bei Arbeitslosigkeit saisonbedingt

PETER JENTSCH, Bonn

Trotz einer weiterhin „zu hohen" Arbeitslosenrate wertet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, die neuesten Zahlen als „Zeichen einer bescheidenen konjunkturellen Besserung". Mit einem Anstieg um 44 700 auf 2,189 Millionen Arbeitslose beträgt die Arbeitslosenquote jetzt 8,8 Prozent.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit führte Franke gestern bei der Vorlage des November-Berichts auf „jahreszeitlich" bedingte Einflüsse zurück, etwa im Bereich der Bauwirtschaft und des Hotel- und Gaststättengewerbes. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl zeige weiter eine rückläufige Tendenz; gegenüber November 1983 lag sie um 4100 oder 0,2 Prozent niedriger.

Besonders erfreulich nannte Franke die günstige Entwicklung bei den Jugendlichen. Bei den unter 20jährigen verminderte sich die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr um 27 000 (15 Prozent) auf 155 200. Auch die Zahl der Kurzarbeiter ist erheblich zurückgegangen, und zwar gegenüber dem Vormonat um 43 200 (14 Prozent) auf 257 400. Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Kurzarbeiterzahl sogar um 47,9 Prozent oder 236 000 Personen niedriger. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Haimo George, sieht in dieser Entwicklung „eine spürbare Entlastung für den Arbeitsmarkt".

Die Zahl der offenen Stellen liegt mit 81 500 um 22 Prozent höher als vor Jahresfrist.

Seite 2: Unter zwei Millionen?

Blaize gewinnt Grenada-Wahlen

DW. Saint George's

Der frühere „Chiefminister" der britischen Kolonie Grenada, Herbert Blaize, hat die Wahlen auf Grenada mit überwältigender Mehrheit gewonnen. Nach letzten Ergebnissen hatte seine konservative Neue Nationale Partei mindestens zehn der insgesamt 15 Parlamentssitze errungen.

Die Vereinigte Arbeiterpartei (GULP) des 1979 von Maurice Bishop gestürzten Eric Gairy erlitt eine empfindliche Niederlage. Die „Maurice *Bishop Patriotic Movement*" – Anhänger des im Oktober 1983 von linksradikalen Vertretern seiner eigenen Regierungspartei ermordeten Revolutionsführers – konnten nach letzten Schätzungen nicht einen einzigen Sitz erringen.

Blaize, der von Washington bevorzugte *Kandidat,* sollte gestern von Generalgouverneur Paul Scoon mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

Seite 2: Absage an Extremisten
Seite 6: Erdrutschsieg

Castro plant Olympia-Boykott

DW. Tokio

Kubas Staatschef Fidel Castro soll zu einem Verzicht seines Landes auf die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul fest entschlossen sein. Eine entsprechende Meldung des staatlichen nordkoreanischen Rundfunks wurde in Tokio empfangen.

Castro soll dem nordkoreanischen Botschafter in Havana, Pak Yong-Se, erklärt haben, daß Kuba eine Austragung *der Spiele in Seoul energisch* verhindern wolle. Kuba war bereits den Spielen 1984 in Los Angeles ferngeblieben. Es unterhält zu Südkorea keine diplomatischen Beziehungen.

In einem Brief an IOC-Präsident Samaranch hatte Castro eine Austragung der olmypischen Wettbewerbe in Nord- und Südkorea gefordert. Das IOC bekräftigte am vergangenen Wochenende allerdings seinen Willen, die Olympischen Spiele in Seoul auszutragen.

Bukarest: Attentat auf Jordanier

DW. Bukarest / Amman

Der Botschaftsrat der jordanischen Botschaft in Bukarest, Asmi Almufti, ist gestern bei einem Attentat in Bukarest getötet worden. Dies wurde offiziell in Amman bestätigt. Der Täter, vermutlich ein Palästinenser, wurde festgenommen. Der Anschlag setzt die vor rund einem Jahr begonnene Reihe von Attentaten auf jordanische Diplomaten fort und ist der erste dieser Art in einem Ostblock-Staat. Ihm waren *Attentate* in Indien, *Italien, Griechenland und Spanien* vorausgegangen.

Wie der jordanische Ministerpräsident Obeidat mitteilte, habe der Diplomat seinen Sohn um 8.30 Uhr vom Hotel Bucuresti zur Schule bringen wollen, als er durch mehrere Schüsse tödlich getroffen wurde. Nach Angaben eines osteuropäischen Journalisten soll noch ein zweiter Mann bei dem Anschlag getötet worden sein. Die rumänischen Behörden machten dazu zunächst keine Angaben.

Höffner: Es gibt keine Staatskrise

fac. Bonn

Mit der Autorität des Theologen, aber auch des Gesellschaftswissenschaftlers hat Kardinal Joseph Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, der im Zusammenhang mit der Flick-Affäre aufgestellten These von einer „Staatskrise" widersprochen. „Eine Staatskrise ist deswegen bei uns nicht gegeben, weil politische Macht bei uns unter Kontrolle steht. Einmal unter der Kontrolle des Parlaments, dann unter der Kontrolle der Opposition, dann unter der Kontrolle der Gerichte, unter der Kontrolle auch der Massenmedien und schließlich auch unter der Kontrolle der Bürger", sagte Höffner im ZDF.

Als persönliche Erfahrung führte der Kölner Erzbischof an, daß die meisten Frauen und Männer, die politische Verantwortung übernommen haben, „mit großer Verantwortung und auch aus einer sittlichen Haltung" heraus handeln.

Der Kardinal, der sich zum Thema „Verdirbt Politik den Charakter?" äußerte, sieht allerdings eine „Krise der Moral", die aber nicht nur den Politikern zugeschoben werden dürfe. Er definierte die „tatsächlich vorhandene schwere Lebenskrise" in der Bundesrepublik Deutschland als eine Krise des Sittlichen, die sich in Selbstmorden, Geburtenrückläufigkeit, Drogenmißbrauch, Gewalt, aber auch in den 118 000 Ehescheidungen im *vergangenen Jahr sowie in der Miß*achtung alten und kranken Lebens spiegele. Das Machbarkeitsdenken in der Politik gehe seinem Ende entgegen. Damit weiche das „moderne Bewußtsein" etwas völlig Neuem. In diesem Umbruch sieht Höffner auch eine Chance für die Kirche.

In dem Interview gab der Kardinal eine biblische Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Macht und Moral. Höffner: „Im Alten Testament wird derjenige, der politische Macht ausübt in einem Volk, unter das Zeichen des Hirten gestellt... Der Hirt gibt sein Leben für die Seinen, er steht im Dienst der Seinen. Aber im AT steht dann das Wort, wehe den Hirten, die sich selber weiden. Das würde ich auch sagen von einem Politiker. Ein Politiker muß, wenn er sich an die Moral hält, im Dienst der Gesellschaft, des allgemeinen Wohles stehen. Und wenn er in seine eigene Tasche arbeiten würde, wenn er der Korruption dienen würde oder die Macht mißbrauchen würde, hätte er unmoralisch gehandelt. Ich kann noch ein anderes Bild bringen aus dem Neuen Testament. Im NT, im 13. Kapitel des Römerbriefes, wird die Ausübung der Macht in einem Staat Diakonie genannt ... Diakonie heißt Dienst ... !"

Daraus leitete Höffner die Forderung ab, politische Persönlichkeiten müßten sich durch Charakterfestigkeit, Unbestechlichkeit und fachliche Qualifikationen auszeichnen. Die Fähigkeit zu eindeutigen und raschen Entscheidungen setze Unabhängigkeit und Bereitschaft zur Unpopularität voraus. Und Parteien, die das „C" in ihrem Namen führen, hätten die besondere Verpflichtung zu christlichen Grundsätzen. Den Schutz des ungeborenen Lebens freilich mahne die Kirche bei allen Parteien an, weil dies ein allgemein menschlicher Schutz sein müsse, „der nicht nur für christliche Kinder gilt".

Der Kardinal weigerte sich, Macht von vornherein als etwas Schlechtes anzusehen. Bei allen Versuchungen, die auch in seinen Augen mit ihr verbunden sind, interpretierte er sie positiv, nämlich als „die Fähigkeit, eine gültige gesellschaftliche Ordnung zu schützen". Macht müsse im Dienste der Allgemeinheit stehen, und ihre Schranke sei das Recht.

Vor allem junge Akademiker kehren Polen den Rücken

Warschauer Zeitschrift nennt Gründe für Emigrationswelle

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

Der größte Teil der polnischen Staatsbürger, die von 1980 bis 1983 ihr Land verlassen haben, kommt aus Akademikerberufen. Diesen Umstand beklagt die Warschauer Zeitschrift „Fakty" (Tatsachen). Es handele sich vorwiegend um Inhaber höherer akademischer Grade. An erster Stelle stünden Diplomingenieure (zum größten Teil Elektroingenieure), gefolgt von Ärzten, Physikern und Mathematikern.

Der Altersdurchschnitt der polnischen Abwanderer liegt nach den Angaben des Blattes zwischen 20 und 40 Jahren, also im „produktiven Alter". Den 150 000 polnischen Staatsbürgern, die in den drei Jahren ihr Land verlassen haben, stehen nur 5000 Rückkehrer gegenüber, wie das polnische Statistische Jahrbuch 1984 ausweist. Mehr als die Hälfte der legalen und illegalen Auswanderer sind Frauen. „Fakty" vermutet daher, daß vornehmlich Paare das Land verlassen, um sich gemeinsam im Westen eine neue Existenz aufzubauen.

„Es handelt sich generell um Menschen, *die – wenn es erlaubt ist, dies* offen auszusprechen – zwar an der Nation, nicht aber an unserem Staat hängen. Es heißt, unter Staat verstünden sie das System und das hier herrschende Recht, welches sie als fremd empfänden, ja sogar als feindlich. Sie haben eine kritische Abneigung gegenüber Staat und Behörden." Für sie gehöre Polen „zum Kreise christlicher und westlicher Kulturen". Was dort „innen- und außenpolitisch" geschehe, passe ihnen nicht, sei für sie nicht polnisch.

„Fakty" sieht auch andere Gründe für die Emigrationswelle: „Jene die bei uns Hochschulstudien absolvieren, verdienen heute weniger als Nichtakademiker." Jungakademiker seien daher über die mangelnden Berufs- *und Einkommensaussichten* im Mutterland verzweifelt.

Ergänzend erwähnt „Fakty" die Existenz einer umfangreichen und resignierten „inneren Emigration" in Polen.



Unter zwei Millionen?

Von Peter Gillies

Der Arbeitsmarkt gilt als dunkler Fleck auf den optimistisch bis kühn formulierten Aufschwungprognosen der Wirtschaftskundigen. Allerorten gibt es Rekorde zu vermelden – so bei der Geldwertstabilität oder beim Export –, nicht jedoch bei der Beschäftigung. Im November wurden wieder 2,19 Millionen Erwerbslose registriert, zwar 4000 weniger als im November des Vorjahres, aber rund 45 000 mehr als im Oktober.

Jede Verheißung, man könne rasch sowie schmerz- und kostenlos Vollbeschäftigung herstellen, ist gelogen. Das Problem bleibt zäh, politisch herausfordernd und menschlich bedrückend. Auch wenn die Konjunktur im nächsten Jahr weiter lebhaft bleibt, dürfte sie auf die Beschäftigung nur langsam wirken. Der Arbeitsmarkt war stets ein Spätindikator: Es dauert lange, bevor die Unternehmen bei wirtschaftlicher Belebung neue Leute einstellen. Andererseits halten sie ihren Personalbestand im Abschwung auch etwas länger durch.

Tristesse ist unangebracht. Auch aus internationalem Blickwinkel ist es ein Erfolg, wenn die registrierte Erwerbslosigkeit bei uns nicht weiter steigt. Prognosen, alsbald würden drei, vier oder mehr Millionen Joblose zu beklagen sein, bleiben Horrormache. Vieles spricht dafür, daß die Bundesrepublik im nächsten Jahr zeitweise wieder unter die Zweimillionengrenze kommt – eine wichtige psychologische Wirkung.

Die Hoffnung aus der Novembermeldung ist dreifach. Erstens: Die leicht gestiegenen Erwerbslosenzahlen sind ausschließlich witterungsbedingt. Hinter diesem Saisoneinfluß verbirgt sich auch eine Verbesserung des Arbeitsmarktes. Zweitens: Die Neigung zu Neueinstellungen wächst langsam, Kurzarbeit nimmt ab. Drittens: Bei Jugendlichen entschärft sich das Arbeitsplatzproblem weiter.

Aus der langen Arbeitslosigkeit zu schließen, mit einem gewissen Sockel müsse man eben leben, wäre gefährlich. Arbeitswillige, die keinen Arbeitsplatz bekommen, sind stets vergeudetes Wachstum, vergebene Chancen, versäumte soziale Sicherung. Die Daten, von wann ab ein Arbeitsplatz wieder so lohnend wird, daß man jemanden einstellen kann, setzen jedoch nicht staatliche Instanzen, sondern die Tarifpartner.

Absage an Extremisten

Von Werner Thomas

Zwei Wahlen, die gleiche Richtung: Eine Woche nach dem Urnengang in Uruguay hat auch die Bevölkerung Grenadas eine Regierung der Mitte gewählt. Rechte und linke Extremisten, die laut aufgetreten waren, erhielten eine Absage.

Erfahrungen prägen. Beide Länder mußten in der jüngeren Vergangenheit Bekanntschaft machen mit Exzessen des Extremismus. Es waren blutige Lehrstücke. Was Grenadas Wahlsieger Herbert Blaize sagte, traf auch auf Uruguay zu: „Die Leute wollten nicht zur Vergangenheit zurückkehren".

Blaize war sicher nicht der attraktivste Kandidat auf Grenada. Er ist durch ein schweres Arthritisleiden körperlich behindert. Er kann keine feurigen Reden halten. Er versprach keine Wunder, sondern warnte, daß Opfer gebracht werden müßten. Dennoch gelang ihm dieser klare Triumph in einer Wahl, die eine Wahlbeteiligung von 90 Prozent erreichte.

Die Invasion Grenadas zur raschen Beendigung einer Terrorherrschaft karibischer Stalinisten, die zuvor den marxistischen Premier Maurice Bishop und mehr als hundert andere Personen ermordet hatten, war einer der größten außenpolitischen Erfolge der Reagan-Regierung. Jeder Besuch auf der Insel vermittelt diesen Eindruck. Nirgendwo in der Region erfreuen sich die Amerikaner größerer Sympathien als hier. Selbst Bishops Mutter äußerte sich dankbar, als die US-Truppen landeten. Wenn eine andere Gruppe gewonnen hätte, wäre dieser Erfolg in Frage gestellt worden.

Bishops linke Gefolgsleute sind heute ein unbedeutendes Häuflein, aber sie hatten sich eine Hoffnung gemacht: Wenn die Partei des Expremiers Sir Eric Gairy gewinnen und die Regierung übernehmen sollte, dann würde die Politik dieses zweifelhaften Phantasten, den sie seinerzeit stürzten, ihnen eine Chance zu neuer polarisierender Profilierung geben.

Die Rechnung ging nicht auf. Jetzt macht Bishops früherer Justizminister Kendrick Radix denn Urnengang madig: „Er wurde von der CIA organisiert". Ein alter Trick der Extremisten. Freilich hatten Radix und seine Genossen sich an der Wahl beteiligt.

Steine und Qualität

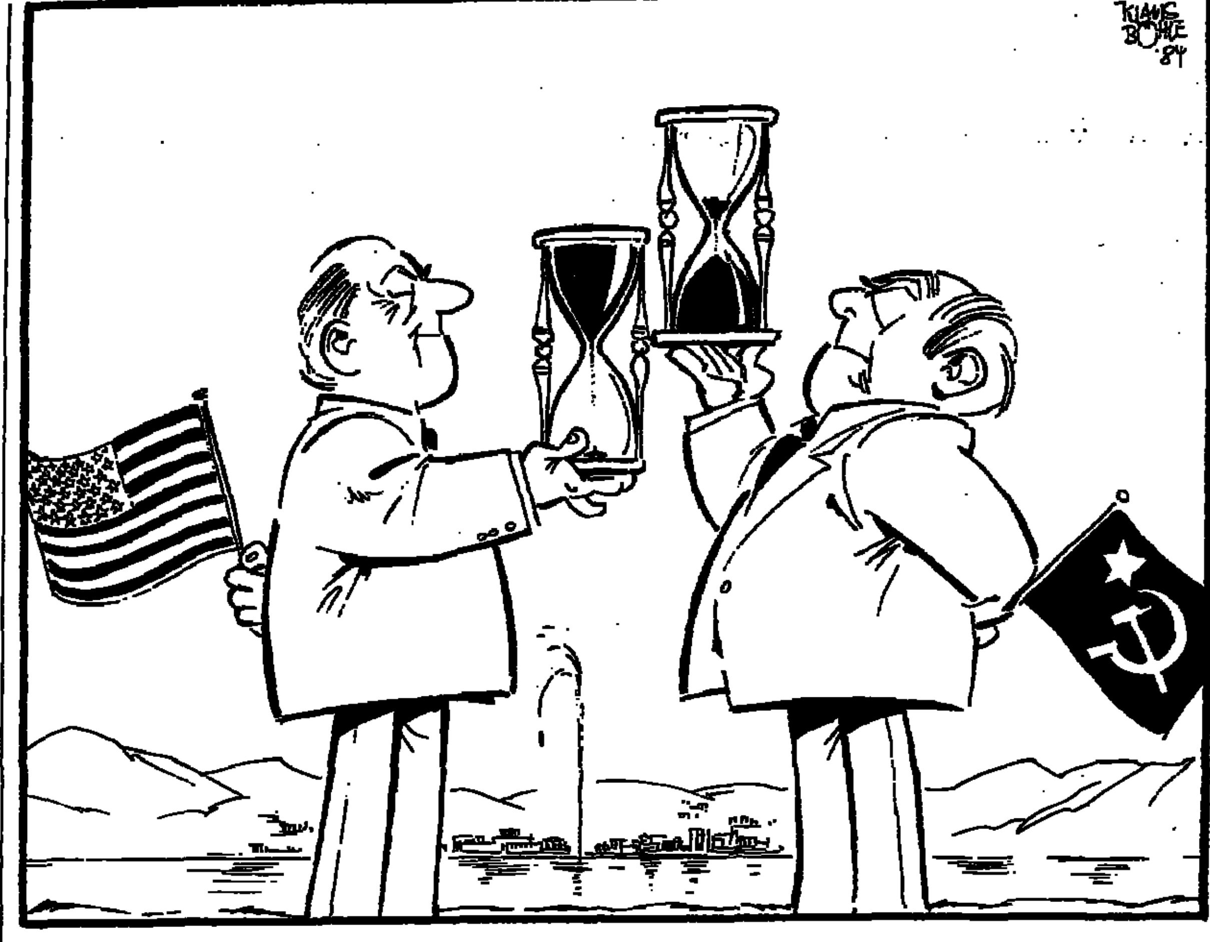
Von Enno v. Loewenstern

In einer Sondersitzung haben die Grünen sich mit dem Nazi-Vergleich auseinandergesetzt. Das ist ein immerhin erfreuliches Zeichen für die Möglichkeit einer Umkehr.

Dabei kommt es weniger auf Äußerlichkeiten an; etwa, daß die Grünen kein Führerprinzip kennen – auch wenn der SPD-Abgeordnete Waltemathe nachdenklich anmerkte, daß das Rotationsprinzip als „Gegenteil des Führerprinzips" auch zur Entpersönlichung der Politik und damit zur Schwächung der Demokratie führe. Ebenso sind das Verbrennen von Fahnen (Frau Hamm-Brücher: „So fängt es an!") oder Gesang im Parlament nur Hilfsindizien.

Entscheidend ist die Mißachtung des demokratischen Prinzips der Mehrheitsentscheidung unter dem Gesetz. Und, demgemäß, des Gesetzes selber. Daß „Widerstand gegen die staatlichen Maßnahmen nicht nur legitim, sondern erforderlich sein kann", steht im Bundesprogramm der Grünen von 1980. „Sozialer Widerstand geht von Regel- und Gesetzesverletzungen aus, wenn andere Mittel nicht mehr greifen", kündigt das Programm der hessischen Grünen zur Landtagswahl 1982 an. „Es war politisch notwendig, daß beispielsweise im Dezember am Ku-Damm die Steine geflogen sind", versicherten drei AL-Vertreter dem "Spiegel" (27. Juli 1981). Die Begründung: „Gerade wenn es um Existenzfragen geht, hat vielleicht sogar diese qualitative Minderheit ein stärkeres Gewicht als die quantitative Mehrheit" (Otto Schily) ist sozusagen das Grundgesetz des Totalitarismus. Grünen-MdB Antje Vollmer erinnerte bei der Sondersitzung ebenso selbstkritisch wie treffend an die „Belagerung" des Bundestages 1983.

Niemand zöge solche Vergleiche, wenn die Grünen sich als Partei unter vielen verstünden, die um eine Mehrheit wirbt, aber den demokratischen Mehrheitswillen respektiert. Bislang jedoch verstehen sie sich gerade nicht als Partei, sondern als „Bewegung" – was gemeint ist wie der „Bewegungs"-Begriff von damals: wir sind nicht eine Partei, wir erheben den Anspruch, die Vertretung aller zu sein. Daraus folgte „logisch" der Anspruch, die „qualitative" Einsicht gegen die bloß Quantitativen mit Gewalt durchsetzen zu dürfen. Damals hieß es kurz und unkompliziert: Die Straße frei den braunen Bataillonen.



Uhrenvergleich KLAUS BÖHLE

Die Kunst des Verdrängens

Von Peter Dittmar

In München geben die Japaner mit der Ausstellung „Shogun" einen sympathischen Einblick in ihre Kunst und Kultur der letzten dreihundert Jahre. „Nofret – die Schöne" weist dezent und doch unübersehbar auf die Bedeutung des uralten Ägypten hin. Die Sowjets sonnen sich im „Gold der Skythen". Unlängst erinnerte Nigeria in Hildesheim an seine große Vergangenheit. In Köln sind nach Hamburg derzeit „Kunstschätze aus Korea" zu sehen, und Italien ist zugleich mit den „Schätzen von San Marco" präsent. China hat sich bereits dreimal durch bedeutende archäologische Ausstellungen vorgestellt, die – wie die Präsentationen anderer Länder auch – zuvor und danach noch in der Schweiz, in Italien, Frankreich, Großbritannien zu sehen waren; häufig werden derartige Austellungen auch in den Vereinigten Staaten gezeigt.

Sie alle sind natürlich nicht nur Kunstereignisse. Sie repräsentieren ein Land mit seinem nationalen Selbstbewußtsein, um einen politischen Bonus zu gewinnen. Dieses Verfahren hat sich bewährt. Deshalb praktiziert es auch die „DDR" in zunehmendem Umfang. Die Ouverture war „The Splendor of Dresden" in New York und Washington. Dieser Rückgriff auf den feudalen Glanz des augusteischen Dresden hat dem deutschen Teilstaat eine gute Presse eingebracht.

In Österreich wurde das in diesem Jahr fortgesetzt. Den ganzen Sommer über waren auf der Schallaburg bei Wien bedeutende Werke der fürstlichen Haushaltungen in Dessau, Potsdam, Weimar und Dresden zu sehen. Außerdem warb eine Übersicht über die Geschichte des Meißener Porzellans für die „DDR". Und selbst Ernst Barlach – in den fünfziger Jahren noch von den SED-Funktionären als dekadent und formalistisch verurteilt – wurde in Wien so präsentiert, als hätte er nur für das „sozialistische Deutschland" gewirkt und geschaffen.

Diese Beispiele und viele andere werfen die Frage auf, wie die Bundesrepublik Deutschland sich im Ausland darstellt. Das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart kann eine lange Liste seiner Ausstellungstätigkeiten vorweisen. Aber das alles sind nur bescheidene Schauen, für die beschränkten Räume eines Goethe-Instituts oder ähnliche Einrichtungen konzipiert. Repräsentationscharakter haben sie nicht. Wer durch die alte Pinakothek in München geht, findet dort zur Zeit häufig Photos anstelle berühmter Bilder, denn 40 Gemälde wurden nach Moskau und Leningrad ausgeliehen. Das sind u. a. Werke französischer und spanischer Künstler, bedeutende Bilder gewiß, aber keine Zeugnisse deutscher Kunst, allenfalls des Sammlerfleißes eines deutschen Fürstenhauses.

Vergleichbares, wie es Japan und Korea, China und Nigeria, Ägypten – und mit Übersichten über ihre Malerei – auch Spanien und Großbritannien in Deutschland gezeigt haben, kommt für die deutsche Kulturrepräsentation nicht zustande. Dabei haben die Museen mit den großen Landesausstellungen über die Staufer, die Wittelsbacher, die Parler, den Bischof Anno oder selbst Wilhelm Busch vorgeführt, daß Einfallslosigkeit nicht der Grund sein kann.

Wie wäre es also mit einer überzeugenden Ausstellung zur Kulturgeschichte Berlins anläßlich des bevorstehenden Stadtjubiläums in Amerika? Warum nicht am Beispiel der Nürnberger oder der Augsburger Kunst deutsche Kulturgeschichte darstellen? Die Hanse wäre ein Thema, das von Nationalwußtsein und Internationalität künden könnte. Auch am Beispiel des Deutschen Ordens ließen sich zugleich deutsche Geschichte – bewußt gegen die simplifizierenden „Drang nach Osten"-Thesen – und deutsche Kunst zeigen. In Japan würde gewiß unter anderem auch eine Ausstellung zur technischen und künstlerischen Entwicklung der Photographie in Deutschland interessieren. An Themen fehlt es also nicht, über das eine Thema hinaus, das von unseren Kunstzuständigen bevorzugt wird, im Ausland aber zumeist mit kopfschüttelndem Desinteresse aufgenommen wird: moderne deutsche Kunst der Nachkriegszeit.



Als unfreiwilliger Werber für das Kommunistenregime: König Friedrich der Große auf der Schallaburg FOTO: VOTAVA

An Geld kann (und sollte) es auch nicht liegen. „Shogun" hat beispielsweise die Firma Minolta als Sponsor, Olivetti unterstützt die San-Marco-Schätze, United Technologies verdanken wir eine Reihe von Photoausstellungen, und auch andere ausländische Mäzene haben durch ihre Spenden große Ausstellungen in Deutschland ermöglicht. Daß deutsche Banken oder Unternehmen nicht für solche Pläne zu gewinnen wären, ist kaum anzunehmen.

Liegt es also am mangelnden politischen Willen? Traut sich die Bundesregierung nicht, sich als deutsche Regierung, die in jahrhundertealter Tradition wurzelt, vorzustellen, und die Einheit der deutschen Kultur offensiv im Ausland zu vertreten? Die „DDR" hat – wie die Beispiele zeigen – keinerlei Hemmungen, sich mit feudalen Überlieferungen zu schmücken. Die Bundesrepublik aber kommt von dem Trauma der zwölf Jahre Nationalsozialismus nicht los; die gewiß ein Teil unserer Vergangenheit sind, aber eben nicht die ganze deutsche Geschichte.

Besonders verhängnisvoll ist es, daß die Bundesrepublik Deutschland sich bei Veranstaltungen auf die Nachkriegszeit beschränkt. Da wird ein Eindruck erzeugt, als sei sie tatsächlich nicht der Erbe der deutschen Geschichte, sondern ein künstliches Gebilde, geschaffen durch den Mutwillen der Sieger. Aber der Wirtschaftswunder-Slogan „Wir sind wieder wer!" ist nicht geeignet, das Ansehen der Deutschen im Ausland zu festigen. Das vermag nur ein selbstbewußtes, fest in der Tradition verwurzeltes „Wir sind Deutsche".

IM GESPRÄCH Rudolf Scharping

Keine Rollenprobleme

Von Joachim Neander

Der junge Mann wurde am Samstag 37. Und doch will es vielen im Lande Rheinland-Pfalz so scheinen, als sei die Nominierung Rudolf Scharpings zum künftigen SPD-Landesvorsitzenden, Fraktionschef und (logischerweise) auch Spitzenkandidaten für 1987 so etwas wie eine überfällige Entscheidung. Hat er nicht längst alle Fäden in der Hand?

Ein überdurchschnittlich scharfer Intellekt, eine geräuschlos zielbewußte Art, ein starkes Selbstbewußtsein und die Lust an brillant-ironischer Formulierung haben den schlanken, stets elegant und gänzlich „unalternativ" gewandeten Berufspolitiker mit dem gepflegten Bart wie von selber in eine Schlüsselposition in seiner Partei gehoben. Die Ämter, die er bereits jetzt innehat (Bezirksvorsitzender der SPD Rheinland/Hessen-Nassau und parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion) sind nur Chiffren für Einfluß, der weit darüber hinausgeht.



Auf einmal häuften sich die Aufgaben: Scharping FOTO: DPA

Aber Scharping ist über dieses, wie er meint, falsche Bild des kühlen Rationalisten, der direkt – und gar mit einem neomarxistisch geprägten Bild von Politik – von der Universität in die politische Profession gehastet sei, um Karriere zu machen (dies werfen ihm auch manche unter seinen Parteifreunden vor), höchst unglücklich. Studiert hat er in Bonn; Politik- wissenschaft, öffentliches Recht und Soziologie. Das Magisterexamen hat er *1974 bei Karl Dietrich Bracher* abgelegt – ob das vielleicht ein Neomarxist sei?

Daß Scharping über dem politischen Aufstieg, an dessen Wegstrecke auch die eine oder andere Feindschaft zurückgeblieben sein mag, das Leben nicht vergißt, kann er beweisen. Seit zehn Jahren ist er z. B. Vorsitzender der SG Eintracht Lahnstein, eines erfolgreichen Fußballvereins mit 800 Mitgliedern. Auch selbst spielt er noch gelegentlich. Nur die Leichtathletik, Spezialität Speerwerfen, hat er aufgegeben. Viele Jahre saß er im Stadtrat von Lahnstein. Heute noch ist er dort Kreisvorstandsmitglied beim Roten Kreuz und im Schulausschuß einer berufsbildenden Schule. Die Familie, Frau und drei Kinder, kommen auch nicht zu kurz. Wie er das schafft, fast täglich die hundert Kilometer zwischen Lahnstein und der Landeshauptstadt entweder im Intercity oder im Auto hin- und herpendelnd, darüber wundern sich sogar die engsten Freunde. Und nun werden ihn die Genossen, wie es aussieht, sogar noch auffordern, für einen Sitz im SPD-Bundesvorstand zu kandidieren.

Scharping weiß, daß er dann das eine oder andere wird hergeben müssen. Er dränge sich *nicht* nach Macht, sagt er. Die Kandidatur zum Landesvorsitzenden anstelle des wegen Krankheit ausscheidenden Hugo Brandt sei regelrecht auf ihn „*zugerollt*". *Daß er bis zur Amtsübernahme im Herbst 1985 noch so lange als Juniorchef neben Brandt amtieren muß,* schreckt ihn selbst weniger als vielleicht andere: Er habe keine Rollenprobleme.

Daß Rudolf Scharping an der Spitze der rheinland-pfälzischen SPD eine Art Linksruck bedeuten wird, zumindest in den Augen des politischen Gegners, kann auch er nicht bestreiten. Die natürlich auf ihn zukommende Frage nach dem Verhältnis zu den Grünen schiebt er dagegen weit weg: „Erstens steht das noch lange nicht zur Debatte. Zweitens: Ich sehe bei den Grünen in diesem Land noch nicht einmal Konturen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölnische Rundschau

Sie kommentiert einen Bericht des nordrhein-westfälischen Datenschutzbeauftragten zu Indiskretionen der Düsseldorfer Regierung:

Was der Landesbeauftragte für den Datenschutz ermittelte, ist so schlimm, daß sich normalerweise der Gedanke an einen freiwilligen Rücktritt des Ministers aufgedrängt hätte. In jedem Fall, dieser Minister hat sich öffentlich vergaloppiert – und wie ... Wer Fehler abschreibt – so wie hier der „Spiegel" es getan hat –, darf sich nicht wundern, wenn er sich und seine Helfer damit bloßstellt. Nur, der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen ist kein Lausebengel auf der Schulbank mehr. Das Land *hat* einen Anspruch darauf, daß wirklich genau geprüft wird, wen hier der Vorwurf von Fehlhandlungen trifft. Eine Behörde, die für den Datenschutz in Nordrhein-Westfalen verantwortlich ist, kann die gegenwärtigen Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen.

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt geht auf die Katastrophe in Indien ein:

Die Katastrophe in Bhopal muß nicht nur wegen ihres Ausmaßes Betroffenheit auslösen: Wieder einmal hat „die Technik" versagt, auf die sich der Mensch leichtsinnig verlassen hatte. Und doch scheint die Ursache des folgenschweren Unglücks nur vordergründig jenes undichte Ventil zu sein, durch das die Gaswolke ins Freie strömte und Hunderte von Menschen vergiftete. Indien hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in nahezu beängstigendem Tempo zur Industrienation, zur Atom- und Weltraummacht entwickelt. Der technische Fortschritt kollidierte jedoch nicht nur mit der komplizierten sozialen Struktur dieses Vielvölkerstaates, sondern auch mit einem verbreiteten Phänomen – der wuchernden Bürokratie und dem Hang zur Schlamperei.

WESTFALENPOST

Die Hagener Zeitung meint zum EG-Gipfel:

Was die Fachminister in wochenlangem Feilschen nicht fertig brachten, sollen nun die Regierungschefs in zwei Wochen schaffen, nämlich den Spaniern und Portugiesen termingerecht den Einzug in die EG ermöglichen. Eigentlich sind solche Konferenzen auf höchster Ebene dazu gedacht, große politische Ziele abzustecken.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung vergleicht nach dem Mord an einem Polizisten Korsika mit Neukaledonien:

Die korsischen Nationalisten glauben ebenso wie die Kanaken nicht mehr an den Sieg der Linken bei den Parlamentswahlen im Jahr 1986. Sie sehen schon die Rückkehr der Rechten am Horizont heraufziehen und wollen vorher noch ein Maximum an Forderungen durchsetzen. Für Korsika ist noch nicht von Selbstbestimmung die Rede, sondern nur von der Anerkennung politischer Fakten. Die korsischen Extremisten stellen mit Bitterkeit fest, daß nach Neukaledonien ein Politiker, Edgar Pisani, entsandt wurde, während man nach Korsika einen Polizisten, Robert Broussard, geschickt hatte.

Monroe wollte mit seiner Doktrin Invasionen verhindern

Der Unterschied zur Breschnew-Doktrin / Von Heinz Barth

Groß, weit verbreitet, vor allem aber erkünstelt ist die Aufregung über angebliche Einmarschpläne der USA in Nicaragua, das dem Dollar-Imperialismus der Monroe-Doktrin unterworfen werden solle. Es ist schwer faßbar, daß die Sorge des überwiegenden Teils der westlichen Medien sich hartnäckig auf das konzentriert, was die USA in Zentralamerika nicht getan haben und nicht tun werden, während gleichzeitig das Schreckensregiment kaum erwähnt wird, das die Sowjetunion seit bald fünf Jahren in Afghanistan unterhält.

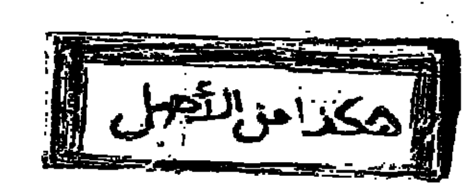
Die Breschnew-Doktrin, 1968 erfunden, um die „brüderliche Hilfe" des Prager Einmarsches zu rechtfertigen, zeichnet ihre Blutspur über das Land am Hindukusch. Der Widerspruch dagegen ist zu einer Routineübung der UNO-Vollversammlung verkommen. So drängt sich eine Untersuchung der Breschnew-Doktrin im Vergleich mit der bekanntesten Doktrin der anderen Weltmacht, der Monroe-Doktrin, auf. Als John Quincy Adams, damals Außenminister und später Nachfolger von James Monroe, 1823 die nach seinem Präsidenten benannte Doktrin formulierte, war die Asche des von den Engländern angezündeten Weißen Hauses noch nicht lange erkaltet. Kaum jemand weiß noch, daß die Monroedoktrin ein antikolonialistisches Dokument war, aus der Abwehr gegen die Bedrohung der panamerikanischen Unabhängigkeit durch die europäischen Mächte entstanden. Sie richtete sich übrigens speziell gegen die Ansprüche, die Rußland auf die Küste Oregons und des nördlichen Kalifornien erhob.

Im Gegensatz zum Expansionismus der Breschnew-Doktrin beruhte Monroes Aufruf zur amerikanischen Solidarität auf der Defensive, nämlich der Verteidigung des Kontinents gegen die Eingriffe fremder Staaten in die Hemisphäre. Diese Idee, die Theodore Roosevelts imperialistische Ausflüge überdauerte, ist bis heute das (wenngleich manchmal vernachlässigte) Leitmotiv der Organisation Amerikanischer Staaten geblieben. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beschloß die Außenministerkonferenz der Amerikas 1939 in der „Erklärung von Panama" einen Sicherheitsgürtel von dreihundert Seemeilen, um die Hemisphäre gegen militärische Bedrohung von außen abzuschirmen.

Durch Fidel Castro, der in der Kuba-Krise die Welt fast in die nukleare Katastrophe gezogen hätte, wurde das Konzept panamerikanischer Solidarität, von dem die Monroe-Doktrin ausging, zu einer Leerformel degradiert. Präsident Kennedys „Sieg" in der Raketen-Konfrontation mit Chruschtschow erwies sich bald als eine propagandistisch verkleisterte Niederlage. Den Rat Achesons und anderer erfahrener Staatsmänner, die nicht als Falken gelten konnten, ignorierend, begnügte er sich mit der Entfernung der russischen Raketen von Kuba. Ein schwerer Fehler, auch nach Ansicht Henry Kissingers, weil er die darüber hinausreichende Aufrüstung Kubas zuließ und so die Entwicklung der Insel zur zweitstärksten Militärmacht des Kontinents förderte.

Mit Sicherheit hätte sich das militärische Verhältnis zwischen den Supermächten während der letzten zwanzig Jahre nicht so drastisch zugunsten der Sowjetunion verändert, wenn Washington damals auf die Raketen-Stationierung in seinem Hinterhof schärfer reagiert und seiner Verantwortung für den Frieden nicht Opfer gebracht hätte, an deren Folgen es noch heute trägt. Unvorstellbar, welcher Chor der Entrüstung sich in aller Welt erheben würde, sollte Reagan tatsächlich die ihm unterstellte Absicht wahrmachen, gegen Nicaragua mit den Methoden der Breschnew-Doktrin vorzugehen, um die bereits weit fortgeschrittene Entstehung eines zweiten Kuba in Mittelamerika zu verhindern. Dazu aber wird es schon deshalb nicht kommen, weil die USA es von jeher vorzogen, „ihre Sicherheit eher in rechtlichem als in geopolitischem oder strategischem Begriff zu definieren" (Kissinger). Dennoch wird die Präsenz von ganzen hundert US-Fallschirmjägern in Honduras als eine größere Gefahr für den Frieden ausgegeben als die hunderttausend und mehr Soldaten der sowjetischen Besatzungsmacht in Afghanistan.

Es besteht kein Anlaß für die Europäer, dem Präsidenten nach seinem Wahltriumph Ratschläge der Mäßigung zu erteilen. Nicht sie – er hat es fertig gebracht, daß die Comandantes jetzt um ein Arrangement mit ihm manövrieren und daß die Sowjetführung an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Seit 1945 befanden sich die Vereinigten Staaten international nicht in besserer Form als unter Ronald Reagan, diesem Mann von angeblich so „schlichten" außenpolitischen Vorstellungen.







In Dublin Castle herrscht noch der alte Geist

Gipfeltreffen in Dublin, das ist hartes, ja fast unüberwindliches Ringen um Positionen. Doch der Ton zwischen den EG-Partnern ist moderater als in Athen und Fontainebleau.

Von HORST STEIN

Noch am Vormittag, zu Beginn der zweiten Dubliner Gipfelrunde, wollte gestern keiner eine Prognose wagen. Abgesehen von Annäherungen in Details, die ihrerseits jedoch wiederum Akkorde in anderen Bereichen voraussetzten, abgesehen davon, war man bis dahin praktisch nicht vorangekommen.

Griechen und Italiener beharrten *kategorisch auf einem opulenten Mittelmeerprogramm*, wo die Deutschen nur „einen Anfang setzen" wollten; und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Spanien und Portugal schien wie eine Fata Morgana über dem anderen Ufer eines unermeßlichen Weinsees zu schweben. „Die übliche Gipfelhektik", kommentierte Helmut Kohl, „bei der es am Anfang immer wild hin- und hergeht."

Der Bundeskanzler, im Ton gelassen-kämpferisch, wirkte nach einem 16stündigen Konferenztag und gerade erst aus Washington zurück, erstaunlich konditionsstark, als er sich nach dem obligaten Kamingespräch der Zehn in einem Salon des Berke*ley Court Hotels am Montag um* die „EG-Geisterstunde" (so Kohl) zum Plausch niederließ.

Silberstreif-Semantik war an diesem Tag nicht seine Sache, im Gegenteil. Kohl will zwar die politische Union aber er hat keine Illusionen darüber, daß sich die Geister scheiden werden, wenn „der Tag der Wahrheit" gekommen ist. Was da anklang, erinnert an das Konzept von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten, das nicht allen EG-Partnern behagt. So hatte Großbritanniens Regie*rungschefin* Thatcher unmittelbar vor dem Gipfel im französischen Avignon noch einmal unmißverständlich klargemacht, daß sie davon nichts hält.

Überhaupt Maggie Thatcher. Ihretwegen vor allem sah es in der irischen Hauptstadt wie in einem bürgerkriegsbedrohten Lande aus. Die Straßen der Innenstadt rings um das Dublin Castle waren weiträumig abgesperrt; Anwohner und Konferenzgäste durften nur mit Sonderausweisen passieren. Auf den Dächern *ringsum* hatte Irlands oberster Sicherheitschef Scharfschützen postiert. Die „Dublin Times" wollte sogar erfahren haben, daß der Flughafen zusätzlich mit Boden-Luft-Raketen geschützt worden sei. Der Terror in Nordirland in der zu Großbritannien zählenden Provinz Ulster, hat auch im Süden der Insel die Gemüter in Wallung gebracht. Die letzte Auflage der Dubliner Parlamentsprotokolle mußte eingestampft werden, weil ein Drucker – vorsätzlich, wie man argwöhnt – statt „British Primeminister" „Britshit Primeminister" gesetzt hatte. Ein arger Tort, der nicht optimistisch stimmte.

Auch andere Beobachtungen stimmten eher pessimistisch: das *martialische* Feldgeschrei aus den nationalen Lagern am Vorabend des Gipfeltreffens, dem 30. übrigens, seit es den Europäischen Rat gibt; ebenso die Attacken auf den Gastgeber und gegenwärtigen Ratsvorsitzenden Garret FitzGerald. Irlands Regierungschef, Taoiseach (gesprochen: Tischock), wie die Iren ihren Ministerpräsidenten nennen, wurde in englischsprachigen Blättern unverhüllt *vorgeworfen, daß er eigentlich* unfähig für sein hohes Gemeinschaftsamt sei. Idealismus und Hingabe, ja, die wolle man ihm gerne attestieren. Nicht eben förderlich und *erwärmend für das Gipfelklima.*

Bundeskanzler Kohl freilich stellte fest, daß der Umgang miteinander, die Atmosphäre angenehmer geworden seien – bei aller Deutlichkeit, zuweilen wohl sogar Heftigkeit in der Pointierung der eigenen Positionen. In Athen und Fontainebleau, so bestätigten Delegationsmitglieder, sei der Ton doch viel aggressiver gewesen.

Ist es die fortschreitende Eurosklerose oder ein milder um sich greifender Euro-Gilb, der die Herren im mit*ternachtsblauen Konferenzzwirn* sanfter stimmt? Man weiß es nicht.

Gewiß können die politischen Gipfelprofis mittlerweile auf eine gründliche Routine in Ratstagungen zurückgreifen. Die dramaturgischen Raffungen und Dehnungen wie die choreographischen Sequenzen sind mittlerweile auch ihnen geläufig; ihren Öffentlichkeitsarbeitern schon allemal. So gilt es ihnen bereits als Nachricht, wenn die Regierungschefs den Beratungsfahrplan des Gastgebers akzeptieren, obwohl jedermann weiß, *daß das noch lange nichts* besagen muß.

Im konkreten Fall traf das ausnahmsweise sogar zu, weil schon der Punkt eins der Tagesordnung, die wirtschaftliche und soziale Lage in den EG-Staaten, den Bonnern Gelegenheit gab, mit dem eigenen Beispiel für ein energischeres Vorgehen gegen Inflation und Jugendarbeitslosigkeit zu werben. Auch das Thema Umweltschutz, wenngleich nur kurz gestreift, kam der deutschen Delegation gelegen. Der Gipfel beschloß, auf der nächsten *Ratstagung in Brüssel* die Problematik ausführlicher zu erörtern. Ein „gewachsenes Umweltbewußtsein" stellten die Bonner schon jetzt fest, verglichen jedenfalls etwa mit dem Stuttgarter Gipfel, wo man noch auf „gähnendes Interesse" gestoßen war. Und zum Ausbau der europäischen Institutionen hat man immerhin einen Fahrplan festgelegt, der beim übernächsten Rat, wohl im Juni, dann schon unter italienischer Präsidentschaft, wenn möglich in Beschlüsse münden soll.

Bonn scheint freilich entschlossen, diesen Prozeß mit der Frage nach dem Verteidigungsbeitrag der EG-Partner zu verknüpfen. Es gehe ja wohl nicht an, daß die einen nur Handel trieben und sich ihre Sicherheit von den anderen organisieren ließen. Die Zeiten des naiven deutschen Zahlmeisters sind also vorbei. Deshalb irrte auch, wer darauf spekulierte, daß die Bundesregierung unter dem Druck einzelner EG-Partner das Junktim preisgeben könnte zwischen Süderweiterung und Aufstockung der Gemeinschaftsmittel – „selbst wenn die EG in Geldnöte gerät".



Die Giftwolke holte ihre Opfer ein: Helfer tragen Leichen in Bhopal zusammen FOTO: AFP

Die Überlebenden fürchten das „Machwerk des Teufels"

Mindestens 500 Menschen sind der Giftgas-Katastrophe im indischen Bhopal bisher zum Opfer gefallen. Vor allem die Slumbevölkerung ist betroffen. Und unter ihr kursieren die schlimmsten Gerüchte. Denn anders als Naturkatastrophen ist den Menschen dieses Unglück unheimlich.

Von PETER DIENEMANN

„Schiwa, erhöre uns, halte ein mit dem Unglück, das Du über uns und unsere Kinder gebracht hast", beten seit Montag Zehntausende von gläubigen Hindus. Die Gebetsglocken in den Dutzenden von Schiwa-Tempeln, deren Klang „Schiwa", den Hindu-Gott der Zerstörung, besänftigen soll, schwingen unaufhörlich.

Das Giftgas-Unglück in der Millionenstadt Bhopal ist für die meisten der dort Lebenden bis heute unbegreiflich. Es ist eben nicht eine jener Naturkatastrophen wie Wirbelstürme, Fluten und Dürren, die seit Jahrtausenden einen festen Bestandteil im Leben der Hindus bilden, Katastrophen, die von den Göttern geschickt sind, die dem Glauben nach vorherbestimmt sind und in die man sich fügen muß. Doch der schleichende Tod in Form einer giftigen Gaswolke, der Tausende nachts im Schlaf überraschte, der 500 tötete und weitere *mindestens 20 000 verletzte,* ist für die Inder neu, „ein Machwerk des Teufels", wie ein Tempelpriester am Dienstag den Gläubigen erklärte.

Die Stadt Bhopal, im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh gelegen, ist noch immer überschwemmt von Menschen, die auf Lastwagen, in Autos, auf Fahrrad-Rikschas und zu Fuß, mit wenigen Habseligkeiten beladen, hinausflüchten aufs flache Land in Dörfer und benachbarte Städte, Sicherheit vor der Giftgaswolke suchend. Gerüchte haben sich in der Stadt breitgemacht: „Wir müssen alle sterben", oder „Ein anderer Tank ist undicht geworden", ist da zu hören, Gerüchte, gegen die auch der lokale Sender des staatlichen indischen Rundfunks „All India Radio" vergeblich ankämpft. Jede Stunde rufen die lokalen Politiker über den Äther zur Ruhe auf, beschwören die Bevölkerung, in den Häusern zu bleiben.

Eine Art Massenpsychose scheint vor allem die arme, ungebildete Bevölkerung ergriffen zu haben. Für sie sind Begriffe wie Chemiefabrik, Giftgas oder Methylisozyanid (MIZ) Wörter aus einem fremden Vokabular. Und ausgerechnet die Armen und Unterprivilegierten, die in Slums und Hütten in unmittelbarer Umgebung der Chemiefabrik lebten, waren die ersten, die jenen tödlichen Geruch des Gases *nach frischem Heu als erste* verspürten. Hustenreiz, Atemnot, Schmerzen in der Brust waren die ersten Symptome der Vergiftung, die für bisher mindestens 500 Menschen mit dem Tod endete.

Wer Montag nacht rechtzeitig die Gefahr erkannt hatte – und das waren die wenigsten –, versuchte sich ins nächste Krankenhaus zu retten, mitten in der Nacht, ohne Transportmittel, kaum bekleidet und allzuoft vergeblich. Über 200 starben auf den Straßen, die Gaswolke war schneller als sie. Die Flut der einströmenden Opfer hatte das Personal der Krankenhäuser von Bhopal hoffnungslos überfordert. Und erst nach mehr als zwölf Stunden konnten die lokalen Behörden Ordnung in Aufnahme und Behandlung mit eiligst herbeigerufener ärztlicher Verstärkung schaffen.

Für die knapp eine Million Einwohner Bhopals hatte die Fabrik in einer denkbar ungünstigen Lage inmitten eines dichtbesiedelten Gebietes und in unmittelbarer Nähe eines Slums bisher nie eine Gefahr bedeutet. Seit ihrer Inbetriebnahme 1977 hatten zwar zwei Betriebsunfälle, ebenfalls wegen austretenden Giftgases, in den Jahren 1981 und 1983 zehn Todesopfer gefordert. Doch für die Fabrikarbeiter und die wenigen Bewohner Bhopals, die davon erfahren hatten, waren dies Unfälle, wie sie täglich zu Dutzenden in indischen Fabriken geschehen.

Und auch jetzt beeilte sich ein Sprecher des Fabrikeigentümers, der multinationalen „Union Carbide" in Bombay, zu versichern, daß der Chemiekomplex „absolut sicher" betrieben worden sei. Die unterirdischen *Lagertanks – aus einem* von ihnen konnte Montag nacht das tödliche Gas entweichen – seien mit allen nur erdenklichen Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet. Wie das Unglück nun *tatsächlich* geschehen konnte, dafür hatte der Firmensprecher keine Antwort. Offensichtlich aber wurde die Lagertemperatur des bis zu 21 Grad flüssigen Gases überschritten, dann, in Gasform, entwickelte es hohen Druck, ein Ventil platzte, und statt – wie für den Notfall vorgesehen – durch ein Neutralisierungsbad entwich das Gas direkt in die Luft.

„Schnell und tödlich wirkt Methylisozyanid", erklärt ein Facharzt in Neu-Delhi die Wirkung jenes Giftes, das im Ersten Weltkrieg sowohl von deutscher als auch von amerikanischer Seite in Frankreich eingesetzt worden war. Das Gas verteile sich rasch in der Atmosphäre, rufe beim *Menschen einen „Hunger nach Sauerstoff"* hervor. Nach kurzem Einatmen treten außer Schädigungen der Atemwege auch Hirnschäden auf, es folgt eine starke Unruhe und schließlich der Erstickungstod.

Die Fabrik war zur Eröffnung 1977 als ein Meilenstein in der Entwicklung der strukturschwachen Region Bhopal und als Anbieter von vielen hundert Arbeitsplätzen hoch gelobt worden. Jedes Jahr wurden dort seitdem 2500 Tonnen Insektenvernichtungsmittel produziert. Kein Gedanke wurde darauf verschwendet, daß bereits zwei Teile MIZ in hundert Millionen tödlich wirken. Weltweit gibt es nur noch eine Chemieanlage in West-Virginia in den USA, wo mit dieser Substanz gearbeitet wird.

Die Türken stürzen sich auf ihre Bosporus-Brücke

Die Brücke zwischen Asien und Europa wird seit dieser Woche „verkauft". Jeder Türke kann Miteigentümer werden und durch seinen Beitrag mithelfen, eine zweite Brücke über den Bosporus zu finanzieren. Es ist der Start zu einem breiten *Privatisierungsprogramm.*

Von E. ANTONAROS

Ob sie die schönste Brücke der Welt ist, wie viele Istanbuler meinen, ist Geschmackssache. Die profitabelste ist sie aber ganz gewiß. Die 1973 fertiggestellte, nach Staatsgründer Kemal Atatürk benannte und *1071 Meter* lange Bosporus-Brücke, die, an gewaltigen Drahtseilen hängend, Europa mit Asien verbindet, ist zu einem tollen Geschäft für den Fiskus geworden: Bereits 1978 waren die Baukosten bezahlt, seither verdient der türkische Staat kräftig an den Überquerungsgebühren: für jeden einfachen Pkw umgerechnet drei Mark.

*Nun soll jeder Türke die Möglich*keit bekommen, vom Brückenerfolg zu profitieren. Seit Anfang der Woche verkauft der Staat Einkommenszertifikate mit ungewöhnlich hohen Zinserträgen – sie machen bis zu 78 Prozent jährlich aus – an die nach wie vor von hohen Inflationsraten geplagten Türken.

„Mit so einer Nachfrage hatten wir nicht im Traum gerechnet", sagte gestern ein Sprecher der „Türkiye is Bankasi", die die Emission der begehrten Zertifikate übernommen hat. Lange Schlangen bilden sich vor den Geschäftsstellen dieser größten Bank der Türkei: Zertifikate im Gesamtwert von etwa 71 Millionen Mark sollen an den Mann gebracht werden, wobei *durch eine in der Höhe* begrenzte Zuteilung eine große Streuung garantiert werden soll.

Daß jeder Türke nunmehr Anteilseigner an der Brücke werden kann, hat er Ministerpräsident Turgut Özal zu verdanken: Der konservative Politiker hatte bereits vor seinem Wahlsieg im November 1983 die „Privatisierung" der Brücke und vieler anderer Staatsfirmen angekündigt. Vor einigen Wochen hatte er bestätigt, daß seine Regierung die Privatisierung von mehr als 250 Staatsbetrieben in Angriff nehmen möchte. Der Brücken-„Verkauf" ist nur der Anfang. Ab Januar soll es richtig losgehen.

Ob sich für andere Firmen aus dem Staatsbesitz genauso viele Interessenten wie für die Brücken-Zertifikate finden werden, ist allerdings offen. Denn die meisten Unternehmen dieser Art sind hoch verschuldet, nur bei den wenigsten bestehen Aussichten auf Gewinn. Anders bei der Bosporus-Brücke: Den Zertifikatsbesitzern hat der Staat ein Zinseinkommen zugesichert, das bei Papieren mit dreijähriger Laufzeit im dritten Jahr 68 Prozent des zunächst investierten Betrages ausmachen und dazu noch steuerfrei sein wird. Wer sich sogar auf fünf Jahre festlegt, kann im fünften Jahr mit 78 Prozent rechnen.

Solche satten Gewinne garantiert der türkische Staat mit einem Hintergedanken: Die Einnahmen aus dem Verkauf der Einkommenszertifikate sollen für den Bau einer zweiten Brücke verwendet werden. Die Planer der ersten Brücke hatten sich *nämlich verkalkuliert: Die unter* Beteiligung der deutschen Firmen Dyckerhoff und Widmann gebaute Brücke sollte erst 1992 mit täglich 120 000 Fahrzeugen ausgelastet werden. Aber diese oberste Grenze war bereits 1983 mit insgesamt 36 Millionen Fahrzeugen erreicht worden.

Die Bauarbeiten an der zweiten Brücke sollen im März nächsten Jahres beginnen, eine Fertigstellung des Projekts ist für Ende 1988 vorgesehen. Der Konstrukteur steht allerdings noch nicht fest. Amerikanische, japanische und britische Baugiganten bemühen sich um den Großauftrag, dessen Gesamtkosten auf 1,3 Milliarden Mark beziffert werden. Ein Bankenkonsortium unter Beteiligung der *Dresdner* Bank soll die Finanzierung übernehmen. Der Erfolg der ersten Brücke, die zum wichtigsten Bindeglied zwischen Europa und Asien geworden ist, hat Baufirmen und Banken hungrig gemacht. Angeblich verlangen sie von den türkischen Behörden, daß die lukrativen Einnahmen aus dem Betrieb der Brücke für einige Jahre an sie abgetreten werden. Özal will aber auch die zweite Brücke an seine Landsleute „verkaufen".



Eine „Goldgrube": Die Kemal-Atatürk-Brücke über den Bosporus FOTO: DPA

War nicht Rohde, sondern Minister Schnoor gemeint?

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die notdürftige Erklärung des nordrhein-westfälischen Regierungssprechers, Helmut Müller-Reinig, ist eher als Stoßseufzer zu deuten. „Erwiesen", so sagte er, „ist damit nichts." Müller-Reinig meinte den für die Regierung peinlichen Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz, Heinrich Meyer, über die Indiskretion zum Fall Rohde, der zusehends zur Affäre wird, mit der Überschrift „Schlamperei im Umgang mit persönlichen Akten im Innenministerium".

„Einen eindeutigen Hinweis dafür, aus welcher Quelle die Informationen des Nachrichtenmagazins stammen, haben die Ermittlungen nicht ergeben", schlußfolgerte der Sprecher. Dem steht aber Meyers Aussage gegenüber: „Der Verdacht bleibt, daß die Informationen des Nachrichtenmagazins aus dem Innenministerium stammen." Mehr konnte Meyer auch nicht feststellen, da er nicht die Befugnis erhielt, Bedienstete des Ministeriums von Herbert Schnoor zu vernehmen. Doch sind seine Erkenntnisse erschreckend genug.

Als der „Spiegel" am 22. Oktober aus Korrespondenzen aus der Personalakte des damaligen Regierungspräsidenten von Düsseldorf und gerade frisch gekürten FDP-Spitzenkandidaten Achim Rohde zitierte, wies Innenminister Herbert Schnoor noch am gleichen Tage die Vorwürfe zurück, die Indiskretionen stammten aus seinem Ministerium. Das Magazin hatte den Eindruck zu erwecken versucht, Rohde habe noch zu seiner Zeit als Regierungspräsident unlauter 20 000 Mark von der „Ferdinand-Lentjes-Stiftung" erhalten und erst dann zurückgezahlt, als die Spitzenkandidatur der FDP auf ihn zulief.

Rohde konnte aber anhand von Schecks und Überweisungen dokumentieren, daß er diese Vergütung, die sein damaliger Dienstherr Schnoor kannte, sofort der Stiftung zurückgegeben hatte, als rechtliche Bedenken auftauchten. Damit nahm er einer möglichen Kampagne die Spitze, und selbst „Spiegel"-Redakteure gestanden Rohde gegenüber ein, sie könnten wohl von ihren Informanten getäuscht worden sein. Über eine ganz andere Zielrichtung der Indiskretion zerbrechen sich auch führende Sozialdemokraten die Köpfe. Es heißt, nur „nebenbei" sollte der FDP-Mann Rohde getroffen werden, die eigentliche Zielscheibe sei Schnoor selbst.

Denn dem linken Parteiflügel ist Schnoor mehr als nur ein Dorn im Auge. Der Innenminister habe nur sein Haus anerkanntermaßen so gut im Griff, daß der Einfluß der linken Genossen gleich Null sei. Vor allem aber zeige sich in den politischen Äußerungen Schnoors, daß er keineswegs gewillt sei, den Öffnungskurs der SPD zu den Grünen hin mitzumachen.

Nicht von ungefähr komme die öffentliche Replik Schnoors auf die Ankündigung des stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Christoph Zöpel, der die Grünen durchaus als Partner ansieht. Schnoor dagegen stellte sehr bestimmt fest, die SPD dürfe mit kleinen Splittergruppierungen wie den Grünen oder der FDP nicht verhandeln. Ein führender Sozialdemokrat meinte, es sei durchaus denkbar, daß die eigenen Genossen das Ansehen Schnoors in der Partei herabsetzen wollten, um auch dessen Einfluß auf Rau zu mildern. Schnoor war vor seiner Berufung als Innenminister Raus Staatssekretär in der Staatskanzlei.

Um die Quelle der Indiskretion zu orten, bat Rohde – wie einen Tag später auch Ministerpräsident Johannes Rau, der sich hinter Schnoor stellte – den Datenschutzbeauftragten Meyer um Hilfe. Meyer fand nun heraus, daß entgegen den Äußerungen von Ministerpräsident Rau vor dem Plenum des Landtages am 24. Oktober die Akten unter Verschluß beim zuständigen Gruppenleiter gelegen hätten, daß die Stiftungs-Akte in der Registratur der Abteilung I des Innenministeriums offen in einem Regal für Wiedervorlagen aufbewahrt wurden.

Meyer: „Jeder Bedienstete der Abteilung I hatte während – der höhere und gehobene Dienst auch außerhalb – der Dienstzeit, Zugang zu der Registratur und kann Einsicht in die Stiftungs-Akte genommen und das Nachrichtenmagazin über den Schriftwechsel unterrichtet haben." Rau hingegen hatte erklärt, Schnoor habe ihm mitgeteilt, daß es „für den Umgang mit den Personalakten im Innenministerium besondere Sicherungsmittel gibt". Rau weiter: „Wenn die Akten nicht zur Bearbeitung benötigt wurden, lagen sie unter Verschluß beim zuständigen Gruppenleiter." Schnoor habe ihm erklärt, er schließe es aus, daß diese Akte Informationsquelle des „Spiegel" gewesen sei: „Ich habe keinen Anlaß zum Zweifel an dieser Erklärung."

Im Gegensatz zu diesen Behauptungen kommt Heinrich Meyer allerdings zu der Feststellung, daß die gesamte Nebentätigkeitsakte von Rohde in der Zeit vom 28. Oktober 1983 bis zum 22. Oktober 1984 (dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des „Spiegel", die Red.) in einem Schrank im Büro des persönlichen Referenten von Schnoor aufbewahrt wurde. Er stellte bei seinen Untersuchungen außerdem fest, daß der Innenminister, der innerhalb der Landesregierung für den Datenschutz zuständig ist, erhebliche Mängel in der Datensicherung zu verantworten habe.

In seinem Prüfbericht schreibt Meyer: „Die Prüfung der Aktenhaltung der Abteilungen I und II des Innenministeriums hat ergeben, daß die bisherigen Vorkehrungen nicht ausreichen. Ich habe entsprechende Maßnahmen zur Besserung der Datensicherung empfohlen." In diesem Zusammenhang klagte Meyer darüber, daß er nur in begrenztem Umfang die Möglichkeit gehabt hätte, den Sachverhalt aufzuklären.

Helmut Müller-Reinig meinte, Innenminister Schnoor sei „nicht in der Lage, den öffentlichen Beweis dafür anzutreten, daß die Informationen nicht aus seinem Hause stammen", denn die Akten würden nun einmal im Innenministerium geführt. Er warnte die FDP, sie sei gut beraten, die Mitarbeiter des Innenministeriums nicht in ein Zwielicht zu bringen, sondern die Bewertung des Berichtes dem Landtag zu überlassen. Der Hauptausschuß des Parlaments wird sich mit diesem Vorgang noch befassen.

Auf Kosten des Konsums steigt der Militäretat

Subventionen für Mieten dramatisch angestiegen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Nach dem Motto „Raketen, aber auch Brot und Spiele" muß die „DDR" im Jahr 1985 die Quadratur des Kreises versuchen: Unter sowjetischem Druck steigen die Ausgaben für die Volksarmee und den Bau sowjetischer Raketenbasen erstmals über die 13-Milliarden-Grenze. Der Zuwachs liegt mit 6,7 Prozent deutlich höher als das Plus von 2,4 Prozent im Bonner Verteidigungshaushalt. Auch der Ausbau der „modernen Grenze" nach dem Abbau der Todesautomaten kostet einen dreistelligen Millionenbetrag. Dieser Etatposten wächst auf 5,027 Milliarden nach 4,7 Milliarden 1984.

Die SED-Spitze muß versuchen, im kommenden Jahr jedem gerecht zu werden, weil im April 1986 der SED-Parteitag mit der Wiederwahl Erich Honeckers ansteht. Er war 1971 als Nachfolger von Walter Ulbricht mit dem Versprechen angetreten, die Hebung des Lebensstandards zur „Hauptaufgabe" zu erklären und sich

DIE ANALYSE

zumindest in die Richtung der alten Ulbrichtschen Utopie zu bewegen, die Bunderepublik „einzuholen", wenn schon nicht zu „überholen".

Nach Schätzungen von Fachleuten reichen die 13 Milliarden Mark für die NVA samt fünf Milliarden Mark für „öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze" jedoch nicht aus, um die volle Belastung der „DDR"-Bevölkerung mit Kosten für die Sicherheit zu beschreiben. Neben diesen ausgewiesenen Etatposten gebe es eine Reihe verdeckter Aufwendungen, berichtete der erst 1984 in den Westen gekommene „DDR"-Wirtschaftsexperte Dr. Gernot Schneider vom Osteuropa-Institut der Freien Universität kürzlich bei einem Fachsymposion in Berlin. Er bezifferte die tatsächlichen Aufwendungen auf rund 48 Milliarden Mark.

Nach dem in der „DDR" allenthalben als „mager und schlecht" beurteilten Konsum-Jahr 1984 will die SED die Mitteldeutschen 1985 wieder etwas günstiger stimmen: Die Nettogeldeinahmen – sprich Löhne, Gehälter und Prämien – sollen ebenso wie die Einzelhandelsumsätze um vier Prozent klettern. 1984 waren diese Eckwerte lediglich mit 2,2 Prozent ausgewiesen. Strenge Westimport-Sperren und beträchtliche Exporte in die Sowjetunion und in den Westen hatten die Regale in den „DDR"-Läden von begehrten Konsumartikeln häufig leergefegt.

Daß die Mitteldeutschen weiterhin um die unmittelbar meßbaren Erfolge ihrer 43,5-Stunden-Woche gebracht werden und jeder Zuwachs in großen Teilen auch ins Militärbudget fließt, offenbarte kürzlich ein enger Freund von Honecker, Generaloberst Heinz Keßler. Als oberster Polit-Chef der Volksarmee sagte er am 27. November vor dem Kollegium des Verteidigungsministeriums: „Unsere Werktätigen erbrachten einen Zuwachs an Nationaleinkommen (im laufenden Jahr 1984, d. Red.), der es nicht nur ermöglichte, das materielle und kulturelle Lebensniveau zu sichern, sondern es weiter auszubauen und zugleich die Landesverteidigung auf dem erforderlichen Niveau zu gewährleisten."

Jeder einzelne Berufstätige muß indirekt die niedrigen Preise für die Grundnahrungsmittel Brot, Butter, Milch, Eier und Fleisch (so ausreichend vorhanden) sowie den 20-Pfennig-Nahverkehrstarif und die noch aus Kaisers Zeiten stammenden Altbaumieten bezahlen: Denn 1985 müssen nun schon 40 Milliarden und 49 Millionen Mark aufgebracht werden, um diese Subventionen zu bezahlen. Innerhalb von nur zwei Jahren ergibt dies eine dramatische Verdoppelung der Aufwendungen, denn 1983 belief sich der Zuschuß noch auf rund 20 Milliarden Mark.

Woran es, und nicht nur jetzt zur Weihnachtszeit, drüben in den Kaufhäusern und Läden hapert – die teuren „Exquisit"-Geschäfte schöpfen mit exorbitanten Preisen nur den Kaufkraftüberhang ab – steht in erstaunlicher Offenheit im Volkswirtschaftsplan für 1985: „Hohe Qualität, lange Lebensdauer, hohe Funktionstüchtigkeit, geringer Reparaturaufwand, modisch aktuelle Gestaltung, hohe Stückzahl" – so beschreibt die SED ihre Ansprüche an die Konsumgüter. Außerdem fehlt es an „Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik" (sprich Walkman, Plattenspieler, Hi-Fi-Geräte) und Zweiradfahrzeugen (Mopeds, Kräder). „Besondere Aufmerksamkeit" verlangt die Partei auch gegenüber Sport- und Freizeitartikeln. Auch sie sind rar – bis hin zum schlichten Jogging-Schuh oder Trainingsanzug.

Unzufrieden scheint man auch mit dem zu sein, was Funk und Fersehen in die „DDR"-Stuben senden: Sie müßten – und dafür stehen 1985 rund 775 Millionen Mark bereit – ihre „Wirksamkeit weiter erhöhen und damit einen wesentlichen Beitrag zur politisch-ideologischen Orientierung der Werktätigen ... leisten".

Liest man es recht, ist der Medien-Beitrag zur Zeit eben unwesentlich und wenig wirksam.

Christa Reetz und ihre Hummer aus Amerika

STEFAN HEYDECK, Bonn

Schon seit einigen Wochen wurde auf den Gängen des Bundestags kopfschüttelnd und hinter vorgehaltener Hand die „Amerika-Hummer-Kauf-Story" der Grünen-Abgeordneten Christa Reetz kolportiert. Doch die Parlamentarier der „etablierten" Parteien wollten die 62jährige Rentnerin nicht bei ihren Grünen-Kollegen „anschwärzen", der „netten Dame" keine Schwierigkeiten bereiten.

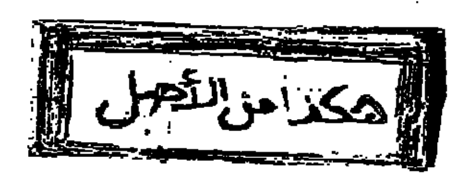
Daß das „Geheimnis" jetzt doch – noch dazu im Plenum – gelüftet wurde, hat Christa Reetz ihrer eigenen Fraktion und dem CDU-Abgeordneten Hans Peter Schmitz zu „verdanken". Der hatte, gereizt durch wiederholte Zwischenrufe der Grünen, während der Debatte über den Haushalt des Bonner Landwirtschaftsministerium das „Bömbchen" platzen lassen. Schmitz: „Es braucht ja nicht immer Hummer zu sein, den ein Mitglied ihrer Fraktion aus Amerika mitgebracht hat. Das können sich die kleinen Leute sowieso nicht leisten." Prompt wollte die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Christa Nickels, es per Zwischenfrage ganz genau wissen: „Wer hat denn Hummer gegessen?" Der CDU-Politiker konnte es ihr „gern sagen: Es war die Frau Kollegin Reetz, die drei Hummer aus Amerika mitgebracht hat. Es waren Maine-Hummer." Christa Nickels fast verblüfft: „Danke schön."

Das nun ließ die Bloßgestellte die Flucht nach vorn antreten. In einer persönlichen Erklärung erzählte sie dem Hohen Haus ihre „Hummer-Story". Doch Peter Harry Carstensen von der CDU/CSU („Sie lädt uns zum Hummeressen ein.") freute sich zu früh. Denn Christa Reetz verbat es sich, daß ihre „persönlichen Einkäufe von Kollegen als politisches Argument" gegen sie oder ihre Partei verwandt würden. Sie habe „auch als Abgeordnete" eine „Privatsphäre im bezug auf meine persönlichen Einkäufe".

Dann ging die Angegriffene ins Detail: Nach ihrer Rückkehr von einer Reise des Rechtsausschusses aus den USA habe sie zu einem Essen mit ihrer Familie und Freunden „etwas Besonderes beisteuern" wollen. Denn bei ihr zu Hause esse man „sehr gern Fisch". Das aber „nicht deshalb, weil wir damit irgendeine Extravaganz ausdrücken wollen". Vielmehr würde man „Nahrungsmittel sehr schätzen" und „beim gemeinsamen Essen eine außerordentliche Harmonie empfinden". Im übrigen hätte sie die Hummer nicht gekauft, wenn sie vorher gewußt hätte, daß „diese Tiere in einer Spezialverpackung lebendig verschickt" würden. Habe sie doch das erste Mal in ihrem Leben Hummer gekauft und sei das erste Mal in den USA gewesen.

Daraufhin mußten Mitglieder des Rechtsausschusses, die mit ihr gereist waren, erneut den Kopf schütteln. Denn sie hatten, so erinnern sie sich, verblüfft reagiert, als zum Schluß eines Essens im deutschen Generalkonsulat in New York Christa Reetz ihren Hummer-Kauf avisierte, weil diese nach ihren Worten dort besonders frisch seien. Sie habe auch gewußt, berichten Teilnehmer, daß die Tiere in Spezialkartons verpackt würden und sie höchst persönlich zum First-Class-Rückflug gebracht. Selbst auf die Frage, ob dies denn nicht „Käfighaltung" und „Tierquälerei" sei, weil die Hummer sich während des Transports ja mit ihren Scheren gegenseitig verletzen könnten, habe das Mitglied der Bürgerinitiativen Umweltschutz Bescheid gewußt: Die Scheren würden zusammengebunden. Und schließlich habe sie noch Auskunft darüber gegeben können, wie denn die Hummer nach ihrem Erste-Klasse-Flug über den Großen Teich auf den Tellern in Offenbach landen würden. Sie würden in kochendes Wasser geworfen, habe die frühere Programmiererin am Biologischen Institut der Universität Freiburg den Rechtsexperten geschildert, wären dann sehr schnell betäubt und würden nichts mehr merken.

Übrigens: Die Fraktionskollegin von Christa Reetz, die Tierärztin Sabine Bard, will auf dem Grünen-Parteitag am Wochenende in Hamburg zusammen mit anderen einen Antrag durchsetzen, mit dem die Partei die Bonner Fraktion auffordert, „konkrete politische Maßnahmen zur Abschaffung der Tierversuche zu ergreifen". Danach soll in einem novellierten Tierschutzgesetz ein „Totalverbot der Tierversuche", aber nur „für die Bereiche Kosmetika, Tabak, Alkohol und andere Suchtmittel, sowie Militärforschung" festgeschrieben werden.



Die Angst des Deutschlandfunks vor dem Nachbarn Deutsche Welle

Neue Differenzen über die „Kooperation" zwischen den beiden Rundfunkhäusern

GERNOT FACIUS, Bonn

Räumliche Nähe muß kein Garant für Eintracht sein. Der Vorstoß des Rundfunkrats der Deutschen Welle (DW) für eine engere Kooperation mit dem Hausnachbarn am Kölner Raderberggürtel, dem Deutschlandfunk (DLF), hat alte Animositäten wiederbelebt. „Mit einigem Mißvergnügen" wurde im DLF die Absicht der „Welle" kommentiert, sich eine „gewisse Dominanz" unter den beiden Rundfunkanstalten nach Bundesrecht zu sichern. Sogar von einer „Profilierung auf unsere Kosten" war die Rede.

Die Rundfunkräte der DW waren auf solche Empfindsamkeiten eingestellt, versicherten sie doch, daß „niemand" bei der Deutschen Welle die Absicht habe, den Deutschlandfunk zu „schlucken". Vernünftigere Absprachen und eine Straffung der Arbeit seien im Interesse einer rationelleren Wirtschaftsführung der beiden Anstalten notwendig, von denen eine, die DW, über Kurzwelle in alle Welt sendet und die andere, der DLF, Deutschland und das europäische Ausland versorgt. Dabei überschneidet sich ein Teil der Programme.

Dem Rundfunkrat der DW aber geht es mit seiner einstimmig angenommenen Entschließung zur „Erhaltung der Funktionsfähigkeit" des Senders aber nicht nur um eine Verbesserung von Programm und Empfang herkömmlicher Art, die Räte fassen ganz konkret auch die „Nutzung des Fernsehens" für die Darstellung eines umfassenden Bildes des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland ins Auge. Sie können darauf hinweisen, daß die mit der „Welle" konkurrierenden ausländischen Rundfunkanstalten „zunehmend dazu übergehen, sich dieses Mediums zu bedienen".

Bereits jetzt macht die DW Fernsehen – über die bei ihr angesiedelte Gesellschaft TransTel und in Zusammenarbeit mit ARD und ZDF. Man möchte aber noch mehr. Darauf deutet die Formulierung in dem Entschließungspapier hin: „Im Bereich Fernsehen sind die bisherigen Arbeiten an einem deutschen Fernsehinformationsprogramm für die Vereinigten Staaten und Kanada verstärkt fortzusetzen und außerdem die Verbreitung eines weltweiten aktuellen Fernsehinformationsdienstes in englischer Sprache über Rundfunk- und Fernmeldesatelliten einzuführen." Solche Absichten liegen auf der Linie der Medienpolitiker der Bundesregierung, die eine bessere Information über die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland via Satellit nach Übersee wünschen.

Auf diesem Gebiet wittert der DLF die größte Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten. Aber auch die neuen Vorstöße im „konventionellen" Bereich bereiten dem Deutschlandfunk Sorgen. Die DW möchte nicht nur für Einsparungen im eigenen Bereich sorgen, etwa durch die Einstellung gewisser fremdsprachiger Sendungen, „bei denen das Informationsbedürfnis nicht mehr in dem bisherigen Maße gegeben ist", sie möchte auch den Nachbarn zu Vereinbarungen veranlassen, um „noch wesentlich höhere Einsparungen" zu erzielen. Gedacht ist an die gemeinsame Herstellung fremdsprachiger Programme, die Ausstrahlung von Programmen der einen Anstalt durch die Sender der anderen, die Zusammenarbeit der Nachrichtenredaktionen, an den gemeinsamen Betrieb der rundfunktechnischen Anlagen, die Zusammenführung der Außenbüros und an eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verwaltung. Wenn die „Welle", so die Mahnung ihrer Gremien, ihre bisherige Stellung behalten wolle, müßten jetzt jahrelang zurückgestellte technische Investitionen nachgeholt werden. Die Rede ist von 20 Millionen Mark. Sie müssen aus dem Bundesetat kommen, denn die DW wird zu 100 Prozent von Bonn finanziert.

Intendant Klaus Schütz (SPD) wurde angewiesen, mit seinem Nachbarn Richard Becker, ebenfalls SPD, die Verhandlungen über eine engere Kooperation wiederaufzunehmen. Bekker aber wehrte sich gegen den Eindruck, Verhandlungen abgelehnt zu haben, und schickte den bedeutungsvollen Satz hinterher, er habe eigene Vorstellungen entwickelt, über die gesprochen werde müsse. Becker: „Es kommt darauf an, die Identität der Programme von DLF und DW zu wahren, damit der gesetzliche Auftrag beider Häuser optimal erfüllt werden kann."

Glasfaser-Netz für 14 Städte

Bundespost beginnt bereits 1986 mit dem Ausbau / Videokonferenzen möglich

PETER JENTSCH, Bonn

Bereits 1986 – und damit ein bis zwei Jahre früher als ursprünglich geplant – will die Bundespost mit dem Ausbau eines lokalen Glasfaser-Overlay-Netzes beginnen. Nach Darstellung von Bundespostminister Christian *Schwarz-Schilling soll dieser Ausbau* zusätzlich zum Aufbau einer Glasfaser-Fernstrecke erfolgen. Das erste Teilstück der Fernstrecke von Hamburg nach Hannover wurde bereits in Betrieb genommen. *Das neue* Overlay-Netz erlaubt zum Beispiel Videokonferenzen sowie schnellen Text- und Datenaustausch.

Anläßlich eines Gesprächs mit Vertretern der deutschen Fernmeldeindustrie begründete Schwarz-Schilling gestern die Entscheidung, mit der die Post den Einsatz der Glasfaser von Teilnehmer zu Teilnehmer vorzieht, mit den „positiven Erkenntnissen" aus einem Hearing, an dem Vertreter von Herstellern und Anwendern aus den Bereichen der Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik teilgenommen haben.

Nach den Plänen der Bundespost sollen bereits im Laufe des Jahres *1986 insgesamt 14 Städte mit dem* Glasfaser-Overlay-Netz versorgt werden, und zwar Berlin, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Mannheim, Köln, Bonn, München, Nürnberg und Stuttgart. In den folgenden Jahren sollen in steigender Zahl weitere Städte bedient werden, in denen Bedarf nach breitbandigen Individualkommunikationsdiensten besteht. Die entsprechenden Planungen für das erste Ausbaujahr sind bereits eingeleitet. Die Bundespost geht davon aus, daß in der Zeit von 1986 bis 1989 insgesamt rund 200 000 bis 300 000 Glasfaser-Kilometer in das Overlay-Netz eingebaut werden.

Die Vertreter der Industrie machten gegenüber Schwarz-Schilling deutlich, daß die Bundespost durch ihre Konzeption der Glasfasertechnik zu einem hohen Maß an Planungssicherheit für die deutsche Industrie beigetragen habe. Das sei wichtig vor allem in Hinblick auf die Tatsache, daß auf dem Gebiet der optoelektronischen Bauelemente noch erhebliche Entwicklungsarbeit geleistet werden müsse.

Die bis zum Ende dieses Jahrhunderts klar umrissene Netzausbaustrategie der Post biete für den gesamten Telekommunikationsbereich die Chance zu einer umfassenden Innovationswelle und damit auch zur Stärkung der deutschen Position im internationalen Wettbewerb.

Der Traum von einem bayerischen Programm für die ganze Republik

Von PETER SCHMALZ

Wo der *Mainzer* Regierungschef Bernhard Vogel als Vorsitzender der Medienkommission der Ministerpräsidenten nur „vorsichtig optimistisch" ist, da zeigt sich der Chef der bayerischen Staatskanzlei voll strahlender Zuversicht. „Ich gehe davon aus", sagt Staatssekretär Edmund Stoiber, „daß wir bis zum 19. Dezember einen unterschriftsreifen Staatsvertrag zustande bringen." Wohl seien die Vorstellungen, wie in der Bundesrepublik künftig die Nutzung der neuen Medien geregelt werden soll, noch nicht deckungsgleich, doch selbst bei sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, denen sich die eigene Partei auf dem Marsch in ein neues Medienzeitalter störrisch in den Weg stellt, mag Stoiber seit dem Frankfurter Sechs-Stunden-Gespräch am Sonntag Positives erkennen: „Sie bemühen sich."

Bevor diese Mühe jedoch durch elf feierliche Unterschriften fünf Tage vor Weihnachten belohnt werden kann, muß noch manch kleines Kompromißwunder geschehen. Selbst Stoiber räumt zwei Differenzpunkte ein, die er als „sehr schwierig" qualifiziert.

Da ist einmal die Frage, was unter dem Begriff eines „neuen Anbieters" zu verstehen sei. Nach bayerischer Lesart keinesfalls das, was der WDR gemeinsam mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) plant, indem beide eine Tochter in die neue *Medienlandschaft setzen und dies als* Programmacherin auf die Jagd nach Werbeeinnahmen schicken. Es dürfe nicht sein, so Stoiber, daß den bisherigen öffentlich-rechtlichen Monopo*listen die Möglichkeit* gegeben wird, in ein neues Kleid zu schlüpfen und den tatsächlich neuen Anbietern ohne weiteres den Werbekuchen wegzunehmen. Falls sich solche Pläne nicht verhindern lassen, dann ist der CSU-Politiker nicht abgeneigt, darüber nachzudenken, wie man den Öffentlich-Rechtlichen den sprudelnden Quell der „Zwangsgebühren" (Stoiber) ein wenig vergällen könnte.

Der zweite Differenzpunkt wiegt weit schwerer und wird in München auch als das eigentliche Hauptproblem gesehen: Wie sollen die drei Fernsehkanäle des TV-SAT, der frühestens ab Mai 1986 als erster Direktsatellit über der Bundesrepublik stehen wird, auf die Bundesländer verteilt werden?

Drei Modelle sind in der Diskussion: Jedes Land bekommt den gleichen Sendeanteil von knapp zehn Prozent; die Sendequote wird nach dem Bundesratsschlüssel aufgeteilt; die Höhe des Zuschlags richtet sich nach der Bevölkerungszahl des jeweiligen Landes. Bayern ist mit elf Millionen Einwohnern nach Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste Land und favorisiert deshalb das dritte Modell. Eine Aufteilung nach dem Bevölkerungsanteil

Landesbericht Bayern

sei ein „entscheidendes Kriterium", meint Stoiber: „Wir können nicht hinnehmen, daß Bayern wie Bremen oder wie das Saarland behandelt wird."

Hinter derart selbstbewußten Tönen steckt mehr als nur gewachsenes bayerisches Selbstverständnis: Man hegt Pläne in München, deren Realisierung einen anderen Verteilerschlüssel erfordert als die Egalitätsbehandlung aller Länder. Und die sehen so aus: Bekäme Bayern aus den drei Satelliten-Kanälen 20 Prozent (was ungefähr seinem Bevölkerungsanteil entspräche), könnte es sich mit Baden-Württemberg, dem über den Daumen gepeilt 13 Prozent zugeteilt würden, zusammentun und mit den gemeinsamen 33 Prozent über ein Drittel der Sendekapazität verfügen.

Das aber wäre ein voller TV-Kanal, der von Schleswig bis Lindau und noch einige Kilometer darüber hinaus zu empfangen wäre. Dann wäre das Tor zu einem Wunsch offen, den CSU-Generalsekretär Gerold Tandler bereits vor geraumer Zeit geäußert hat: „Bayerns drittes Programm für die ganze Bundesrepublik."

Nun wollen die Bayern allerdings nicht nur bei ihrem Heimat-Intendanten Reinhold Vöth – der sich auch weiterhin eines latenten Mißtrauens seiner CSU-Parteifreunde sicher sein darf – anklopfen und um die Überlassung seines „Dritten" bitten. Tandlers Idee von einem TV-Südmodell hat vielmehr ein Konsortium zum Kern, an dem aber durchaus auch Vöths Bayerischer Rundfunk beteiligt werden kann. Hier zeigt sich Bayern gegenüber der bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalt generöser als etwa Niedersachsen und Schleswig-Holstein, deren Regierungschef eine private Lösung ohne Teilnahme der bisherigen Anstalten favorisieren.

Die bayerische Brautschau stößt in Stuttgart auf Gegenliebe, über den Gedanken eines „Südschienen-Fernsehens" kam es in jüngster Zeit schon zu intensiven Kontakten zwischen den beiden Landeshauptstädten. Neben dem Griff ins All möchte Stoiber aber auch vermehrt in den bayerischen Boden vorstoßen und möglichst viele Kommunikationskabel verlegen, wobei er es als unverzichtbar bezeichnet, daß eine gleichförmige und flächendeckende Verkabelung das ganze Land an die Medienzukunft anschließt. An die Adresse des Bundespostministers Schwarz-Schilling richtet er die Mahnung: „Wir müssen ihm deutlich sagen, daß er nicht nur die Ballungsräume verkabeln darf. Das würde unsere erfolgreiche Strukturpolitik konterkarieren."

Und wenn der Rechnungshof den Bonner Postminister aufgefordert hat, sparsamer mit seinen Kabel-Milliarden zu wirtschaften, dann gab ihm am Montag hinter den verschlossenen Türen des CSU-Landesvorstands Richard Stücklen als einer seiner Amtsvorgänger den Rat, auf solche Mahnungen nicht zu genau zu hören: „Man muß sich als Postminister auch einmal über den Rechnungshof hinwegsetzen."

Spengler neuer Kirchenpräsident in Hessen-Nassau

idea/epd, Frankfurt

Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat Oberkirchenrat Helmut Spengler (Darmstadt) mit 130 von 208 Stimmen zum neuen Kirchenpräsidenten gewählt. Spengler, der seit 1973 Stellvertreter des amtierenden Kirchenpräsidenten Helmut Hild ist, tritt sein neues Amt als Leiter der 2,1 Millionen Mitglieder zählenden Landeskirche am 24. März 1985 an. Hild wird dann in den Ruhestand gehen.

Spengler wurde 1931 in Wetzlar geboren und studierte Theologie in Marburg und Bethel. 1960 wurde er Pfarrer in Breidenstein (Kreis Biedenkopf), 1964 in Bad Homburg. Spengler stammt aus dem Pietismus. Entscheidende Impulse erhielt er von Karl Barth und Rudolf Bultmann. Dessen Anliegen, das Wort der Bibel und ihre Botschaft verstehbar zu machen, ist nach Ansicht Spenglers von größter Aktualität. Um auch mit denjenigen „über den Glauben ins Gespräch zu kommen", die Religion und Kirche reserviert gegenüberstehen, hat er sich intensiv mit dem Marxismus und der Psychoanalyse auseinandergesetzt.

Spengler hat sich für eine politische Diakonie der Kirche eingesetzt. Keinesfalls dürfe sie sich aber als „politische Ersatzpartei" verstehen und „religiöse Rückgratverstärkung bestehender politischer Programme oder alternativer Konzepte sein", warnt Spengler. In Fragen der politischen Ethik orientiert er sich an der Zwei-Reiche-Lehre Luthers. Die Kirchen müßten ihre ökumenische Partnerschaft verstärken und in die Politik einbringen. Einer Intensivierung des Dialogs vor allem zwischen den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" mißt er größte Bedeutung bei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SPD-Vorwurf: Fall Rotsch verharmlost

dpa, Bonn

Der sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Erwin Horn, hat dem Verteidigungsministerium vorgeworfen, den Spionagefall um das Mehrzweckkampfflugzeug „Tornado" zu verharmlosen. In einem Interview der Deutschen Presse-Agentur (dpa) forderte Horn eine „ungeschönte Bestandsaufnahme" über alles, was der am 20. September unter Spionageverdacht verhaftete stellvertretende Hauptabteilungsleiter für Luftfahrt beim Münchner Unternehmen Meserschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Manfred Rotsch, verraten hat. Er steht im Verdacht, nicht nur Einzelheiten über den „Tornado", sondern auch eine Fülle von anderen Projekten von MBB der Sowjetunion zugespielt zu haben.

Die Dramatisierung der militärischen Bedrohung einerseits und die unverantwortliche Verharmlosung eines der größten und folgenreichsten Spionagefälle andererseits charakterisieren nach den Worten von Horn die jetzige Bundesregierung. Die Sozialdemokraten würden die Regierung nötigenfalls auch über das Instrument eines Untersuchungsausschusses zur Offenlegung und zum Handeln zwingen. Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) müsse die Frage beantworten, ob über Kooperation und Austausch auch Systeme der Amerikaner und anderer Alliierter durch den Verratsfall tangiert würden. Wenn der „Tornado" gefährdet sei, müsse er umgerüstet werden.

Horn meldete Zweifel an, ob die Vertreter der Hardthöhe in der Geheimsitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages in der letzten Woche die Abgeordneten gründlich und präzise informiert haben. „Es sind Widersprüche ersichtlich geworden, die eine restlose Aufklärung erfordern." Rotsch sei an rund 15 großen Systemen in Planung, Entwicklung und Fertigung beteiligt gewesen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik, besonders aber für die Bundeswehr eine außergewöhnliche wichtige Rolle spielten. Es müsse davon ausgegangen werden, daß Rotsch alles verraten habe, was er wußte. Er habe Geheimnisse beispielsweise auch von taktischen und strategischen Anlagen gekannt. Der SPD-Abgeordnete verwies darauf, daß Rotsch 30 Jahre lang Spionage getrieben habe.

Versicherungsschutz durch freiwillige Beiträge sichern

Frist für Nicht-Pflichtversicherte läuft im Dezember aus

PETER JENTSCH, Bonn

Ende dieses Jahres erlischt für alle Personen, die nicht oder nicht mehr pflichtversichert sind, der Anspruch auf eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente. Wer diesen Anspruch nicht verlieren will, muß bis zum 31. Dezember für jeden Monat des Jahres freiwillige Beiträge entrichten. Zu bezahlen sind mindestens *zwölf* Monatsbeiträge à 84 Mark.

Diese Beiträge brauchen nicht für sogenannte Ausfallzeiten entrichtet zu werden. Dazu zählen zum Beispiel Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaftsurlaub oder Arbeitslosigkeit. Beiträge brauchen auch nicht während der Erziehung eines Kindes bis zum fünften Lebensjahr gezahlt zu werden.

Die Möglichkeit, sich durch lükkenlose Entrichtung freiwilliger Beiträge auch künftig ein Anrecht auf Erwerbs- oder Berufsunfähigkeits*rente zu erhalten*, besteht jedoch nur für Versicherte, die bereits zum 31. Dezember 1983 mindestens 60 Beitragsmonate in der Rentenversicherung aufzuweisen haben.

Betroffen von *dieser Regelung*, die durch das Haushaltsbegleitgesetz von der Bundesregierung beschlossen wurde, sind vornehmlich Hausfrauen, Selbständige und von der Versicherungspflicht befreite Angestellte. Da freiwillige Beiträge nur für das laufende Kalenderjahr entrichtet werden dürfen, verliert jeder, der die Einzahlung bis zum 31. Dezember versäumt, seinen Versicherungsschutz. Es sei denn, man erklärt sich gegenüber der Rentenversicherung noch in diesem Jahr bereit, die Beiträge zu entrichten. Das bewirkt einen Zahlungsaufschub bis Ende März.

Wer in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert ist, erhält eine Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, wenn er in den vergangenen fünf Jahren vor Eintritt des Versicherungsfalles mindestens 36 Monatsbeiträge entrichtet hat. Der Zeitraum von fünf Jahren (60 Kalendermonate) verlängert sich dabei noch um bestimmte beitragslose Zeiten und Zeiten der Kindererziehung bis zum 5. Lebensjahr.

Wer aus der Versicherungspflicht ausscheidet und vor dem 1. Januar 1984 bereits mindestens 60 Monatsbeiträge entrichtet hat, kann seinen Versicherungsschutz durch lückenlose freiwillige Beiträge aufrechterhalten.

Wie wählen Jungwähler?

geo. Bonn

Schnellanalysen des Wahlverhaltens von *Jungwählern in der Wahl*nacht und amtliche Analysen, die erst Monate später veröffentlicht werden, klaffen nach Meinung des Sozialwissenschaftlers Joachim Hofmann-Göttig weit auseinander. Zu diesem Schluß kommt der Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Hessischen Landesvertretung in einer gestern in Bonn vorgestellten Studie unter dem Titel „Die jungen Wähler". In der Untersuchung, die sich auf insgesamt 79 Wahlen in der Zeit von 1953 bis 1984 stützt, stellte der Autor ein Wahldefizit der *Jungwähler fest*.

So habe sich etwa bei der jüngsten Bundestagswahl 1983 mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung *von 88,4 Prozent* die Gruppe der 21- bis 25jährigen nur zu 81,5 Prozent am Urnengang beteiligt. Als Grund nennt Hofmann-Göttig, der bemerkte, daß auch die Grünen nur geringfügig zu einem höheren *Mobilisierungs*grad beigetragen hätten, die Ansicht der Jugend, daß Wahlen „zur Welt der Erwachsenen" gehörten, mit der sich die Jugendlichen noch nicht identifizieren würden.

Zum Wahlverhalten in der Vergangenheit führte er aus, bis 1967 hätten CDU/CSU und SPD bei den Jungwählern ein ungefähr gleichermaßen positives Echo gefunden. Danach sei für die CDU ein katastrophaler Bruch *bis 1983 festzustellen*, während SPD und FDP gut abgeschnitten hätten. Die Union aber habe bei der jüngsten Bundestagswahl wieder an Boden gewonnen. Bedrohlich hingegen sei die Entwicklung für die FDP.

Grundsätzlich stellte Hofmann-Göttig fest, die Devise „Wer Erstwähler hat, hat die Zukunft" stimme so nicht. Da die Jugendlichen starken Stimmungsumschwüngen unterworfen seien, schäle sich die Parteipräferenz endgültig erst nach vier, fünf *oder sechs Wahlen heraus*.

Lissabon überwindet eine schwere Krise

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Nach einer vier Tage währenden Beratung einigte sich am Montagabend eine zehnköpfige Kommission aus führenden Politikern der sozialistischen (PS) und der sozialdemokratischen Partei (PSD) über eine Kabinettsreform, über ein betont pragmatisches Vorgehen bei der Sanierung der schwer angeschlagenen Wirtschaft und über ein Stillhalteabkommen zu den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1985. Danach verzichten beide Parteien bis Juli nächsten Jahres auf die Ernennung von Kandidaten für die Wahl des Staatspräsidenten. Damit ist eine drohende schwere Krise vorerst abgewendet worden.

Die Chefs der beiden Koalitionsparteien, *Mario Soares* (PS) und *Mota Pinto* (PSD), Ministerpräsident und Stellvertreter, nahmen an diesen Beratungen nicht teil. Die beiden treffen sich am Donnerstag, um dem Koalitionsprogramm ihren Segen zu geben.

Ausgelöst wurde die Krise durch den wachsenden Widerstand in den Reihen der PSD – eigentlich eine Mitte-Rechts-Partei – gegen die gemeinsame Kandidatur des Sozialisten Mario Soares für die Präsidentschaftswahlen. Die Kritik griff auf die Parteispitze über, als Finanzminister Ernani Lopes dem Parlament statt des erwarteten Haushaltes 1985 völlig überraschend einen Nachtragshaushalt vorlegen mußte, dessen Defizit die Aussichten auf eine bereits angekündigte Lockerung des Sparprogrammes zunichte machte.

Der Burgfriede bis Juli schließt aus, daß Staatspräsident General Eanes noch vor den Präsidialwahlen im Dezember das Parlament auflösen und Neuwahlen (Parlament) ausschreiben kann. In den letzten fünf Monaten vor den Präsidialwahlen läßt die Verfassung einen derartigen Eingriff nicht mehr zu. Ein Versagen der Koalition *hätte* bei Neuwahlen einer *politisch* unbestimmten, aber von der KP stark beeinflußten „Eanes"-Partei große Chancen eingeräumt. Des Parteienhaders längst überdrüssig, hätten nämlich viele Portugiesen angesichts der wirtschaftlichen Misere einer eigenen Bewegung des im ganzen Lande angesehenen Generals Eanes ihre Stimme gegeben. (SAD)

Grenada entscheidet sich für die Mitte

Erdrutschsieg für den Wunschkandidaten Washingtons

WERNER THOMAS, St. George's

Nach bitteren Erfahrungen mit extremen politischen Bewegungen wählte die kleine karibische Insel Grenada den Weg der Mitte: Herbert Blaize und seine „Neue Nationalpartei" errangen am Montag einen eindrucksvollen Erdrutsch-Sieg. Klarer noch als erwartet dominierte die erst im August gegründete Gruppe diesen ersten Urnengang seit acht Jahren. Sie gewann zwei Drittel der Parlamentssitze.

Die großen Verlierer sind die „Vereinigte Labour-Partei Grenadas" (*Gulp*) des *alten Blaize-Rivalen* Sir Eric Gairy und die „Patriotische Bewegung Maurice Bishop", die Gefolgsleute des ermordeten marxistischen Premiers Maurice Bishop. Beide *Gruppen hatten* 15 Jahre *lang* das politische Leben Grenadas polarisiert. Im März 1979 entmachtete Bishop den rechten Gairy durch eine Putschaktion und errichtete eine „Revolutionsregierung des Volkes", die enge Verbindungen zu Kuba und dem Ostblock knüpfte. Im Oktober 1983 wurde Bishop von noch radikaleren Parteirivalen ermordet. Eine Woche später endete die kurze Herrschaft des „revolutionären Armee-Rates" mit der Rettungsaktion amerikanischer und karibischer Truppen.

Die neue Nationalpartei war vor drei Monaten aus der Fusion von drei Parteien der Mitte hervorgegangen. Die *Premierminister der karibischen* Staaten Barbados, St. Vincent und St. Lucia, die einen Wahlsieg Gairys befürchteten, standen Pate. Aber auch die Reagan-Regierung, die in den letzten zwölf Monaten 50 Millionen Dollar in Grenada investierte, signalisierte offen, wem ihre Sympathien galten.

„Glückliche Tage"

Der amerikanische Geschäftsträger Loren Lawrence betonte immer wieder, daß Washington eine „gemäßigte Regierung" wünsche und vergaß *selten zu* erwähnen: „Die neue Nationalpartei ist gemäßigter als die anderen Gruppen." Anfang November ließ Gairy eine Anzeige in seine Zeitung „Grenada Guardian" setzen, die verkündete: „Glückliche Tage sind *wieder* hier. Präsident Reagan sagt, daß alle Bürger die Vereinigte Labour-Partei wählen müssen." Eine Woche später antwortete die US-Botschaft per Gegenanzeige in der unabhängigen „Grenadian Voice": „Präsident Reagan unterstützt nicht die Vereinigte Labour-Partei Grenadas und ihre Kandidaten."

Ein Vertreter der Washingtoner Mission gestand in der Nacht zum Dienstag: „Wir sind erleichtert. Ein Wahlsieg Gairys hätte uns ganz schön in Verlegenheit gebracht." Blaize prophezeite in den letzten Tagen, daß Gairy nach einer Niederlage die Insel wieder verlassen würde. „Er kann keine Niederlagen ertragen." Gairy hatte sieben der acht bisherigen Wahlen gewonnen. Nur einmal, 1962, gelang Blaize ein Erfolg. Er regierte fünf Jahre Grenada. 1967 kam Gairy wieder an die Reihe.

Hoffen auf Investoren

Die Wahlen waren so ruhig und diszipliniert verlaufen wie der Wahlkampf. Obgleich die 135 Lokale um 6 Uhr öffneten, bildeten sich bereits eine Stunde früher Schlangen. Die meisten Wähler – insgesamt 48 158 – hatten bereits am späten Vormittag ihre Stimme abgegeben. Die Stimmzettel nannten die Namen der Parlamentskandidaten und zeigten die jeweiligen Symbole.

Die Neue *Nationalpartei* identifizierte sich durch ein Haus, Gairys Labour-Partei durch einen Stern, die Bishop-Bewegung durch ein Flugzeug, die christlich-demokratische *Labour-Partei*, eine *vierte Gruppe*, die sich an dem Urnengang beteiligte, durch eine Muskatnuß.

Blaize wird bereits in dieser Woche vereidigt und eine neue Regierung bilden, die sich vor allem auf die wirtschaftlichen Probleme konzentrieren muß. Der neue Premier erhofft sich nun eine *Flut* privater Investitionen. „Viele Interessenten wollten bisher nicht ihr Geld anlegen, weil sie nicht wußten, wer dieses Land einmal regieren würde", erklärte er. Mancher Ausländer fürchtete einen Wahlsieg des als korrupt geltenden Gairy.

Neben Herbert Blaize gab es einen weiteren glücklichen Mann auf Grenada: Nicolas Braithwaite, den Chef der Übergangsregierung, die ein schweres Erbe übernahm und gute Arbeit leistete. Braithwaite, ein Pädagoge, gestand am Montag: „Ich bin total erschöpft. Ich freue mich auf den Urlaub." (SAD)

Prozeß gegen Popieluszkos Mörder in Thorn

dpa, Warschau

Der Prozeß gegen die Mörder von Pfarrer Jerzy Popieluszko wird nicht in Warschau, sondern in Thorn stattfinden. Wie Regierungssprecher Jerzy Urban gestern bekanntgab, wurde das dortige Bezirksgericht mit dem Fall befaßt, weil Entführung und Mord in seinem Bezirk stattgefunden haben. Die Anklageschrift soll noch im Laufe des Dezember eingereicht werden.

Urban gab an, den Termin der Verfahrenseröffnung bestimme das Gericht; die Ermittlungen über die Tat seien abgeschlossen, doch suche man weiter nach eventuellen Hintermännern. Zusammen mit den drei Tätern muß sich auch der Oberst im Sicherheitsdienst, Adam Pietruszka, wegen Anstiftung zum Mord verantworten. Nach Angaben Urbans hat er bei vorbereitenden Gesprächen eine „inspirierende Rolle" gespielt.

Urban versicherte, nach dem Obduktionsergebnis spreche nichts gegen die Annahme, daß der Tote vom 19. bis 30. Oktober, also vom Tag der Entführung bis zur Entdeckung des Leichnams, in einem Stausee bei Wloclawek gelegen habe. Alle Spekulationen um das Obduktionsergebnis, das den Prozeßakten eingefügt werde, seien unbegründet.

Urban bekräftigte, daß die beiden am Freitag getöteten Sicherheitsbeamten einem normalen Verkehrsunfall zum Opfer fielen. Anderslautende Verdächtigungen seien unbegründet. Die Beamten hätten in Krakau und Tarnow nur nebensächliche Umstände überprüft. Der Lastwagenfahrer, der den Unfall verursacht habe, sei ein Berufsanfänger und verhaftet worden.

Die beiden Priester, die in den letzten Monaten in Lublin von Unbekannten überfallen und gefoltert worden sind, wurden nach den Worten des Regierungssprechers Opfer von Raubüberfällen. Die Tatsache, daß sich in letzter Zeit Überfälle auf Kirchen und Gemeindehäuser häuften, erklärte Urban mit der Erwartung der Täter, dort reiche Beute zu finden. Er bestätigte, daß der ehemalige Führer der „Solidarität" in einer Autofabrik in Lublin, Stanislaw Chac, am 17. Oktober bewußtlos gefunden wurde und wenige Tage später starb. Er sei wahrscheinlich Opfer einer Schlägerei von Betrunkenen geworden. Die Polizei habe mit all diesen Fällen nichts zu tun.

Italiens Diplomaten sind alle „lebhaft besorgt"

Konzertierter Protest zur Lage des auswärtigen Dienstes

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Auf dem Schreibtisch des italienischen Außenministers Giulio Andreotti häuften sich in der vergangenen Woche die Protesttelegramme. Sie kamen aus den Botschaften, Generalkonsulaten und Konsulaten in aller Welt und waren von den Missionsleitern gezeichnet. Die Botschafter, Generalkonsuln und Konsuln brachten darin ihr „tiefes Mißbehagen" und ihre „lebhafte Besorgnis" über den Stand den auswärtigen Dienstes zum Ausdruck. Sie bekundeten ihre Solidarität mit einer Initiative ihrer autonomen Gewerkschaft „Sindmae" zur Aufwertung der diplomatischen Karriere, Umstrukturierung des Außenministeriums und Reaktivierung des traditionellen Primat der Diplomatie in allen Beziehungen zum Ausland.

Den Diplomaten geht es dabei, wie einer ihrer Gewerkschaftsvertreter in Erläuterung der Telegrammaktion darlegte, vor allem um drei spezifische Probleme:

1. Sie verlangen die Respektierung der zentralen Stellung des Außenministeriums im Blick auf alles, was mit Außenpolitik zu tun hat. So logisch dieses Prinzip erscheinen mag, ist es doch in den letzten Jahren in der Praxis immer häufiger verletzt worden.

Kompetenzverlust

Unter den Diplomaten beklagt man eine „ständige Erosion der Kompetenzen des *Ministeriums*" in Verletzung des nach der Ausrufung der Republik erlassenen Präsidentialdekrets, in dem es heißt: „Das Außenministerium ist das Zentrum der internationalen Beziehungen des Landes – sowohl durch seine direkt nach außen gerichtete Aktivität (Beziehungen zu den anderen Staaten und zu den internationalen Organisationen), als auch hinsichtlich der Koordinierung der Aktivitäten anderer staatlicher Verwaltungen, soweit diese Aktivitäten internationale Ausstrahlung haben."

Der Gewerkschaftsvertreter: „Wir verlieren immer mehr Befugnisse, weil sich fast alle Ministerien eigene Apparate geschaffen haben, um ihre autonome Außenpolitik zu machen. Das trifft für Industriekontrakte ebenso zu wie für Landwirtschaftsverhandlungen und Projekte internationaler Kooperation." Sogar die Regionen glaubten heute, außenpolitische Vorrechte – etwa in der Weinpolitik – beanspruchen zu können. Jeder Minster schicke eigene Delegationen ins Ausland, um – ohne Koordinierung mit dem Außenministerium – bestimmte Probleme prüfen zu lassen.

Die Diplomaten *fordern* hier eine „sofortige und entschiedene Tendenzumkehr". Sie weisen darauf hin, daß das „Aus-der-Reihe-tanzen" verschiedener Ministerien nicht nur Konfusion schaffe, sondern dem Staat auch noch viel Geld koste.

Mangelhafte Ausstattung

2. Der auswärtige Dienst ist nach Ansicht der Diplomaten materiell nicht mehr ausreichend ausgestattet. Früher seien 0,9 Prozent des Staatshaushaltes für das Außenminsterium zur Verfügung gestellt worden, heute seien es nur noch 0,27 Prozent. So fehle es in manchen diplomatischen Vertretungen schon an Schreibmaschinen – ganz zu schweigen von Computern. Mit diesen Mitteln könne man keine „große Außenpolitik" machen.

3. Die normative und wirtschaftliche Situation im auswärtigen Dienst wird von den protestierenden Diplomaten für dringend reformbedürftig gehalten. Die Bezahlung sei so schlecht, *daß sich immer weniger Nachwuchs für die Diplomatenkarriere finde.* Von 938 Planstellen seien im Augenblick nur 760 besetzt. Die Grundgehälter, die in der Zentrale gezahlt würden, seien viel zu niedrig. So verdiene beispielsweise ein Legationsrat nach 14 Dienstjahren, wenn er vom Ausland in die Zentrale zurückversetzt werde, nicht einmal 2000 DM. Wie solle er sich damit auf dem freien Markt eine teure Wohnung mieten und sein Kind, das in irgendeinem Staat vielleicht in einer englischsprachigen Schule eingeschult werden mußte, auch noch auf eine englische Privatschule schicken?

Eine weitere Klage betrifft die schlechten Beförderungsaussichten. Trotz der vielen leeren Planstellen „läuft die Karriere nicht, wie sie müßte". Der auswärtige Dienst bilde eine Pyramide mit viel zu breiter Basis und viel zu schmalem Mittelteil.

Japan gegen Bedingungen für Gromyko-Besuch

dpa, Tokio

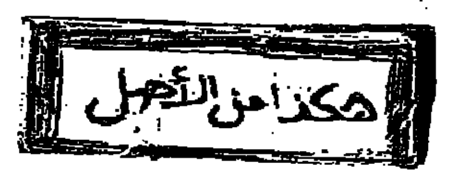
Japan ist nicht bereit, für den längst überfälligen Besuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko in Tokio irgendwelche Bedingungen Moskaus zu akzeptieren. Das Außenministerium reagierte gestern auf Äußerungen eines hohen sowjetischen Parteifunktionärs vom Vortag, wonach eine Reise Gromykos nach Tokio nur dann in Frage komme, wenn er dort ein bilaterales Abkommen unterzeichnen könne.

Als Beispiel nannte der stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung der KPdSU, Iwan Kowalenko, im Gespräch mit japanischen Journalisten in Moskau einen Vertrag über langfristige Wirtschaftskooperation und ein Abkommen über gutnachbarliche Beziehungen. Wie das Außenministerium erklärte, wünsche Japan zwecks Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwar die Visite Gromykos, werde sich mit Moskau aber nicht auf einen „Kampf um Bedingungen" einlassen.

Moskau: Frühzeitig Gespräche beginnen

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat sich gegen eine weitere Verzögerung von *Abrüstungsgesprächen* mit den Vereinigten Staaten ausgesprochen. Er tat dies gegenüber dem amerikanischen Geschäftsmann Armand Hammer, den Tschernenko gestern zu einer mehr als eineinhalbstündigen Unterredung im Kreml empfing.

Wie der Präsident des US-Konzerns „Occidental Petroleum Corporation" anschließend der Presse in Moskau mitteilte, befürworte Tschernenko ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel eines „ehrlichen Abkommens auf der Grundlage von Gleichheit und beiderseitiger Sicherheit, ohne jeden Versuch, den anderen zu überrumpeln und einseitige Vorteile herauszuschlagen". Die Zukunft müsse zeigen, ob die USA im Gegensatz zu ihrem bisherigen Handeln eine realistische Haltung einnähmen und Verhandlungserfolge *ermöglichten*, sagte der Kreml-Führer. Er erklärte sich zu einem Gipfeltreffen mit US-Präsident Ronald Reagan bereit, sobald Washington sich zum Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag verpflichtet habe.



Immer mehr Parallelen zum Algerien-Krieg

Unentschlossen steht Paris vor der Neukaledonien-Frage

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Es ist schönes Wetter. Ich habe einen guten Flug gehabt. Und jetzt wollen wir an die Arbeit gehen." Das waren aus 20 000 Kilometer Entfernung über den Äther übertragen die ersten Worte des neuen Hochkommissars für Neukaledonien, Edgar Pisani, die am Montagmorgen an die Ohren der Franzosen drangen. Pisani war in Nouméa, der Hauptstadt des Pazifikarchipels eingetroffen, wo er in den kommenden zwei Monaten eine Lösung des Problems der Verwandlung des bisherigen Überseeterritoriums in eine autonome Republik aus französischen Siedlern und melanesischen Ureinwohnern finden soll. Gleichzeitig mit dem neuen Mann trafen drei französische Kriegsschiffe aus Tahiti und ein Regiment Soldaten aus dem Mutterland zur Verstärkung ein.

Zur gleichen Stunde trat Premierminister Laurent Fabius in Paris vor die Abgeordneten der Nationalversammlung, um eine von der Opposition geforderte Debatte über die Zukunft der Inselgruppe einzuleiten. „Es gibt keine Lösung ohne den Respekt zweier Basisprinzipien: Ordnung und Dialog", sagte der Regierungschef. Die Lage in Neukaledonien sei *außerordentlich schwierig* aber man solle sie nicht noch verschlimmern, indem man „schlechte Nachrichten" erfinde. An die Bevölkerung der Inseln gewandt, sagte Fabius: „Behaltet eure Ruhe und kehrt zum Dialog zurück. Mann kann nicht die Rechte einer Volksgruppe mit Füßen treten und behaupten, die andere existiere nicht. Es gibt Anhänger der Unabhängigkeit von Neukaledonien und es gibt europäische Siedler, die wollen, daß das Territorium bei Frankreich bleibt. Irgendwo in der Mitte dieser widersprüchlichen Interessen verläuft der Weg zur Lösung", sagte Fabius.

Autonomistische Wünsche

Die Vertreter der Opposition, darunter der ehemalige gaullistische Premierminister Pierre Messmer ließen indes deutlich wissen, daß eine Unabhängigkeit der Inselgruppe nicht in Frage komme, da sich dann sofort die Frage aller anderen französischen Überseebesitzungen stelle. In der Tat meldet besonders die Bevölkerung der karibischen Besitzungen Martinique und Guadeloupe seit einigen Zeiten immer lauter autonomistische Wünsche an. Hinter dem selbsternannten „Regierungschef einer kanakischen Republik", dem Chef der Unabhängigkeitspartei Tjibaou, stünde nur eine kleine von ausländischen „Beratern" unterstützte Minderheit, die keinesfalls alleine über die Zukunft der Insel entscheiden dürfe.

Keine klaren Befehle

Der Giscardist Jean-Pierre Soisson warf der Regierung vor, durch Duldung immer neuer Unruhen eine Annullierung der Territorialwahlen vom 18. Dezember durchsetzen und damit den Weg zur Unabhängigkeit der Insel öffnen zu wollen. Damit aber öffne er eine „neue Front des Scheiterns". *Am 18. November hatte die* Inselbevölkerung mit überwiegender Mehrheit eine Versammlung gewählt, die für den Verbleib bei Frankreich eintritt. *Soissons Vorwurf, Unruhen be*wußt zu tolerieren, fußt auf der Tatsache, daß die aus dem Mutterland eingeflogenen Gendarmen den Gewalttaten der Rebellen nicht genügend scharf entgegentraten, weil sie nicht über klare Anweisungen aus Frankreich verfügten. Eine gewisse Unentschlossenheit ist nicht zu verkennen. Dies soll sich jetzt unter Hochkommissar Pisani ändern.

Die Lage in Neukaledonien erinnert immer verzweifelter an den Beginn des Algerien-Krieges im Herbst 1954. Auch damals trat eine militante Minderheit, die „Nationale Befreiungsfront" algerischer Freischärler für die sofortige Unabhängigkeit des Territoriums ein, die Frankreich keinesfalls zulassen wollte. Der Versuch, sich einander folgender Pariser Re*gierungen der 4. Republik imm*er neue Dialogmöglichkeiten zwischen der europäischen Siedlerbevölkerung und den Anhängern der Unabhängigkeit zu eröffnen, scheiterte indes Jahr für Jahr und führte schließlich in einen der verlustreichsten Kriege Frankreichs in der Nachkriegszeit. Erst die Rückkehr General de Gaulles an die Macht konnte eine Lösung einleiten, da der General das genügende Prestige besaß, um eine Unabhängigkeit der Insel sowohl den französischen Extremisten im Mutterland als den französischen Siedlern in Algerien gegenüber durchzusetzen.

Chiles Bischöfe geraten auf Kurs der Konfrontation zum Regime Pinochets

Die Entfremdung zwischen Kirche und Regierung verschärft die politische Polarisierung

WERNER THOMAS, Miami

Der Hirtenbrief enthielt scharfe Attacken gegen Chiles Regierung. Er sei „äußerst besorgt über *das Klima der* Gewalt", bekannte Erzbischof Juan Francisco Fresno. Der Ausnahmezustand bedeute „einen schweren Rückschlag für die Bemühungen um eine Verständigung und den Frieden in Chile". Der Würdenträger kritisierte weiter, daß die staatlichen Behörden „Konfusion über die katholische Kirche verbreiten" würden, und bekannte: „Ich bin vorsichtig, aber nicht feige."

Viele Kirchgänger spendeten spontanen Applaus. In den besseren Wohnvierteln Santiagos verließen einige Gläubige jedoch unter Protest die Gotteshäuser. „Kommunist", kommentierten sie. Innenminister Sergio Onofre Jarpa bekundete „Besorgnis und Überraschung". Dem Erzbischof schrieb er einen vertrauli*chen Brief.*

Seit das Fresno-Dokument von den Kanzeln verlesen wurde, erreichte das Verhältnis zwischen der chileni*schen Militärregierung und der* katholischen Kirche einen neuen Tiefpunkt. Vertreter beider Seiten befürchten, daß sich der Konflikt noch verschärfen kann. Er beeinflußt den Prozeß der politischen Polarisierung.

Ironischerweise hatte General Pinochet aufgeatmet, als der Papst im *Mai 1983 Fresno zum neuen* Erzbischof Santiagos ernannte. Der stämmige, weißhaarige Prälat galt als konservativer Kirchenführer im Gegensatz zu Kardinal Raul Silva Henriquez, der in den Ruhestand ging. „Ein Geschenk des Himmels", urteilte Pinochets Ehefrau Lucia damals. Silva Henriquez, einst Befürworter des Militärputsches im Jahre 1973, steuerte zuletzt einen scharfen Kollisionskurs gegen den Präsidenten.

Fresno (70) wollte die Kirche, in der viele Priester die Thesen der Befreiungstheologie vertreten, entpolitisieren. Er übernahm jedoch während der ersten blutigen Demonstrationswelle sein Amt und geriet rasch zwischen die Fronten. Der von ihm arrangierte Dialog, der Jarpa und prominente Oppositionsvertreter an einen Tisch brachte, scheiterte. Die Opposition stellte Maximalforderungen, so Pinochets Rücktritt. Jarpa verzichtete auf weitere Gespräche. Enttäuscht registrierte Fresno die verworrene Situation.

Anfang des Jahres geriet der Erzbi*schof zum ersten Mal* in eine Konfrontationssituation zur Regierung. Zwei Männer und zwei Frauen waren in die Nuntiatur geflohen und hatten Asyl erbeten. Sie fühlten sich politisch verfolgt. Die Regierung beschuldigte das Quartett jedoch, Mitglieder einer marxistischen Untergrundorganisation zu sein und ein Jahr zuvor den Gouverneur von Santiago ermordet zu haben, General Carlos Uruzia. Sie wollte den Asylsuchenden keine Ausreise gewähren. Der Papst appellierte an den *Präsidenten*, die Leute



Vorsichtig, nicht feige: Erzbischof Juan Francisco Fresno FOTO:DPA

ziehen zu lassen. Pinochet weigerte sich zunächst. Nuntius Angelo Sodano rügte den General: „Mit jedem Tag, der vergeht, wird die Respektlosigkeit gegenüber dem Heiligen Stuhl größer." Auch eine Intervention Fresnos nützte nichts.

Schließlich konnten die Gäste der Nuntiatur nach mehr als zwei Monaten doch ausreisen. Aber zu diesem Zeitpunkt lieferten linke Priester und rechte Aktivisten der Presse neue Schlagzeilen. Der Geistliche Rafael Marotto verteidigte in einem Interview der Zeitung „El Mercurio" die politischen Ziele der marxistischen Rebellenorganisation „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR). Sie würde eine „bessere Demokratie" anstreben. Die Reaktion der Rechten waren Wandmalereien an den Kirchen wie „Viva Pinochet", „Rote Kurie", „Genug mit dem Marxismus". Fresno neutralisierte Marotto, indem er ihn vom Gemeindedienst entband.

Anfang September verschärfte sich die Situation: Der französische Priester André Jarlan wurde bei einer Protestaktion in einem Arbeiterviertel in Santiago von einer Kugel getroffen. Die Opposition behauptete, die Polizei habe auf ihn gefeuert, die Regierung dementierte. Tausende marschierten hinter dem Sarg des Priesters zur Kathedrale, wo Erzbischof *Fresno die Totenmesse zelebrierte.*

Mitte September verweigerten vier der kritischsten Bischöfe das Te Deum zum Tag der Unbhängigkeit. José Manuel Santos, der Bischof von Concepción, erläuterte: „Das Te Deum ist ein Symbol der Harmonie, die nicht existiert." Obgleich sich Fresno nicht an diesem Affront beteiligte – Pinochet besuchte seinen Gottesdienst –, erklärte Luftwaffenkommandeur Fernando Matthei: „Die Beziehungen zur katholischen Kirche waren *nie kälter.*"

Sie sind noch kälter geworden. Einen Tag nach der Verhängung des Ausnahmezustandes (6. November) verweigerte die Regierung dem Vorsitzenden der katholischen Menschenrechtskommission, dem spanischen Priester Ignacio Gutiérrez, die Rückkehr nach Chile. Gutiérrez befand sich auf einer Reise durch Europa und die USA, bei der er die Verhältnisse in Chile scharf kritisiert hatte. Fresno veröffentlichte eine wütende Erklärung: „Ein ernster Schritt, den ich nicht akzeptieren kann."

Die Menschenrechtskommission, „Vikariat der Solidarität" genannt, *ist* der Regierung seit ihrer Gründung im Jahr 1976 ein Dorn im Auge. Ihre Vertreter registrieren wohl aufmerksam die Exzesse der Sicherheitsbehörden und haben schon vielen Häftlingen geholfen. Einige gelten jedoch auch als linke Eiferer. Pinochet unterstellte ihnen einmal eine marxistische Gesinnung: „Sie sind kommunistischer als die Kommunisten."

Wenige Tage nach der Verlesung des Hirtenbriefes ließ Fresno die Katholiken Chiles fasten und beten – für den Frieden, für die Versöhnung. Er legte Wert auf die Feststellung, daß dies keine politische Demonstration gewesen sei. Tatsächlich folgte auch keine Kritik von der Regierung. Beide Seiten bemühen sich um eine Atempause. (SAD)

Diamanten, Fleisch und „Unregelmäßigkeiten"

Zulauf für Opposition / Größte Sowjetbotschaft der Region

M. GERMANI, Johannesburg

Präsident Quett Masire, der im September als Nachfolger des 1980 verstorbenen Sir Seretse Khama in Botswana durch Wahlen bestätigt wurde, hat nun einen innenpolitischen Rückschlag erlitten. Bei einer Nachwahl, die durch einen Gerichtsentscheid mit der Begründung angeordnet worden war, im September sei es zu „Unregelmäßigkeiten" gekommen, verlor Vizepräsident Peter Mmusi sein *Mandat*. Mit einer knappen Mehrheit gewann Oppositionsführer Kenneth Koma von der „Botswana National Front" den umstrittenen Sitz. Jetzt muß der Vizepräsident sein Amt aufgeben.

Das 582 000 Quadratkilometer große ehemalige Betschuanaland galt zur Zeit der Kolonialbesiedlung als

BOTSWANA

Durchzugsgebiet der Engländer nach Rhodesien. 1885 wurde es dem britischen Weltreich als Protektorat einverleibt. Bei der Unabhängigkeit 1966 galt es noch als eines der zwanzig ärmsten Länder der Welt.

Unter Khamas Führung begann mit Fleischexporten nach Europa und der Entdeckung der Bodenschätze der wirtschaftliche Aufschwung des Landes. Unter dem großteils von der Kalahariwüste bedeckten Land verbargen sich reiche Diamantenminen. Obwohl die Preise für Kupfer-Nickel-Erze in den ver*gangenen Jahren gefallen sind, wird* in diesem Jahr erstmalig wieder ein Gewinn für die Mine in Selebi Pikwe erwartet. Ein 300 Millionen Tonnen großes Kohledepot bei Sdrow, der Geburtsstadt Khamas, weitere Kohlevorkommen im Nordosten und eines der größten Soda-Asche-Depots der Welt in der Makarikari-Pfanne haben das Interesse internationaler Firmen wie Amax, BP, Shell und Charbonnage de France geweckt.

Als weiterhin undurchführbar gilt das seit fast dreißig Jahren diskutierte Projekt der „Transkalahari-Eisenbahn" von Gaborone nach Walfischbucht in Südwest. Die derzeitigen Konstruktionskosten von mindestens zwei Milliarden Mark übersteigen die Kapazitäten Botswanas. Dennoch wird der Plan immer wieder erwogen. Denn die Eisenbahnlinien über Zimbabwe nach Maputo und Beira sind chronisch überlastet und durch die Guerrillas der Renamo unsicher geworden. Und deshalb bleibt das Binnenland Botswana auch wirtschaftlich von Südafrika, mit dem es in Zollunion verbunden ist, abhängig.

Die Trockenheit der letzten drei Jahre und ein Bevölkerungszuwachs von fünf Prozent pro Jahr (1971: 574 000, heute fast eine Million Menschen) verhindern trotz des Reichtums an Bodenschätzen den erwarteten Wohlstand auf breiter Ebene. Die Landflucht läßt die städtische Einwohnerschaft *um zwölf Prozent jähr*lich ansteigen. Fachleute erwarten für das Jahr 1990, daß zwei Drittel der Bevölkerung urbanisiert sein werden, verglichen mit zehn Prozent zur Zeit der Unabhängigkeit. Die Folge: Anwachsen der Slumgebiete und immer mehr Arbeitslose.

Trotz des Ausbaus der Schulen und einer deutlichen Verringerung der Quote an Analphabeten bilden die Jugendlichen den Rückhalt der „Botswana National Front", die bei den September-Wahlen die Anzahl ihrer Sitze im 32köpfigen Parlament auf vier, mit der Nachwahl am vergangenen Wochenende auf fünf erhöhen konnte. *Ihr Führer Kenneth Koma,* Doktor für politische Wissenschaften der Universität Moskau, zielt auf eine „friedliche Revolution" und unter*hält enge Kontakte zur sowjetischen* Botschaft in Gaborone. Diese ist die größte im südlichen Afrika. Von hier aus beobachtet nach Ansicht westlicher Diplomaten der sowjetische Militärgeheimdienst GRU aufmerksam die Ereignisse in Südafrika.

Präsident Masire lehnt einen Nichtangriffspakt, den ihm Pretoria aufzwingen möchte, entschieden mit dem Hinweis ab, sein Land dulde keine Guerrilla. Obwohl er sich durch die Wahl etabliert hat, wird der Schatten von Sir Seretses Sohn Ian Khama immer länger. Der damals 27jährige hatte 1980 noch nicht das gesetzliche Alter von 30 Jahren für die Präsidentschaft. Er ist heute stellvertretender Kommandeur der Streitkräfte und Oberhäuptling der Bamangwato. Seine Sympathien für die Sowjets sollen abgekühlt sein, seine Antipathie gegen Masire nicht. Auf lange Sicht bleibt er ein unübersehbarer politischer Faktor.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schutz für Verbrecher

„Engelhard: Kein Volk von Kriminellen"; WELT vom 22. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Feststellung des sehr verehrten Herrn Minister Engelhard zeigt, daß er sicher ein herzensguter Mensch ist, aber wie fast alle hochgestellten Persönlichkeiten in Regierung und Parlament in einem Wolkenkuckucksheim lebt. Fern jeder Volksnähe, umgeben von einer großen Anzahl perfekter Sicherheitsbeamter und geschützt durch ein gepanzertes Auto, kann er sich kaum die Gefahren eines Normalbürgers vorstellen. Deshalb läßt er sich durch Zahlen und Prozentrechnungen, vorgelegt von Sachbearbeitern (die wie Sachbearbeiter fast immer jeden Ärger von ihrem Chef fernzuhalten wünschen) zu einer weltfremden Beurteilung der Lage verleiten.

Was bedeutet schon das Eigentum eines Normalverbrauchers? Immerhin gab vor kurzer Zeit die Hamburger Kriminalpolizei an, daß sich rund um die Uhr in Hamburg alle 15 Minuten ein Einbruch ereignet. Angeblich werden davon 12 bis 18 Prozent aufgeklärt. Ich kann nur sagen, daß ich keinen aufgeklärten Fall kenne. Auch mein kleines Wohnheim wurde in diesem Jahr erbrochen, als ich drei Stunden zum Besuch meiner Frau im Krankenhaus weilte. Meiner Frau raubten die Banditen die wenigen Wertgegenstände, die sie besaß. Ich als Ostvertriebener, der erst nach Kriegsschluß aus der Gefangenschaft in Hamburg landete, hatte keine Wertgegenstände zu bieten. Aber deshalb anscheinend zerschlugen diese Bestien alles Zerschlagbare. Selbst die Kriminalbeamten waren über diesen Vandalismus erschüttert. Der Schaden war sicher 50 000 DM. Die Versicherung zahlte ganze 1000 Mark.

Wenn Herr Minister Engelhard wüßte, daß ich nur noch mit Bangen zum täglichen Einkauf das Haus verlasse und daß ich jeden Erholungsurlaub, der mir mit 83 Jahren wohl zustehen könnte (von einem Kuraufenthalt gar nicht zu reden), völlig abgeschrieben habe, dann würde er wohl nur freundlich lächelnd den Kopf schütteln. Seine Statistiken kennen nur 0,01 bis 0,02 Prozent Kriminalfälle. Alles andere verschweigt der Datenschutz und die umsorgende Höflichkeit der Sachbearbeiter.

Die Kriminalpolizei ist nicht schuld. Sie tut, was sie kann, aber die Augenbinde des Datenschutzes verhindert den größten Teil des Erfolges.

Gütige Wolkenbewohner mögen einen Sinn in diesem Gesetz erkennen. Wir geplagten Bürger sehen nur einen idealen Schutz für Verbrecher.

Hochachtungsvoll,
H. J. von Cramon-Taubadel,
Hamburg 72

Die Opfer der Beamten

Mitunter hat man den fatalen Eindruck, als wollten Sie Ihren Lesern suggerieren, nur die Beamtenschaft sei von Sparopfern verschont. – Um diesen falschen Eindruck zu korrigieren, seien nur einige der gravierendsten Opfer genannt, welche gerade den Beamten auferlegt wurden: Stellenstreichungen (in Baden-Württemberg bis 1990 allein 1000 Lehrerstellen in allen Schularten) / Stellenbesetzungssperren auf ein Jahr / Streichung von Beförderungsstellen / Beihilfekürzungen im Krankheitsfall auf den 2,3-fachen Satz der GOÄ hinaus und trotz ärztlicher Abdingungen nach Paragraph 2 GOÄ / Streichung des Stationärzuschlages / Streichung des Essenszuschusses / Hinausschiebung der Besoldungsanpassung 1982, 1983, 1984 / zweimalige Kürzung der Anwärterbezüge / Verschlechterung des Paragraphen 55 Beamtenversorgungsgesetzes / Kürzung des Anpassungszuschlages um ein Drittel / Absenkung der Eingangsämter / Wegfall des Verheiratetenzuschlages beim Ortszuschlag bei 2 Verdienern im öD / Verschlechterung der Altersversorgung (gilt nicht für Minister und Abgeordnete!) / Verschlechterung der Vorsorgepauschale / Einkommensgrenzen für Kindergeld / nicht beigelegte Initiativen zur Kürzung bzw. Abschaffung des 13. Monatsgehaltes / Verschlechterung des Reisekostenrechtes bei Dienstreisen / Einkommensgrenzen für das Mutterschaftsgeld.

Dazu kommen (namentlich in Baden-Württemberg): stetige Appelle der Landesregierung zur gehalts-, ruhegehalts- und pensionsmindernden Teilzeitarbeit im öD / stetige Appelle der Landesregierung zum Stellen von Anträgen auf Beurlaubung ohne Fortzahlung irgendwelcher Bezüge (Gehalt) / ersatzlose Streichung jederlei Überstundenvergütung unter Beibehaltung der Verpflichtung, weiterhin Überstunden zu leisten. Im Lehrbereich: seit 1. 2. 1982 Streichung jeder Vergütung für MAU-Stunden (= Mehrarbeitsunterrichtsstunden).

Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei einem Studienrat, 32 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, macht dies in 5 Jahren über 36 000 DM Mindereinnahmen aus.

Der Leser möge sich fragen, ob solche Opfer auch Ärzten und Apothekern auferlegt wurden!

Willi Schulte,
Karlsruhe 1

Im Widerspruch

„Der Mensch – Schatten des Traums"; Geistige WELT vom 24. November

Es ist befremdend, wenn der Artikel der Geistigen WELT zum christlichen Ewigkeitssonntag, auch Totensonntag genannt, die Todesvorstellungen Platons und der (vorchristlichen) Griechen beschreibt. So interessant und beeindruckend die Ausführungen auch sind, sie stehen diametral im Widerspruch zum Evangelium, z. B. auch zu dem Bibelvers 2. Kor. 5,1, den Axel und Friede Springer für die Beileidsbekundung zum Tode ihres Freundes Matthias Walden wählten, der Mitherausgeber Ihrer Zeitung war.

Mit freundlichem Gruß
J. Thomas,
Hamburg 13

Keine Premiere

„Nicht käuflich"; WELT vom 17. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Kommentar zur Bundestagsdebatte über Parteispenden und Flick nennt Herr Schell es eine „erfreuliche Übereinstimmung", daß „keine der demokratischen Parteien diese Republik für käuflich hält", was immer im einzelnen unter dieser Formulierung verstanden werden mag.

Sosehr man als Bürger geneigt ist, Erklärungen dieser Art positiv zu bewerten, da sie ja doch den Glauben an das Gute im Menschen stärken, sollte das Erinnerungsvermögen dadurch nicht so weit getrübt werden, daß ein Ereignis von – wie man inzwischen aufgrund der danach eingetretenen Entwicklung weiß – schicksalhafter Bedeutung vergessen wird, nämlich die Steiner-Affäre.

Wie erinnerlich, erlitt Rainer Barzel eine Niederlage, als er 1972 gegen die damalige Regierung Brandt ein konstruktives Mißtrauensvotum stellte. Der Grund waren zwei fehlende Stimmen, deren eine dem damaligen Abgeordneten Steiner gehörte, der nach eigener Aussage mit 50 000 Mark aus einem Portefeuille der SPD „gekauft" worden war.

An dieser Aussage hat sich bis heute nichts geändert; der eingesetzte – und sinnigerweise von einem SPD-Genossen geleitete – Untersuchungsausschuß konnte lediglich nicht mit letzter Sicherheit die buchungstechnische Abwicklung der Transaktion, in die das SPD-Mitglied Wienand maßgeblich verwickelt war, nachweisen.

Insoweit ist es nachträglich eine billige und höchst willkommene Absolution, welche die Konservativen den Genossen für diesen Bestechungsfall, der der Bundesrepublik weitere Jahre Brandtscher Politik mit den heute bekannten Ergebnissen – zu denen die Existenz der Grünen ebenso zu rechnen ist wie die sowjetische Waffenüberlegenheit und die hohe Verschuldung unseres Staates – bescherte, erteilt haben.

Bei aller gebotenen Fairneß im Umgang mit dem politischen Gegenspieler sollten sich die Unionsparteien stets der Tatsache bewußt sein, daß dieser keine Gelegenheit ausläßt, auch Schläge unterhalb der Gürtellinie auszuteilen. Insofern wäre es falsch, in diesem Zusammenhang über die damaligen Ereignisse hinwegzugehen.

Wenn die SPD heute die Ansicht vertritt, die Republik sei nicht käuflich, kann das immer noch als Absichtserklärung für ihre zukünftige Verhaltensweise gesehen werden, an welcher sie sich möglicherweise später einmal messen lassen muß.

Mit freundlichen Grüßen
G. Cremer,
Gladbeck

Wort des Tages

„Sowenig wie im Leben des einzelnen ist es für das Leben der Menschheit wünschenswert, die Zukunft zu wissen."

Jacob Burckhardt; Schweizer Kunsthistoriker (1818–1897)

Zynisch oder nur dumm?

„Ein Kirchenrat und die letzte Lebensspanne"; WELT vom 28. November

Sehr geehrte Herren,

recht hat der Herr Oberlandeskirchenrat Walter Roth mit seiner Auffassung über die zu aufwendige medizinische Versorgung alter, kranker Menschen. Ein vorzeitiges Ausscheiden dieser Menschen (deren Spenden an die Kirche sowieso mager ausfallen) würde viele Krankenbesuche überflüssig machen und den Herren Pfarrern mehr Zeit für kritische Überlegungen grundsätzlicher Natur geben.

Es wäre z. B. zu überlegen, ob man nicht – entsprechend Aldous Huxley – die Asche der vorzeitig Verstorbenen zur Düngung den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen sollte. Vor etwa 250 Jahren unterbreitete Jonathan Swift – ein Kollege des Herrn Oberlandeskirchenrats – zur Behebung von Elend und Hunger in Irland der „öffentlichen Erwägung den bescheidenen Vorschlag" einjährige irische Kinder als Braten zuzubereiten und zu verspeisen. „Ein Kind reiche für zwei Mahlzeiten wenn Freunde zu Besuch kämen". Jonathan Swift war ein Satiriker.

Hochachtungsvoll,
Dr. R. B. de Jong,
Marl

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

man hätte meinen sollen, die Einschätzung alter, kranker Menschen als unnütze Esser, deren Leben aus staatlichen Kostengründen möglichst zu verkürzen sei, gehöre der endgültig überwundenen NS-Geisteshaltung vom „lebensunwerten Leben" an und sei überhaupt für Christen nie in Betracht gekommen. Jetzt kritisiert ausgerechnet ein leibhaftiger Kirchenrat die „zu aufwendige Versorgung alter, kranker Menschen, deren letzte Lebensspanne mit unverhältnismäßig hohen Summen, zu Lasten der Entwicklungsländer, erkauft sei", und schreibt – geradezu dem „Wörterbuch des Unmenschen" entnommen! – wir „schraubten den Konsum, auch den Konsum an Lebensjahren (!), höher und höher und es sei daher zu überlegen, welchen Prozentsatz seines Sozialprodukts ein Staat für die rein vegetative Existenzverlängerung (!) aufwenden dürfe".

Er tritt dafür ein, bei Schwerkranken, deren Tod abzusehen sei, die medizinische Versorgung ganz einzustellen!

Bei diesem Kirchenrat hat anscheinend Fernstenliebe schon zum Nächstenhaß geführt.

Mit freundlichen Grüßen
H. W. Ludewitz,
Duisburg 1

*

Die Verlängerung der „letzten Lebensspanne" dieses lustigen Pensionärs wäre allerdings ein nutzloser Kostenaufwand für den Kirchensteuerzahler! Wie war das doch mit dem „lebensunwerten Leben?"

Dem von ihm beklagten Übel soll der alte Herr durch Verzicht auf seine Pension zu Gunsten der Entwicklungsländer abhelfen – als leuchtendes Vorbild! Und das ginge auch ohne Verkürzung seiner „letzen Lebensspanne" – im Gegenteil!

R. Hernekamp,
Bochum 1

„Interessen der Arbeiter"

„Lieber rot-grünes Bündnis als eine große Koalition. Die IG Metall markiert ihren Weg"; WELT vom 19. November

Sehr geehrte Herren,

Herr Karl-Heinz Janzen, Leiter des Ressorts Sozialpolitik der IG Metall, befürwortet im „Interesse der Arbeitnehmer ein rot-grünes Bündnis, er sieht grundsätzlich keine entscheidenden Konflikte zwischen den Grünen und den Gewerkschaften". Sieht denn Herr Janzen nicht, daß das Programm der Grünen zum Anarchismus, zum Chaos und zum Ende unserer Republik führt? Merkt er denn nicht, daß sie unseren Staat den Sowjets in die Hände spielen durch Auflösung der NATO, Abzug unserer Verbündeten, Abbau der Bundeswehr, Abschaffung des Militärdienstes? Sieht denn Herr Janzen nicht, daß das Programm der Grünen den Staat in den Ruin führt, denn sie predigen den Verzicht auf Wachstum, Eigentum, Fleiß und Strebsamkeit. Sie wollen den Nulltarif im Nahverkehr, Betriebsstopp und Baustopp für Atomkraftwerke, Abbau der Nuklearanlagen etc. also Stopp jeden Fortschritts. Das kann doch nicht im Interesse der Arbeitnehmer sein!

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, distanziert sich in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" entschieden von der Politik der Grünen und ist besorgt über die Haltung der Grünen vor allem zu wirtschaftlichen Fragen. „Sie neigen dazu, die moderne Industriegesellschaft, die letztlich Grundlage des heute in diesem Lande erreichten Wohlstandes ist, nicht nur in Frage zu stellen, sondern abzulehnen." Auch ihr Verhältnis zur Gewalt sei anders als das der Gewerkschaften, die das Gewaltmonopol des Staates befürworten. Herr Karl Heinz Janzen sieht aber grundsätzlich keine entscheidenden Konflikte zwischen den Grünen und den Gewerkschaften!

Was ist denn das für ein Funktionär, der so die Interessen der Arbeitnehmer vertritt?

Mitte der sechziger Jahre brachte Herr Karl Heinz Janzen – damals Leiter der IG Metall in Gummersbach – 1200 Arbeiter um Arbeit und Brot. Ein Betrieb für elektrische Haushaltsgeräte geriet in Schwierigkeiten, da die Italiener und die DDR diese Geräte billiger anbieten konnten als der Gummersbacher Unternehmer. Dazu kam gleichzeitig noch eine drastische Erhöhung der Tariflöhne. Das konnte das kleine Unternehmen nicht verkraften. Es drohte die Pleite! Da ergriffen die Arbeitnehmer unter Führung des Betriebsrates die Initiative: Sie wollten im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze für die 1200 Arbeitnehmer auf die tarifliche Lohnerhöhung verzichten. Aber Herr Janzen, der jetzt das Interesse der Arbeitnehmer bei den Grünen sieht, lehnte den vernünftigen Vorschlag der Arbeitnehmer kategorisch ab. Die Firma machte Pleite. Die 1200 Arbeitnehmer verloren Arbeit und Brot. Sollte dieser Vorgang den Arbeitgebern nicht zu denken geben!

Dr. J. Vogel,
Berrenrath

Personalien

EHRUNG

Im Rahmen eines Festaktes in den Räumen des Französischen Senats in Paris unter der Schirmherrschaft von **Alain Poher**, Präsident des Französischen Senats, wurde die Robert- Schuman-Medaille „Fraternité d'Armes" **Jean Mialet**, Conseiller d'Etat, Paris, und **Johann Findeisen**, Hannover, überreicht. Die Medaille ist 1976 von der Stiftung F. V. S. zu alljährlicher Verleihung an je einen ehemaligen Kriegsteilnehmer aus Deutschland und Frankreich zur Verfügung gestellt worden. Sie ist mit einem Ehrensold von je 2000 Mark verbunden.

GEBURTSTAGE

Gäste aus Politik und Wirtschaft gratulierten gestern in der Hamburg-Redaktion der WELT Korrespondent **Herbert Schütte** und Karikaturist **Wilhelm Hartung** zu ihrem Doppelgeburtstag mit insgesamt 125 Lebensjahren. Die Zahl der Gratulanten war so groß, daß auch Flure und Nebenräume in die Festlichkeiten einbezogen wurden. Als einer der ersten kam Bürgerschaftspräsident **Peter Schulz**. Der Senat war durch **Rolf Lange** (Inneres), **Volker Lange** (Wirtschaft), **Horst Cobrecht** (Finanzen) und **Eugen Wagner** (Bauwesen) vertreten. Für die Hamburger CDU überbrachten der Landesvorsitzende **Jürgen Echternach** und Fraktionschef **Hartmut Perschau** ihre Glückwünsche. Zu den Gästen zählten ebenso der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion **Henning Voscherau** wie zahlreiche Parlamentarier, unter ihnen auch der SPD-Medienexperte **Frank Dahrendorf**. **Wilhelm Nölling**, Präsident der Landeszentralbank und Direktor **Hartmut Heineke** von der Vereins- und Westbank repräsentierten das Bankwesen, Polizeipräsident **Dieter Heering** den Bereich Sicherheit und Ordnung. Zu den Gästen gehörten auch zahlreiche Berufskollegen der beiden Jubilare wie der Chefredakteur des Hamburger Abendblatts, **Klaus Korn**, und HA-Feuilletonchef **Helmuth Söring**. Die Lufthansa war durch ihre Pressechefin **Ruth von Schnackenburg** präsent, die Medienwirtschaft durch den Geschäftsführer des Studio Hamburg, **Martin Willich** und den SPD-Medienbeauftragten **Paul-Otto Vogel**. WELT-Chefredakteur **Wilfried Hertz-Eichenrode** konnte auch besonders den Sprecher der Landesregierung von Schleswig-Holstein, Staatssekretär **Gerd Behnke**, begrüßen. In einer Ansprache würdigte der Chefredakteur neben den journalistischen und zeichnerischen Qualitäten der beiden Jubilare besonders Herbert Schüttes und Wilhelm Hartungs Menschlichkeit, die ihnen weit über Hamburg hinaus Anerkennung und Achtung gebracht hat.

*

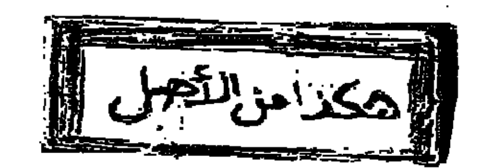
Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird **Fritz Heine** am 6. Dezember anläßlich seines 80. Geburtstags mit einem Empfang ehren. Ein Politiker, der als Vorstandsmitglied der SPD bis 1958 eine bedeutende Rolle spielte und danach über Jahre die „Konzentration", also die Holding des Sozialdemokratischen Pressegesetzes leitete, wird damit dem Vergessen entrissen. Heine wurde auf dem SPD-Parteitag 1958 zum Sündenbock für die bittere Niederlage der SPD im Jahre 1957 abgestempelt. Das war zugleich das Signal für den Weg der SPD nach Godesberg. Fritz Heine drängte sich nie in den Vordergrund, war auch niemals Parlamentarier. Dieser in Hannover geborene Sozialdemokrat war über lange Jahre eine Art Generalstäbler an der Seite Schumachers und Ollenhauers in Hannover und Bonn seit 1946. Seit seinem 21. Lebensjahr stand der gelernte Kaufmann hauptberuflich im Dienste der SPD, genauer gesagt des Parteivorstandes, zuerst in Berlin, dann des Exilvorstandes in Prag und Paris und zuletzt seit 1941 in London. Schon bei der historichen Entscheidung im Oktober 1945 im Kloster Wenningsen gegen die Sozialistische Einheitspartei und für die klare Abgrenzung gegenüber den Kommunisten war der aus London herbeigeeilte Heine dabei. Im Februar 1946 kehrten Ollenhauer und Heine dann endgültig nach Deutschland zurück. Drei Monate danach auf dem Gründungsparteitag der SPD in Hannover wurde Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Fritz Heine an die Spitze der SPD gewählt. So verkörpert denn die Person des 80jährigen ein entscheidendes Stück der Parteigeschichte.

*

Adolf Sommerauer, Ex-Fernsehpfarrer", wird am Donnerstag (6. Dezember) in München 75 Jahre. Eifrig ist Pfarrer Sommerauer nach seiner „Fernsehkarriere" weiterhin auch als *Autor: Vor ein paar Monaten* erschien ein „Lesebuch", jetzt plant er eine Weihnachtsgeschichte, die sich wie ein Krimi lesen soll. In München und Erlangen studierte der später durch zahlreiche Rundfunk- und Fernsehsendungen bekannt gewordene Münchner Theologie und Philosophie. Von 1933 bis 1939 wirkte er als Vikar und Pfarrer in Regensburg, wo er nach dem Krieg und seinem Kriegsdienst bis 1950 erneut tätig war. Sieben Jahre als theologischer Mitarbeiter an der Evangelischen Akademie in Tutzing folgten. Dann erhielt Sommerauer einen Ruf als Beauftragter für Predigt- und Rundfunkfragen beim evangelisch-lutherischen Landeskirchenrat in München.

GEDENKEN

Mit einem Requiem in der Bad Godesberger Pfarrkirche St. Albertus Magnus nahmen die Mitglieder des Internationalen Clubs La Redoute Bonn-Bad Godesberg von **Georg Graf Szèchènyi** Abschied. Graf Szèchènyi war seit 1960 Geschäftsführer des Clubs gewesen, der zu den großen gesellschaftlichen Zentren der Bundeshauptstadt gehört. In- und ausländische Diplomaten, Repräsentanten von Wirtschaft und Kultur gehören dem Club an, der 1953 gegründet worden ist. Georg Graf Szèchènyi, früherer Regierungspräsident von Ungarn, war 1956 nach dem Aufstand in seinem Lande in den Westen gekommen, zunächst nach Belgien, dann nach Bonn. Zusammen mit seiner inzwischen verstorbenen Frau **Rosi** hat er dem gesellschaftlichen Leben der Diplomatenstadt entscheidende Impulse verliehen.





Keine andere wissenschaftliche Entdeckung der jüngsten Zeit hat die Gemüter so erregt wie Laser. Junge amerikanische Forscher sind dabei, Laser zur Strahlenwaffe weiterzuentwickeln. Adalbert Bärwolf beschreibt in diesem Serienteil das von Präsident Reagan vorangetriebene Projekt – ein Vorhaben, das der Physiker Edward Teller in seiner Bedeutung mit dem Bau der ersten Atombombe vergleicht.

Von Rubinen, Pop-up-Laser und Primärspiegeln

Von ADALBERT BÄRWOLF

Immer, wenn Theodore Maiman aus dem Panoramafenster seines Arbeitszimmers im Appartement Nr. 326 am Tahiti-Way 13900 im kalifornischen Marina del Rey herausschaut, sieht er tanzende Schiffe. Die Schiffe haben Namen wie „Six Pack", „Paula" oder „Star Wars". Tanzende Schiffe sind beruhigend für einen Physiker, der vor einem Vierteljahrhundert den Laser erfunden hat.

Der Mann, der am 15. Mai 1960 dem Licht den Gleichschritt beibrachte, als er einem blaßroten Rubin kohärentes Licht entlockte, Licht, das sich nicht in chaotischer Form wie bei *Sonne* und Glühbirne in allen Richtungen und Farben, sondern einfarbig auf einer Wellenlänge geordnet ausbreitet, ist betrübt. Er ist betrübt, weil seine Erfindung zu einem Mittel der Macht wird. Den Einsatz von Laser als Strahlenwaffe hatte der Forscher *zwar nicht ausschließen* können, muß aber heute zugeben, daß der Laser eines Tages als Waffe verwendet werden könnte.

Mit der „Strategischen Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans ist die Entwicklung von Hochenergie-Laser zu immateriellen Energiewaffen ein offizielles Programm der Vereinigten Staaten von Amerika geworden. Defensivwaffen, denen ein vollkommen neues Phänomen zugrunde liegt, das es zuvor nie gegeben hatte, könnten einen Ausweg aus der nuklearen Verkrampfung der beiden Großmächte bringen. Erst langsam wird die Bedeutung des Beschlusses Präsident Reagans von der amerikanischen Öffentlichkeit erkannt. Nach einer Wertung des Physikers Edward Teller, dessen Urteil bei der Entscheidung für die Entwicklung von Laserwaffenstrahlen ein großes Gewicht hatte, muß der Schritt Reagans mit dem Roosevelts im Jahre 1939 zur Entwicklung der Atombombe verglichen werden.

Nach Ansicht Tellers ist ein Gleichgewicht, „das auf der Balance des Schreckens beruht, in sich instabil". Ein Gleichgewicht, das dagegen auf einer undurchdringbaren Abwehr beruhe, sei in sich stabil. Teller, der am Abend der Erklärung Reagans im Weißen Haus zugegen war, räumt jedoch ein, daß keine Abwehr undurchdringbar ist. Er hoffe aber, daß im Jahre 2000 von den für strategische Zwecke ausgegebenen Geldern 95 Prozent auf die Defensive, nur fünf Prozent auf die Offensive entfallen.

Auch Teller stand den Ideen seiner jungen Kollegen der Gruppen O und R in Livermore, Peter Hagelstein (30), Thomas Weaver (34), Lowell Wood (43) oder George Chapline (42) zunächst skeptisch gegenüber. Heute betrachtet er es aber als eine Gewißheit, daß sich „eine der Ideen – möglicherweise zwei, drei oder vier – realisieren lassen und der Defensive eine vorherrschende Rolle geben". Eine der in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Ideen ist der sogenannte nukleargepumpte Laser:

Um einen Atomsprengsatz sind ringförmig Dutzende von Fasern eines besonderen Metalls arrangiert. Die Faserbündel sind wie Stabantennen von Fernsehgeräten schwenkbar. Ganz vereinfacht ausgedrückt, geschieht in Bruchteilen einer Sekunde dies: Die in der Atomexplosion freigesetzte Strahlenenergie von Gammastrahlen wird über den Lasereffekt in *intensive parallele Röntgenstrahlung* umgesetzt und im Vakuum des Weltraums über Tausende von Kilometern gegen offensive Atomraketen gerichtet.

Unterirdische Tests zur Laser-Messung

Der bei der nuklearen Detonation als „atomare Initialstrahlung" freiwerdende Gammastrahlenstoß bewirkt in der Elektronenstruktur der Metallatome bei den Temperaturen, wie sie nur im Inneren der Sterne vorkommen, die zum Lasereffekt notwendigen Veränderungen. Ein Strahlenblitz von Hunderten Milliarden Watt ist das Ergebnis. Wenige milliardstel Sekunden später hat sich die nukleare Laserwaffe selbst zerstört.

Nach den zur Verfügung stehenden Informationen haben die Forscher von Livermore in wenigstens vier unterirdischen Versuchen auf dem Versuchsgelände Mercury bei Las Vegas in der Wüste von Nevada *nukleare* Explosionen unter den Codenamen „Dauphin", „Excalibur", „Cabra" und „Romano" zur Ermittlung des Lasereffektes auslösen können.

Versuche unter den Vakuumbedingungen des Weltraums sind selbstverständlich unmöglich, da Atomsprengsätze – die nuklearen Pumpen – durch Ost-West-Verträge aus dem Weltraum verbannt sind. Deswegen wäre auch – im Gegensatz zu nichtnuklear-gepumpten Lasern – eine Stationierung von Laserkampfstationen untersagt, deren Pumpquellen Atombomben sind. Chemisch gepumpte Laserkampfstationen zur ausschließlichen Bekämpfung von Satelliten, nicht aber zur Abwehr ballistischer Raketen, dürften dagegen ohne einen Anti-Satelliten-Vertrag entfaltet werden.

Der „X-Ray-Laser" zerstört sein Ziel durch einen Druckpuls, durch eine Schockwelle, nicht durch Hitze, der thermischen Energie der „normalen" Laser. Der *Druckpuls*, der „Röntgenschlag", versetzt der startenden Interkontinentalrakete der Sowjets eine so dicke Beule, daß die Schweißnähte der Treibstofftanks platzen.

Der nukleargepumpte „X-Ray"-Laserstrahl braucht auch nicht mit optischen Mitteln fokussiert zu werden. Über eine Entfernung von mehreren tausend Kilometern ist die „Todeszone" weit größer als das Ziel. Alle möglichen Abwehrmaßnahmen wie Reflektoren, Rollen der Raketen um die Längsachse oder Schmelzkühlungsschutz nützen nichts.

Da nukleargepumpte Laser in Friedenszeiten nicht in den Weltraum gebracht werden dürfen, müßten sie in einer extremen Weltkrisensituation bei höchster Provokation durch die Sowjetunion in Erdkreisbahnen geschossen werden. Wegen des geringen Gewichtes jeder Laser-Kampfstation und der kompakten Auslegung ohne riesige optische Linsen könnten in Kalifornien bereitstehende Raumflugzeuge (Space Shuttle) Hunderte der nukleargepumpten Laser im Weltraum so absetzen, daß die Startfelder der Sowjetraketen immer in Reichweite lägen. Jede Laserministation hätte die Fähigkeit, Dutzende von Zielen gleichzeitig zu bekämpfen. Mehrere, vielleicht in einhunderttausend Kilometer Höhe stationierte Kontrollzentren, würden im Ernstfall in ultraschnellen Rechenoperationen die Laserstäbe blitzschnell auf die einzelnen Ziele richten, die zuvor wegen ihrer Infrarotsignale in der Startphase von Frühwarnsatelliten ermittelt worden waren.

Science Fiction wird noch übertroffen

Der scheinbare Science-fiction-Charakter dieser technologischen Möglichkeiten wird noch von dem Plan übertroffen, die nukleargepumpten Laser in den Spitzen von Fernraketen auf getauchten atomaren Unterseebooten zu lagern. Die U-Boote würden in den Meeresgebieten kreuzen, die den Feldern der sowjetischen Raketensilos am nächsten sind. Käme es zum Einsatzbefehl, der über blau-grüne Laserstrahlen an die *getauchten U-Boote übermittelt* würde, müßte das Kunststück vollbracht werden, die Röntgenstrahlenlaser vor dem Brennschluß der Sowjetraketen abzuschießen. Das ist nach der Einschätzung des aus Deutschland stammenden Atomphysikers und Nobelpreisträgers Hans Bethe, der in Los Alamos maßgeblich an der Entwicklung der Atombombe beteiligt gewesen war, eine Unmöglichkeit. Es ist nach Bethes Aussagen unmöglich, weil die Erde rund ist.

Tatsächlich müßte der „Pop-up"-Röntgenstahlen-Laser, der nicht in der Erdatmosphäre wirkt, weil die Gammastrahlen absorbiert werden würden, erst „Sichtverbindung" im Vakuum haben, bevor er seine tödlichen Strahlen abschießen könnte. Das dauert nach Einschätzung der Skeptiker wenigstens 120 Sekunden. Neue Raketengenerationen der Sowjets könnten aber schon in 50 Sekunden Brennschluß haben. Damit wäre der „Ofen", der mit seinem Infrarotsignal zur Zielverfolgung benötigt wird, aus, bevor der Laser in Schußposition käme.

Nicht-nukleare Laser hätten nicht das Problem, von vornherein aus dem Weltraum verbannt zu sein. Sie könnten ohne Abschluß eines Anti-Satellitenvertrages im Vakuum erprobt, aber nur nach Kündigung des ABM-Vertrages in der dritten Dimension stationiert werden. Auch ihre „Geschosse" sind lichtgeschwind, „Kugeln" aus Photonen, die nicht der Schwerkraft und der Trägheit unterliegen. Aber diese Strahlen der chemischen Laser, die zur Zeit am besten gehandhabt werden, sind so viel langwelliger und weniger kraftvoll als die nuklear erzeugten. Optische Linsen von einer Größe und einer Reinheit, die noch nicht beherrscht werden, müssen zu *Hilfe* kommen. Bei einer gegebenen Wellenlänge sollen große Primärspiegel eine größere Reichweite erzielen. Die Herstellung dieser Spiegel ist ein Problem, das von der amerikanischen Industrie noch nicht gelöst wurde. Die Spiegel geben der Laser-Kampfstation auch die Fähigkeit, schnell von einem Ziel zu einem anderen zu wechseln. Das entspricht in etwa der Technik der modernen Vielzellen-Radars, deren Strahl elektronisch gesteuert wird.

Anzahl, Größe und Gewicht der orbitalen Laser-Kampfstationen schwanken zwischen einigen Dutzend bis zu mehr als 400 Satelliten, die je 25 bis zu einhundert Tonnen wiegen. In Höhen von etwas mehr als eintausend Kilometer würden die Stationen die Erde alle zwei Stunden umrunden. Bei der Regelmäßigkeit der Runden um die Erde wären die Kampfstationen ein leichtes Opfer von Anti-Satellitenwaffen. Deswegen muß die Anti-Antisatelliten-Kampfkraft der Stationen so stark sein, daß *jedem Gegner der Zugang zum* Weltraum versperrt wird.

Es ist das Hauptziel aller Laser-Kampfstationen, die aufsteigenden Atomraketen in der Antriebsphase zu vernichten, wenn die Ziele langsam und „weich" sind. Der lichtgeschwinde Strahl braucht *nicht* „vorgehalten" zu werden, muß aber ein bis zwei Sekunden mitgeführt werden, damit die Raketenhülle an der Stelle der Energiekonzentration dünn wird und durch den Innendruck platzt.

Aus dem Fernrohr im Shuttle (Zeichnung) wird die Licht-Kanone FOTO: DORNIER

Am Donnerstag in der WELT:
Elektromagnetische Kanonen aus Berlin – Elektrisch geladene Kugeln – Optische Lenkung mit Infrarotsensoren – Was tut Europa? – Verschließen die Verbündeten Amerikas die Augen?

Zu teurer Frieden ?

Israel leidet am Wirtschaftsverlust des Sinai-Rückzugs

Von HARALD VOCKE

Der Tourismus ist für Israel ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die Preise für Hotelbetten und Halbpensionen von Reisegruppen haben sich auch in diesem Herbst im Vergleich zum Vorjahr überraschend stabil gehalten. Aber was der Reisende unterwegs mit Bargeld erwirbt, ist nun wirklich elend teuer geworden.

Einige Restaurants in Jerusalem haben sich darauf spezialisiert, für ganze Busladungen von Touristen Menüs anzubieten. Was man da für acht bis zwölf Dollar an der Selbstbedienungstheke erwirbt, ist der Qualität nach äußerst bescheiden. In Jericho kann der Tourist für das gleiche Geld wahrhaft königlich speisen. Doch sogar in der Landeshauptstadt Jerusalem wiesen manche Restaurants, die sich auf Touristen spezialisiert haben, noch weit in den November hinein ihre Preise nur in US-Dollar aus. Die Regierung hat das streng verboten. Aber es rechnet sich wegen der Inflation für den Touristen einfacher mit dem Dollar als mit dem israelischen Schekel, und danach richten sich die Restaurants.

Die von Peres geführte Koalition hat am 2. November gemeinsam mit der Gewerkschaftsbewegung und mit den Unternehmern das Einfrieren der Preise, Löhne und Steuern für einen Zeitraum von drei Monaten beschlossen. Für bestimmte Waren wurden von der Regierung Höchstpreise festgesetzt, für eine weitere Warengruppe sollen die Preise vom 2. November 1984 für die kommenden drei Monate *als verbindlich gelten. Die Inflation* soll nicht gestoppt, aber verlangsamt werden. Ein Verlust der Kaufkraft für die gesamte Bevölkerung gehört also von vornherein zur wirtschaftspolitischen Planung und schon für den Monat Januar rechnet man mit einer *Kaufkrafteinbuße von mindestens einem* Fünftel.

„Wir haben in dieser Inflation das Gefühl für den Geldwert verloren. Ich weiß oft selber nicht mehr: Ist diese Ware noch ziemlich billig, oder ist sie im Gegenteil viel zu teuer für mich?" So faßt ein junger Israeli seine Eindrücke von der gegenwärtigen Lage zusammen. Aber nicht nur Privatleute, auch Wirtschaftsexperten haben es schwer, angesichts der galoppierenden Inflation einen klaren Kopf zu behalten. „Alle Banken stimmen in der Auffassung überein, daß über die Bewertung der wirtschaftlichen Zukunft Unklarheit herrscht" war neulich in einer führenden israelischen Zeitung zu lesen.

Folgen eines Verzichts

Die Erfahrung der kommunistischen Staatenwelt lehrt, daß man mit Festpreisen und Zwangswirtschaft Wirtschaftskrisen nicht überwindet, daß aber Regierungen, die mit tyrannischer Härte herrschen, mit solchen Methoden wenigstens für eine gewisse Zeit den Schein einer leidlich stabilen oder jedenfalls nicht jäh absinkenden Wirtschaftslage aufrechterhalten. Ist die Regierung Peres zu solcher Härte bereit? Das scheint bisher fraglich zu sein. Denn die Gewerkschaftsbewegung Histadrut ist der Meinung, Arbeitslosigkeit sei schlimmer als Inflation.

Ähnliches hatte man in den siebziger Jahren auch von der SPD in Deutschland gehört. Damals war es in der Bundesrepublik freilich nur um eine Inflationsrate von *fünf bis sieben* Prozent im Jahr gegangen. Die Israelis hingegen rechneten schon im Oktober mit einer jährlichen Inflationsrate von 400 bis 500 Prozent. Gleichzeitig war bei westlichen Diplomaten in Tel Aviv schon von einer Inflationsrate von mehr als tausend Prozent die Rede. Das war gewiß übertrieben. Aber niemand weiß heute genau, wieviel Prozent seines Werts der Schekel im November verlor.

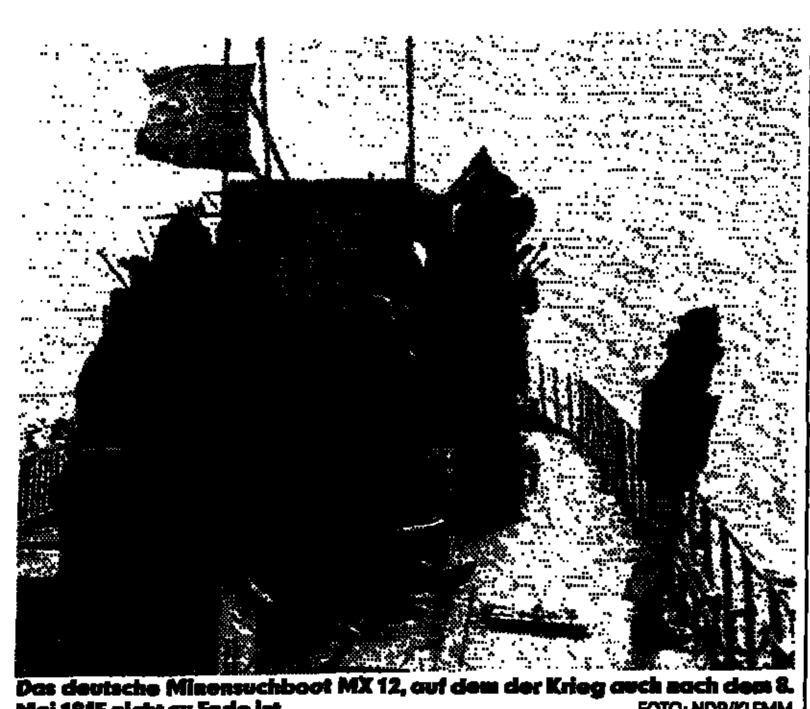
Versucht man hinter den Schleier widersprüchlicher Zahlen zu blicken, so treten einige Fakten hervor, die den wahren Grund für die gegenwärtige Schwäche der israelischen Wirtschaft erahnen lassen. Nicht der Vorstoß israelischer Truppen bis nach Beirut im Sommer 1982 noch die militärischen Folgen des Libanonfeldzugs haben Währung und Wirtschaft des jüdischen Staates besonders geschwächt. Viel nachteiliger waren die Folgen des Rückzugs vom Sinai auf Grund des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags. Der Verzicht auf die im Juni-Krieg von 1967 eroberten und von *Israel wirtschaftlich* erschlossenen Ölfelder am Sinai ist gegenüber Ägypten eine großzügige versöhnliche Geste gewesen. Doch sie läuft für Israel auf einen Einnahmeverlust von insgesamt bisher acht bis zehn Milliarden Dollar hinaus.

Erfolge und Fragen

Die zivilen und militärischen Investitionen Israels in der Halbinsel Sinai seit 1967 bis zum endgültigen Rückzug aus diesem Gebiet werden in Tel Aviv auf 17 Milliarden Dollar geschätzt. Die Neuinvestitionen in Israel, die zur Verteidigung des Luftraums und für die aus dem Sinai-Gebiet heimkehrenden Siedler nach dem Rückzug notwendig wurden, werden – vielleicht etwas zu hoch – auf weitere elf bis zwölf Milliarden Dollar beziffert. Auch wenn man die umfangreiche Hilfe der Vereinigten Staaten für den jüdischen Staat in Rechnung stellt, bleibt der israelische Rückzug vom Sinai die wirtschaftlich kostspieligste Operation der modernen Orientgeschichte.

Dieser Aspekt der gegenwärtigen Lage wird weder von Likud-Politikern noch von den Führern der israelischen Arbeiterpartei gerne erwähnt. Man ist in den beiden großen politischen Gruppierungen stolz auf die *Opfer, die das Land freiwillig* gebracht hat, um mit seinem wichtigsten arabischen Gegner, der Republik Ägypten, Frieden zu schließen. Aber waren diese Opfer nicht größer als die wirtschaftliche Leistungskraft des jüdischen Staats? Daß man in Israel vor, *während* und *noch nach* dem Rückzug vom Sinai wirtschaftlich über die Verhältnisse gelebt hat, kam zu den Lasten hinzu, die der Friedensschluß mit Ägypten den Israelis aufbürden mußte.

Soweit es nicht um Geld geht, steht Israel heute besser da als im vergangenen Jahr. In den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wie bei den Militärgesprächen mit der libanesischen Regierung kann die Regierung Peres Erfolge aufweisen. Aber zur Lösung der dringlichsten Zukunftsaufgabe, zur Überwindung der Wirtschaftskrise – ist dafür die von der Gunst der Gewerkschaften abhängige Regierung Peres wirklich besser gerüstet, als es die Likud-Regierungen unter Begin und Shamir waren?



Das deutsche Minensuchboot MX 12, auf dem der Krieg auch nach dem 8. Mai 1945 nicht zu Ende ist FOTO: NDR/KLEMM

Siegfried Lenz' Filmerzählung „Ein Kriegsende"

Alternativen mit Makel

Es gab viele Kriegsenden. Eines erlebten im Frühjahr 1945 die Matrosen des Minensuchbootes MX 12, als sie auf hoher See nach Kurland unterwegs waren, auf einem Himmelfahrtskommando, wie sie alle wußten. Als mitten im sogenannten Kriegsmarsch die Kapitulation verkündet wird, wollen die Seeleute wenden und heimfahren. Die Kapitulationsbedingungen in aller Welt schreiben das vor. Auf der anderen Seite steht der Befehl und hinter ihm die volle Disziplinargewalt der bisherigen Offiziere. Die Seeleute befinden sich in einer aussichtslosen Situation.

Ein Kriegsende – ARD, 20.15 Uhr

sie entscheiden sich für die Heimkehr, setzen den Kommandanten, der dagegen ist, ab und dampfen in den Heimathafen. Dort verurteilt ein deutsches Marinegericht die Anführer der „Meuterei" zum Tode. Das Urteil wird, obwohl der Krieg zu Ende ist, vollstreckt. Soweit die Geschichte.

Was sagt der Autor Siegfried Lenz, ist das Stück ein Teil seiner Kriegserinnerungen?

Lenz: „Nein, der Widerstreit zwischen zwei entgegengesetzten, einander ausschließenden Wertvorstellungen ist zeitlos. Er kann jederzeit auftreten." Lenz selber weiß nicht, wie er sich in der konkreten Situation entschieden hätte: „Wahrscheinlich wäre ich zurückgefahren – nein, ich weiß es einfach nicht."

Lenz meint mit seiner Erzählung keine historische Situation, obwohl solche Vorgänge oft genug auftauchten: „Mir kam es darauf an, eine Extremsituation zu zeigen. Das Historische – nun ja, wahrscheinlich muß alles, was zum Haushalt unserer Erfahrung gehört, gewissermaßen mitgenommen werden ... Die Frage nach den beiden Pflichtbegriffen: Ich wollte zeigen, daß es Alternativen gibt, die immer, wie man auch sich entscheidet, einen Makel behalten, einen Schatten."

Der Autor hat diese Episode als Drehbuch verarbeiten sollen, doch: „Diese Erzählung ist das Resultat eines Mangels, nämlich meiner Unfähigkeit, selber ein Drehbuch zu schreiben." Dennoch schrieb er das Buch, als sähe er den Bildschirm vor sich. Er hat mit der gehauenen und gestochenen Prosa ein Modell geschaffen, das zeigt, wie aus der Sparsamkeit des Wortes die Faszination der aufgerufenen Phantasie kommt, wie die karge Beschreibung die sinnliche Auffüllung der Geschichte geradezu provoziert.

So ist es denn kein Wunder, daß das Fernsehspiel nicht recht über die Runden will. Es ist so angelegt: Der Autor liest aus dem „off" die Geschichte in ruhigem, reportierendem Ton, der Bildschirm zeigt dabei Aufnahmen von dem Leben an Bord, in den Stunden, von denen Lenz erzählt. Es ist keine Illustration, keine nachträgliche Bebilderung des Textes, es läuft gewissermaßen nebenher, wenn nicht gar der erzählten Handlung zuwider. Die Regie hat eine erstaunlich gute Arbeit vorzuweisen, der Regisseur Volker Vogeler hält seine schwierige (man möchte sagen: cineastische) Ästhetik sensibel durch – dennoch: Der Mensch ist kein schizophrenes Wesen. Wer den reportagehaften Aufnahmen folgte, lief Gefahr, den Lenz mitsamt seiner Prosa in den Hintergrund zu drängen, und das wäre das Falscheste, was passieren könnte. Denn Lenzens Text ist nicht nur weitaus besser als das Bilderspiel. Er ist das Maximum dessen, was gesagt werden kann. Wer zu dieser Prosa etwas hinzutut, nimmt ihr Chance und die Aufgabe, die Imagination zu erregen, die ersonnenen Gestalten zu lebendigen Wesen zu machen und zwar als Reflex aus der jeweilig verschiedenen aus des Lesers eigenenEinbildungskraft. Die Phantasie, die Siegfried Lenz freisetzt mit seiner Geschichte, ist ungleich lebendiger, reicher und sinnlicher als die exakte Nachbildung der Gestalten im Film.

Vogeler erkannte das und verzichtete auf eine direkte Umsetzung des Wortes in optische Sequenzen. Er ließ den Autor lesen und zeigte das Bild gewissermaßen als Rundhorizont.

Fazit: Lenz hat ein heißes Eisen angepackt. Er läßt militärische Disziplin und Aufopferung zum Selbstzweck und Widersinn entarten, der bis zum vollstreckten Todesurteil degeneriert – aber er urteilt nicht leichtfertig. Doch dieser brisante Fall ist im Text des Autors besser aufgehoben als im Film, sogar im philosphischen Sinne „aufgehoben".

Ein entbehrlicher Film also.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Budapester Tagträume

Wer der „**Einladung nach Budapest**", ausgestrahlt im Abendprogramm der ARD, Folge leistete, wird dies nicht bereut haben. Er lernte „eine der schönsten Städte Europas" kennen, nicht zuletzt dank der vorzüglichen Kameraführung und der intimen Kenntnisse des Regisseurs Istvan Bury. Oft war es Aufgabe des Autors Horst Krüger, die schönen Bilder zu relativieren, sie sozusagen ins rechte Licht zu rücken. In bewunderungswürdiger Prägnanz gelang es dem Autor, in der knappen Zeit eine informative Übersicht der ungarischen Geschichte und des aus ihr entspringenden Volkscharakters zu liefern. Daß der nach einem stalinistischen Schauprozeß hingerichtete Laszlo Rajk Innen- und nicht Außenminister war, ist ein geringfügiger Schönheitsfehler.

Schwerwiegender ist wohl der Umstand, daß gerade die letzte Phase der ungarischen Geschichte – die Ära Kadar – etwas zu kurz kam. Verständlich macht dies vielleicht die freiwillige Zurückhaltung des westlichen Reporters. Der „große Bruder" weiß, was im Lande vor sich geht. Die Erfahrung lehrt aber auch, wie schwer die Stimmen westlicher Medien im Kreml wiegen. Zuviel Lob kann schaden – oder man fügt hinzu, wie Horst Krüger, „niemand kann, niemand will das Land aus seinen Bindungen lösen". Ein unmotivierter Satz, aber eine als notwendig empfundene Rehabilitierung, sozusagen.

Allein der Umstand, daß der Regisseur des Filmes, der ebenso frei wie in jedem westlichen Land gedreht werden konnte, ein Exilungar war, zeigt, wie anders Ungarn im Ostblock ist. Und der Wunsch Horst Krügers, dies alles möge nicht bloß wieder ein „ungarischer Traum" werden, ist verständlich.

tz.

Stars statt Knallchargen

Nächste Woche rückt „**Magnum**" auf den Dienstag, an dem bisher „Dallas" gegeben wurde. Man darf gespannt sein, was dann das ZDF zum frühen Montagabend bieten wird. Nach dem Motto „Ja keine Auswahl, sondern auf einen Narren anderthalbe!" setzte es ja stets einen parallelen Kraft- und Sexburschen aus der US-Kiste gegen den Hawai-Detektiv Tom Selleck, wie diesmal Burt Reynolds in „**Ein Supertyp haut auf die Pauke**".

Wer sich den Spaß machte, ab 20.15 Uhr zwischen ARD und ZDF fröhlich hin und her zu schalten, der wurde nicht nur der Notwendigkeit enthoben, sich in die auf beiden Seiten höchst albernen Handlungen hineinzufinden, sondern der konnte auch interessante Vergleiche anstellen zwischen amerikanischer und deutscher Fernseh-Unterhaltung. In Deutschland müht man sich auch noch in den billigsten Reihen immer brav um Handlungslogik, drüben dagegen geht es da nur noch um den Star, der in allen möglichen positiven Posen und Situationen vorzuführen ist. Daß das amerikanische Rezept auf dieser populären Schiene besser ist, zeigt der große Erfolg der US-Serien.

Wir in Deutschland haben gar nicht mehr die entsprechenden Stars, die einem Tom Selleck, Burt Reynolds oder Warren Beatty das Wasser reichen könnten. Unsere jüngeren Knallchargen entschwinden immer gleich entweder in Richtung „Charakterdarsteller" oder in Richtung „Bodybuilder" (Götz George, Raimund Harmsdorf). Auch eine Joan Collins oder Sue Ellen gibt es hier nicht, stattdessen nur Naserümpfen über „diese synthetischen Stars". So kommt man international ins Hintertreffen. Denn viele Millionen wollen für ihre Unterhaltung nun einmal die „Synthetics".

ANDREAS WILD



Als ein Schaufenster der eigenen Leistung verstehen **ARD** und **ZDF** ihre **Programm-Messen** für die Einkäufer aus aller Welt. Offensichtlich mit Fug und Recht: 77 Fernsehorganisationen aus 34 Ländern kommen in dieser Woche in München zusammen, um mehr als 2000 Stunden aller Programmkategorien zu begutachten. Wenn die US-amerikanischen Vertreter diesmal zwar nicht mit von der Partie sind, so gelingt es den beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten doch zunehmend, auch auf dem TV-Markt der Neuen Welt stärker mit ihren Programmen Fuß zu fassen – nicht nur mit leichter Unterhaltung.Das Interesse an bundesdeutschen Produktionen steigt weltweit an. Die Programm-Messe dient ARD und ZDF nicht unbedingt dazu, die Gebührenpolster noch ein bißchen bequemer zu machen: „Produziert wird nicht für den Verkauf, sondern für die deutschen Zuschauer", stellt ZDF-Programmdirektor Alois Schardtz klar. Bei der Frage, was den Sendern – und jeweils auch den Mitwirkenden und Autoren – bei einem Verkauf von Fernsehspielen, Serien und Krimis in die Taschen fließt, drucksen Schardt und sein ARD-Kollege Dietrich Schwarzkopf deshalb auch ein wenig herum: „Das liegt unter einem Prozent unseres Programmetats", so Schardt. Schwarzkopf spricht schlicht von „Randnutzung". Präsenz sei wichtig, nicht die Wirtschaftlichkeit. Höhepunkte der diesjährigen Messe, über deren Erfolg man endgültig erst in etwa zwei Jahren Genaues weiß, weil der Verkauf sich oft lange hinzieht, sind die Serie „Heimat" von Edfgar Reitz, die von der BBC mit Untertiteln ausgestrahlt werden soll, und Zanussis „Blaubart"-Verfilmung. Bemerkenswert, was in der Vergangenheit allein an Produktionen des WDR ins Ausland verkauft wurde: Buchheims „Das Boot" verfolgten im BBC-Programm sechs Millionen Zuschauer, obwohl die sechs Folgen mit Untertiteln liefen. Fassbinders „Berlin Alexanderplatz" ging nach Holland, Finnland, Italien und Frankreich, die „Rote Erde" nach Finnland und Australien. Aber auch die Spots der „Sendung mit der Maus", 120 Stunden „Rock-Palast" sowie zahllose Fußballspiele und selbst die „Mainzelmännchen" zählen zu den Exporterfolgen von ARD und ZDF.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Ich heirate eine Familie ...
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 Tagesschau
16.10 Mir geht's gut – oder nur den Umständen entsprechend?
Film von Helmar Spannenberger
16.55 Der Mann von Button Willow (3)
Fünfteiliger amerikanischer Trickfilm
17.10 Danny und der Emu
Eine Geschichte aus Australien
Danny, der es liebt, in der australischen Wildnis umherzustreifen, kann eines Tages gerade noch rechtzeitig eine riesige Echse vertreiben, die dabei ist, ein Emu-Nest zu plündern. Er findet ein noch unbeschädigtes Ei und beschließt, es künstlich auszubrüten ...
17.40 Zwei gute Kameraden
Witziger Zeichentrickfilm von Viktor Kubal
Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Kriegsende
Fernseh-Erzählung von Siegfried Lenz
Mit Wigand Witting, Rüdiger Kirschstein u. a.
Regie: Volker Vogeler
Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges verläßt ein deutscher Minensucher seinen Heimathafen an der dänischgen Küste mit dem Auftrag, Verwundete der noch immer kämpfenden Kurlandarmee in Sicherheit zu bringen. Trotz der Aussichtslosigkeit dieses Unternehmens ist der Kommandant fest entschlossen, den Auftrag durchzuführen.
21.40 Brennpunkt
Computerknacker
In Paris beschafften sich Journalisten mit Hilfe eines Telefons und eines Bildschirmterminals Geheimdaten aus dem Computer der Nationalen-Atomenergie-Behörde. In der Sendung geht es um diesen und ähnliche Fälle und die Frage, ob mit der zunehmenden Verbreitung von Computern die Computer-Kriminalität immer unkontrollierbarer wird.
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Nur noch sechs Stunden
Mit Jack Klugman u. a.
Regie: Corey Allen
23.45 Tagesschau

13.55 Sport aktuell – aus Val d'Isère
Ski-Weltcup
Abfahrtslauf der Damen
Reporter: Harry Valérien
16.00 heute
16.04 Morgen schon
8. Die Reise zum Mutstein
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Spaß für Spaßvögel mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Von Wölfen gejagt
Neue Serie in sechs Folgen
Kanada 1837: Der Farmer Bellerose hat in den Wäldern seine Freiheit gesucht – und ist gescheitert. Seine Frau ist an Cholera gestorben, der hohe Pachtzins hat ihn arm gemacht. So faßt er schweren Herzens den Entschluß, mit dem Sohn Tim ins Heimatdorf zurückzukehren. Von Wölfen gejagt, begeben sich die beiden auf einen langen Marsch durch Schnee und Eis.
1. Flucht aus den Wäldern
Dazw.: heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Ich heirate eine Familie ...
6. Der blaue Brief
20.15 Kennzeichen D
Vorgesehen: Alliiertes Recht in Berlin; Weinernte auf sächsisch
Mit Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Mit harten Bandagen
21.45 heute-journal
22.05 Zeugen des Jahrhunderts
Am Vorabend der Einweihung des neuen ZDF-Sendezentrums Mainz ist heute Dr. Karl Holzamer Gesprächspartner von Gerhard Dambmann. Dabei berichtet der Gründungsintendant des ZDF von den Anfangsschwierigkeiten des Senders, der 1962 aus der Taufe gehoben wurde, von den Problemen, denen sich der Leiter eines großen Senders gegenübersieht, und spricht über Rundfunkprobleme allgemeiner Art.
23.05 Thron und Taxis
Ein Film von Manfred Stelzer
Aus der Reihe: Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
0.25 heute



Tarek Helmy, Timi Niesser, Peter Weck, Julia Biedermann und Thekla Carola Wied in der ZDF-Serie „Ich heirate eine Familie" – 19.30 Uhr FOTO: PRESSEDIENST KINDERMANN

3SAT

18.00 Aktion Grün
1. Wie man gegen eine Mauer rennen kann
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers
19.00 heute
19.30 Schlager, die man nie vergißt!
Die Superhitparae
Präsentiert von Dieter Thomas Heck
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport – Richtung Beringstraße
Hundeschlitten-Rallye durch Alaska
23.15 3SAT-Nachrichten



WEST

18.00 Telekolleg II
Englisch (6)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Werl
21.45 Hobbythek
Rund um die Nudel. Sendung von und mit Jean Pütz und Christine Niklas
22.30 Der Geschmack des Wassers
Niederländischer Spielfilm (1982)
Hes betreut als perfekter Beamter in einer Art Super-Behörde die Outsider der Gesellschaft. Routiniert, ohne Gefühl. Eines Tages aber entdeckt er auf einem Dachboden das Mädchen Anna. Anna wurde dort wie ein Tier gehalten, sie kann weder sprechen noch gehen. Der zynische Hes vergißt Frau und Beruf, er lebt fortan nur noch für dieses arme Geschöpf – und wiord so selber zum Fall für das Sozialamt.
Mit Gerard Thoolen, Dorijn Curvers u. a.
Regie: Orlow Seunke
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Bei Säbelschnäblern und Regenpfeifern
Porträt der Elbinsel Pagensand in der Nähe von Hamburg
19.15 Uhlandstraße 4
Eine Sendung über das Reparieren, Renovieren und Selbermachen
19.30 Das Jahr im Garten
Dezember
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
Themen:
Keine Angst vorm Fliegen
Nikolaus mit Führungszeugnis
Alles in Butter – Kosten, Lagerung und das Weihnachtsgeschäft
Spieler und Spielereien – von Skat bis Fantasy
Leitung: Ingrid Lorenzen**21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden? (8)**
21.30 Offerte
21.45 Hexen
Schwedischer Stummfilm (1918 / 1921)
23.40 Thirty Minutes
0.10 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Filmbriefe (11)
19.00 Natur und Freizeit
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Stadtgespräch
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Die Memoiren der Sarah Bernhardt
Ein Stück von John Murrell
Mit Maria Becker, Robert Freitag u. a.
Inszenierung: Michael Degen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Gold
12. Warum sind Comics so beliebt?
20.15 Sammelsurium
21.00 Nur Pferden gibt man den Gnadenschuß
Amerik. Spielfilm (1969)
Mit Jane Fonda u. a.
Regie: Sidney Pollack
22.55 Theater-Talk
Ein Gespräch mit Otto Schenk
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.15 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Krampus
19.40 „Der nächste, bitte!"
5. Eine glückliche Familie
20.10 Sketchup
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Meine Tochter (2)
22.40 Z. E. N.
22.45 Cowboy Art
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

FUSSBALL / Ohne Felix Magath gegen Malta

Beckenbauer berief den Uerdinger Wöhrlin

dpa/sid, Frankfurt

Endgültig ohne den umstrittenen Hamburger Spielmacher Felix Magath bestreitet die deutsche Fußball-Nationalmannschaft am 16. Dezember (13.30 Uhr) in La Valetta ihr zweites Qualifikationsspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 gegen Malta. Das geht aus dem gestern bekanntgegebenen Aufgebot hervor.

Der 31jährige Mittelfeldspieler, der beim 2:0-Sieg im ersten Qualifikationsspiel gegen Schweden nicht überzeugen konnte und ausgewechselt wurde, erteilte Teamchef Franz Beckenbauer wegen seiner immer noch nicht ausgeheilten Oberschenkelzerrung eine Absage. Nachdem sowohl Inter Mailand als auch Hellas Verona dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) per Telex die Freigabe bestätigten, ist auch die Mitwirkung von Karl-Heinz Rummenigge und Hans-Peter Briegel auf Malta gesichert.

Mit der überraschenden Nominierung des 27jährigen Uerdinger Abwehrspielers Karl-Heinz Wöhrlin sowie der Berufung des Frankfurters Thomas Kroth (25) und des Schalker Talentes Olaf Thon (18) honorierte Teamchef Franz Beckenbauer „konstant gute Leistungen in der Bundesliga". Der Frankfurter Mittelfeldspieler zählte allerdings schon zum Kader für das Argentinien-Länderspiel, aus dem er wegen Verletzung jedoch wieder gestrichen worden war. Vom Aufgebot des Schweden-Spiels fehlen der Mönchengladbacher Hans-Günter Bruns und der Leverkusener Christian Schreier aus Formgründen.

Das 20köpfige Aufgebot wird nach dem Bundesliga-Nachholspiel Borussia Mönchengladbach – Bayern München (11. Dezember) sowie den UEFA-Cup-Treffen Inter Mailand – Hamburger SV und 1. FC Köln – Spartak Moskau (12. Dezember) auf 16 Spieler reduziert. Die Mannschaft fliegt am 13. Dezember von Frankfurt aus über Mailand, wo neben Rummenigge auch die Spieler des Hamburger SV zum Team stoßen, nach Malta.

Das Achtelfinal-Rückspiel im Fußball-UEFA-Cup zwischen Inter Mailand und dem Hamburger SV am 12. Dezember (20.30 Uhr) ist übrigens bereits eine Woche zuvor ausverkauft. Alle 82 000 Karten wurden im Vorverkauf abgesetzt.

Das Aufgebot für das WM-Qualifikationsspiel gegen Malta:

Tor: Schumacher (1. FC Köln), Stein (Hamburger SV).

Abwehr: Brehme (1. FC Kaiserslautern), Briegel (Hellas Verona), Karl-Heinz Förster (VfB Stuttgart), Frontzek (Borussia Mönchengladbach), Jakobs (Hamburger SV), Herget, Wöhrlin (beide Bayer Uerdingen).

Mittelfeld: Bommer (Fortuna Düsseldorf), Falkenmayer, Kroth (beide Eintracht Frankfurt), Matthäus (Bayern München), Rahn (Borussia Mönchengladbach), Rolff (Hamburger SV), Thon (Schalke 04).

Angriff: Allofs (1. FC Köln), Mill (Borussia Mönchengladbach), Rummenigge (Inter Mailand), Völler (Werder Bremen).

SKI ALPIN / Weltbester Slalomläufer darf nicht zur WM

Girardelli will Nationalität nicht wie ein Hemd wechseln

KLAUS BLUME, Bonn

Der Slalomspezialist Marc Girardelli ist Österreicher. Weil ihn aber die Österreicher einst wegen angeblichen Talentmangels nicht im Nationalkader mochten, startet der Vorarlberger seit Jahren für Luxemburg. Inzwischen ist Marc Girardelli besser als jeder österreichische Slalomfahrer, im letzten Winter gewann er in dieser Disziplin sogar den Weltcup – und durfte nicht an den Olympischen Spielen in Sarajewo teilnehmen. Der Grund: Girardelli gehörte nicht dem österreichischen Nationalkader an, besaß aber auch nicht die luxemburgische Staatsangehörigkeit. Ende Januar nun finden in Bormio die alpinen Weltmeisterschaften 1985 statt – aller Voraussicht nach wieder ohne Marc Girardelli, der übrigens zum Weltcup-Auftakt am letzten Sonntag die gesamte Weltspitze in Grund und Boden fuhr.

Nun könnte der junge Vorarlberger einfach die österreichische gegen die luxemburgische Staatsangehörigkeit eintauschen und wäre damit bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften nicht mehr Zuschauer, sondern Teilnehmer. Doch Helmut Girardelli (45), Vater und Trainer des weltbesten Slalomfahrers, lehnt das ab: „Das ist doch lächerlich, wegen eines Ski-Rennens die Staatsangehörigkeit abzulegen. Damit schafft man doch für sich eine völlig unhaltbare Situation. Es gibt sicher Momente im Leben eines Menschen oder Situationen in einem Lande, die dazu führen können, die Staatsangehörigkeit des Heimatlandes abzulegen – doch das kann niemals der Sport sein. Allein schon der Gedanke, daß man damit den Funktionären des Internationalen Ski-Verbandes einen Gefallen tut, um eines solch hohen Preises wegen an ihren Wettkämpfen teilnehmen zu dürfen, ist absurd. Die müssen doch größenwahnsinnig werden, wenn sie so etwas bei einem Menschen verursachen können."

Was die Girardellis ablehnen, ist aber vielfach längst Sportler-Brauch geworden – nämlich der Wechsel der Nationalität nur des sportlichen Ruhms wegen. Der inzwischen 27-jährige Mönchengladbacher Fußballspieler Bernd Krauss, gebürtiger





Marc Girardelli (oben) und sein Vater Helmut: Sie bleiben Österreicher. FOTOS: DIE WELT

Westfale, war im Januar 1981 Österreicher geworden. Damals spielte er für Rapid Wien. Seine Erklärung: „Ich bin Österreicher geworden, um die dortige Nationalmannschaft als Sprungbrett zu benutzen." Inzwischen kehrte er nach Deutschland zurück, um für den Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach zu spielen. Weil die Mönchengladbacher bereits zwei andere Ausländer in ihrer Mannschaft beschäftigten, betrieb Krauss seine Wiedereinbürgerung – obwohl er beim österreichischen Nationaltrainer im Wort stand, auch künftig als Österreicher Länderspiele zu bestreiten. Krauss: „Ich bin Profi, mir sitzt das Hemd näher als der Rock. Jetzt ist Borussia Mönchengladbach mein Arbeitgeber und hier will ich weiterkommen."

Nichts mehr war es mit der österreichischen Nationalehre – am 14. August wurde Krauss wieder Deutscher.

Oder da ist der Fall der Reiter Hugo Simon und Eva-Maria Pracht, die nicht mehr für Deutschland, sondern für Österreich (Simon) und Kanada (Pracht) starten. Oder der des ehemaligen mexikanischen Wasserballspielers Armando Fernandez, der einst 223 Länderspiele für sein Heimatland absolvierte, sich dann in Berlin niederließ und auf Betreiben Manfred von Richthofens, des Direktors des Landessportbundes Berlin, die deutsche Staatsangehörigkeit annahm. In Los Angeles spielte Fernandez dann für Deutschland.

Die Girardellis sehen das alles anders. Die Nationalität wie ein Hemd zu wechseln kommt ihnen nicht in den Sinn. Vater Girardelli hat stattdessen den österreichischen Völkerrechtler Professor Theodor Veiter in Vorarlberg um ein Gutachten gebeten. Veiter kam zu dem Schluß, daß die Startverweigerungen im Falle Girardelli bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften glattweg den internationalen Völker- und Menschenrechten widersprechen. Und der Schweizer Anwalt Marc Hodler, der Präsident des Internationalen Ski-Verbandes (FIS), empfahl den Girardellis: „Führen Sie doch einen Prozeß vor einem ordentlichen Gericht. Es wird zwar lange dauern, aber ich bin überzeugt, wir verlieren diesen Prozeß, und Ihr Sohn kann dann starten."

Vater Girardelli will aber auch das nicht tun – weil ein Ski-Rennen solchen Aufwand gar nicht erst lohne. Er sagt sich, wenn der internationale Ski-Verband seine Kann-Bestimmungen zugunsten seines Sohnes auslegen würde, dann könnte der auch ohne viel Aufhebens in Bormio starten – für Luxemburg und dennoch Österreicher bleiben. In anderen Fällen ist so verfahren worden. Hanni Wenzel wurde 1974 in St. Moritz Slalom-Weltmeisterin für Liechtenstein – als Deutsche. Konrad Bartelski startete bei den Weltmeisterschaften 1978 in Garmisch-Partenkirchen im Abfahrtslauf für Holland – als Engländer.

Warum aber gibt es Schwierigkeiten? Fürchten die italienischen, Schweizer und österreichischen Vorstandsherren den großen Konkurrenten Girardelli?

EISHOCKEY / Kein Boykott durch Rosenheim

„Milde Behandlung hat nichts erbracht"

ULRICH SCHMIDLA, Bonn

Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn braucht die Teilnahme seines Teams beim Istwestija-Turnier in Moskau nicht abzusagen. An den Gerüchten um einen Boykott der Nationalmannschaft durch den SB Rosenheim ist nichts dran. Bis auf Manfred Ahne kann Unsinn auf alle sechs Rosenheimer Nationalspieler zurückgreifen. Josef März, der Vorsitzende des derzeitigen Tabellenführers der Bundesliga, erklärte: „Über einen möglichen Boykott ist nie ein Wort gefallen. Uns sind diese Pressemeldungen unerklärlich."

Die Spekulationen um einen Verzicht der Rosenheimer auf das Turnier waren laut geworden, nachdem Wilfried Wegmann vom Kontroll-Ausschuß des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) gegen den Rosenheimer Manfred Ahne beim Spielgericht eine Sperre für 18 Punktspiele beantragt hat. Wegen eines Stockstichs gegen Alois Schloder war Ahne vor zehn Tagen beim 7:2-Sieg in Landshut von Schiedsrichter Jupp Kompalla (Krefeld) mit einer Matchstrafe belegt worden. Für den 23 Jahre alten Stürmer war es bereits die zweite in dieser Saison.

„Die beantragte Strafe ist viel zu hoch. Ich habe mich nur gegen einen Crosscheck von Alois Schloder gewehrt und meine Arme hochgenommen. Und dann hat der mir mit dem Schläger so hart auf den Kopf geschlagen, daß ich eine schwere Gehirnerschütterung davontrug und mich in der Kabine sogar erbrechen mußte." So beschreibt der Rosenheimer Sünder die Situation im Landshuter Eisstadion am 25. November. Von einer angekündigten Strafanzeige gegen Schloder wegen vorsätzlicher Körperverletzung wird Ahne aber voraussichtlich absehen. „Es ist zwar noch nicht raus, was wir machen, aber ich weiß nicht, ob es etwas bringt", sagt er.

Für Wilfried Wegmann verhält sich die Sache im Fall Ahne allerdings nicht so einfach. Der Duisburger will mit der drakonischen Strafe ein Zeichen setzen. Denn Ahne ist ein Wiederholungstäter. „Jeden Sonntag, wenn ich mir im Fernsehen Eishockey anschaue, gibt es Prügeleien. Zwischen Düsseldorf und Schwenningen war es jetzt wieder der Fall. Wir können den Eishockeysport in Deutschland nicht als Prügelsport verschreien lassen", sagt der Vorsitzende des DEB-Kontrollausschusses.

Wegmann hat deshalb auch gegen die drei Landshuter Spieler Alois Schloder, Erich Kühnhackl und Bernd Engelbrecht ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. „Daß wir einige Spieler gerade im Hinblick auf die Nationalmannschaft früher mit Milde behandelt haben, hat nichts erbracht. Man sieht doch, daß immer wieder dieselben dabei sind, wie jetzt auch der Engelbrecht. Damit muß mal Schluß sein. Ich kann doch einen Jugendspieler wegen Beinstellens nicht vom Eis schicken, wenn die Vorbilder sich ungestraft prügeln dürfen", gibt der 64 Jahre alte Duisburger zu bedenken.

Der EV Landshut ist über das Vorgehen des Kontroll-Ausschusses allerdings verwundert und verärgert zugleich. „Wir haben von diesem Schritt erst durch die Presse erfahren", erklärt Klaus Schilling, der Vorsitzende des niederbayrischen Klubs. „Für mich ist das ganze eine Ohrfeige für Schiedsrichter Jupp Kompalla. Er hat die Szenen doch auch gesehen und den Regeln und seinem Gesamteindruck entsprechend bewertet", sieht Schilling keine Notwendigkeit für ein Eingreifen des Kontroll-Ausschusses. Und dann warnt der Landshuter Rechtsanwalt: „Es kann doch nicht soweit kommen, daß wir den Hauptschiedsrichter sparen, von jedem Spiel eine Video-Aufzeichnung machen und nachher die Strafen aussprechen.

Soweit will es der DEB-Kontroll-Ausschuß auch nicht treiben. „Ich habe lange mit Kompalla gesprochen. Er hat bei diesen Szenen gar nicht alles so richtig gesehen", nennt Wilfried Wegamnn den Grund für sein Einschreiten. „Außerdem wollen wir uns nicht nur auf das Fernsehen verlassen." Der Kontroll-Ausschuß betrachtet die Aufzeichnung lediglich als Entscheidungshilfe und hat deshalb auch Berichte der DEB-Trainer Xaver Unsinn und Hans Rampf sowie des offiziellen Verbands-Beobachters Willi Brechenmachers angefordert, die alle in Landshut anwesend waren.

Ob Wegmann auch gegen die Prügelknaben des Düsseldorfer Spiels ermitteln wird, steht noch nicht fest. Der Spielbericht ist noch nicht eingetroffen. Vorab sagte der kaufmännische Angestellte aber schon: „Die Prügeleien in Düsseldorf waren nicht so gravierend. Wir wollen nicht nach jedem Spiel tätig werden, aber mit solchen Szenen wie in Landshut muß endlich Schluß sein."

SPORT-NACHRICHTEN

Becker im Viertelfinale

Melbourne (dpa) – Der Mannheimer Boris Becker erreichte bei den 73. Internationalen Tennismeisterschaften von Australien in Melbourne durch einen 7:6,6:4,6:2-Erfolg über den Franzosen Guy Forget das Viertelfinale. Unterdessen hat der Berliner Tennisverein LTTC Rot-Weiß die Verpflichtung des talentierten Bekker von 1985 an bekanntgegeben.

Ski-Rennen abgesagt

Elm (sid) – Wegen Schneemangels sind die für Samstag und Sonntag vorgesehenen Weltcup-Rennen der alpinen Skiläuferinnen in Elm (Schweiz) abgesagt worden. Geplant waren ein Superriesenslalom und ein Slalom.

Günter Mast nennt Zahlen

Braunschweig (sid) – Der Präsident von Eintracht Braunschweig, Günter Mast, hat sein finazielles Engagement beim Fußball-Bundesligaklub seit seiner Amtsübernahme am 28. November 1983 mit 4,3 Millionen Mark beziffert. Der Verlust der Lizenzspieler-Abteilung im letzten Jahr betrug allein 2,7 Millionen Mark.

Karate: Hartes Urteil

Florenz (dpa) – Wegen fahrlässiger Tötung wurde der österreichische Karate-Kämpfer Christian Oberrainer von einem Florenzer Gericht zu sechs Monaten Haft auf Bewährung sowie zur Zahlung von Schadenersatz verurteilt. 1980 hatte Oberrainer einen Italiener im Wettkampf mit einem Fußtritt ans Kinn so hart getroffen, daß dieser starb.

Eilenfeldt zu Schalke

Kaiserslautern (sid) – Auf Leihbasis wechselt Norbert Eilenfeldt vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern bis zum Saisonende zu Schalke 04.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Germania Leer – Dnjepr Denjepropetrowsk (UdSSR) 1:4.

TENNIS

73. Intern. Meisterschaften von Australien in Melbourne, Einzel, Herren, Achtelfinale: Becker (Deutschland) – Forget (Frankreich) 7:6, 6:4, 6:3. – Damen, Viertelfinale: Sukova (CSSR) – Shriver (USA) 6:2, 6:7, 6:1. – Doppel, Damen, zweite Runde: Lloyd-Evert/Turnbull (USA/Australien) – Benjamin/Nelson (USA) 6:3, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 071 858,20, 2: 128 622,90, 3: 6 836,70, 4: 111,10, 5: 8,80. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt – Jackpot: 234 253,20, 2: 39 042,20, 3: 6 274,60, 4: 117,60, 5: 9,50. – **Elferwette:** Klasse 1: 4 503,20, 2: 178,60, 3: 19,40. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 24,70, 2: 24,70, Rennen B: Klasse 1: 141,70, 2: 81,60. (ohne Gewähr)

SCHACH-WM

Ärger um Karpow

LUDEK PACHMAN, Bonn

Wird es im Titelkampf Karpow gegen Kasparow in Moskau eine neue Phase von vielen kurzen Remis-Partien geben? Nach der 28. Partie deutet darauf auch die 29. Partie hin:

„Der Karpow riskiert überhaupt nichts", kommentierte sichtlich erregt Kasparows Mutter Klara, die das Spiel von der Presse-Tribüne aus verfolgte, das Remis-Angebot Karpows. Durch die Zuschauermenge ging ein Raunen, denn im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses hatten sich mehr Zuschauer als gewöhnlich eingefunden, da dieses Spiel die Entscheidung hätte bringen können.

Die Notation (Damengambit, Weiß: Karpow): 1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3. c4 e6, 4.Sc3 c6, 5.e3 Sbd7, 6.Ld3 dxc4, 7.Lxc4 b5, 8.Le2 . . .

Eine sehr zurückhaltende Spielweise.

8. . . . Lb7, 9.a3 b4, 10.Sa4 . . .

Etwas inhaltsreicher könnte sich die Partie nach 10.axb4, Lxb4, 11. Da4 oder 11Ld2 gestalten.

10. . . . bxa3, 11.bxa3 Le7, 12.0-0 0-0, 13.Lb2 . . .

Auch nach 13.Dc2 kommt der Befreiungszug c5! 14.Sxc5, 15.dxc5, Dc7 mit vollem Ausgleich.

13. . . . c5 Remis.

STAND ● PUNKT / *Betrogene Betrüger*

Die Schalker haben also nun Protest eingelegt gegen die Wertung des 1:4 am letzten Samstag bei Borussia Dortmund. Sie wollen eine Neuansetzung des Spiels. Präsident Hans-Joachim Fenne begründet seine Forderung damit, daß (die WELT berichtete) der Borusse Wolfgang Schüler das gewiß vorentscheidende 2:0 für seine Mannschaft unkorrekt erzielte, indem er sich den Ball vorgelegt habe. Der Regelverstoß ist klar. Schüler selbst gab ihn inzwischen längst zu. Außerdem gibt es rund 41 000 Zeugen für die Tat, die leider nur von Schiedsrichter Hans-Heinrich Barnick und seinem Linienrichtergespann nicht bemerkt wurde.

Daß die Schalker verärgert sind wegen der Fehlbeurteilung der Unparteiischen, ist nur allzu verständlich. Daß sie sich Hoffnungen machen, mit ihrem Protest durchzukommen, auch. Denn: Die Sportgerichte haben sich schon einige Male nicht davor gescheut, Tatsachenentscheidungen der Schiedsrichter unter der erdrückenden Beweislast von Fernsehbildern zu revidieren. In diesem Fall freilich kann das Fernsehen wohl nur unzureichend Aufklärung leisten. Die vorliegenden Aufnahmen sind nicht eindeutig. Aber das muß ja nichts heißen.

Ein anderer Aspekt ist bisher überhaupt noch nicht in die Diskussionen eingeflossen, nämlich der: Die Schalker haben nach der Niederlage in Dortmund von Betrug gesprochen. Und davon, daß eine Wiederholung des Spiels auch eine Frage von Anstand und Moral sei. Im Prinzip wäre dem nichts entgegenzuhalten – wenn es da nicht den 10. Oktober gegeben hätte, das Spiel Schalke gegen Bremen. Es endete 1:1. Aber so ging es aller Wahrscheinlichkeit nur deswegen aus, weil die Bremer seinerzeit um einen klaren Handelfmeter betrogen wurden. Der Schalker Mannschaftskapitän Bernhard Dietz wehrte (von der Fernsehkamera eindeutig überführt) einen Schuß geradezu in Torwartmanier mit der Hand ab und lieferte anschließend ein wahres Meisterstück seiner Schauspielkunst. Als die Bremer nämlich aufgebracht protestierten und der Schiedsrichter für einen Moment zögerte, lieferte ihm Dietz Entscheidungshilfe. Er ließ sich wie benommen zu Boden fallen und deutete durch Gesten an, er habe den Ball voll gegen den Kopf bekommen . . .

Fazit: Der Fußball wird mit den Fehlentscheidungen seiner Schiedsrichter leben müssen. Und nicht immer sollte man sofort mit den Begriffen „Moral" und „Betrug" jonglieren. Vor allem nicht, wenn man der betrogene Betrüger ist.

BERND WEBER

Liefert Frankreich Kernreaktor an Israel?

Peres spricht in Paris auch über militärische Kooperation

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die französische Regierung hat sich im Prinzip bereit erklärt, Israels dringendsten technologischen Mangel zu beheben und einen Kernreaktor für die Energiegewinnung zu liefern. Das erdölarme Israel braucht Kernenergie dringender als die meisten anderen Industriestaaten.

Die USA sind schon seit der Regierung von Präsident Johnson in den 60er Jahren bereit, einen Kernreaktor zu liefern, doch unter der Bedingung, daß die Israelis alle ihre bestehenden Kernanlagen der Internationalen Atomenergiekommission zur Kontrolle freigeben. Israel hat nämlich schon zwei Kernreaktoren – einen in Dimona, in der Negev-Wüste unweit vom Toten Meer, und einen in Nachal Sorek in der Nähe der Küste zwischen Tel Aviv und Ashdod. In beiden Anlagen wird wissenschaftliche Forschung betrieben.

Laut ausländischen Berichten allerdings soll Israel „bereits 50 bis 100 Atombomben" produziert haben. Israel hat dies wiederholt dementiert und erklärt, daß es zwar die technologische Fähigkeit zur Herstellung von Atombomben besitze, jedoch nicht der erste Staat sein werde, der im Nahen Osten Kernwaffen einführe. Keine der bestehenden Anlagen ist zur Energiegewinnung geeignet, doch könnte es sich Israel nicht gestatten, die Geheimnisse von Nachal Sorek oder Dimona einer internationalen Kommission zu enthüllen, zu deren Erkenntnissen die arabischen Staaten freien Zugang besitzen.

Israels Weigerung hatte jedoch zur Folge, daß es energiewirtschaftlich zurückgeblieben ist und noch immer von herkömmlichen Brennstoffen abhängt, die zum Großteil importiert werden müssen. Die Aussicht auf einen französischen Kernreaktor – ohne unannehmbare Bedingungen – würde hier eine Umwälzung hervorrufen. Israel wäre bereit, einen solchen Reaktor jederzeit von internationalen Expertenkommissionen besichtigen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß die Reaktorfrage eines der wichtigsten Gesprächsthemen bei dem fünftägigen Besuch ist, den Premierminister Shimon Peres gestern in Frankreich antrat. Peres selbst machte eine Andeutung in diesem Sinn, als er vor einigen Tagen erklärte, er hoffe, daß sein Besuch „auch technologische Früchte tragen wird".

Zu seinem Hauptbegleiter hat Peres den in der Bundesrepublik Deutschland wohlbekannten Asher Ben-Nathan als „Sonderberater" ernannt. Ben-Nathan war Israels erster Botschafter in Bonn, darauf in Paris und diente vorher als Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Dort zählte er gemeinsam mit Peres (damals stellvertretender Verteidigungsminister) zu den Architekten der israelisch-französischen militärischen Entente.

Seither hat sich zwar das Blatt gewendet, und Israels Verteidigung beruht zum Großteil auf der Zusammenarbeit mit den USA. Doch würde Peres gern eine teilweise Wiederaufnahme der militärischen Beziehungen mit Frankreich sehen. Dies zeigt sich auch in der Liste der anderen Begleiter von Peres: Zusätzlich zu seinem Kabinettschef Boas Appelbaum und seinem Sprecher Uri Savir kamen Staatssekretär (und Ex-General) Abrasha Tamir und Militärberater Ariel Nevo.

Savir hat erklärt, das Ziel des Besuchs sei es, „ein neues Blatt in der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufzuschlagen". Peres denkt dabei an eine friedensvermittelnde Rolle. Israel verfolgt zwar die Versuche der EG, sich in die Angelegenheiten des Nahen Ostens einzumischen, mit unverhohlenem Argwohn, blickt aber erwartungsvoll auf Präsident Mitterrand, der von der feindseligen Haltung seiner Vorgänger Giscard d'Estaing, Pompidou und de Gaulle abgerückt hat.

Auch ist es Peres nicht entgangen, daß Mitterrand in den letzten Monaten Gespräche mit König Hussein, Präsident Mubarak und Präsident Assad geführt hat. Eine große Meinungsverschiedenheit trennt jedoch Israel und Frankreich: Mitterrand tritt für die Errichtung eines palästinensischen Staates ein, während Israel dies gänzlich und kompromißlos ablehnt. Dies sollte aber der Weiterführung der beiderseitigen Kontakte keinen Abbruch tun. (SAD)

Karmals Verteidigungsminister stürzte über militärische Mißerfolge

Machtkampf in Afghanistans Führung geht weiter / Armee schrumpfte um zwei Drittel

WALTER H. RUEB, Bonn

Der bisherige afghanische Verteidigungsminister Generalmajor Dagarwal Abdul Kader ist abgelöst worden. Dies meldete der Kabuler-Korrespondent der amtlichen tschechoslowakischen Presseagentur ČTK. Zum neuen Verteidigungsminister wurde vom Präsidium des Revolutionsrates der bisherige Stabschef, General Nazar Muhammad, ernannt. Kader wurde nach Angaben von ČTK Erster Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionsrats-Präsidiums, dessen Vorsitzender Staatschef Babrak Karmal ist.

In Kabul wurde für den Wechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums keine Begründung gegeben. Beobachter der Szene aber sind davon überzeugt, daß Kaders Ablösung auf die militärischen Mißerfolge der afghanischen Armee sowie auf den Machtkampf zwischen den beiden Fraktionen innerhalb der Demokratischen Volkspartei zurückzuführen ist.

Von der früher rund 100 000 Mann starken Armee der kommunistischen Regierung in Kabul sind seit langem nur noch 30 000 Mann übrig geblieben. Sie hat das Vertrauen der Sowjets verloren, wurde teilweise entwaffnet und kaserniert oder muß für die Rote Armee die „Dreckarbeit" machen. Ein Beobachter sprach von „afghanischen Minenhunden", die das Operationsfeld vor dem Einsatz der Roten Armee entschärfen müssen.

Der Großteil der Armee lief zu den Mudschahedin über, meist mit Waffen, Munition und kompletter Ausrüstung. Vom Rest bleiben die meisten nur bei ihrer Fahne, weil sie um das Leben ihrer Familienangehörigen im Machtbereich der Sowjets fürchten. An vielen Stellen Afghanistans bestehen zwischen Karmal-Armee und Widerstandsgruppen Übereinkommen bis hin zu regelrechten Nichtangriffs-Vereinbarungen. Zwangsrekrutierungen vermochten die durch Desertionen entstandenen Lücken nicht zu schließen, trieben sogar viele vorher indifferente Afghanen in den Widerstand.

Ausschlaggebend für die Umbesetzung an der Spitze des Verteidigungsministeriums aber waren die politischen Differenzen zwischen Kalq- und Parcham-Fraktion innerhalb der Demokratischen Volkspartei Afghanistans. Babrak Karmal und der jetzt abgelöste Verteidigungsminister gehören zur Parcham-Fraktion. Kader aber war im Sommer 1984 nach einer bewaffneten Auseinandersetzung, bei der Fernmeldeminister Mohammad Watanjar (Kalq-Gruppe) schwer verletzt worden war, zu einer Belastung für Karmals Regierung geworden.

Kader verschwand für Monate nach Moskau – angeblich aus gesundheitlichen Gründen, in Wirklichkeit aber, um ihn in Kabul aus der Schußlinie der politischen Gegner zu nehmen und dort derweil die Wogen zu glätten.

Karmals Parcham-Fraktion stützt sich mehrheitlich auf Stadtbewohner und Intellektuelle, die Kalq-Gruppe hat insgesamt und vor allem auf dem Land und in der Armee stärkeren Zulauf. Sie dominierte bis zum sowjetischen Einmarsch vor fünf Jahren, verlor seither aber fast alle führenden Positionen. Heute ist nur noch das Innenministerium in ihrer Hand.

Jaruzelski wiederholt Revanchismus-Vorwürfe

Auch Ministerpräsident Späth verschob Polen-Besuch

DW. Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat die Vorwürfe des „Revanchismus" gegen die Bundesrepublik Deutschland wiederholt, ihr zugleich aber nochmals einen „konstruktiven Dialog" angeboten. Bei einer Feier zum Bergmannstag in Hindenburg betonte er: „Es gibt eine gewisse rote Linie, über die hinaus ein Dialog mit der Bundesrepublik jede Bedeutung und jeden Sinn verliert. Das ist die Anerkennung der Unantastbarkeit der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges." Das werde so bleiben, „und so muß es immer sein".

Grundlage der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland seien „ausschließlich der Geist und die Buchstaben" des Vertrages vom Dezember 1970.

Heute hätten, so Jaruzelski, in der Bundesrepublik die „Kräfte des Kalten Krieges und des Revanchismus" so viel Einfluß gewonnen, daß sie viele realistische Stimmen übertönen könnten. Sie seien in der Lage, „wirksam die Politiker jenseits der Elbe zu erpressen, denen die pangermanische Verblendung noch nicht die Weitsicht genommen hat". Man könne diesen oder jenen Besuch verschieben, „aber Volkspolen kann man nicht absagen", meinte Jaruzelski in Anspielung auf die Verschiebung des Polenbesuchs von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Inzwischen hat auch der baden-württembergische Ministerpräsident und Bundesratspräsident Lothar Späth (CDU) seinen Warschau-Besuch verschoben. Wie Regierungssprecher Matthias Kleinert in Stuttgart auf Anfrage mitteilte, soll die Reise im Frühjahr 1985 nachgeholt werden.

Zu dem ursprünglich Mitte Dezember geplanten dreitägigen Besuch hatte das polnische Außenministerium den baden-württembergischen Regierungschef eingeladen. Die Verschiebung begründete der Regierungssprecher mit der anstehenden dritten parlamentarischen Beratung des Haushaltsentwurfs für die beiden kommenden Jahre. Jedoch sei das Interesse Späths an einem baldigen Reisetermin „außerordentlich groß".

Zweiter Prozeß gegen Parteispender

AP, Köln

In einem zweiten Parteispendenprozeß vor dem Kölner Amtsgericht hat sich seit gestern der Unternehmer Bruno Jöster wegen des Vorwurfs der Hinterziehung von rund 26 000 Mark an Steuern zu verantworten. Die Bonner Staatsanwaltschaft wirft dem 80jährigen Angeklagten vor, für Zahlungen an die Kölner CDU in Höhe von 48 000 Mark Spendenquittungen des „Seminars für sozial- und staatspolitische Bildungsarbeit der christlichen Arbeitnehmerschaft" in Köln erhalten und diese zwischen 1975 und 1983 steuermindernd geltend gemacht zu haben. Jöster hatte gegen einen Strafbefehl der Staatsanwaltschaft von mehr als 40 000 Mark Einspruch eingelegt. Wie am Rande des Prozesses bekannt wurde, wollte die Staatsanwaltschaft ursprünglich dieses Verfahren gegen eine Geldbuße von 15 000 Mark einstellen, deren Zahlung Jöster aber auch ablehnte.

Musterprozeß um Weihnachtsgeld

rtr, Hamburg

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) will in einem Musterprozeß klären lassen, ob die volle Einbeziehung von Sonderzahlungen, etwa Weihnachtsgeld, in die Sozialversicherung rechtlich zulässig ist. Der stellvertretende DAG-Vorsitzende Walter Quartier erklärte gestern in Hamburg, nur in der Rentenversicherung werde mit dem höheren Beitrag auch ein höherer Leistungsdruck erworben. In der Arbeitslosenversicherung führe die neue Regelung sogar zu einer klaren Benachteiligung der Arbeitnehmer, die einen Teil ihres Jahreseinkommens als Sonderzahlung erhielten. Im Falle von Arbeitslosigkeit errechne sich ihr Arbeitslosengeld nur nach dem niedrigeren Monatsverdienst, ohne Einbeziehung des 13. Monatsgehaltes. Er habe keinen Zweifel, daß das neue Verfahren als rechts- und verfassungswidrig zu bewerten sei, sagte Quartier.

Wünsche der USA an NATO-Partner

rtr, Brüssel

Die USA wünschen von ihren europäischen Verbündeten zusätzliche Leistungen in der konventionellen Rüstung, verlautete gestern am Rande der Herbsttagung der NATO-Verteidigungsminister. Washington habe aber weder besondere Wünsche hinsichtlich der Systeme geäußert noch Vorstellungen für den finanziellen Rahmen formuliert. Dem Vernehmen nach stoßen die USA mit ihren Zusatzwünschen bei den Alliierten nicht auf Gegenliebe. Die europäischen Verteidigungsminister seien auch unter Druck nicht bereit, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Denkbar sei höchstens, daß in den bestehenden Plänen Umschichtungen vorgenommen werden, hieß es in zuständigen Kreisen. Unabhängig davon bleibt die amerikanische Forderung auf dem Tisch, die Verteidigungsausgaben jährlich real um drei Prozent zu steigern.

Bergleute geben nicht nach

Gewerkschaft lehnt jede Zusammenarbeit mit britischer Justiz ab

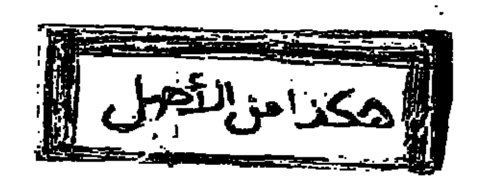
WILHELM FURLER, London

Die Bergleute-Gewerkschaft NUM hat auf einer außerordentlichen Versammlung mehrheitlich beschlossen, weiterhin auf totalem Kollisionskurs mit der britischen Rechtsprechung zu bleiben. Trotz einer überraschenden Empfehlung des nationalen NUM-Führungsgremiums, rund 4,3 Millionen Pfund (knapp 16 Millionen Mark) an Gewerkschaftsvermögen von einem durch Gerichtsbeschluß bestellten Zwangsverwalter vom Luxemburger Bankkonto nach Großbritannien zurückbringen zu lassen, entschieden die Delegierten mit 139 zu 80 Stimmen, jede Zusammenarbeit mit Gericht und Zwangsverwalter zu boykottieren.

Damit weigert sich die Gewerkschaft auch weiterhin, eine Gerichtsstrafe in Höhe von 200 000 Pfund zu zahlen, zu der sie wegen Mißachtung mehrerer gerichtlicher Verfügungen verurteilt worden ist. In dem vom kommunistischen Führer der Bergleute-Sektion Kent ausgearbeiteten und von den Delegierten verabschiedeten Text heißt es außerdem, der Dachverband der britischen Gewerkschaften TUC werde aufgefordert, auf einer Sondersitzung unterstützende Streikaktionen der anderen Gewerkschaften zu beschließen.

Die Bergleute-Gewerkschaft ist unter erheblichen Druck geraten, nachdem ihre Führung per Gerichtsbeschluß von der Verwaltung des gesamten Gewerkschafts-Vermögens ausgeschlossen und dafür ein Zwangsverwalter von außen bestellt wurde.

Gegenwärtig versucht der Zwangsverwalter, die 4,3 Millionen Pfund, knapp die Hälfte des gesamten NUM-Vermögens, von der Luxemburger Bank ausgehändigt zu bekommen.



Einfacher ist besser

Stw. – Noch in dieser Legislaturperiode, so hat sich die Regierungskoalition verplichtet, soll die zweite Stufe der Vermögensbildung realisiert werden. Ziel ist es, neben betrieblichen weitere überbetriebliche Formen der Mitarbeiterbeteiligung staatlich zu fördern. Damit soll vor allem die Aufstockung des *624 Mark-Gesetzes auf 936* Mark den Tarifparteien schmackhaft gemacht werden. Die Experten in Ministerien und Parteien sind bereits bei der Arbeit.

Bevor der politische Streit – und dazu wird es unweigerlich kommen – beginnt, hat jetzt der CSU-Abgeordnete Kurt Faltlhauser, Vermögensbildungsexperte seiner Fraktion, vor übertriebener Eile gewarnt. *Die Mahnung,* erst die grundsätzlichen Fragen zu erörtern, bevor man sich in Detailproblemen verzettelt, ist berechtigt. Schließlich sollte die Regierung die Fehler des letzten Jahres nicht wiederholen, als das Vermögensbildungsgesetz in höchster Eile beraten wurde. Denn das Endprodukt ist zu kompliziert geraten. Selbst mancher Anlageberater einer Bank zeigt sich in Einzelfragen unsicher. Schlechte Voraussetzungen somit, um die Sparer für eine Anlage im Produktivkapital zu begeistern. Mit der Aktie sind ohnehin zu wenige vertraut, *mit GmbH-Aktien,* stillen Beteiligungen oder Genußscheinen wissen noch weniger etwas anfangen. *Auch bei der zweiten Stufe könnte* deshalb ein noch so ausgeklügeltes System von Anlageformen, gestaffelten Sparzulagen und Steuervergünstigungen in die Irre gehen. Vereinfachung tut not.

Auf der Lauer

JB. – Binnen weniger Jahre ist in Deutschland eine Industrie- und Handelsgruppe herangewachsen, die erst unter dem unscheinbaren Namen Interversa im Verborgenen blühte, jetzt als Batig immer häufiger in Erscheinung tritt. Für ihre englische Muttergesellschaft BAT hält sie so respektable Mehrheitsbeteiligungen wie die BAT Cigarettenfabriken, Pegulan und Horten. Strategisch war der Aufbau klar und einfach: Konzentration auf große Bereiche und keine Verzettelung von Finanzen und Manpower in Randgebieten. So etwa starb die Idee, ein großes Weingeschäft aufzubauen, weil zu viele und zu zeitraubende kleine Schritte notwendig waren. Offenbar ist die Batig noch nicht am Ende ihrer Expansion. *Gestützt von der Konzernmutter,* die Deutschland nach wie vor als erste Investitionsadresse ansieht, und ausgestattet mit finanzieller Kraft, dürfte die Batig für weitere Überraschungen gut bleiben. Daß ihr nichts am Markt entgeht, besorgt ein Vorstand, in dem die Chefs der großen Bereiche mit am Tisch sitzen, für BAT „in Germany" stets auf der Lauer.

ARBEITGEBER / Anerkennung für den Kurs der Bonner Wirtschaftspolitik

Erwerbslosigkeit ist auch die Folge eines „Ausuferns des Sozialstaats"

PETER JENTSCH, **Bonn**

Eine insgesamt positive wirtschaftliche und politische Bilanz ziehen die Arbeitgeber in ihrem Jahresbericht für *1984. Die* Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stellt in diesem gestern aus Anlaß ihrer Mitgliederversammlung in Bonn vorlegten Bericht fest, daß die außenwirtschaftliche Entwicklung und der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der Bundesregierung einen weiteren wirtschaftlichen Aufwärtstrend auch für das kommende Jahr erwarten lasse.

Das Wirtschaftswachstum sei aufgrund der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie zwar nicht so günstig ausgefallen wie zu Beginn des Jahres prognostiziert. Es sei aber gelungen, die Produktions- und Umsatzausfälle aufzuholen. Die Arbeitgeber *stellen fest,* daß dazu auch die „*vergleichsweise* günstige Kombination von fiskalischer Konsolidierungspolitik, flexibler Geldpolitik und Strukturanpassung" beigetragen *habe. Die Fortschritte in der Haus*haltskonsolidierung seien nicht auf Kosten von wirtschaftlichem Wachstum, sondern zugleich mit diesem erreicht worden.

Auch im Berichtsjahr sei die Arbeitslosigkeit das wirtschafts- und sozialpolitische Hauptproblem geblieben. Zwar zeichneten sich erste Schritte einer Entspannung ab. Aber die Verteuerung des Faktors „Arbeit" bei der primären, vornehmlich aber der sekundären Einkommensverteilung treibe nach wie vor die Arbeitsplätze aus dem offiziellen Markt in die Schattenwirtschaft. Die Arbeitgeber führen diese „Fehlsteuerung, die einer Bereinigung der unbefriedigenden Beschäftigungssituation entgegensteht", zurück auf das hohe Arbeitskostenniveau und das „Ausufern des Sozialstaats".

Eine Verbesserung der Beschäftigungssituation lasse sich nur über „eine maßvolle Lohnpolitik, über eine Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen, über eine Verringerung bürokratischer Hemmnisse, über mehr Leistungsgerechtigkeit der Steuer- und Sozialpolitik und insgesamt über eine wachsende Wirtschaft" erreichen. In diesem Zusam*menhang nennen die Arbeitgeber das* Bemühen der Bundesregierung, einerseits die finanziellen Engpässe in der Rentenversicherung zu überwinden und gleichzeitig ein Erziehungsjahr mit erheblichen finanziellen Zukunftslasten für diesen Versicherungszweig einzuführen, „widersprüchlich". Das gelte auch für andere sozialpolitisch „wenig systemkonforme Operationen".

Andererseits habe sich zur Überwindung der Arbeitslosigkeit die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Strategien gegenüber *sozialistischen* Modellen zur Nachfrageexpansion mit geduldeter Inflationsfolge erwiesen. In diesem Sinne kritisierten die Arbeitgeber in ihrem Jahresbericht den Widerstand von Opposition und Gewerkschaften gegen eine marktwirtschaftlich orientierte Beschäftigungspolitik.

Der Arbeitskampf um die Arbeitszeitverkürzung sei eigentlich eine politisch grundsätzliche Auseinander*setzung um den wirtschaftspoliti*schen Kurs der Bundesregierung gewesen. Gleichwohl entsprächen die Ergebnisse der Tarifrunde mehr einer offensiven Strategie der Schaffung neuer Arbeitsplätze als einer defensiven Konzeption, die den Mangel verteilen wolle. Die Tarifverträge haben den Einstieg in eine flexible und variable Gestaltung der Arbeitszeit gebracht. Der sich daraus für Unternehmen wie Arbeitnehmer ergebende Spielraum für mehr Differenzierung und Individualisierung sollte nach *Auffassung* der Bundesvereinigung mit der Tarifpolitik der kommenden Jahre weiter ausgebaut werden.

Deutliche Beschäftigungsimpulse gingen auch von der leichten Erhöhung der Investitionsquote aus, die durch die 1983 in Gang gekommene Ertragsentwicklung ausgelöst worden sei. Es sei zu wünschen, daß die Gewerkschaften den Zusammenhang von personalkostensparender Konsolidierungs- und Tarifpolitik sowie flexiblerer Gestaltung betrieblicher Arbeitszeit einerseits und der Schaffung von Arbeitsplätzen andererseits mehr in den Mittelpunkt ihrer Politik rücken. In diesem Sinne fordern die Arbeitgeber die Gewerkschaften zu gemeinsamen Gesprächen auf.

WOHNGELD

Union fordert eine kräftige Aufstockung der Zuschüsse

PETER GILLIES, **Bonn**

Das Wohngeld birgt einen sozialen und ordnungspolitischen Sprengstoff, der vielen Politikern noch nicht bewußt ist. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern Experten deshalb eine kräftigere Aufstockung der Zuschüsse als bisher geplant. Die Aufbesserung um mehrere hundert Millionen Mark – notfalls zu Lasten des Neubaus – soll sozial abfedern, aber auch Spielraum schaffen für künftige Liberalisierungen am Wohnungsmarkt.

„Ich fürchte, daß wir mit einer zu mageren Erhöhung einen entsetzlichen Fehler machen", meint Dietmar Kansy, Leiter der Arbeitsgruppe Bauwesen der CDU. Das Wohngeldgesetz erfülle wegen der starren Einkommens- und Mietgrenzen seine soziale Funktion immer weniger. Kansy rechnet: Zwischen der letzten Erhöhung 1981 und der geplanten Anfang 1986 steigen die monatlichen Wohnkosten eines Wohngeldempfängers von 304 auf 388 Mark (plus 84 Mark). Dagegen klettert der Mietzuschuß nur um zehn Mark, nämlich von 116 auf 126 Mark im Monat.

Zwei Drittel der rund 1,4 Millionen Wohngeldempfänger sind Rentner. Sie wohnen meist in Sozial- oder Altbauwohnungen, deren Mieten kräftiger als die von freifinanzierten Wohnungen stiegen. Dieser Effekt sei von der Politik gewollt, müsse aber sozial abgefedert werden, fordert die Arbeitsgruppe.

Zum 1. Januar 1986 soll das Wohngeld nach Regierungsplänen um 700 Millionen auf rund 2,7 Milliarden Mark aufgestockt werden. Bund und Länder tragen jeweils die Hälfte. Um den Wohngeldempfängern künftig die gleiche Entlastung wie beispielsweise 1982 zu gewähren, wäre jedoch eine Aufbesserung von 1,7 Milliarden Mark, davon 860 Millionen vom Bund, nötig. Als Kompromiß bietet sich nach Ansicht der CDU-Wohnungsexperten eine Zulage von je*weils rund 600 Millionen Mark von* Bund und Ländern an.

Da sich der Finanzminister gegen derartige Wünsche bisher sperrte, empfehlen die Wohnungspolitiker, das Geld von den Neubauprogrammen abzuzwacken. Das stößt beim Bundesbauminister auf Kritik.

Mit einer großzügigeren Aufbesserung des Wohngeldes will die Union nicht nur ihren linken Flügel ruhigstellen, sondern auch ordnungspolitischen Spielraum gewinnen. „Mit ei*ner Entwertung des Wohngeldes wird* unsere marktwirtschaftliche Strategie in Frage gestellt", meint Kansy. Er und seine Arbeitsgruppe erinnern die Fraktion und den Kanzler an die Prinzipien der Union: weniger Objekt- und mehr Subjektförderung (= Wohngeld), mehr Marktwirtschaft bei sozialer Absicherung durch das Wohn*geld. Wenn diese Basis bröckele,* bestehe auch in der nächsten Legislaturperiode kein Spielraum für die fällige Liberalisierung des Mietrechts und die Aufhebung des gespaltenen Wohnungsmarktes.

Wenn die Fesseln fallen . . .

Von HARALD POSNY

Seltsam gereizt reagieren oft Bundesregierung und Ministerialbürokratie auf sachliche Kritik. So wurde auch die Enttäuschung des Verbandes der Autoversicherer (HUK-Verband) über die zum 1. Januar 1985 verordnete Neuordnung der Regionalstruktur in der Kfz-Haftpflichtversicherung als *„nicht ganz wohlüberlegt"* abgetan. Schließlich werde das „generelle Prämienniveau" in der Bundesrepublik nicht beeinflußt. Zur Überreaktion geriet die Bonner Replik mit dem Hinweis, es stelle sich die Frage, ob im Sinne von mehr Prämienwettbewerb nicht auch die Genehmigungspflicht für die Kfz-Haftpflichtversicherung aufgehoben werden sollte.

[illegible] hat zwar das eine nichts mit [illegible] anderen zu tun, dennoch muß [illegible]chtet werden, daß der lobens[illegible] Grundsatz von mehr Prämien[illegible]werb denen Sand in die Augen [illegible], die sich von dieser Freigabe [illegible] drastische Senkung der Beiträge [illegible]. Den Weg zur Freigabe gera[illegible] dieser Teilsparte sollte man sich [illegible] wohl überlegen. Treffen würde [illegible] nämlich nicht die Unternehmen, [illegible] einmal die Versicherungsneh[illegible], sondern die Verkehrsopfer.

[illegible] Argument, die Insassen-Un[illegible]versicherung habe eine lange Peri[illegible] der Prämienbildung ohne das [illegible] staatlicher Genehmigungs[illegible]icht hinter sich, zieht ebensowenig [illegible] der Hinweis auf die seit 1982 ge[illegible]nehmigungsfreien Vollkaskotarife, [illegible] zum 1. April 1985 auch die [illegible]kaskotarife folgen werden. Hier [illegible] es ausschließlich um Sach- und [illegible]schäden am Fahrzeug, nicht [illegible] um die Gesundheit oder das Le[illegible] anderer Verkehrsteilnehmer. All[illegible] leicht könnten Verkehrsopfer leer [illegible], wenn ein Versiche[illegible]unternehmen – aus welchen [illegible] auch immer – seinen Zah[illegible]verpflichtungen nicht mehr [illegible]chkommen könnte. Will dann der [illegible] als Nothelfer eingreifen?

[illegible] ist es so, daß die Solidar[illegible]haftung der Unternehmen unter[illegible] einspringen würde, wenn [illegible]sicherer pleite macht. Bleibt [illegible] dabei? Und was wird aus der [illegible]pflicht der Versicherer, [illegible] sie jedem Antragsteller den [illegible] Schutz auch gewähren [illegible]? Sie müßte dann doch auch [illegible] Disposition stehen. Und be[illegible] Anfänger- und Ausländergruppen würden es wegen erwiesener hoher Schadenhäufigkeit und enormer Schadenbelastung der Versichertengemeinschaft schwer haben, überhaupt einen Versicherer zu finden. In einer mobilen Gesellschaft würde dies unweigerlich zu Fahren ohne Haftpflichtschutz verleiten.

Man muß sich schon die Folgen solcher „locker vom Hocker" geäußerten Forderungen oder Wünsche vor Augen halten, um gleichzeitig deren Unsinnigkeit zu begreifen. Glücklicherweise reicht es ja nicht aus, irgendeine Verordnung zu ändern; um zu „mehr Wettbewerb" zu kommen, zur Verwirklichung der Überlegungen aus Bangemanns Wirtschaftsministerium als der für das Versicherungswesen zuständigen Behörde, müßte das geltende Pflichtversicherungsgesetz geändert werden.

Aber auch was nicht im Gesetz, aber für wenigstens etwas Innovationsfreude steht (günstigere Tarife für Frauen und Beitragsnachlässe für Fahrzeuge mit Anti-Blockier-System), wäre ebenso dahin wie das Typklassen-Schadenfreiheitsrabatt- und Malussystem sowie die einheitlichen Selbstbehalte, die Transparenz und Vergleichbarkeit der Angebote schufen.

Sicher, mancher Versicherer würde sich mit der Genehmigungsfreiheit befreunden können, zumal da auch die Regionalklassen-Einteilung, die 1981 gegen alle Vernunft und entgegen wissenschaftlichen Gutachten in Bonn von prämiengerechteren sechs auf derzeit vier Regionalklassen eingedampft wurde, zusammenfiele. Wozu schadenbedarfsgerechte Prämien, wozu die Diskussionen im Beirat des Bundesaufsichtsamtes, der vor jeder Änderung gehört werden muß? Einige regional tätige Versicherer würden ohne Zweifel noch größere Wettbewerbsvorteile gegenüber den bundesweit operierenden Gesellschaften erlangen.

Mag sein, daß vorübergehend die Kfz-Haftpflichtprämien in die Knie gehen würden, wenn aber wie derzeit bei Voll- und Teilkasko rote Zahlen geschrieben werden, bleibt den Versicherern auch nur das Ausscheiden aus dem Markt, wenn sie nicht, entgegen dem Markttrend höhere Prämien fordern oder sich in einem Not-Kartell zusammenzufinden können. Schöner Wettbewerb.

AUF EIN WORT



„Optimismus ist in Amerika zu einem echten Produktionsfaktor geworden. Er kann es auch hier werden. Deshalb darf er weder durch Unklarheiten in Bonn noch in Düsseldorf gefährdet werden."

Dr. Alfred Voßschulte, Präsident der IHK Dortmund. FOTO: HORST BOHM

Gute Noten für deutsche Messen

dpa/VWD, **Bonn**

Aussteller und Fachbesucher in Europa beurteilen den Messeplatz Bundesrepublik positiv. Nach einer im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführten Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung reichen die Bewer*tungen in den einzelnen Ländern von* „höchste Anerkennung" bis „sehr gutes Image". In Frankreich werden die deutschen Fachmessen als „führend und für französische Aussteller zwingend" beurteilt. Als wichtigste Gründe für Messebeteiligung und Messebesuch wurden Informationsaustausch und Anbahnung von Geschäftsbeziehungen genannt. Die direkte Bestelltätigkeit schätzten die Fachbesucher nur gering ein, während 52 Prozent der Aussteller Auftragsabschlüsse auf der Messe als Grund für die Beteiligung angaben.

BAUINDUSTRIE

Zinssubventionen für die Gemeinden vorgeschlagen

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Die deutsche Bauwirtschaft wird im kommenden Jahr bis zu 200 000 Mitarbeiter freisetzen müssen." Paul Brochier, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, *plädierte gestern* in Bonn für eine Verstärkung der öffentlichen Bauinvestitionen. Seit jeher habe die Bauwirtschaft als Instrument der Konjunkturpolitik herhalten müssen, nun sei der Versuch angebracht, „den Arbeitsmarkt über die Bauwirtschaft teilweise wieder in den Griff zu bekommen".

Wie sich die Bauindustrie diesen Versuch vorstellt, erläutert ein Brief von Präsident Günther Herion an Bundeskanzler Helmut Kohl: Aus dem ERP-Sondervermögen sollten vor allem den Kommunen Kredite in einem Rahmen von zehn Mrd. DM bereitgestellt werden, verteilt auf fünf Jahre. Der Zinssatz sollte durch Hilfen des Bundes auf vier Prozent p. a. bei 100prozentiger Auszahlung reduziert werden. Dies belaste den Bundeshaushalt in den kommenden 14 Jahren mit insgesamt rund 1,8 Mrd. DM, heißt es in dem Brief, auf den die Antwort noch aussteht.

Dies sei kein „klassisches" Investitionsprogramm, betonte Brochier, „denn das wollen wir nicht". Er räumte allerdings ein, daß die Politiker nach Auslaufen einer solchen Subvention möglicherweise wieder zur Hilfe für die Bauwirtschaft aufgerufen werden *müßten. Dies sei nicht* zu vermeiden, solange die Bauwirtschaft im bisherigen Maß von der Nachfrage der öffentlichen Hände abhängig sei. Kritik übte Brochier am Verhalten von Hermes, „die Risiken nur noch dann versichert, wenn es keine sind".

INDUSTRIEPRODUKTION

Im Oktober noch einmal eine deutliche Steigerung

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Industrieproduktion in der Bundesrepublik ist im Oktober nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,5 Prozent gestiegen. Noch ausgeprägter ist der Anstieg binnen Jahresfrist speziell für die verarbeitende Industrie mit rund vier Prozent. Allein die Investitionsgütererzeugung ist nach einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums mit sieben Prozent am deutlichsten ausgefallen. Lediglich in der Bauwirtschaft ist die Produktion rückläufig (minus 2,5 Prozent). Auch die Zunahme der Verbrauchsgütererzeugung ist mit 0,5 Prozent bescheiden und am unteren Rand der Gesamtentwicklung.

Gegenüber September 1984 ist die Industrieproduktion preis- und saisonbereinigt um knapp 2,5 Prozent gestiegen, allein die der verarbeitenden Industrie mit gut 2,5 Prozent etwas kräftiger. Im Monatsvergleich wird auch für die Bautätigkeit, deren Produktionsindex häufig starke kurzfristige Schwankungen aufweist, eine siebenprozentige Zunahme registriert.

Der aussagekräftigere Zweimonatsvergleich zeigt zwar keinen weiteren Anstieg. Jedoch hielt sich nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums die Industrieproduktion im September/Oktober auf dem hohen Niveau der Monate Juli/August, die besonders von dem Bemühen vieler Firmen geprägt gewesen seien, streikbedingte Produktionsausfälle aufzuarbeiten. „Die konjunkturelle Grundtendenz dürfte durch den Zweimonatsvergleich daher eher unterzeichnet sein", heißt es in einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bund erhöht die Regionalförderung

Bonn (dpa/VWD) – Der Bund hat für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur für das kommende Jahr 1,3 *Milliarden DM – 125 Millionen mehr* als 1984 – zur Verfügung gestellt, die ausschließlich auf die Ausgleichszulage (bisher 65 Millionen DM) entfallen. Diesen Beschluß faßte der Bund-Länder-Planungsausschuß gestern in Bonn. Bei der Agrarstruktur sind dies 60 Prozent und beim Küstenschutz 70 Prozent der Gesamtmittel, da sich die Länder mit weiteren 40 beziehungsweise 30 Prozent beteiligen.

Sinn-Aktien überzeichnet

Köln (dpa/VWD) – Der Verkauf von Aktien der Kölner Textil-Einzelhandelskette Sinn AG ist im Anlegerpublikum bereits am ersten Tag auf große Resonanz gestoßen. Wie die Deutsche Bank AG mitteilt, überstieg die Nachfrage das zur Verfügung stehende Aktienvolumen über nominal 6,4 Mill. DM deutlich. Der Verkauf von Sinn-Aktien ist deshalb ab sofort eingestellt. Die Sinn-Aktien werden zum Ausgabepreis von 150 DM je 50-DM-Aktie angeboten. Die Börsennotierung wird am 11. Dezember aufgenommen.

Dollar fällt wieder

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar ist am Dienstag nach dem starken Anstieg vom Vortag wieder um knapp drei Pfennig gefallen. Der amtliche Mittelkurs wurde in Frankfurt mit 3,0906 (*Montag:* 3,1200) DM fixiert. Die Deutsche Bundesbank verkaufte *zum Marktausgleich* 5,65 Mill. Dollar.

Mehr bleifreies Benzin

Bonn (HH) – Bleifreies Benzin wird nach einer Umfrage der Mineralölwirtschaft bis Ende des Jahres in der Bundesrepublik an 400 bis 500 Markentankstellen (einschließlich Autobahn) angeboten. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Grüner (FDP), auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dörflinger ferner erklärte, wollen Bund und Länder darüber hinaus den Tankstellen des mittelständischen Handels bei der Umstellung auf bleifreies Benzin helfen. Wegen des intensiven Wettbewerbs auf dem deutschen Benzinmarkt erwartet Grüner, daß anfängliche Versorgungslücken bald geschlossen sein werden.

Rückgang bei Fertigbauten

Hamburg (dpa/VWD) – Die deutsche Fertigbaubranche rechnet in diesem Jahr mit einem Minus von rund 20 Prozent. Günther Haase, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Montagebau und Fertighäuser, geht für das Gesamtjahr 1984 von einem Bauvolumen von etwa *8,3* Mrd. DM aus. Davon entfallen 2,7 Mrd. DM auf Wohnbauten und 5,6 Mrd. DM auf den Nichtwohnbau. Auch der Auftragsbestand sei zurückgegangen. Beim Einfamilien-Fertighausbau reichen die Aufträge nur noch 5,1 Monate, beim Nichtwohnbau 2,1 Monate.

Keine Einigung

Tokio (AFP) – Dem Vizepräsidenten der Europäischen Gemeinschaft, *Etienne Davignon, ist es bei seinen* Gesprächen in Japan nicht gelungen, für 1985 ein Abkommen zur Begrenzung der Importe japanischer Videogeräte in die EG abzuschließen. Wie Davignon erklärte, sollen die Gespräche jetzt auf Expertenebene fortgesetzt werden, um bis Anfang kommender Woche doch noch eine Eini*gung zu erzielen.*

Weihnachtsbutter billiger

Bonn (dpa/VWD) – Billiger als bisher erwartet wird die Weihnachtsbutter sein, die in den nächsten Tagen zum Verkauf kommt. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher rechnet *damit,* daß die Preise meist *zwischen* 1,19 DM und 1,49 DM für das Halbpfundpäckchen liegen werden. Der Einstandspreis liegt bei etwa 4,40 DM je kg. Auch Verkäufe unter dem Einstandspreis bis herunter zu 99 Pfennig für das halbe Pfund seien im Gespräch. Die Qualität der Butter wird von der Verbraucherorganisation als „nicht einmal spürbar geringer" als die von Markenbutter bezeichnet.

LEITENDE ANGESTELLTE

Ein eigenes Gesetz scheitert an dem Widerstand der CDU

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Die Bemühungen, die Interessenvertretungen der leitenden Angestellten – die bislang nur auf freiwilliger Basis bestehen – gesetzlich zu verankern, tragen bisher keine Früchte. Zwischen der *Arbeitsgruppe* Sozialpolitik der CDU und dem entsprechenden Arbeitskreis der FDP habe Übereinstimmung geherrscht, sagte Irmgard *Adam-Schwaetzer* (FDP) gegenüber der WELT. Doch nun mache die CDU Schwierigkeiten.

Die Hoffnung, den Entwurf eines *Sprecherausschuß-Gesetzes* noch in diesem Jahr auf den parlamentarischen Weg bringen zu können, muß die Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der FDP-Bundestagsfraktion begraben. Die erste Lesung im Bundestag, die ursprünglich für Dezember vorgesehen war, wurde verschoben. Weitere Entscheidungen sollen im Januar erfolgen. Offiziell wird die Verzögerung damit begrün*det,* daß nach einer ersten Lesung Anfang 1985 zügig durchgearbeitet wird. Doch an solche Visionen glaubt Frau Adam-Schwaetzer nicht mehr. Sie vertritt die Auffassung, daß die Regierung sich nicht gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stellen will.

Den Widerstand verursache dabei nicht das Arbeitsministerium; die Hindernisse bauten höhere Stellen auf, meint die FDP-Abgeordnete. Spekulationen, daß ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit den Widerstand der CDU ausgelöst oder unterstützt habe, seien angebracht. „Die Regierung ist einfach nicht bereit, eine Diskussion durchzustehen", klagt Frau Adam-Schwaetzer.

IG METALL / Janzen stellt ein Arbeitsprogramm Arbeit und Technik vor

Neue Strategie der Gewerkschaft?

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen nennt es leicht ironisierend die „Flexi-Strategie" seiner Gewerkschaft: Das „Aktionsprogramm Arbeit und Technik", das jetzt unter seinem Motto „Der Mensch muß bleiben" in Frankfurt vorgestellt wurde. Tatsächlich markiert es einen bemerkenswerten Schwenk in der Gewerkschaftsstrategie.

Sei Ziel ist es nämlich, den Gewerkschaftsvertretern in den Betrieben einen Handlungs- (und Verhandlungs-)Rahmen zur Bewältigung der Probleme aus neuen Techniken anzubieten, der nach den jeweiligen Gegebenheiten *betriebsindividuell* ausgefüllt werden soll. „Es ist kein starres Konzept, sondern berücksichtigt die in den Betrieben, den Branchen, den *Verwaltungsstellen oder Bezirken* der IG Metall vorfindbaren Besonderheiten", unterstreicht Janzen.

Ziel der Konzeption, die „kein Maschinen-Stürmer-Programm" werden soll, ist die „sozialverträgliche Gestaltung" der Technik in der Arbeitswelt. Dazu gibt das (in der „Rohfassung") 75-Seiten-Werk eine Reihe von Maximen vor:

- Die menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik. „Der Mensch braucht nicht zum Anhängsel der Maschinen zu werden", heißt es dazu, „es gibt Alternativen, durch die er bestimmend und gestaltend im Arbeitsprozeß bleibt."
- Voraussetzung dafür ist eine „offensive Qualifizierungspolitik" für alle Arbeitnehmer, sollen sie diesen selbst gesetzten höheren Ansprüchen gerecht werden.

Drei weitere Zielvorgaben sind bei näherem Hinsehen nur Detailausführungen zum ersten Punkt:

- *Arbeit darf nicht krank machen.*
- Den gläsernen Menschen darf es nicht geben und
- Forschungs- und Technologiepolitik sind gefordert, einen größeren Beitrag zur Humanisierung an den Arbeitsplätzen zu leisten.

Völlig unbekannt ist all das nicht. „Mit dem Aktionsprogramm wird das Rad nicht neu erfunden", bekennt denn Janzen auch freimütig. Dennoch hat sich die Gewerkschaft mit der Realisierung einiges vorgenommen, nicht nur, weil das Programm ein Umdenken vom quantitativen (Lohn-, Arbeitszeit-)Aspekt auf den qualitativen bedeutet: „Unser Problem ist es, mit den überkommenen Mitteln betrieblicher Gewerkschaftsarbeit noch Einfluß auf so komplizierte Sachverhalte zu nehmen."

Langfristig gehe es schließlich darum, „Nachfragemacht" für menschliche Arbeitsbedingungen zu aktivieren. Und – obwohl im ganzen Pro*gramm das Wort „Tarifpolitik" nicht* vorkommt: „Es ist klar, daß sich daraus eines Tages tarifpolitisches Handeln entwickeln muß."

RUMASA

Warenhäuser sollen verkauft werden

dpa/VWD, Madrid

Im Zuge der endgültigen Reprivatisierung der im Februar 1983 enteigneten spanischen Holding Rumasa soll die seit 1981 zu Rumasa gehörende Warenhauskette Galerias Preciados an den venezolanischen Multimillionär Gustavo Cisneros (37) verkauft werden. Dies hat ein Beratergremium der spanischen Regierung nach monatelangen Beratungen empfohlen. Nach inoffiziellen Angaben hat Cisneros den hundertprozentigen Kauf der Galerias-Aktien für 1,5 Mrd. Peseten (rund 28,5 Mill. DM), sowie die Übernahme der Verbindlichkeiten gegenüber Zulieferern, Banken und Steuerbehörden in Höhe von acht Mrd. Peseten angeboten. Die restlichen Schulden von 17 Mrd. Peseten müßte der spanische Staat übernehmen.

Die Rumasa-Holding war von der spanischen Regierung enteignet worden, um einen drohenden Zusammenbruch des Firmenimperiums zu verhindern. Ex-Konzernchef José Maria Ruiz Mateos war im April 1984 im Auftrag von Interpol unter der Beschuldigung von Devisenvergehen, Steuerhinterziehung, Fälschung von Dokumenten und Aneignung von Sozialabgaben verhaftet worden; inzwischen ist er gegen Kaution wieder freigelassen.

ERNÄHRUNGSINDUSTRIE / Aufgrund der Konsumschwäche wird nur ein leichtes Umsatzplus erwartet

EG-Agrarpolitik wirkt sich ebenfalls negativ aus

HENNER LAVALL, Köln

Die vorweihnachtliche Verkaufssaison begann für den Ernährungsbereich verheißungsvoll. Arend Oetker, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, der dies gestern anläßlich der 3. Unternehmertagung seiner Branche in Köln sagte, machte aber gleichzeitig deutlich, daß der umsatzstärkste Wirtschaftszweig in der Bundesrepublik für das gesamte Jahr 1984 allenfalls ein leichtes Plus erwarten könne. „Wir brauchen noch weitere kräftige lange Samstage, damit wenigstens ein reales Umsatzplus von einem Prozent herausspringt."

Erreicht wären dann knapp 152 Milliarden DM, die „zwar nicht voll befriedigen können", angesichts des gesamtwirtschaftlichen Umfelds in diesem Jahr aber genügen müßten. Negativ beeinflußt wurde die Entwicklung, wie in den anderen Industriezweigen auch, durch die streikbedingte Verschlechterung des Konsumklimas im Frühjahr, den starken Lagerabbau beim Handel sowie die schlechten Witterungsverhältnisse im Sommer, die insbesondere der Getränke- und Eiscremeindustrie Einbußen brachten.

Daneben würden jetzt die ersten Auswirkungen der Beschlüsse zur Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft spürbar. Nach dem schmerzlichen, „aber sicher richtigen Einschnitt angesichts gigantischer Kostenlasten" ist es nach Oetker jetzt an der Zeit, der Marktsteuerung stärker als bisher eine Chance zu lassen und auf bürokratische Reglementierungen mehr und mehr zu verzichten.

„Wir wollen keine Subventionen für die Ernährungsindustrie, aber wir wünschen auch keine Einmischung der Politik in den ohnehin harten Wettbewerb", meinte Oetker. Dieser harte Wettbewerb, der eng mit der Konzentration auf der Handelsseite zusammenhänge, habe unter anderem dazu geführt, daß die Erzeugerpreise der Ernährungsindustrie in den ersten neun Monaten nur um 2,3 Prozentpunkte gestiegen seien, gegenüber einem Plus von 2,6 Prozent bei den allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Durch zum Teil erhebliche Kostensteigerungen, vor allem bei Importrohstoffen, die in Dollar abgerechnet werden, mußten infolge der zunehmend „unbefriedigenden Ertragslage" auch in diesem Jahr rund 50 Betriebe schließen. In den 35 Branchen, die der Bundesvereinigung angeschlossen sind, gibt es jetzt noch 4490 überwiegend mittelständische Betriebe, die 428 000 (im Vorjahr 434 000) Mitarbeiter beschäftigen.

Der starke Dollar hat sich für Teile der Nahrungs- und Genußmittelproduzenten aber auch positiv ausgewirkt, denn „ganz wesentlich" hat nach Oetker der Export zum realen Umsatzplus von 0,8 Prozent im Zeitraum Januar bis September beigetragen. Insgesamt wurden in den ersten neun Monaten Ernährungsprodukte für 15,2 Milliarden DM (plus 13,7 Prozent) im Ausland abgesetzt, davon zwei Drittel im Raum der Europäischen Gemeinschaft. Dieser Trend wird nach Oetkers Ansicht auch im kommenden Jahr anhalten, wobei vor allem qualitativ hochwertige Erzeugnisse mit relativ hoher Verarbeitungsstufe gefragt bleiben. Deshalb müsse die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie auch strikt gegen jeden Protektionismus angehen, der immer wieder bei den Politikern hervorbreche.

Als jüngstes Beispiel nannte Oetker das Röhrenembargo der USA. Hiergegen aber mit einer Fettsteuer von seiten der EG zu reagieren, wie gerade vom Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagen, ist nach Oetker „töricht, weil die gesamte deutsche Industrie auf die Auslandsmärkte angewiesen ist und vom hohen Dollar-Kurs profitiert".

KATALYSATOR / Politische Probleme im EG-Raum gelöst

Schadstoffgrenzwerte strittig

SABINE SCHUCHART, Bonn

Die EG-Kommission geht davon aus, daß die grundsätzlichen politischen Probleme um die Einführung des Abgaskatalysators auf Gemeinschaftsebene ausgeräumt sind. Dem habe lange Zeit der Widerstand der britischen Regierung gegen die Katalysatorlösung entgegengestanden, sagte EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes anläßlich einer Sitzung der Deutschen Sektion der Europäischen Mittelstands-Union (EMSU) in Bonn.

Strittig ist in der Kommission nach den Ausführungen von Narjes weiterhin die Frage der Übernahme der strengen amerikanischen Schadstoffgrenzwerte für die EG-Länder. Auch habe man noch mit dem Widerstand einiger Mitgliedsländer gegen eine regelmäßige technische Überwachung der umgerüsteten Kraftfahrzeuge zu kämpfen. Diese soll gewährleisten, daß der Autofahrer die Katalysatorvorrichtung an seinem Pkw nicht außer Kraft setzen kann, wie das in den USA vielfach der Fall ist.

Narjes äußerte in diesem Zusammenhang auch die Sorge, daß bleifreies Benzin auch in Zukunft teurer angeboten wird als bleihaltiges. Dieses Problem müsse noch zufriedenstellend gelöst werden.

Zuversichtlich zeigte sich der EG-Kommissar hinsichtlich der Umsetzung der neuen Technik durch den Markt: Wenn die Entscheidung für die Katalysatorlösung einmal gefallen sei, werde ein Nachfrageboom nach umweltfreundlichen Autos einsetzen. Auch eine flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Benzin sei dann relativ schnell zu erwarten. Angesichts der gravierenden Umweltschäden hält es Narjes für unvertretbar, die Einleitung der technischen Änderungen noch weiter hinauszuzögern. Er warnte aber vor einem Alleingang der Bundesrepublik in dieser Frage.

ARGENTINIEN / Das mit den Banken erzielte Abkommen ruft bei der Bevölkerung große Erleichterung hervor

Alfonsin muß den Wirtschaftskurs korrigieren

WERNER THOMAS, Buenos Aires

In Argentinien wurde das am vergangenen Wochenende erzielte Abkommen mit den Banken (Umschuldung von 20 Mrd. Dollar, neue Kredite von 4,2 Mrd. Dollar) wie ein frühes Weihnachtsgeschenk empfunden. Ein Aufatmen ging durch die Wirtschaftswelt. Die meisten Zeitungen applaudierten. Zentralbank-Präsident Enrique Garcia Vazquez warnte jedoch, dies sei nur der „erste Schritt" auf dem Weg zur Lösung des Schuldenproblems.

Das Abkommen war möglich, weil Präsident Alfonsin nach langem Zögern Korrekturen seines Wirtschaftskurses einleiten ließ. Alvaro Alsogaray, ein Kongreßabgeordneter der konservativen „Union des demokratischen Zentrums" und früher Wirtschaftsminister, kritisierte dann auch die Regierung: „Es wäre viel einfacher gewesen, wenn man von Anfang an eine realistischere Politik betrieben hätte."

Alfonsin, ein Anwalt mit wenig wirtschaftlicher Erfahrung, verfolgte zunächst eine populistische Strategie. Er wollte die Reallöhne um sechs bis acht Prozent erhöhen und die Inflation (434 Prozent im letzen Jahr) durch Preiskontrollen bändigen. Das angestrebte Wirtschaftswachstum für 1984: fünf Prozent. Die Lasten der Auslandsschulden, fast 45 Mrd. Dollar, nahm der Präsident weniger tragisch als seine Kritiker. Die Banken und der Währungsfonds würden das demokratische Argentinien großzügiger behandeln als das Argentinien der Generale, kalkulierte er.

Die Rechnung ging nicht auf. Die Regierung mußte feststellen, daß Gläubiger keinen Unterschied zwischen Demokratien und Diktaturen machen. Mit der Hinhaltetaktik schadete sie sich selbst. „Das Umschuldungsabkommen wäre Anfang des Jahres billiger gewesen", erinnerte Alsogaray. Die Preiskontrollen hatten eine verhängnisvolle Wirkung auf die Produktion. So gerieten viele Firmen in die roten Zahlen.

Das Vertrauen in die Wirtschaft sank auf einen Tiefpunkt. Niemand investierte. Die verdienten Pesos wurden rasch in Dollar konvertiert (die argentinischen Dollarkonten werden auf 25 bis 30 Mrd. geschätzt). Den Banken fehlte das Geld für Kredite, ein schwarzer Markt mit monatlichen Zinsen von 25 Prozent entstand. Die Reallöhne schrumpften. Im September erreichte die Inflationsrate alarmierende 27 Prozent und galoppiert jetzt der Jahresrate von 700 Prozent entgegen.

Der September gilt als Monat der „Wende". Diskret änderte die Regierung ihre populistischen Programme. Mit dem verteufelten Washingtoner Währungsfonds kam plötzlich ein Abkommen zustande, das einen Kredit von 1,42 Mrd. Dollar von einer Einigung mit den Gläubiger-Banken abhängig machte. Die IWF-Auflagen sind im einzelnen nicht bekanntgeworden. Es heißt jedoch, daß die Regierung die Inflationsrate bis Ende nächsten Jahres halbieren, die Staatsausgaben drastisch senken und die Exporte kräftig fördern will.

Alfonsin erwähnt heute bei fast jeder Rede die wirtschaftlichen Probleme seiner Nation. Am vergangenen Wochenende verkündete er vor dem Verband der Zitrusfrüchte-Industrie: „Ich möchte dem argentinischen Volk versichern, daß ich mich an die Spitze des wirtschaftlichen Wiederaufbaus stelle." Allerdings wiederholte er sein Versprechen, die Reallöhne würden bis Ende des Jahres um sechs bis acht Prozent steigen. Ihm bleibt nicht mehr viel Zeit.

Alfonsoin-Kritiker wie Alsogaray glauben jedoch nicht, daß die Kurskorrekturen je die Strukturprobleme erfassen, die ihrer Meinung nach die tieferen Gründe der Misere sind. Der Staat kontrolliere 60 Prozent der Wirtschaft und reguliere die restlichen 40 Prozent, erklärte Alsogaray kürzlich in einem Beitrag für das „Wall Street Journal" und nannte ein illustrierendes Beispiel für die Schwierigkeiten: Die staatlichen Kohlebergwerke schulden eine halbe Milliarde Dollar. Die jährlichen Zinsen betragen 80 Mill. Dollar, die jährlichen Umsätze 30 Mill. Dollar. (SAD)

BRITISH TELECOM / Großanleger gingen leer aus

Beifall bei der ersten Notiz

WILHELM FURLER, London

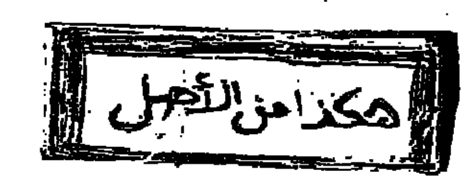
Damit hatte niemand in der Londoner City gerechnet: Am Ende des ersten offiziellen Börsentages im Handel mit British-Telecom-Aktien lag der Kurs des neuemittierten Papiers um 46 Pence über dem Zeichnungspreis. Da dieser Zeichnungspreis von 130 Pence je Aktie zunächst nur mit einer ersten Rate von 50 Pence bezahlt werden muß, weil die Raten von jeweils 40 Pence erst Mitte nächsten Jahres und Anfang April 1986 nachzuschießen sind, durften die erfolgreichen Zeichner von Telecom-Aktien über einen Gewinn – zumindest auf dem Papier – von 90 Prozent auf ihren Ersteinsatz jubeln.

Erst um drei Uhr nachmittags Londoner Zeit – simultan mit dem Börsenbeginn in New York – begann der Handel mit Telecom-Aktien, begleitet von tosendem Beifall von Hunderten von Börsenhändlern. Sie kamen mit Luftballons und Hüten in tiefgelben Telecom-Farben und mit riesigen Modell-Telefonen.

Tags zuvor war bekanntgegeben worden, daß die Neuemission mehr als vierfach überzeichnet wurde. Dies hat enttäuschende Folgen für die Großanleger: Sie wurden von der Zuteilung gänzlich ausgeschlossen. Um eine möglichst breite Aktienstreuung zu erreichen, wurden nämlich die Zeichnungsanträge von mehr als einer Million Briten auf 200 und 400 Telecom-Aktien voll erfüllt. Weitere eine Million Anträge auf bis zu 100 000 Aktien gingen völlig leer aus.

Entsprechend groß war bei der Börseneinführung das Interesse institutioneller Anleger. Sie versuchten, sich vor allem mit Telecom-Aktien überseeischer Anleger einzudecken, die rasch ihre Gewinne mitnehmen wollten. Bis zum Börsenschluß sollen eine Milliarde Telecom-Aktien gehandelt worden sein, ein Drittel der Emission.

Dem Jubel auf dem Börsen-Parkett stand Ärger bei der Labour-Opposition gegenüber. Sie beschuldigt die Regierung Thatcher „krimineller Inkompetenz", weil der Preis wieder einmal viel zu niedrig angesetzt worden sei. „Der größte Ausverkauf in der Wirtschaftsgeschichte Großbritanniens", wetterte der Oppositionssprecher für Handel und Industrie.



RAU-GRUPPE / Margarinemarkt ist hart umkämpft

Position gut behauptet

HEINZ HILDEBRANDT, Hilter

Der Gesamtumsatz der Walter Rau-Gruppe, Hilter, wird 1984 bei rund 870 Mill. DM liegen. Das enorme Plus von mehr als 40 Prozent gegenüber den 610 Mill. DM des Vorjahres ist dabei überwiegend auf die drastische Steigerung der Rohstoffpreise zurückzuführen. Mit rund 500 Mill. DM steuert die Walter Rau Neußer Öl und Fett AG den größten Anteil zum *Gruppenumsatz* bei, gut 300 Mill. DM kommen von der Walter Rau Lebensmittelwerke GmbH & Co. KG sowie etwa 90 Mill. DM von der Hansa Tiefkühlmenü GmbH & Co., innerbetriebliche Umsätze eingeschlossen.

Walter Rau sieht sich mit einem leicht auf 17 Prozent gestiegenen Marktanteil und einer Absatzmenge von rund 240 000 Tonnen Margarine und Fett als der größte konzernfreie Margarinehersteller in der Bundesrepublik. Auf diesem Markt mit derzeit *zehn Anbietern* dominiert eindeutig die Unilever-Tochter Deutsche Margarineunion mit rund 60 Prozent Marktanteil. Die von diesem Unternehmen verfolgte Absicht, verlorene Marktanteile durch verschärften Preiswettbewerb zurückzugewinnen, soll laut Ulrich Rau, persönlich haftender Gesellschafter, gelassen und punktuell gekontert werden. Gravierender sei die erhebliche Überkapazität am Margarinemarkt.

Bei der Tochtergesellschaft Hansa Tiefkühlmenü, Absatzmenge 1984 etwa 180 000 Essen, gab es ein Umsatzplus im Fast-Food-Bereich sowie bei „Essen auf Rädern", während der Großverbraucherbereich stagnierte; eine Entwicklung, die auch 1985 anhalten dürfte. Sehr positiv entwickelt sich die jüngste Rau-Tochter, die Wara-Verfahrenstechnik GmbH, die technisches Verfahrens-Know-how anbietet. Gute Chancen sieht man hier vor allem auf dem chinesischen Markt, auf dem derzeit 20 Projekte für die Öl- und Fettherstellung anstehen.

Insgesamt investierte Rau im laufenden Jahr 25 Mill. DM, vorwiegend im maschinellen Bereich, wo durch Rationalisierung Kostensteigerungen aufgefangen wurden. Trotzdem machten diese eine Erhöhung der Abgabepreise bis zu 25 Prozent erforderlich. Die Ertragslage bezeichnet Ulrich Rau als zufriedenstellend.

OTTO MAIER VERLAG / Bei den Neuen Medien mit eigenem Programm engagiert

Durststrecke wird in Kauf genommen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In den elektronischen Medien sieht die Otto Maier Verlag GmbH, Ravensburg, weitere Möglichkeiten, ähnlich wie bei Buch und Spiel „Ideen vom Urheber zum Publikum zu bringen". Mit dem Engagement dieses führenden Spiele- und Buchverlags (Marke „Ravensburger") in den Neuen Medien dokumentiere man, wie die geschäftsführenden Gesellschafter Otto Julis Maier und Dorothee Hess-Maier darlegten, aber keineswegs ein vermindertes Vertrauen in die hergebrachten Programme.

Seit Beginn des Jahres 1984 ist der Otto Maier Verlag mit von der Partie beim Kabel-Pilotprojekt Ludwigshafen/München. Ab Beginn 1985 beteiligt man sich auch über die Ravensburger Film + TV GmbH am SAT-1-Programm mit einer viermal pro Woche laufenden halbstündigen Kindersendung. Eine Durststrecke – der Aufwand gehe in den siebenstelligen Bereich – werde bewußt in Kauf genommen.

Über den Geschäftsverlauf dieses Jahres im Bereich der Gesellschaftsspiele, in dem das Unternehmen Marktführer ist, äußert sich Maier „relativ zufrieden". Der Umsatz des Spieleverlags lag *in den ersten elf Monaten*, wobei eine flaue Sommersaison zu verkraften war, um 3 Prozent über dem Vorjahr. Im Buchsektor bewegte sich der Umsatz auf Vorjahresniveau. Natürlich werden Hoffnungen auf ein florierendes Weihnachtsgeschäft gesetzt. Nach dem Abflachen der Videospiel-Welle sind wieder stärkere Impulse für das Kartonspiele-Programm spürbar. Im elektronischen Bereich führt Ravensburger Spiel- und Lernsoftware für Home-Computer. Nach dem vorsichtigen Einstieg bei Elektronik-Spielen („Galaxis" und „Fantom"), dem nicht der erwartete Erfolg beschieden war, steigt Maier hier nunmehr wieder aus.

Der konsolidierte Umsatz der Maier-Gruppe war 1983 um 6,4 Prozent auf 150 Mill. DM angewachsen. Das Stammhaus setzte 120 Mill. DM um, wovon 75 Prozent *auf den Spiele-* und 25 Prozent auf den Buchverlag entfielen. Der Exportanteil wird mit 25 Prozent angegeben und wächst weiter an. Auch Japan zählt zu den Auslandsmärkten. Tochtergesellschaften bestehen in der Schweiz, Österreich, Frankreich und Holland, *ausländische Beteiligungen in Italien* und Brasilien.

Der Ertragsentwicklung im vergangenen Jahr gibt Otto Julius Maier, die Note „drei plus". Im laufenden Jahr werde sie infolge der Materialverteuerungen (Papier) und des Engagements in neuen Medien um einiges schlechter ausfallen. Mit Sorge betrachte man auf der Handelsseite die Konzentration der Nachfragemacht. Investiert wurden in 1983 weniger als die Abschreibungen (3,6 Mill. DM), die Investitionen sollen in diesem und im kommenden Jahr höher liegen. Den Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme (71 Mill.DM) gibt Maier *mit 34 Prozent an*.

Das Unternehmen wurde 1883 gegründet, ist eine reine Familiengesellschaft und arbeitet seit 1981 in der *Rechtsform einer GmbH mit einem* Stammkapital von 15 Mill. DM. In Ravensburg werden etwa 800 Mitarbeiter beschäftigt, weitere rund 100 Beschäftigte zählen die ausländischen Tochterfirmen.

GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU

„Auch in Zukunft nötig"

HANNA GIESKES, Bonn

„Der Bund darf sich aus seiner sozialen Fürsorgepflicht nicht entlassen." Helmut Tepper, Vorsitzender des Vorstands des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsbauunternehmen, hält einen „wenn auch reduzierten" sozialen Wohnungsbau weiterhin für nötig. Leerstandsmeldungen verstellten den Blick dafür, daß in Ballungsgebieten einkommensschwache Bevölkerungsgruppen auf staatliche Hilfe angewiesen seien: „Der Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau ist darum nicht verfassungsgerecht", sagte Tepper gestern in Bonn.

Die Bundesregierung müsse sich darüber hinaus fragen lassen, ob sie nicht Mittel zur Reparatur der Mietexplosion im degressiv geförderten Wohnungsbau der siebziger Jahre zur Verfügung stellen müßte. Sie trage die Mitverantwortung für diese Entwicklung, die solche Wohnungen für viele Mieter unerschwinglich mache.

Tepper warnte vor einer Auflösung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen: Behördliche Mitbestimmung zerstöre nur die unternehmerische Effektivität in der Versorgung einkommensschwacher Gruppen. Den Vorteil, den Mieter allein in den 925 000 nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen bei den Gemeinnützigen genießen, bezifferte er auf rund 675 Mill. DM im Vergleich zu den nichtgemeinnützigen Mietwohnungen. Die diesen Unternehmen gewährten Steuervergünstigungen würden indes „maßlos" überschätzt.

Tepper kündigte an, daß sich die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen in Zukunft vor allem der Pflege ihres Bestandes von rund 3,4 Mill. Wohnungen widmen werden, „denn neue Sozialwohnungen sind nur noch in Ballungsgebieten nötig". In diesem Jahr wird ihre Zahl bei rund 30 000 liegen gegenüber 40 000 im Vorjahr. Tepper erwartet, daß sie in Zukunft noch weiter sinken wird.

Den Mittelbedarf für laufende Instandsetzung und zusätzliche Sanierung wegen Bauschäden beziffert er für 1984 auf 3,75 Mill. DM. Darüber hinaus fielen in den nächsten Jahren noch einmal Kosten von einer Mrd. DM jährlich zur Behebung von außergewöhnlichen Bauschäden an.

BÜHLER-MIAG / Gewinnschwelle 1984 erreicht

Sanierung trägt Früchte

D. SCHMIDT, Braunschweig

Das im Herbst 1983 von der Bühler-Miag GmbH, Braunschweig, verabschiedete Sanierungsprogramm hat die erwartete wirtschaftliche Besserung gebracht. Nach Angaben der Geschäftsführung wird bereits das Geschäftsjahr 1984 mit einem „zumindest ausgeglichenen Ergebnis" abschließen, nachdem für 1983 noch ein Verlust von 8,9 Mill. DM hingenommen werden mußte.

Das zur schweizerischen Gebrüder Bühler AG gehörende Unternehen befaßt sich mit der Herstellung von Maschinen und Anlagen (Mühlenbau) und ist in der Verfahrens- und Fördertechnik tätig. Im vergangenen Jahr war die Bühler-Miag in die Schlagzeilen geraten, als die Reduzierung der Belegschaft um die Hälfte angekündigt worden war. Mittlerweile sind 900 der vor Jahresfrist noch 2200 Mitarbeiter entlassen worden.

Urs Bühler, Vorsitzender der Geschäftsführung – er zieht sich jetzt wieder in das Schweizer Mutterhaus zurück –, nennt denn auch die hohen Kosten des Sanierungsprogramms als Grund für den Fehlbetrag in der 1983er Bilanz. *Eine Aufschlüsselung der Aufwendungen für den Sozialplan, für Sonderabschreibungen und Wertberichtigungen will Bühler* aber nicht vornehmen. Einschließlich des Verlustvortrags aus 1982 (8,8 Mill. DM) ergibt sich ein Verlust von 17,7 Mill. DM. Dem stehen Mittel von 12,7 Mill. DM gegenüber, die die Schweizer Mutter als Verlustausgleich nach Braunschweig überwies, so daß sich der Bilanzverlust auf 5 Mill. DM reduziert.

Der Umsatz für 1983 wird mit 328 (418) Mill. DM ausgewiesen. Die inzwischen abgeschlossene Konzentration des Produktionsprogramms wird im „Übergangsjahr 1984" den Umsatz auf gut 230 Mill. DM sinken lassen. Damit indes liegt das Unternehmen noch über dem Plan.

Stabilisiert hat sich die Auftragslage. Im Juli 1984 konnte nach Bühlers Worten endlich die Kurzarbeit aufgehoben werden. Trotz harter Konkurrenz auf den Weltmärkten seien mehrere Großprojekte hereingenommen worden. Den Auftragsbestand, der allerdings über mehrere Jahre hinweg abgewickelt wird, beziffert Bühler auf 250 Mill. DM. Die Exportquote erreicht *1984* rund 70 Prozent. Mittelfristig rechnet das Unternehmen mit *Umsätzen von rund 200 Mill. DM*. Im kommenden Jahr allerdings seien deutlich höhere Erlöse zu erwarten.

BANKHAUS BÄR / „Der Dollarkurs wird sinken"

Chancen für Schweizer Aktien

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Schweizer Aktienmarkt bietet überdurchschnittliche Kurssteigerungschancen, glaubt das Zürcher Bankhaus Julius Bär und Co AG, das übrigens über einen Stützpunkt in Frankfurt nachdenkt.

Ihren Optimismus begründet die Bank damit, daß die Schweizer Börse währungsbereinigt stark hinter dem deutschen Aktienmarkt zurückgeblieben sei, daß die Schweizer Wirtschaft relativ spät von der verbesserten Weltkonjunktur profitiere und daß sich der billige Schweizer Franken positiv auf den Export auswirke. Für Januar erwartet die Bank eine Liquiditätshausse. Zum Kauf empfiehlt sie Bankgesellschaft, Kreditanstalt, Winterthur-Versicherung, Surveillance, *Ciba-Geigy und Holderbank*. Zum Verkauf werden Versorgungswerte, Bank Leu, Volksbank, Mövenpick, Micron und Pirelli empfohlen.

Eine ausgezeichnete Konstellation zeigen nach Meinung der Bank die Rahmenbedingungen für den deutschen Kapitalmarkt im kommenden Jahr. Neben unwägbaren politischen Einflüssen sieht die Bank nur den Dollarkurs als wichtigen Risikofaktor an. Bei einer merklichen Dollarabschwächung – die Bank rechnet mit einem Rückgang um zehn bis 15 Prozent im nächsten Jahr und empfiehlt, Dollar zu verkaufen und Yen zu kaufen – müßte mit einer deutlichen Kurskorrektur bei exportorientierten Aktien gerechnet werden. Zu den von *Bär bevorzugten deutschen Titeln* gehören die als deutlich unterbewertet *eingestuften* Siemens, Deutsche Bank, Schering und SEL.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag aus Singapur

München (sz.) – Einen Auftrag für den Bau von zwei digitalen Fernschreib- und Datenvermittlungsstellen hat jetzt die Siemens AG, Berlin/München, aus Singapur erhalten. Es handelt sich dabei um die neu entwickelten Systeme „EDXS", die damit zum erstenmal installiert werden. Die erste Ausbaustufe hat einen Auftragswert von 53 Mill. DM. Von Siemens werden ebenfalls alle elektronischen *Bausteine geliefert, ins*besondere für die Hochgeschwin*digkeitskanäle bis 9,6 kbit/s.*

Mannesmann investiert

Düsseldorf (J. G.) – Mit neuem Investitionsprogramm *hat die Mannesmann* AG, Düsseldorf, einen Wieder*anstieg der zuvor gedrosselten Kon*zern-Sachinvestitionen auf 496 (408) Mill. DM beschlossen; dazu 292 Mill. DM Finanzanlage-Investitionen, die praktisch mit dem Mannesmann-Anteil an 650 Mill. DM Kaufpreis für den Rest der ANT-Anteile aus AEG-Be*sitz identisch sind. Von den Sachin*vestitionen sind 369 Mill. DM für die *Inlandswerke vorgesehen, darunter* 213 Mill. DM für die drei Unternehmensgruppen des Maschinen- und Anlagenbaus, 147 Mill. DM für die Röhrenwerke sowie 70 Mill. DM für die Gruppen Hartmann & Braun und Kienzle. Schwerpunkt der Auslandsinvestitionen bleibt Brasilien mit 32 Mill. DM.

Auf Vorjahresniveau

Stuttgart (nl.) – Bei der Unternehmensgruppe *Züblin*, Stuttgart, haben sich die Erträge in den ersten drei *Quartalen dieses Jahres auf Vorjah*resniveau bewegt. Man erwarte für 1984 wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis, heißt es in einem Aktionärsbrief. Der Außenumsatz der Gruppe belief sich Ende September auf 1,08 Mrd. DM und lag damit um 2 *Prozent unter dem Vorjahr.*

Nur noch Strangguß

Düsseldorf *(J. G.) – Ab 1. Dezem*ber wird im Blasstahlwerk der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, Rohstahl nur noch im modernen und kostensparenden Stranggießverfahren abgegossen. Das „Problem-Unternehmen" an der Saar verweist darauf, daß man dieses im „Anpassungsprogramm" für 1986 angestrebte Ziel nun gut ein Jahr früher verwirklicht habe. Von der Gesamtrohstahlerzeugung des *Unternehmens* laufen jetzt nur noch drei Prozent über Blockguß, *dies allein im Elektrostahlwerk und* hier vorwiegend für Schmiedeblöcke und Sonderstähle.

Aufwärtstrend im GHH-Konzern

J.G. Düsseldorf

Trotz der Streik-Rückschläge zeig*te die Ertragsentwicklung der GHH*-Gruppe 1983/84 (30.6.) Aufwärtstrend. Die Holding dieses größten Maschinenbaukonzerns in Europa, die Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), Oberhausen, meldet dies nach Bilanzfeststellung durch den Aufsichtsrat und Bestätigung der bereits angekündigten weiteren Dividendenkürzung auf *3 (5) DM auch* für *das* erste Tertial 1984/85.

Nur durch 112 (148) Mill. DM MAN-Verlust schließe die Konzernrechnung des Berichtsjahres noch mit 59 (84) Mill. DM Verlust, was aber 1984/85 *in Gewinn umschlagen* werde. Bei der GHH-Gruppe stiegen der Auftragseingang um 14,4 Prozent auf 17,03 Mrd. DM mit 52,4 (49,4) Prozent Auslandsanteil, der Umsatz um 4,8 Prozent auf 16,65 Mrd. DM und der Auftragsbestand um 1 Prozent auf 17,13 Mrd. DM. Die Belegschaft wurde um 8,8 Prozent auf 69 542 Mitarbeiter und die Summe der Sachinvestitionen auf 499 (521) Mill. DM reduziert. *Im ersten Tertial 1984/85 lag der* Auftragseingang mit 5 Mrd. DM auf Vorjahreshöhe, ohne Großaufträge aber um 22,2 Prozent höher. Der Rückstand bei Großaufträgen werde demnächst aufgeholt.

DACHZIEGEL-INDUSTRIE / Wieder gutes Ergebnis

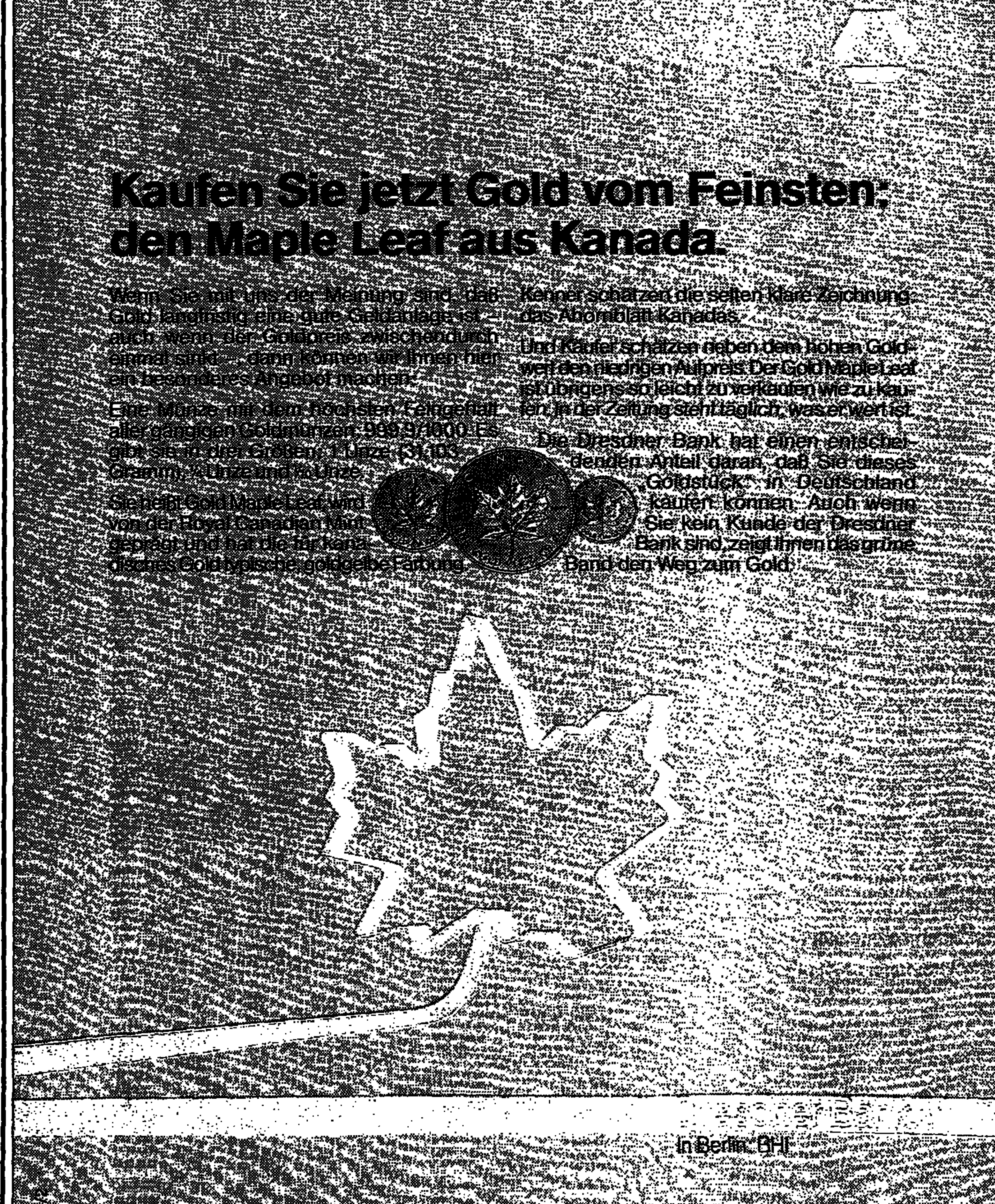
Natürliche Baustoffe gefragt

adh. Frankfurt

In diesem Jahr laufen die Monate *November und Dezember* zwar ruhiger als in der Branche üblich, für das Gesamtjahr erwartet die Arbeitsgemeinschaft Ziegeldach für die ihr angeschlossenen 32 Dachziegelwerke jedoch wieder ein ähnlich positives Ergebnis wie im vergangenen Jahr. 1983 hatten die Werke mit ihren rund 3500 Mitarbeitern 420 Mill. Tondachziegel produziert und waren damit praktisch voll ausgelastet. Der Umsatz stieg bei Preiserhöhungen um durchschnittlich 4 Prozent um *knapp 15 Prozent auf gut 373 (325)* Mill. DM. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres *erreichte der Um*satz 185 Mill. DM.

*Hans-Dietrich Freiherr von Leuk*kart, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, sprach in Frankfurt von einer *offensichtlich ständig steigenden Be*liebtheit keramischer Dachbedeckungen aus gebranntem Ton. Das läßt ihn auch dem kommenden Jahr beruhigt entgegensehen. Denn dank ihrer Beliebtheit vor allem bei der Sanierung alter Bauten dürfte das Geschäft mit den Dachziegeln nicht so scharf abbrechen wie es sich für den Neubaubereich ankündigt. Schon 1984 erzielt die Branche rund 60 Prozent ihres Umsatzes mit Sanierungen.

Den Marktanteil bei der Bedachung von geneigten Dächern beziffert die Arbeitsgemeinschaft auf 25 Prozent, vor 5 Jahren war er bis auf 12 Prozent zurückgefallen, da damals die Bauherren verstärkt zu billigeren Dacheindeckungen neigten. In den *letzten beiden Jahren investierten die* Werke rund 100 Mill. DM in die Modernisierung ihrer Anlagen.



KONJUNKTUR / 8. Ludwig-Vaubel-Forum: Aussichten für 1985 sind umstritten

Skepsis über Anstieg der Investitionen

HEINZ STÜWE, Erftstadt

Industrie und Gewerkschaften stimmen dem Sachverständigenrat in der Analyse der Wirtschaftslage weitgehend zu, begegnen jedoch seiner Prognose, daß die Investitionen im nächsten Jahr rasant steigen werden, mit einiger Skepsis. Dieses Fazit stand am Ende des 8. Ludwig-Vaubel-Forums des Universitätsseminars der Wirtschaft in Erftstadt-Liblar, auf dem Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ihre Ansichten zu den wirtschaftlichen Perspektiven für 1985 austauschten.

Hartmut Görgens, Referatsleiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes, sieht im nächsten Jahr die „Nagelprobe für die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik". Denn bei „lehrbuchhaft guten" Rahmenbedingungen, wie von den Sachverständigen attestiert, seien nun die Unternehmer am Zug. Die Voraussage, daß die Ausrüstungsinvestitionen 1985 real zehn Prozent zulegen würden, hält Görgens aus dieser Sicht für „faszinierend folgerichtig". Nur: Zweifel seien angebracht. Welche Branchen denn für diese Beschleunigung der Investitionskonjunktur sorgen sollten, fragten auch einige Unternehmensvertreter; bei offensichtlichen Problemen in großen Wirtschaftszweigen (Bau, Automobilsektor) und Überkapazitäten in anderen (Energie).

Auch Jens-Peter Petersen vom Bundesverband der Deutschen Industrie war bemüht, allzu euphorische Hoffnungen zu dämpfen. Der nach wie vor hohe Realzins verhindert seiner *Ansicht nach manche Investition.* Fortschritte der Unternehmen in der *Konsolidierung* ihrer Bilanzstruktur erkannte Petersen zwar an, die Reserven reichten jedoch noch nicht aus. Petersen sieht darin die Erklärung für die Tatsache, daß in diesem Jahr real nur 0,5 Prozent mehr investiert worden sei. Im nächsten Jahr sind seiner Meinung nach zumindest im verarbeitenden Gewerbe höhere Zuwächse zu erwarten. Und selbst wenn die sehr optimistische Prognose der Weisen *nicht erreicht* werde, sei unter dem Strich immer noch ein *reales Wachstum von 2,5 bis drei* Prozent möglich.

Für den Sachverständigenrat hatte dessen Mitglied Professor Ernst *Helmstädter* (Universität Münster) zuvor vier Punkte herausgestellt, die für einen *kräftigen* Investitionsaufschwung sprächen:

- die verbesserten *Unternehmenserträge*,
- die guten *Absatzerwartungen* im Export, da die Dämpfung in den USA durch die bessere *Weltkonjunktur* mehr als kompensiert werde,
- die bessere *Kapazitätsauslastung* sowie
- eine *allgemein* gestiegene Bereitschaft zur Modernisierung.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen hat Helmstädter einen Nachholbedarf ausgemacht, wie die im Jahresverlauf *1984 auf 8,5* Prozent gekletterte Steigerungsrate zeige. Helmstädter stellte die hohen Ausrüstungsinvestitionen als Eckpunkt der Prognose heraus, daß die Konjunktur sich beschleunigen werde und nicht, wie die Forschungsinstitute meinen, ihren Höhepunkt bereits überschritten habe. „Die Chancen sind günstig, daß es nun wie 1975 bis 1980 abermals für mehrere Jahre aufwärts geht", meinte *Helmstädter*.

„Eine fundierte Basis" sieht Ernst-Gerhard Erdmann, Hauptgeschäftsführer der *Bundesvereinigung* der Deutschen Arbeitgeberverbände, für *die Voraussage der Weisen, daß die* Arbeitslosenzahl bis zum Jahresende *1985* um 250 000 bis 300 000 sinken könnte. Erdmann verwies auf die Er*folge* bei der *Haushaltskonsolidierung*, der Inflationsbekämpfung und *die* verbesserte *Kosten-Erlös-Relation* bei den Unternehmen. Die Sachkapitalrendite sei jedoch noch weit vom Niveau der beginnenden siebziger Jahre entfernt. Für wesentlich hält Erdmann auf Kostenstabilisierung ausgerichtete Tarifabschlüsse sowie flankierende Maßnahmen in *der* Arbeitsmarktpolitik und im *Ar*beitsrecht. Das Beschäftigungsförderungsgesetz habe hier eine wichtige Signalwirkung, um die Chancen der Arbeitssuchenden zu verbessern.

Hohe Umsätze in Großchemie-Aktien

Gute Renditen mit Substanz locken die Anleger zu Käufen

DW. – Großchemieaktien standen an der Dienstagbörse wieder im Vordergrund des Interesses. Die Dividendenrenditen dieser Papiere, die angesichts der zu erwartender Dividendenerhöhungen noch steigen dürften, locken angesichts des sinkenden Zinstrends die Anleger, weil hier, anders als am Rentenmarkt, die hohen Renditen auch noch mit Sachwertbesitz verbunden sind. Im übrigen tendierten die Aktienmärkte am Dienstag nicht ganz einheitlich. In Teilbereichen kam es zu lebhafterem Geschäft.

Gut behauptet lagen zum Beispiel Maschinenbaupapiere, freundlicher die Spitzenwerte des Automarktes. Bei den Stahlwerten scheint die Erholungsphase nach dem Schock, den das US-Röhrenembargo gegen die EG ausgelöst hatte, erst einmal vorüber. Die Notierungen waren gegenüber Montag nur knapp gehalten. Am überwiegend gutbehaupteten Markt für Stromversorger stagnierten HEW. Offensichtlich ist der Anfangsoptimismus nach der Neuregelung der Versorgungsbereiche dieses Unternehmens und nach dem Teilausstieg aus dem Kernkraftwerk Brokdorf nüchterneren Überlegungen gewichen.

Düsseldorf: Audi NSU stockten um 10 DM, Huta und Kochs Adler um 2 DM auf. Rheintextil und Stinnes verbesserten sich um 5 DM. Nachgegeben haben Mauser und Schiess um 2 DM und Bilfinger u. Berger um 3 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 30 DM und Nordstern Allgemeine um 5 DM. Colonia verminderten um 1 DM auf 326 DM.

Frankfurt: Deutsche Texaco verminderten um 6 DM, Lahmeyer um 12 DM und Seitz Enzinger Union um 4 DM. Steigenberger erhöhten um 100 DM auf 2600 DM. Lech Elektrik verbesserten sich um 10 DM auf 310 DM. Pfälzische Hypo stockten um 15 DM auf 450 DM auf.

Hamburg: Phoenix Gummi stiegen um 3,80 DM auf 115,50 DM. NWK-Vz. lagen bei 169,30 DM, während HEW mit 88,50 DM umgingen. Beiersdorf mußten mit 400 DM (plus 15 DM) bezahlt werden. Markt und Kühlhallen stiegen auf 375 DM. Je 1 DM höher bewertet wurden Holsten Brauerei mit 265 DM sowie Triton mit 114 DM.

München: Agrob St. und Hutschenreuther verloren 3 DM, Erlus und Großkraft Franken je 5 DM. Otto Stumpf verminderte um 2,80 DM und Zahnräder Renk um 4,80 DM. Bayer. Lloyd schlossen um 8 DM und Spinnerei Kolbermoor um 11 DM fester. Süd Chemie verbesserten sich um 10,50 DM.

Berlin: Kempinski lagen um 7 DM und Schering um 5 DM höher. DeTeWe verbesserten sich um 2,90 DM, Herlitz St. um 2,50 DM, Herlitz Vz. um 3,10 DM, Berliner Elektro, Berthold und DUB-Schultheiss um je 1,50 DM. Lehmann mußten um 2 DM und Orenstein um 1,50 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 161,0 (160,4)
WELT-Umsatzindex: 3150 (2860)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 4. 12. 84: 777 Optionen = 45 800 (28 500) Aktien, davon 135 Verkaufsoptionen = 7600 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-120/4, BASF 1-60/16,6, 1-163/14, 1-170/7, 1-173/3,7, 1-180/2, 1-190/0,90, 4-150/27, 4-160/22, 4-170/13,6, 4-180/7,6, 4-200/2,4, 7-160/25,2, 7-180/14, 7-191/8,1, 7-200/5,1, Bayer 1-160/27,3, 1-170/17,1, 1-173/16,3, 1-180/8, 1-190/2,4, 1-200/1,4, 4-170/23,8, 4-180/16,5, 4-190/10, 4-200/5,9, 4-210/2,9, 7-190/15,2, 7-200/10, 7-210/6,5, Bay. Hypo 4-320/17, BMW 4-360/17, Commerzbank 1-160/16,8, 1-180/2, 4-170/15, 4-180/9,6, 4-190/4,9, 4-200/3, 7-180/14, 7-190/8, 7-200/6, Conti 4-120/7,4, 4-130/3,65, 7-120/10,5, Daimler 4-600/20, Dt. Babcock St. 4-160/9, Deutsche Bank 1-380/10, 4-380/18,8, 4-400/12, 4-410/9, 4-420/5,9, Dresdner Bank 1-170/21, 1-190/5,8, 4-160/33,5, 4-190/11,9, 4-200/7, 4-210/4, 7-180/23,5, 7-190/17,5, GHH St. 4-160/7,5, Hoechst 1-160/26, 1-170/16, 1-180/6,1, 1-190/1,7, 4-190/7,1, 7-190/13,3, 7-200/7,5, 7-210/3,6, Hoesch 1-100/5, 1-110/1,5, 4-100/9,4, 7-120/5, 7-130/2,4, Klöckner 1-70/4, 1-78/1,5, 4-65/10,1, 4-70/6,6, 4-75/4,5, 4-80/3,5, 4-90/1,6, 7-75/8, Lufthansa St. 7-170/17, Metallges. 4-220/8,8, Mannesmann 1-180/1,2, 4-150/9,8, 4-160/4,4, 7-170/4,4, RWE St. 4-170/6, Schering 1-400/33, 1-410/23, Kali + Salz 4-230/18, 4-250/9,2, 7-260/9,5, Siemens 1-480/3,4, 4-440/31, 4-450/25, 4-480/13,6, 4-500/5,9, Thyssen 1-80/2,5, 4-80/2,7, 7-85/6,9, 7-90/4,1, Veba 1-170/3, 4-170/8,3, 7-180/7,5, VW 1-170/32, 1-180/23, 1-190/13,6, 1-200/7, 1-230/1,1, 4-190/23, 4-200/14,15, 4-210/9,9, 4-220/5,4, 4-230/3,3, 7-210/13,5, 7-220/9,4, 7-230/6, Chrysler 1-70/16, Elf 7-85/4, IBM 4-400/16, Norsk Hydro 4-40/2,5, 7-40/4,9, Philips 1-45/3, Royal Dutch 1-136,6/14, Sperry 1-100/16, 7-120/10,9, Xerox 4-120/6,1. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-100/3, 7-95/2,5, 7-100/5, BASF 4-170/1,2, Bayer 4-180/1,3, 7-180/3, BBC 4-190/2, Bekula 4-100/2, 7-100/3,3, BMW 4-370/12,1, 7-370/15,4, Commerzbank 4-170/2,5, Conti 4-120/6, 7-110/2, Daimler 1-570/6,5, 4-570/10,2, Deutsche Bank 4-360/3,1, Dresdner Bank 4-180/2, 7-190/3, Hoechst 4-180/2, Klöckner 1-70/2, 4-70/3,5, 4-75/5,7, 7-70/3,9, Lufthansa St. 4-170/3,4, Lufthansa Vz. 7-180/10,2, Mannesmann 1-150/3,45, RWE Vz. 4-160/3, Siemens 4-430/3,9, 4-450/10, 7-420/4,2, 7-430/6, 7-450/15,6, Thyssen 4-75/2,4, 4-80/3,9, Veba 4-170/5, VW 1-200/3,4, 7-190/5, Chrysler 1-85/2,05, 4-85/5,1, 4-80/6,9, 7-80/3,4, 7-90/7,9, General Motors 4-230/7, IBM 4-370/11, Litton 4-190/6,5, Royal Dutch 7-140/3. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 – 9¼	5⅝–5⅞	5⅛–5⅜
3 Monate	9¼– 9½	5⅝–5⅞	5 –5¼
6 Monate	9⅜– 9⅞	5⅝–5⅞	5 –5¼
12 Monate	10⅛–10⅜	5⅝–5⅞	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1555,00	1920,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1235,00	1487,30
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	666,90
1 £ Sovereign alt	234,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	230,00	285,00
20 belgische Franken	179,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	229,00	283,86
Krüger Rand, neu	1042,00	1227,78
Maple Leaf	1042,00	1227,78
Platin Noble Man	1017,00	1199,28

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz Franken „Vreneli"	185,00	234,84
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	964,00	1162,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	444,00	546,06
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

4. 12. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankfa.-Kurse4)	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York3)	3,0866	3,0946	3,0660	3,04	3,13
London1)	3,709	3,723	3,678	3,65	3,80
Dublin1)	3,108	3,123	3,042	2,19	2,29
Montreal3)	2,3320	2,3400	2,3078	2,29	2,39
Amsterd.	88,520	88,740	88,385	87,50	89,50
Zürich	121,250	121,450	121,300	120,00	122,75
Brüssel	4,960	4,980	4,909	4,85	5,05
Paris	32,565	32,725	32,225	31,75	33,50
Kopenh.	27,735	27,865	27,395	26,75	28,50
Oslo	34,544	34,685	33,980	33,75	35,50
Stockh.**)	35,038	35,185	34,605	34,50	36,25
Mailand2) **)	1,613	1,633	1,582	1,56	1,66
Wien	14,213	14,253	14,161	14,12	14,35
Madrid**)	1,793	1,803	1,765	1,73	1,85
Lissabon**)	1,865	1,885	1,742	1,43	2,25
Tokio	1,2485	1,2525	–	1,22	1,28
Helsinki	48,080	48,280	47,085	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,416	2,47	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,634	2,653	–	2,60	2,70
Johannesbg.*)	1,8685	1,8875	–	1,55	1,80

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Erstmals seit 3 Wochen erlitt der US-Dollar am 4. 12. einen deutlichen Rückschlag. Nachdem sich an den amerikanischen Bondmärkten eine freundliche Tendenz durchsetzte und es zu DM-Käufen an den chicagoer Terminmärkten kam, schloß der Dollar in New York bei 3,09. In Europa verlief das Geschäft in ruhigen Bahnen zwischen 3,0890 und 3,0990. Die Bundesbank glich zur Notiz bei 3,0906 die Nachfrage von 5,65 Mill. Dollar aus. Eine Reaktion zeigte sich auch beim japanischen Yen, der um 50 Punkte auf 1,2510 zurückfiel. Insgesamt überwogen bei den übrigen Währungen die Minuskorrekturen. Dollar in: Amsterdam 3,4865; Brüssel 62,20; Paris 9,4700; Mailand 1911,50; Wien 21,7170; Zürich 2,5468; ir. Pfund/DM 3,116; Pfund/Dollar 1,2024; Pfund/DM 3,716.

Ostmarkkurs am 4. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Zu etwas geringeren Abschlägen kam es am 4. Dezember bei den Dollar-Deports aufgrund der guten Verfassung der amerikanischen Geldmärkte am Vortag.

Dollar/DM	0,92/0,82	2,74/2,64	5,85/5,75
Pfund/Dollar	0,07/0,05	0,10/0,08	0,04/PARI
Pfund/DM	1,90/0,50	4,20/2,80	7,70/6,30
FF/DM	22/06	49/33	95/79

Geldmarktsätze

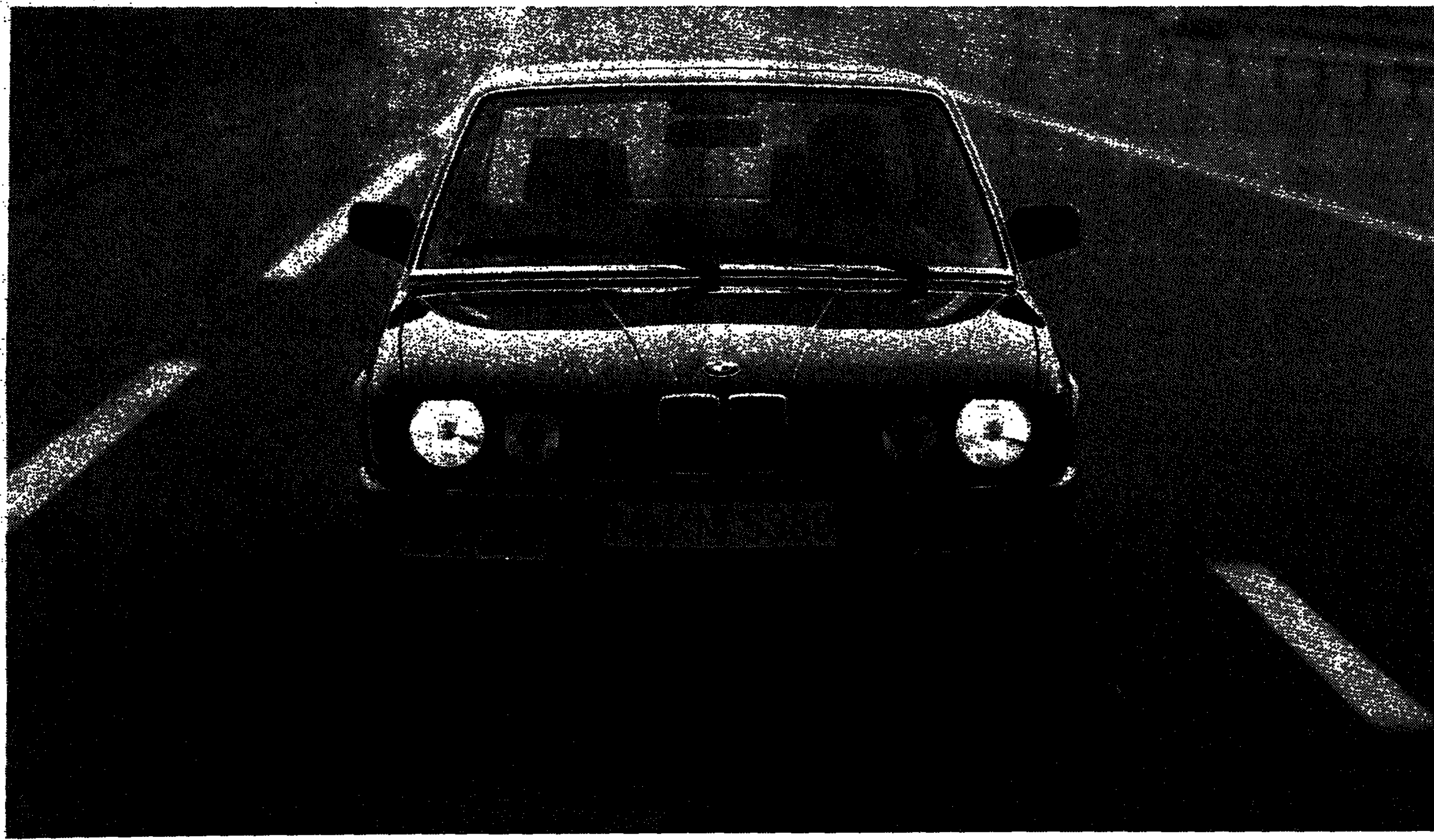
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 12.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,85–5,95 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,25 (6,37)–7,75 (6,68)–8,00 (6,91)–8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,25 (6,41)–7,75 (6,74)–8,00 (6,99)–8,50 (7,24)–8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Die Regel:
Diesel entlasten die Umwelt und belasten ihre Fahrer – durch geringe aktive Sicherheit und mangelnde Fahrkultur.

Die Ausnahme:
Der BMW 524td macht den Diesel zur wirklich sinnvollen Alternative – durch beste aktive Sicherheit und erstklassige 6-Zylinder-Fahrkultur.



BMW Automobile sind die richtige Alternative für informierte Autofahrer, die ebenso anspruchsvoll wie außergewöhnlich umweltfreundlich fahren wollen.
Das umfassende Programm von Katalysator-Automobilen ist dafür ein hervorragendes Beispiel – ebenso wie auch der BMW Turbo-Diesel 524 td.

<u>*Die Ökonomie und* Umweltfreundlichkeit eines Diesels mußte man bisher meist mit zu wenig *aktiver* Sicherheit bezahlen. Der erste Diesel mit der Dynamik eines BMW heißt 524 td.</u>
Ein Diesel-Fahrzeug erreicht – bezogen auf Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe und Stickoxide – praktisch schon heute Abgaswerte, die sich bei Ottomotoren nur mit der Katalysatortechnik erzielen lassen.
Doch wer bisher Diesel sagte, meinte damit zwar relativ umweltschonend und außergewöhnlich wirtschaftlich, aber meist auch unkultiviert und undynamisch.

Der BMW 524 td verbindet erstmals das dieseltypisch günstige Abgas- und Verbrauchsverhalten mit einem für Dieselfahrzeuge ungewöhnlichen Temperament *und* der Laufkultur eines BMW Reihen-6-Zylinders.

<u>BMW 524 td Turbo-Diesel – eine Herausforderung an alle, die Diesel-Automobile aus Gründen der aktiven Sicherheit für Fahrzeuge zweiter Klasse halten.</u>
Nie zuvor gab es einen Diesel mit einem so hohen Maß an aktiver Sicherheit:
Der 524 td beschleunigt von 0-100 km/h in beruhigenden 12,9 s – selbst bei voller Zuladung sind es nur 16 s.
Das ist ein Wert, den so manche renommierte Alternative noch nicht einmal leer erzielt – wie gering also ist die aktive Sicherheit solcher Fahrzeuge erst, wenn *sie voll beladen sind.*
In der Fahrpraxis bedeutet der Vorsprung an aktiver Sicherheit beim BMW 524 td:
problemlose Überholmanöver, souveräne *Sprints aus Gefahrenzonen und zügige* Einfädelvorgänge auf Autobahnen.

<u>Wer sich für einen Diesel auf BMW Niveau *entscheidet, vermeidet auch beim Fahrkomfort* unnötige Kompromisse.</u>
Der *524 td bietet* bei *Laufkultur und* Geräuschniveau ein neues Diesel-Erlebnis.
Mit Ausnahme von Warm- und Leerlauf erreicht der 524 td das bekannte 6-Zylinder-Innengeräusch-Niveau.
Die Voraussetzung dafür: die grundsätzlich höhere *Laufkultur des BMW 6-Zylinders* und sehr aufwendige Dämmungs-Maßnahmen an wesentlichen Teilen der Karosserie.

<u>Keine vergleichbare Diesel-Limousine bietet *soviel Leistungsfähigkeit bei so niedrigem Verbrauch.*</u>
Wie groß der mit dem 524 td erreichte Fortschritt ist, zeigt der Vergleich mit den Modellen des *Wettbewerbs.*
Während der Verbrauch klar unter dem Durchschnitt der Diesel-Limousinen dieser Klasse liegt, reicht die Leistungsfähigkeit – also die Beschleunigungskraft und die Höchstgeschwindigkeit – weit über den Durchschnitt der Vergleichs-Fahrzeuge hinaus.

<u>Der 524 td ist ein Diesel, mit dem Sie schnell und sicher rechnen können.</u>
Das Wirtschafts-Magazin »Capital« (4/84) bescheinigte *dem 524 td im Rahmen einer groß* angelegten, umfassenden Untersuchung (*»Das beste Auto für Ihr Geld«) ein unübertroffen* gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis in seiner Klasse.
Und auch die Warenzeitschrift »test« (4/84) *kommt in einer Wirtschaftlichkeitsrechnung* von Diesel- und Ottomotor-Fahrzeugen zu dem Ergebnis, daß der 524 td gegenüber vergleichbaren Dieselmodellen die wirtschaftlichste Alternative ist.

<u>Steigen Sie also um zum Diesel auf BMW Niveau.</u>
<u>Der BMW 524 td entspricht nicht nur Ihrer verantwortungsbewußten Einstellung, im Sinne des Umweltschutzes zu handeln.</u>
<u>Sondern ebenso Ihren technischen und nicht zuletzt auch Ihren kaufmännischen Ansprüchen.</u>



Nutzen Sie das BMW Umwelt-Telefon
0130-33 32
Werktags von 9-17 Uhr, zum Ortstarif.
Wir informieren Sie über die für Ihre Anforderungen beste Lösung aus dem umfassenden BMW Programm umweltfreundlicher Automobil-Konzepte.
Oder wenden Sie sich an Ihren BMW Händler.
Er berät Sie gern ausführlich.



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Uneinheitlich ging Kupfer aus dem Markt. Während Kakao durchweg schwächer notierte, konnte sich Kaffee in den vorderen Sichten knapp behaupten und wies in den entfernteren Sichten Abschläge auf.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	3. 12.	30. 11.
Dez.	351,75	353,00
März	352,50	353,75
Mai	347,00	349,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	3. 12.	30. 11.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	239,79	236,82
Amber Durum	253,27	252,47

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	143,10	138,00
März	150,20	150,00
Mai	154,40	154,10

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	122,50	124,10
März	127,10	127,50
Mai	128,20	128,00

Hafer Chicago (c/bush)	3. 12.	30. 11.
Dez.	188,00	187,75
März	183,00	182,75
Mai	179,50	179,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	262,75	256,00
März	277,00	278,50
Mai	284,00	284,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	3. 12.	30. 11.
Dez.	138,70	139,20
März	137,90	137,80
Mai	138,20	138,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	3. 12.	30. 11.
Terminkontr. Dez.	138,75	138,65
März	136,75	136,75
Mai	135,81	135,65

Kakao New York ($/t)	30. 11.	29. 11.
Terminkontr. Dez.	2208	2235
März	2105	2112
Mai	2105	2115
Umsatz	1200	4120

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,65	4,66
März	5,27	5,28
Mai	5,61	5,61
Juli	5,92	5,92
Sept.	6,15	6,17
Umsatz	3350	7055

	3. 12.	30. 11.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,05	4,04

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	3. 12.	30. 11.
Jan.	2295–2296	2295–2296
März	2249–2250	2246–2248
Mai	2218–2220	2217–2219
Umsatz	1365	2079

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1888–1890	1861–1863
März	1851–1853	1839–1840
Mai	1850–1851	1843–1844
Umsatz	3855	5889

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	143,40–143,60	144,20–144,40
Mai	150,80–150,80	151,60–152,00
Aug.	160,60–161,00	161,60–162,00
Umsatz	530	1888

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	3. 12.	30. 11.
schw. Sarawak spez.	402,50	402,50
weißer Sarawak	632,50	467,50
weißer Muntok	840,00	462,50

Orangensaft New York (c/lb)	3. 12.	30. 11.
Jan.	164,55	169,00
März	166,40	170,50
Mai	166,50	169,80
Juli	166,70	169,30
Sept.	164,70	167,25
Umsatz	800	600

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	3. 12.	30. 11.
Südstaaten fob Werk	41,00	42,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,25	32,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	28,10	27,95
Jan.	26,45	26,23
März	25,15	25,10
Mai	24,70	24,55
Juli	24,40	24,25
Aug.	24,20	24,05
Sept.	23,95	23,85

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,50	28,50
Choice white hog 4% fr. F.	21,00	21,375

Talg New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,125
yellow max. 10% fr. F.	18,00	18,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	52,60	53,00
Febr.	53,65	53,85
April	49,10	49,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	74,20	75,60
März	73,95	75,30
Mai	74,75	76,30

Häute Chicago (c/lb)	3. 12.	30. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	52,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	612,50	609,50
März	625,50	622,00
Mai	637,00	634,25
Juli	647,25	643,50
Aug.	646,50	643,75
Sept.	633,00	631,50
Nov.	632,00	631,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	150,50	150,00
Jan.	153,70	153,20
März	159,40	159,40
Mai	164,50	164,50
Juli	169,50	169,50
Aug.	170,50	171,00
Sep.	171,60	173,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	3. 12.	30. 11.
Dez.	353,00	354,00
März	365,50	367,00
Mai	372,70	376,00

Kokosöl New York (c/lb)	3. 12.	30. 11.
Westküste fob Werk	44,00	44,00

Erdnußöl	4. 12.	3. 12.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	950,00	950,00

Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	665,00	665,00

Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	595,00	595,00

Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	215,00	215,00

Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	990,00	985,00

Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	297,50	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	3. 12.	30. 11.
Dez.	65,17	65,14
März	55,92	65,90
Mai	65,65	55,55
Juli	57,75	67,55
Okt.	67,90	67,90
Dez.	68,10	68,25

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1	42,5	42,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	3. 12.	30. 11.
Dez.	504-509	509-511
Jan.	504-506	507-508
März	509-511	511-512
Umsatz	105	72

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	3. 12.	30. 11.
Dez.	52,00	52,00
März	53,30	53,30
Mai	53,40	53,40
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0

Tendenz: nominell

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	3. 12.	30. 11.
Dez.	572,5–574,0	571,00
März	584,0–585,0	524,0–584,0
Mai	–	591,0–593,0
Umsatz	27	66

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3. 12.	30. 11.
East African 3 long	580,00	580,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	3. 12.	30. 11.
Dez.	12 315	12 242
Jan.	12 416	12 259

Kautschuk London (p/kg)	3. 12.	30. 11.
Nr. 1 RSS loco	60,50–65,00	59,50–63,00
Jan.	61,50–64,50	60,00–63,50
Feb.	62,50–65,50	61,00–64,50
März	63,50–66,50	62,50–65,50

Tendenz: stetig aber ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	3. 12.	30. 11.
Dez.	193,00–194,00	191,25–191,50
Jan.	197,50–198,00	195,00–195,50
Nr. 2 RSS Dez.	187,00–188,00	185,50–186,50
Nr. 3 RSS Dez.	183,50–184,50	182,00–183,00
Nr. 4 RSS Dez.	176,50–177,50	175,00–176,00

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	3. 12.	30. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	4. 12.	3. 12.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	346,98–347,36	344,94–345,31
drittfolg. Monat	355,92–356,29	354,05–354,24
Blei: Basis London		
laufend. Monat	124,16–124,35	125,77–125,96
drittfolg. Monat	122,49–122,86	124,47–124,65
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1461,28–1468,14	1467,19–1469,05
drittfolg. Monat	1487,34–1488,47	1488,70–1498,06
Zink: Basis London		
laufend. Monat	238,64–239,02	240,01–240,38
drittfolg. Monat	239,20–239,39	240,38–240,56
Produz.-Preis	278,51	281,16
Reinzinn 99,9%	4124–4165	4110–4151

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 12.	3. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	413,28–415,12	410,62–412,48
Blei in Kabeln	131,75–132,75	133,50–134,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	4. 12.	3. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	394-397	393-396
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	434-435	433-435
MS 63	423-429	421-432

Zinn-Preis Penang

	3. 12	30. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 12.	3. 12.
Leg. 225	390-400	390-400
Leg. 226	392-402	392-402
Leg. 231	425-432	425-432
Leg. 233	435-442	435-442

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4. 12.	3. 12.
Platin (DM je g)	34,208	34,458
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 350	33 350
Rücknahmepr.	32 600	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 630	33 570
Rücknahmepr.	32 790	32 740
verarbeitet	35 280	35 220
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 020	33 000
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	720,80	720,40
Rücknahmepr.	699,80	699,30
verarbeitet	752,40	752,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	4. 12.	3. 12.
London 10.30	330,90	327,70
15.00	332,00	329,50
Zürich mittags	330,90–331,40	327,60–328,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 550	100 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	598,25	587,10
3 Monate	601,80	600,45
6 Monate	616,20	644,75
12 Monate	643,80	644,80

Platin (£-Feinunze)	3. 12.	30. 11.
London fr. Markt	265,05	264,75
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	115,70	116,80

New Yorker Preise	3. 12.	30. 11.
Gold H & H Ankauf	329,50	[illegible]
Silber H & H Ankauf	784,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	316,00–321,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,00–139,00	141,00–142,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	708,00	700,00
Jan.	714,70	706,00
März	720,10	712,10
Mai	725,00	716,00
Juli	737,00	727,00
Sept.	748,00	738,00
Dez.	761,50	753,00
Umsatz	18 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	3. 12.	30. 11.
Dez.	57,70	57,50
Jan.	58,20	[illegible]
März	58,10	[illegible]
Mai	59,85	59,75
Juli	60,85	[illegible]
Sept.	61,70	61,55
Dez.	63,05	63,15
Umsatz	5800	[illegible]

Londoner Metallbörse

	4. 12.	3. 12.
Aluminium (£/t) Kasse	932,00–933,00	929,00–930,00
3 Monate	956,00–957,00	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	333,50–334,00	[illegible]
3 Monate	329,50–330,00	[illegible]
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1097,5–1098,0	[illegible]
3 Monate	1113,0–1113,5	1110,5–1111,0
abends Kasse	–	[illegible]
3 Monate	–	1117,0–1117,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1106,0–1108,0	1110,0–1112,0
3 Monate	1120,0–1122,0	1124,0–1125,0
Zink (£/t) Kasse	641,00–642,00	[illegible]
3 Monate	642,50–643,00	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9835–9840	[illegible]
3 Monate	9805–9810	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	300-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75-80



EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK
mit vorläufigem Sitz in Luxemburg
6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1973
– WKN 463 561/70 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 27. November 1984 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 2 – WKN 463 562 –
Serie 3 – WKN 463 563 –

mit den Stücknummern
5201 – 10400
10401 – 15600 zu je DM 1.000,–
52961 – 53920
53921 – 54880 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von insgesamt DM 9.105.000,– ausgelost. Weitere nom. DM 1.013.000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

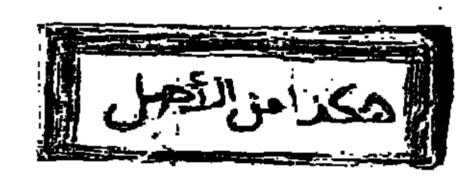
Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Februar 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. Februar 1986 uff. zum Nennbetrag bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Creditanstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Bankhaus Hermann Lampe
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
J.H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bankhaus H. Aufhäuser
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Januar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen. Die per 1. Februar 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher zur Rückzahlung ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 4 und 6 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im November 1984 — EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK



Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Renten freundlich und lebhaft

Am Rentenmarkt war die Anlageneigung an der Dienstagbörse beachtlich. Bundesobligationen gewannen bis etwa einen Zehntel Prozentpunkt. Öffentliche Anleihen zogen vielfach bis um 0,25 Punkte an, in der Spitze sogar um einen halben Punkt. Die Bundesbank gab zum Marktausgleich 30,8 Millionen Mark ab. Auch DM-Auslandsanleihen waren gefragt. Die neue Bundesanleihe wird zügig plaziert und ist vor allem aus dem Ausland gefragt. Der Pfandbriefmarkt, der zum Teil etwas höhere Renditen als Anleihen bietet, lag gut behauptet.

	4. 12.	3. 12.		4. 12.	3. 12.		4. 12.	3. 12.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G	Haß dgl. Pf 10	100,6G	100,8bG	F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G	9 dgl. KO 53	101,1G	101,1G	6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. Pf 31	101G	101G	7½ dgl. IS 6	102G	102G	7 dgl. 94	100,6G	100,6G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G	10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G	7 dgl. 99	100,25G	100,25
6½ dgl. Pf 37	99G	99G	F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	115G	115G	8 dgl. 101	103,5G	103,5G
8 dgl. Pf 51.	100,15G	100,15G	6 dgl. Pf 58	90G	90G	7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
HaS Britann. Hypo. Pf 1	118G	118G	6 dgl. Pf 95	83G	83G	9½ dgl. 126	106,25G	106,25G
7 dgl. Pf 80	95,25G	95,25G	7 dgl. Pf 114	100G	100G	D 8 LAG TS 76	101,7G	101,7G
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100,5G				6½ dgl. TS 77	100,35G	100,35G
6 dgl. KS 29	86,25G	86,25G	D 5 RW Bodencr. Pf C	128G	128G	5½ dgl. 78	97,4G	97,4G
7 dgl. KS 30	101,25G	101,25G	5½ dgl. K	109,5G	109,5G	7 dgl. 79	101,35	101,35
			4 dgl. Pf 18	104G	104G			

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf – DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Ernst Möhrle

* 18. Februar 1897 † 2. Dezember 1984

ist nach einem erfüllten Leben sanft entschlafen.

In stiller Trauer
Gisela Möhrle geb. Mahn
Peter, Elke
Sybill, Wolf-Eckart
Kai und Dirk

2000 Hamburg 55, Osterweg 3a

Wir haben im Familienkreis Abschied genommen.

Wir trauern um den Gründer und Senior unserer Sozietät

Dipl.-Kfm. **Ernst Möhrle**

* 18. Februar 1897 † 2. Dezember 1984

Seine Hingabe zum Beruf, sein großes Wissen und seine reiche Erfahrung haben unsere Sozietät geprägt. Wir danken ihm dafür.

Gesellschafter und Mitarbeiter der Sozietät Möhrle

Dr. Sigwart Möhrle, Olaf Scharfenberg, Jürgen Koop
Edgar Delfs, Ulrich Eggers, Konrad Elsbein

2000 Hamburg 50, Haferweg 11

Am 2. Dezember 1984 starb nach langer, tapfer getragener Krankheit unser geschäftsführender Gesellschafter

Dipl.-Ing.

Dr. Heinrich Els

Am 1. 1. 1945 als Kommanditist in die Firma eingetreten, übernahm er am 7. 11. 1945 als Komplementär die alleinige Geschäftsführung.
Seiner Tatkraft und Energie ist es zu verdanken, daß sich unsere Firma aus den Trümmern des Krieges zu ihrer heutigen Bedeutung entwickeln konnte.
Vorausblickend hat er rechtzeitig für seine Nachfolge gesorgt. Wir stehen tief in seiner Schuld.

Gesellschafter und Mitarbeiter
Heinrich Frings GmbH + Co. KG
Bonn

Exequien am Donnerstag, dem 6. Dezember 1984, 9.00 Uhr, in der Münsterkirche zu Bonn.

Beisetzung um 10.00 Uhr auf dem *Poppelsdorfer Friedhof.*

Anstelle zugedachter Blumen wird um eine Spende auf das Postscheckkonto Köln Nr. 10 92 89-508 der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gebeten.

Hermann Schulte

* 7. April 1906 † 29. November 1984

Wolf Michael Schulte
Carsten-Dirk Schulte
Heidi Heinemann-Schulte
und Franziska

Hamburg, den 29. November 1984

Beerdigung am Freitag, dem 7. Dezember 1984, Niendorfer Kirche, 10 Uhr

---

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Wohnqualität in Sankt Georgen/Attergau

Komfortabel möblierte Appartements, in einer ruhigen, erholsamen Landschaft, von Privat für Dauermieter zu vermieten. Als Zweitwohnsitz gut geeignet. Bei uns können Sie anonym bleiben. Anfragen unter

Tel. Österreich 0 62 45 / 4 62 52

Festgeldanlage auf DM-Basis

Sicherheit: in deutschem Grundbesitz
Rendite: 12–15 %; Laufzeit: 1–5 Jahre
Graf von Hardenberg GmbH, 0 40 / 45 10 18

Erstklassige Gewinne ohne Risiko

Mindestbetrag DM 100 000,–; Laufzeit 3–6 Monate nach Vereinbarung. Absicherung durch Bankgarantie.

Zuschriften erbeten unter B 11808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langfristig zu vermieten in

Gstaad/Saanen
(Schweiz)

an südlicher Lage mit einmaliger Aussicht, Zufahrt ganzjährig gesichert:

- **luxuriös ausgebaute, unmöblierte Ferienwohnung** im Dachgeschoß (ca. 145 m² Wohnfläche)
- **luxuriös ausgebautes, unmöbliertes Ferienchalet** (ca. 145 m² Wohnfläche)

Nähere Auskunft erteilt der Ersteller:

Treuhandbüro Franz Dost AG
Postfach 50
CH-3601 Thun
Tel. 00 41 / 33 / 23 31 18
TLX: CH-9 21 181

GmbH-Mantel

von Alleingesellschafter mit hohen Verlustvorträgen günstig zu verkaufen. Zuschriften unter A 11807 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



IBIZA – Traumlage

Terrassenhäuser in kleiner Edel-Urbanisation mit Pool, großzügigen Gartenanlagen, direkt an einer Badebucht. Traumhafter Panoramausblick. Exklusiv-Ausstattung. 2 SZ, 2 Bäder, Einbauküche u. v. m. Nov. fertiggestellt, nur noch 2 Häuser frei.

Tel. 02 28 / 37 38 38

Anlageberater für US-Investitionen gesucht.

Erfahrene Projekt-Entwicklungs-Aktiengesellschaft (AG) unter deutscher Leitung bietet Mitvertrieb von kleineren USA-Investitionen ab US$ 10.000,– in einem der interessantesten Staaten.

Informieren Sie sich
TARGET GmbH, Flandrische Str. 2
5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 23 68 48

Traumvilla Spanien
CAMBRILS – TARRAGONA

Vilafortuny – 7 Schlafz., 1 Salon, 1 Eßzi., 3 Bäder, Garage, 2 gr. Terrassen, 1 kleine Ter., großes Schwimmbad, ca. 1000 m² Grund. Herrlich angelegt mit Palmen u. Blumen. Das Objekt liegt in der schönsten Urbanisation Vilafortuny an der Costa Dorada. 7 Minuten Gehweg zum Meer. Umständehalber von Privat zu verkaufen. Zuschr. erb. u. P 11 797 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

KG-Anteil

an gut fund. mittelständ. Bauchemie-Prod.-Unternehmen aus fam. Gründen für DM 50 TSD mit Gewinnbezugsrecht für 1984 zu verkaufen. Ausschüttung bisher immer 10–15% p. a.
Angeb. u. L 11662 an WELT-Verlag, PF 10 08 64, 4300 Essen

Kapitalanleger

v. Priv. DM 50 000,- gegen Grundschuldsicherheit gesucht. 18 % p. a. Zins geboten. Kontaktaufnahme unter Tel. 0 26 84 / 80 61

320 % Abschreibung NEU

Gesichert durch BFH-Urteil + Höchste Sicherheiten + ca. 50-facher (!) Eigenkapital-Rückfluß. (Seriöse Vermittleranfragen willkommen)
Gratisprospekt MP 1000 K direkt von
CD GmbH, Fach 253 202 · D-5450 Neuwied 13

Nordsee/Butjadingen

Wohnhaus mit 2 Ferienappartements am Meer von Privat zu verkaufen.
Telefon 0 47 31 / 8 09 68 oder Zuschr. erb. u. Z 11652 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Getränke-/Faßbiergroßhandel

sucht Beteiligung als Kommanditisten. – Zuschr. unt. V 11736 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufe Eigentumswohnung

ca. 76 m², mit Loggia, 20 km südl. von Salzburg, schöne Lage, Nähe Kurzentrum, Wohnung bestens ausgestattet, komplett möbliert, neuwertig. VHB DM 200 000,- unter
Tel. Österreich 0 62 45 / 4 62 52

Süd-Holland
50% unter Neupreis

Eigentumswohnungen, 53 m², 100 m vom Nordseestrand, reizvolle Parkanlagen, hinter den Dünen, inkl. aller Kosten DM 59 000.–
Sofort-Info:
Delta-See-Immob., Tel. 0 22 02/3 06 62

ANLAGE – DIAMANT

1,01 ct., Klass. Int. Fl., F 1+, sowie andere mit anerk. Doppel-Expertise (IGI, GIA), ca. 15 % unter Ø-Preis, a. W. MwSt.-frei zu verkaufen. Diskretion, Treuhänderabwicklung.
Erbitte Ang. u. PL 48527 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schweizerische Finanzgesellschaft

sucht Kapital zur Realisierung eines Freizeitparkes in bekanntem Touristikgebiet. Grundstück und Projekt vorhanden. Beteiligung nicht ausgeschlossen. Offerten bitte an Chiffre 44–130 787, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich

Landmaschinenhandel sucht

Partner mit Kapital

zw. Ausw. des Betriebes/erstkl. Räumlichk. usw. vorhanden.
Angeb. unt. R 11 798 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schweiz - Thunersee

1- bis 3-Zi.-ETW'n. in herrl. Lage. Letzte Ausländergenehm. im Kanton Bern. Baubeginn 4/85.
HEWO GmbH
Tel. 0 89 / 1 49 35 47

Wir wandeln Ihre Steuern in Immobilienbesitz um. Schon ab 50 000 DM p. a. interessant.
Terra Real GmbH
Widenmayerstr. 50, 8 München 22
Tel. 0 89 / 22 16 32

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Zentr. Lage Duisburg

Geh. Lager m. Büro und kl. Ausstellungsr.,
380 m², m. 2 Toreinf. f. schwere Lkw, m. gr. Hofräumen, Mietpr. monatl. DM 1 900,–, bisher Lebensmittel-Groß- und SB-Handel, vielseitig verwendbar, z. B. Auslieferungslager jeder Art, Möbel-, Teppich- und Küchenstudio, Service-Werkstatt usw. Frei ab 1. 1. 1985

Tel. 02 08 / 5 40 41-2, nach 17 Uhr 02 08 / 5 16 59

Einkaufsmarkt

drei 1 a Mieter (Aldi etc.). 330 TDM Mietertrag pro Jahr. Attraktiver Standort innerhalb norddeutscher Großstadt von Privat zu 12,25facher Jahresmiete zu verkaufen.
Zuschr. erb. u. R 11776 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verpachte günstig schönes Restaurant

120 Plätze, an Fachpaar und/oder Könner, in 4994 Pr. Oldendorf/Krs. Lübbecke/Westf., am Flugzeug.
Möbel-Holsing
Tel. (0 57 42) 20 57

Ihr Büro in Nürnberg

- Neubauten 70–5.000 m²
- Eigen- u. Fremdobjekte
- Verkehrsgünstige Lagen
- Kurz- und langfristig

Vermietet provisionsfrei
KIB Gesellsch. f. Kommunal- u. Industriebauten mbH
Fürther Str. 2, 85 Nürnberg 80
Telefon 0911 / 26 89 06

STELLENANGEBOTE

Stanz- und Biegetechnik

Als leistungsfähiges Unternehmen mit technologischer Spitzenstellung im Bereich Stanz- und Biegetechnik für Präzisionsprodukte in Großserie mit Sitz im rheinisch-bergischen Raum liegt unser Schwerpunkt in der Automobil-, Automobilzuliefer- und Elektroindustrie.

Um die in uns gesetzten Erwartungen auch in Zukunft erfüllen zu können, suchen wir den

Leiter Werkzeugbau

Diese der Geschäftsführung direkt unterstellte Position umfaßt die Verantwortung für die Konstruktion, Herstellung und Erprobung von Werkzeugen bis zur Serienfertigungsreife unserer Produkte sowie die Stellvertretungsfunktion für den Betriebsleiter.

Für diese Aufgabe suchen wir einen Industriemeister mit Fachrichtung Werkzeugbau, der bereits mehrere Jahre als Meister in einem Werkzeugbau-Betrieb oder in einer entsprechenden Abteilung in Führungsposition tätig war. Das ideale Alter liegt zwischen Mitte 30 und Mitte 40.

Unabdingbar sind neben Kenntnissen im allgemeinen Maschinenbau und neben konventioneller Stahlbearbeitung Fähigkeiten, selbständig Werkzeugkonstruktionen einschließlich zeichnerischer Darstellung für Folge- und Biegewerkzeuge durchzuführen. Kenntnisse in Profilschleifen, Senk- und Drahterodieren (mit CNC-Programmierung) sollten vorhanden sein. Fertigungserfahrung in Stanztechnik sowie REFA-Kenntnisse wären von großem Vorteil.

Wenn Sie aufgrund Ihrer Ausbildung und Ihres bisherigen Werdegangs in der Lage sind, eine Werkzeugbauabteilung mit 7–8 Mitarbeitern eigenständig zu führen, zu motivieren und zu überzeugen und Sie eine großzügige Dotierung mit leistungsbezogenem Anteil erwarten, senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an unseren Berater, Herrn Dr. Jürgen Hartmann, Solingen, Parkstraße 19, der Ihnen auch für telefonische Vorabinformationen zur Verfügung steht und Vertraulichkeit gewährleistet.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Garantieanmietung

Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!

IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH
Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1
Tel. 02 28 22 10 21

Unternehmen in S.-O.-Asien sucht für sein Produktionsprogramm, Teeaufgußbeutel/Tee, freie Handelsvertreter in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, CH und A. Gebiets- bzw. Exklusivrecht sowie Übernahme bereits vorhandener Kontakte werden geboten. Seriöse Angebote unter L 11750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Vertrieb für Frischprodukte

Wir sind ein leistungsfähiges Unternehmen für den Vertrieb von kühlbedürftigen Lebensmitteln und haben in Süddeutschland Kapazitäten frei.

1000 m² Kühllager / 500 m² Trockenlager
160 t Lkw-Nutzlast / ca. 40 Mitarbeiter

Standort Stadtrand Ulm mit bester Autobahn-Anbindung. Auslieferungsgebiet ca. 150 km im Umkreis. Übernahme auch als Auslieferungslager möglich.

HENKE GMBH
Flinschstraße 2–4, 6000 Frankfurt/M 60
Telefon 0 69 / 41 71 71, Telex 4 17 156

Wirtschaftliche Sorgen, schwer lösbare Probleme, Engpässe ... dann

Management auf Zeit?

Unternehmensberater, Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingespieltes, akademisch vorgebildetes Management-Team (Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., Wirtschafts-Ing.), das Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten oder sonstige Krisen (Unfall, Krankheit, Todesfall) geraten sind – in dringenden Fällen kurzfristig –, zur Verfügung steht. Es deckt sämtliche Bereiche, Verkauf/Vertrieb/Innovation, Finanzen/Steuern/Rechnungswesen, Technik/Entwicklung/Fertigungssteuerung, ab und schließt jede Lücke in der „Chefetage". Durch Rationalisierung werden alle Bereiche auf den betriebswirtschaftlich und technisch neuesten Stand gebracht. Auch Einsatz eines Teil-Managements oder eines **Geschäftsführers auf Zeit** ist möglich, jeweils nach Erfordernis.

Langjährige, umfassende Erfahrungen in vielen Branchen liegen vor. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Wir beraten Ihre Probleme und stimmen mit Ihnen den optimalen Weg ab.
Kontaktaufnahme erbeten unter C 11633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



An alle Kunden, Lieferanten, Banken und Geschäftsfreunde der NORFI-Gruppe

Unser Gesellschafter-Geschäftsführer und Gründer,

Herr Eckhard Fähnrich,

hat seine Mehrheitsbeteiligung an der NORFI Nordfilter-Anlagenbau GmbH, Ratekau und die Beteiligung an der NORFI Umwelttechnik GmbH, Unterensingen bei Stuttgart, an seine bewährten Partner,

Herrn Horst Jentzsch und Herrn Berthold Schuppler,

die bereits seit vielen Jahren als Gesellschafter-Geschäftsführer die Geschicke der NORFI Umwelttechnik GmbH in Unterensingen erfolgreich gelenkt haben, sowie

Herrn Ulrich Fuhrmann

mit Wirkung vom 1. Januar 1985 verkauft. Herr Ulrich Fuhrmann wird nach dem Ausscheiden von Herrn Fähnrich zum weiteren alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer der NORFI Nordfilter-Anlagenbau GmbH, Ratekau, ernannt neben Herrn Regese.

Herr Fähnrich sah sich zu diesem Verkauf veranlaßt, da ihm durch seine Aktivitäten in der Schlauch-Handels-Produktions GmbH, in der er ebenfalls Gesellschafter-Geschäftsführer ist, nicht mehr die erforderliche Zeit für die Aufgaben in der Gruppe blieb.

Wir bitten Sie, den genannten Herren das gleiche, volle Vertrauen entgegenzubringen. Herr Fähnrich hat sich bereit erklärt, der NORFI-Gruppe mit seinen langjährigen Erfahrungen auch nach dem Ausscheiden noch zur Verfügung zu stehen.

NORFI Anlagenbau GmbH, Ratekau — **NORFI** Umwelttechnik GmbH, Unterensingen

Haben Sie Ihre Exportchancen nach **HOLLAND** schon überprüft? Wenn nicht, dann sind wir für Sie der richtige Partner.
Informationen über:
Deutsch-Niederländisches Verbindungskontor
Oldenzaal, H. Grave, Postfach 13 06, D-4557 Fürstenau

FIBERTEX FASSADENTECHNIK

FIBER-GLASS®

Wir sind ein erfolgreicher, renommierter Hersteller der weltweit bekannten **FIBERTEX-FASSADENBESCHICHTUNGEN.**
Im Rahmen des weiteren Aufbaus unserer Vertriebsaktivitäten bieten wir Ihnen die Möglichkeit, unser Partner als

LIZENZNEHMER

im Bundesgebiet zu werden.
Unser zukunftsorientiertes **FIBERTEX-FASSADENSCHUTZ- und BETONSANIERUNGSSYSTEM** ist aufgebaut auf jahrzehntelange, internationale Erfahrung und hat sich weltweit hervorragend bewährt.
Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.
FIBERTEX-VERTRIEBSGESELLSCHAFT DEUTSCHLAND
ENGLERSTR. 22 · D-7505 ETTLINGEN · TEL. 0 72 43 / 1 51 24

Sind Alleinimporteur für
japanische Gehäuselager
eines namhaften Herstellers.
Für die Räume Berlin, Nord- u. Südbayern werden
aktive Verkaufspartner
gesucht.
Zuschr. u. K 11 903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zukunfts-Markt

Erprobt. u. bewährt. schornsteinunabh. Umweltschutz-Heizkessel für Öl u. Gas soll weltweit vermarktet werden. Unternehmen oder Finanzpartner, die den zukünftigen Markt der Altbausan. erkannt haben und sich hier finanz. arrang. wollen, schreiben u. K 11 881 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zu Festpreisen

führe ich Aufbau oder Umstellungen von Betriebs- u. Vertriebsorganisationen mit Umsatzgarantie durch.
Johann-W. Becker
Betriebswirt u. Maschinen-Ing. (grad.)
Lenbachstr. 41, 43 Essen 1
Tel. 02 01 / 70 67 24

Schreiner-Montageteam

mit „1a" Werkstattwagen führt Schreinermontagen im Bundesgebiet und im Ausland aus.
Fa. JURO-MONT
Sägewerk 5/1
7252 WEIL DER STADT
Tel. 0 70 33 / 79 94

Suche
Handelsvertretung
für S.-H. und HH. Gute Verb. zu Industriebetr., Lager- und Transportmöglichk. gewährleistet.
Zuschr. u. L 11 882 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Handelsvertreter-Idee

Leistung ist alles. Exkl. Info-Ring bietet freien Handelsvertretern interess. Nutzungsmöglichkeiten an. Kostenl. Info anfordern.
Zuschr. u. P 11 885 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Telefon 0 61 03 / 8 29 02
Telex 4 17 951
Wir schalten Ihre Inserate für alle Zeitungen / Zeitschriften zu Originalverlagspreisen (kein Aufschlag).
Telefon 0 61 03 / 8 29 02
Telex 4 17 951

Techn. Kaufmann

Anf. 40, langj. Außendiensterf., su. interessante Vertretung für PLZ 2 und 3, bevorzugt Pumpen und Armaturen. – Angeb. erb. u. R 11908 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zur Auslastung unseres Betriebes
Raum Celle/Hannover
suchen wir Montage-/Schweißarb., Ausliefergsl. o. ä. Beheizb. Halle, Lkw, Person. usw. vorh.
Angeb. u. M 11 883 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Größere Lieferung Schlangenhäute abzugeben.
Zuschr. u. R 11 886 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

STELLENGESUCHE

Trading-Director Rohöl

Versierte, professionell auftretende Verkäuferpersönlichkeit, Mitte 30, m. einzubringenden erstklassigen Verbindungen, sucht per sofort neuen Wirkungskreis.
Positionsprofil: u. a. weltweiter Handel (Anlagen-Projekte), verb. mit sehr guten Im- und Export-/Außenhandelskenntnissen.
Ang. unt. K 11 749 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Fachmann

41 J., 14 J. EDV-Praxis, 8 J. EDV-Leitung, interessiert an:
- Aufbau/Umstellung EDV-Abteilung
- Datenmanagement, EDV-Koordination u. EDV-Revision

sucht neuen Wirkungskreis, Raum Ruhrgebiet.
Zuschr. u. Y 10 199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Flachdruckermeister – Blech –

sucht neue Aufgaben im In- oder Ausland. Auch über Maschinen- oder Lackhersteller. Evtl. Neueinrichtungen.
Angebote unter C 11 743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

In Spanien

oder im span. sprechenden Ausland suche ich eine Tätigkeit. Schwerpunkte: Grundstücksverträge, Notariats- und Steuerangelegenheiten, Bauverträge und Bauabrechnung, kaufm. Baustellenbetreuung, Hotelverwaltung oder entsprechende Reisetätigkeit. Bin Bankkaufmann, 54, unabh., langjähr. Auslandserfahrung auf vorgen. Gebieten. Tätigkeit ab 1/85 möglich.
Zuschr. u. A 11873 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

JUNGER FRANZOSE

24 J., kfm. Ang., Wirtsch.-Abi + Hochschulausb., Deutsch u. Engl. fließend, 1 J. Tät. in deutscher Exp.-Firma, s. interess. Position in Bundesrepublik Deutschland/europ. Ausland.
Ang. u. B 11 742 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENGESUCHE

Konsumgütermarketing für Exportmärkte

Export-Leiter

Markenartikler, 49 Jahre, Konsumgüter Food und Non-food, langj. Auslandserfahrung in Lateinamerika, EG, Efta, USA – Aufb. v. Auslandsvertretungen und Steuerung von Vertriebspartnern in Exportländern – Leitung von Vertriebsorganisationen – Entwicklung und Durchsetzung von Marketingstrategien – sucht verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschr. erbeten u. PG 48 523 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36.

Techn. Geschäftsführer, Ing. d. Holzindustrie

Mitte 40, langjähr. Erfahrungen in Leitung und Aufbau von Betrieben der Holzwerkstoffindustrie, versiert in allen Managementbereichen, Verfahrenstechnik und Technologie, Verkauf und Planung von Maschinenanlagen für die Holzindustrie, sucht verantwortungsvollen Wirkungskreis auf Geschäftsleitungsebene im In- oder Ausland od. als Beratungs- bzw. Verkaufsingenieur i. d. Holz- bzw. Holzwerkstoffindustrie oder deren Zulieferer. Engl. und franz. Sprachkenntnisse.
Zuschriften erbeten unter Y 11 739 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Marketing Lebenslauf

Nicht frontmüder, flexibler, erfahrener Vierzigjähriger, provisionsgeschädigter Einzelkämpfer (auch Immobilienbereich), mit allen Wassern gewaschen, sucht neuen Wirkungskreis bei ehrlichen, festen Einkünften. Nicht wohnraumgebunden.
Können: Abgeschlossene Berufsausbildung, alle Bereiche Marketing, unerreichbare Erfolgsquoten.
Erfahrung: Bauleitung Hoch-/Tiefbau, Werbung, Grafik, Vertrieb.
Hobbies: Ausgezeichneter Koch. Segeln (Segelscheine vorh.), Klettern, Wandern, Schwimmen, Alpin-Ski.
Ang. unt. A 11 741 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännischer Geschäftsführer

Deutscher, 40 Jahre, gründliche kaufmännische und technische Ausbildung in Industrie, Export/Import, Handel, langjährige Auslandserfahrung in England, Argentinien, z. Zt. in Brasilien tätig, perfekt in allen vier Sprachen, sucht neue Führungsaufgabe im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. N 11906 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wirtschaftsjurist

Volljurist, 29 Jahre, Assistent der Geschäftsführung in der Konsumgüterbranche, Erfahrung auf den Gebieten Marketing, Product-Management, Merchandising sowie (deutschem und internationalem) Vertragsrecht, gewerblichem Rechtsschutz, Wettbewerbsrecht, Handels-/Gesellschaftsrecht; Fernost-Erfahrung (Japan, Hongkong, Taiwan, Thailand, Singapore); englische (fließend) und französische Sprachkenntnisse; einsatzfreudig und belastbar, unternehmerisch denkend, sucht ab 1. März 1985 verantwortungsvolle Aufgabe mit Zukunftsperspektive.
Angeb. erb. u. F 11 878 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Controller / Revisor

Betriebswirt, 39 J., langj. Industrieerfahrung im Controlling / Revision, z. Z. leider Kostenrechnung u. Revision, su. neue verantwortungsv. Aufgabe im Großraum Hamburg.
Angeb. erb. u. P 11907 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bankprokurist

42 J., in ungekündigter Stellung, versiert in Auslandsgeschäften u. Verwaltung, sucht neuen Wirkungskreis in Bank oder Industrie.
Zuschriften u. T 11 734 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VERTRIEB / EINKAUF
Opto-elektronische Bauelemente, Fernost

Geschäftsführer für US-Firma, Vertriebsbereich Zentraleuropa, tropentauglich, Vertriebserfahrung über mehrere Jahre in Hongkong und Korea, verhandlungssicher, Englisch/Franz. in Wort und Schrift, wünscht per 1. 4. 85 neuen Aufgabenbereich, vorzugsweise Fernost.
Angeb. unt. Z 11 740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

26jähr., mit Erfahrung im Bereich Reiseleitung, Animation, Rezeption, z. Z. Reisebüro-Leiterin in ungekündigter Stellung, Spanisch u. Englisch in Wort u. Schrift, sucht Beschäftg. (auch andere Branche) im Raum
Málaga/Spanien
ab 1. 4. 85 oder nach Vereinbarung.
Angeb. u. N 11 884 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Frühpensionierter Beamter i. geh. Verw.-Dienst, 50 J. alt, mit fundierten Kenntn. im Personal-, Kassen- u. Sicherheitswesen sowie im textilen Bereich (Webmeister), sucht
neues Aufgabengebiet
Angeb. u. G 11 879 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Ökonom

weibl., verh., 28 J., wissensch. Hochschultätigkeit, Schwerp. Rechnungswesen/Unternehmensverfassung, su. Anstellung im Großraum HH.
Ang. u. B 11874 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektroniktechniker

27 J., Ägypter mit deutscher Frau, zielstrebig, Abitur, gute Sprachkenntnisse in Engl., Franz., Ital., Deutsch, Arabisch. Spezialisiert auf Radio u. TV, sucht Anfangsstellung.
Zuschr. u. S 11 887 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Verkäufer

im Außendienst, mit Erfolg im Verkauf techn., erklärungsbed. Produkte an Handel u. Industrie. 49 J., 25 J. Verkaufspraxis mit Auslandserf., gutes Englisch, seit 15 J. in ungek. Position, sucht neue, interess. Tätigk. im Rhein-Main-Gebiet.
Zuschr. u. D 11 876 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Freier Wirtsch.-Journalist, Insider im Finanzgeschäft, übernimmt freiberufl. die Ausarbeitung von Berichten, Referaten, Veröffentlichungen etc. Angeb. erb. u. H 11 880 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volksw. (Unternehmensberater)

38 Jahre, selbständig, langjähr. Erfahrungen in Konzeption und Realisierung von Großprojekten für private und öffentliche Dienstleistungsunternehmen (Schwerpunkt Versicherungen, Vermögensverwaltung, Inkasso, Projektmanagement) sucht neuen Wirkungskreis in leitender Position.
Ang. u. X 11 870 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Lebensmittel-Groß- und -Einzelhandels-Kaufmann

Erfahrung im Außendienst, in der Verkaufsförderung und Werbung. Seit Jahren in der Verwaltung tätig, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote unter Postfach 11 52
5340 Bad Honnef

Jg. Steuerbevollmächtigte

sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 4. 85. Zuschr. erb. u. PH 48524 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Feingesinnter Student

sucht in vornehmer Familie Aufnahme als Butler u. erziehender Hauslehrer
Tel. 0 45 37 / 2 95

Fremdsprachenkorrespondentin

Engl. u. Franz., Anfängerin, m. sehr guten Fremdsprachen-Kenntn., 1½ Jahre Aufenthalt in GB und ¾ Jahre Frankreich, sucht Einstieg in die Praxis. Welches Unternehmen gibt mir eine Chance. Weiterbildung in weiteren Sprachen möglich.
Tel. 0 51 76 / 5 28

Industriekaufmann

35 J., in Industrie u. Handel tätig, sucht solide Vertretungen für PLZ-Geb. 4 und 5.
Zuschr. u. T 11 932 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

35 J., ungekündigt, dynamisch, flexibel, u. a. Führungsposition im engl.-sprach. Westafrika, sucht entwicklungsf. Stellung als Assistent im Bereich Verkauf, ggf. auch Ausland.
Zuschr. u. U 11 735 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fließend deutsch sprechender Amerikaner mit BA-Diplom sucht Stellung in der verarbeitenden Industrie oder im Devisenhandel. Er würde gern die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Angeb. erb. an: Francis Christoferson, 18 Park Vale Ave., Boston, Mass. 02134 USA

Gärtner oder Hausmeister

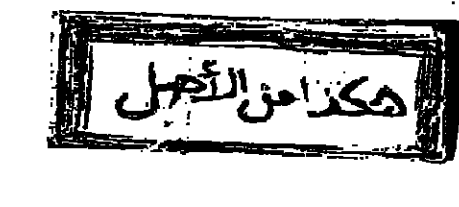
31 J., handwerkl. begabt, deutsch- u. franz.-sprachig, Führerschein, su. feste Arbeitsstelle in Süd- oder Westfrankreich. Mögl. mit Teilzeitarbeit für die Ehefrau.
Zuschr. u. E 11 877 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

VOLLBLUTSPEDITEUR

mit 35jähriger Praxis, ungekündigt, sucht „die Aufgabe" in Wirtschaft, Export od. Spedition z. 1. 4. 85.
Ang. unt. C 11 875 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Die Zentralredaktion **der WELT** arbeitet in Bonn, dem politischen Zentrum der Bundesrepublik Deutschland.
W 3400





Aus dem Busch

mat – „Ach, was muß man oft von bösen Kindern hören oder lesen!" Mit diesem Stoßseufzer beginnt Wilhelm Busch seine Max-und-Moritz-Geschichten. Heutzutage könnte man statt des „von" in der ersten Zeile gut und gerne auch ein „über" einfügen. Die germanistisch-philologisch-psychologisch-sozialpsychologisch-psychoanalytischen Experten haben sich ja längst über Wilhelm Busch hergemacht, ihm allen Witz ausgetrieben und statt dessen ein reichhaltiges Repertoire von Macken und Verklemmungen zugesprochen. Und nun kommt uns mit dem „Max-und-Moritz-Kommentar" von Burckhard Garbe auch noch eine „Neu-hoch-germanistische Interpretation der Bildergeschichte von Wilhelm Busch" (Edition Herodot, Göttingen, 154 S. mit zahlr. Abb., 18 Mark) auf den Tisch.

Der Autor weist darin unter Zuhilfenahme von Linguistik und Hermeneutik, ein wenig frühem Freud und späten Chomsky nicht nur nach, daß Moritz stets der Anstifter war, während Max lediglich Ausführender ist, er belegt auch, daß der Mord an dem Brüderpaar als ein vorsätzlicher Mord der Dorfgemeinschaft angesehen werden muß, „nach ratsbeschluß im dorfkrug oder im sozialraum des dorfgemeinschaftshauses". Und wie es sich für einen ordentlichen Wissenschaftler gehört, zitiert Garbe auch wacker, z. B. den Eugen B. G. B. Wühl-Maus mit „Moritzus *legislativus* – *Maxius* executivus – Die Teilung der Gewalt bei Wilhelm Busch" oder Hardi Sächser mit „Hartes und weiches t bei Busch", oder er erwähnt den Streit zwischen Aristides Grecophil und Desiderus-Erasmus Bauchelspeck über Buschs „Verhältnis zur Antike".

Erstaunlicherweise geht er jedoch nicht auf die Untersuchung von Hemmo Müller-Suur „Max und Moritz unmoralisch?" und Gert Sautermeister „... meisterlicher Anwalt von Pietätlosigkeit" ein, berücksichtigt weder „Die Interjektion bei Wilhelm Busch" von Fritz Kleemann noch den Versuch einer psychoanalytisch-schriftpsychologischen Deutung von Christian Dettweiler, ja, er scheint nicht einmal Cornioleys „Sexualsymbolik in der ‚Frommen Helene'" zu kennen.

Sollte das etwa daran liegen, daß diese Abhandlungen ernstgenommen werden wollen, während Garbe sich damit vergnügt, die allzu eifrigen Ausdeuter der Textsorte Wilhelm Busch einmal kräftig auf den Arm zu nehmen?

Die Juden und die Männer des 20. Juli – Zu zwei neuen Monographien

Bosch war der Mittelsmann

In diesem Jahr, vierzig Jahre nach dem 20. Juli 1944, ist auf vielfältige Weise des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gedacht worden. Auf dem großen Symposion der historischen Kommission zu Berlin über „Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler" wurden an die sechzig Einzelreferate gehalten. Aber merkwürdig: Kein einziges dieser Referate beschäftigte sich mit dem doch so hochinteressanten Thema des innerdeutschen jüdischen Widerstands und des Verhältnisses der Männer des 20. Juli zu den Juden und zur Judenverfolgung. Hier gilt es noch, eine Forschungslücke zu schließen.

Dazu wollen zwei neue Bücher beitragen: Leon Brandts „Menschen ohne Schatten" (Oberbaumverlag, Berlin, 152 S., 31 Abb., 16,80 Mark) und „Selbstbehauptung und Widerstand" von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege (Christians Verlag, Hamburg, 384 S., 38 Mark). Das Buch von Brandt ist das Nebenprodukt einer Fernsehdokumentation über die „Gruppe Baum", die allerdings an der Kooperationsunwilligkeit der „DDR" scheiterte. Dementsprechend stehen die Aktivitäten dieser kommunistischen jüdischen Widerstandsgruppe, die 1942 aufflog, verbunden mit Augenzeugenberichten der Überlebenden, im Mittelpunkt.

Auch unter den Juden in Deutschland, konstatiert Brandt, habe es „Gruppen und Grüppchen verschiedenster politischer Ausrichtung" gegeben. Aber diese Vielfalt verliert er immer dann aus den Augen, wenn es um den Widerstand geht. Und zum Schluß folgert er: „Es waren nicht die Reichen, die Erfolg- und Einflußreichen, und nicht einmal die Männer des Widerstandes vom 20. Juli 1944, die ihre Hand zur Hilfe für einen Juden ausstreckten! Ausgenommen den Industriellen Oskar Schindler, waren es die einfachsten Leute, die Herz hatten."

Kwiet und Eschwege weisen in ihrer Untersuchung demgegenüber nach, daß solche Behauptungen nicht zutreffen. Und sie rücken noch etwas gerade: „Die Herbert-Baum-Gruppe *hatte eine politisch-ideologische* Programmatik entwickelt, die sich allein am kommunistischen Modell orientierte – es gab keine spezifisch jüdische Ideologie, sondern nur die allgemein kommunistische." Zugleich stellen die Autoren klar, daß sich jüdischer Widerstand eben nicht nur in fragwürdigen Anschlägen und Aktionen – wie denen der Baum-Gruppe – äußerte, sondern daß er ein sehr weites Spektrum umfaßte. Das reichte von der Verweigerung, die sich in Flucht, Untertauchen oder auch im Selbstmord äußerte, bis zur offenen Abwehr durch öffentlichen Protest, den Druck illegaler Schriften oder Widerstand im Lager.

Vor allem aber finden sich in diesem Buch zwei hochwichtige Hinweise auf die Kontakte zwischen der „Reichsvertretung der deutschen Juden" mit Leo Baeck an der Spitze und dem Goerdeler-Kreis sowie auf „Hilfsgelder", in Höhe von 1,2 Mill. Reichsmark, die der Geschäftsführer der Bosch-Werke, Hans Walz, zwischen 1938 und 1940 der „Reichsvertretung" zur Verfügung stellte. Es ist erstaunlich, daß diese Tatsachen bislang von der Historikerschaft noch nicht gebührend zur Kenntnis genommen wurden, obwohl Hans Reichmann darüber bereits 1958 im Jahrbuch des Leo-Baeck-Institutes berichtet hatte.

Hans Reichmann aus Wiesbaden war bis 1938 Syndikus des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" in Berlin. Nach seiner Emigration 1939 nach England übernahm er verschiedene wichtige Ämter in Hilfsorganisationen der Juden. Nach dem Krieg, nämlich 1955, nahm er an einem Gespräch zwischen Robert Weltsch und Leo Baeck teil, in dem Baeck berichtete, daß seine engen Verbindungen, die er als der führende Berliner Rabbiner zu wichtigen Politikern und auch zu prominenten Mitgliedern des Adels hatte, nach 1933 eher intensiver geworden seien. Anlaufstelle sei stets Robert Bosch in Stuttgart gewesen.

„Ich war in ständigem Kontakt mit den Männern des Widerstandes", berichtete Baeck damals. „Mein Kontaktmann war ein bekannter Industrieller in Stuttgart, dessen Namen ich nicht ohne seine Erlaubnis erwähnen möchte." (Das waren, wie man heute weiß, Robert Bosch und sein Vertrauter Hans Walz.) „Dieser Mann hatte Verbindung sowohl zu Goerdeler als auch zur Wehrmacht, aber nur von einigen Männern, die ich durch seine Vermittlung kennenlernte, weiß ich die Namen. Unter ihnen war auch ein Mitglied der NSDAP, dessen irregeleiteter Idealismus ihn zwar in Nazikreise geführt hatte, der aber trotzdem das volle Vertrauen des Widerstands genoß."

Baeck wurde von seinem Kontaktmann auch gebeten, an einem Manifest „für den Tag danach" mitzuarbeiten und darin die Stellung der Juden in Europa nach der Befreiung darzustellen: „Ich arbeitete von 1938 bis 1941 an diesem Buch. Daran zu schreiben war nur in den sehr frühen Morgenstunden möglich. Zu diesem Zweck stand ich um vier Uhr morgens auf. Meine Assistenten waren Rabbi Dr. Lukas aus Glogau und Dr. Hilde Ottenheimer. Dr. Lukas starb eines natürlichen Todes in Theresienstadt, aber Dr. Ottenheimer wurde deportiert."

„Das Manuskript umfaßte fünf maschinengeschriebene Bände", berichtete Baeck weiter. „Eine Fassung ging nach Stuttgart und wurde mit anderem belastendem Material nach der Verhaftung des Mannes von der Frau vernichtet. Die zweite erhielt das NSDAP-Mitglied, die dritte ging an einen entfernten Verwandten, wo sie als sicher galt; aber sie mußte dann doch vernichtet werden. Den vierten Durchschlag aber schickte mein treues Dienstmädchen als ‚Toilettenpapier' nach Theresienstadt nach, wohin ich deportiert worden war."

Baeck konnte die fünf Bände retten, doch nach seinem Tod galten sie als verschollen, bis sie schließlich hinter einem Schrank in seiner Wohnung entdeckt wurden. Heute bewahrt das Leo-Baeck-Institut in New York diese Abhandlung über „Die rechtliche Stellung der Juden in Europa" auf.

Dieses Beispiel zeigt, wie stark der Begriff des Widerstandes differenziert werden muß. Anders ist es auch nicht möglich, der Situation der Juden *unter dem Nationalsozialismus* gerecht zu werden. Vor allem aber, das heben Kwiet und Eschwege völlig zu Recht hervor, darf nicht vergessen werden, daß eine so extrem gefährdete Gruppe wie die Juden natürlich für den organisierten Widerstand eine zusätzliche Gefahr darstellten.

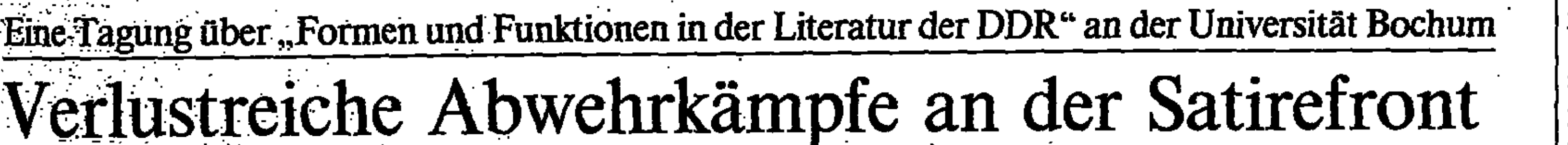
Bemerkenswert ist an ihrem Buch auch der Hinweis: „Themenbereiche der deutsch-jüdischen Geschichte, des Antisemitismus und der Judenverfolgung besitzen für die DDR-Historiker keine selbständige Relevanz. Die entsprechende Literatur bewegt sich in bescheidenen Grenzen."

Das gilt auch für die Arbeit von *Helmut Eschwege, der in der „DDR"* lebt. Im Vorwort heißt es dazu: „Ende der 60er Jahre legte Helmut Eschwege nach Auswertung aller ihm erreichbaren Quellen in den Archiven der DDR ein Manuskript über den Widerstand der deutschen Juden vor. Es fand weder die verdiente Anerkennung, noch eröffnete sich eine Möglichkeit zur Veröffentlichung" – in der „DDR"! 1970 wurden dann Teile im englischen Jahrbuch des Leo-Baeck-Institutes und 1972 in einem hebräischen Sammelband gedruckt.

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis der mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit von Helmut Eschwege und Konrad Kwiet. Es stellt zweifellos einen wichtigen Forschungsschritt dar.

ROLF VOGEL





Eine Tagung über „Formen und Funktionen in der Literatur der DDR" an der Universität Bochum

Verlustreiche Abwehrkämpfe an der Satirefront

Je öfter du umfällst, desto sicherer wird dein Standpunkt!" – So weit kann Kabarett in der „DDR" inzwischen gehen. Aber *so* weit nicht: „Trotz großer Verluste an Menschen und Material kämpfen wir weiter im feindlichen westlichen Ausland." Was ist das? Ein fiktives Telegramm des Gewandhausorchesters Leipzig an die „sozialistische Heimat" nach dem Bekanntwerden der Tatsache, daß einige Ensemblemitglieder während einer Westtournee abgesprungen sind.

Der Witz hat natürlich einen nur allzu realistischen Hintergrund: Immer wenn das „Gewandhaus" im Westen gastiert, kommt es etwas reduziert in die Heimat zurück. Aber darüber auch noch *Witze machen*? Nein! So kam hier also der Zensor voll zum Zuge, und wir wissen von diesem Witz nur deshalb, weil der, der ihn sich im Kabarett ausgedacht hat, inzwischen auch im Westen ist. Denn: „Die Entwicklungsgesetze sind objektiv – sie setzen sich durch. Ob die *Menschen das wollen oder nicht!*" Da bleibt einem das Lachen im Halse stecken, auch wenn es für solche Weisheiten in der Leipziger „Pfeffermühle" oder in der Ostberliner „Distel" rasenden Beifall gibt, befreiendes Gelächter.

Es sind meistens ziemlich bittere „*Spiele des Lachens*", um die es hier geht, halb legal oder von vornherein illegal, denn „Formen und Funktionen des Komischen in der Literatur der DDR" (so der Titel einer Tagung des Arbeitskreises für Literatur und Germanistik in der DDR an der Ruhr-Universität Bochum) bleiben dort nie dem Zufall überlassen. Sie werden verbindlich definiert durch die jeweils gültige kulturpolitische Linie. Nach wie vor werden Scherz, Satire, Ironie von Partei wegen als „*heitere* Kritik an noch vorhandenen Mängeln" verstanden, auch wenn sich den Kabarettautoren in zunehmendem *Maße die Federn sträuben* und der Nachwuchs gleich gar keine Lust mehr verspürt, „staatlich lizenzierter Gagschreiber" zu werden.

Es gibt in der „DDR" inzwischen eine fast grotesk anmutende Entwicklung auf diesem Gebiet: Immer weniger Satiriker produzieren Programme für immer mehr *Kabaretts*. Darauf wies in Bochum der Literatur-Wissenschaftler Manfred Jäger im wohl besten Vortrag der Tagung hin. Völlig verunglückt war dagegen der Versuch von Marianne Schuller über „Lachen und Widerstand". Ein von Haus aus äußerst reizvolles Thema wurde *vertan*, weil die Rednerin es sorgfältig vermied, sich auf „DDR"-Literatur einzulassen. Sie blieb schon im Vorfeld im ermüdenden Paraphrasieren von Baudelairetexten und der Witz- und Zoten-Theorie von Freud stecken.

Glanzvoll dagegen der Einleitungsvortrag des Zürcher Germanisten Peter von Matt. Er analysierte „Das Lachen in der Literatur" anhand eines Textes, *der das genaue Gegenteil von* Satire, Ironie und Komik ist: „Die Glocke" von Friedrich Schiller, das „erfolgreichste deutsche Gedicht", das nach von Matt „Literatur ohne Lachen in paradigmatischer Ausprägung" ist und dennoch, wie überliefert, die Romantiker vor Lachen fast von den Stühlen riß.

Indem von Matt sorgfältig die ideelle Funktion des Schillergedichts *herausarbeitete* und sie in einem „Imperativ an die Nation" sah, der wiederum einem „mächtigen Bedürfnis der Zeit" folgte, konnte die Funktion des Lachens in der Literatur um so *deutlicher Kontur* gewinnen: „Der Witz setzt Ordnung voraus, ist aber keiner Ordnung Repräsentant." Der Lachende genießt also im Lachen eine Freiheit, für die er nichts kann.

Zwei weitere Referate zur frühen und jüngeren *Komödie in der* „DDR" komplettierten das Angebot, wobei Jan Knopfs Nachdenken über „Gesellschaftlich Komisches" in diesem Kontext in der Erkenntnis gipfelte, daß die „*DDR"-Komödie auch heute* noch zuerst Bekenntnisse fordere und nicht so sehr Erkenntnisse vermittle. Mithin: Nichts geht mehr, höchstens die satirischen Autoren, und zwar in Richtung West, weil sie es, wie einer von ihnen sagte, satt haben, „große deutsche Bockwurst- und Klosettpapier-Satire" zu verfassen. Auch darüber wurde in Bochum gelacht. Aber es war Peter von Matt, *der mit dem Satz begann*: „Das Reden kann das Lachen umbringen, das Lachen beendet das Reden."

ULRICH SCHACHT

Das Holländische Nationalballett präsentiert seine neuen Choreographien

Monumente für einen toten Jungen

Es war einmal in den Niederlanden, so könnte die Geschichtsschreibung über die wichtigsten Strömungen des zeitgenössischen Balletts der letzten zwei Jahrzehnte beginnen. Und was ist heute in den Niederlanden? Hans van Manen, dessen Premieren vor einem Jahrzehnt noch Ballettwallfahrten auslösten, ist Choreograph und Regisseur beim Holländischen Nationalballett; Rudi van Dantzig, dessen Choreographien einstens sogar Boulevardzeitungen zur Berichterstattung animierten, ist künstlerischer Leiter des Nationalballetts, und Toer van Schayk steht ebenfalls im Personalverzeichnis.

Wenn also eins der neun Programme, die von der in Amsterdam stationierten Kompanie in dieser Spielzeit angeboten werden, den Titel trägt „Die neue Generation der Choreographen", darf man mit Fug und Recht die Einhaltung minimaler Standards choreographischen Handwerks erwarten. Weit gefehlt! Was in acht Vorstellungen zwischen Scheveningen und Nimwegen dem Publikum zugemutet wurde, grenzt an Unverschämtheit.

Mit dem Qualitätssiegel „Nationalballett" versehen, wurden von vier Choreographen Arbeiten vorgestellt, die allenfalls als Etüden eines Choreographie-Kurses zu diskutieren wären. Der 31jährige Leo Besseling stellt mit „This way and that" zur Musik von David Sylvain ein sogenanntes humorvolles Ballett für drei Tänzerinnen, das einen einzigen Gag 17 Minuten auswalzt. John Wisman hatte die originelle Idee zum Aberhundertsten Male Luciano Berios „Sinfonia" aus dem Jahre 1968 als Musikvorlage zu wählen. Den 15minütigen dritten Satz benutzt er zu einem Bewegungsarrangement für drei Paare und durchsichtige Paravents, Titel: „Say it again, louder". Da wird in langen Röcken bedeutungsvoll gehoben, gelegen, gegangen und geschoben. *Identität, Aggressivität, Annäherung und Abwehr* sollen offenbar die Themen sein. Doch wen interessiert was unzählige Male besser gelungen ist?

Clint Farha, Startänzer der Truppe aus Kansas, kann mit „A bad influence" nur in den ersten drei von 22 Minuten überzeugen. Endlich scheint ein Choreograph sich von der Nabelschau des zeitgenössischen Balletts zu lösen und Elemente der Gegenwart aufzugreifen. Da werden muntere Arrangements von Footballspielern und Discotänzern in der Art von Videoclips präsentiert und dann wieder frech zerstört. Doch, weh o weh, *spätestens in der vierten Minute* beginnt die altbekannte Innenschau. Der Choreograph der neuen Generation *buchstabiert* seine reichlich uninteressante Autobiographie in der Art des Balletts „Monument für einen *gestorbenen Jungen*", das der derzeitige Leiter des Nationalballetts, Rudi von Dantzig, vor nahezu zwanzig Jahren zur *Uraufführung* gebracht hat und das bis heute eins der Glanzstükke der Kompanie geblieben ist.

ALBIN HÄNSEROTH



Kein Glück mit dem Nachwuchs: Rudi van Dantzig, Leiter des Holländischen Nationalballetts FOTO: ANP



Erforschung neuer bildnerischer Ausdrucksmöglichkeiten: „Ohne Titel", von Georges Grosz 1920 gemalt. Aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: KATALOG

Düsseldorfer Ausstellung: „Die Stadt und die Straße"

Selbstmord einer Frau

Zum letzten Mal vor dem Umzug der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in den Museumsneubau am Düsseldorfer Grabbeplatz hat Werner Schmalenbach im Jägerhof Platz gemacht für eine didaktische Ausstellung, deren jährliche Folge seit einiger Zeit aus Geldmangel unterbrochen war. Man wundert sich, mit welcher Zähigkeit Schmalenbach an dieser Einrichtung festhält, die nirgends mehr überrascht hat als ausgerechnet in der Düsseldorfer Landesgalerie, die sich nie als Schule, *sondern als eine elitäre Versammlung* von Meisterwerken verstand, wo nach der Devise des Chefs das Kunstwerk „*an sich*" für sich allein sprechen sollte.

Frühere Ausstellungen befaßten sich mit Paul Klee und Picasso, mit dem Kubismus, dem Surrealismus, den Amerikanern nach 1950. Die Jäg*erhof-Sammlung besaß genügend* einschlägige Bilder, um dafür das Gerüst zu liefern. Jetzt ist zum ersten Mal eine thematische Ausstellung zu sehen. „Die Stadt und die Straße". Das ist aktuell und attraktiv. Bei dem Besuch drängt sich allerdings die Frage auf, ob sie es auch schon durch die 17 Gemälde der *NRW-Sammlung* ist, die dazu den Anlaß gaben. Manche liefern zwar treffende, künstlerisch hochrangige Beiträge zum Thema, aber andere haben nur mittelbar, einzelne – wie die Bilder von Lissitzkyund Rauschenberg zum Beispiel – nur sehr entfernt mit der Stadt und der Straße *zu tun. Eine konzentrierte* Auswahl der Malerei des letzten Jahrhunderts, die sich die Darstellung der Stadt und der Straße mit ihren Menschen und spezifischen Problemen zur Aufgabe gemacht hat, würde sicher treffendere Beispiele bevorzugen.

Das ist eine notwenige Anmerkung, die durch das reiche *Informationsmaterial* der Ausstellung dem Kritiker eigentlich hätte abgenommen werden müssen. Immerhin wird in den begleitenden Reproduktionen an Léger, Boccioni, Meidner, auch an einen „anderen" Beckmann erinnert, der hier mit dem „Eisernen Steg" von 1922 vertreten ist. Daneben sieht man ein Fensterbild und einen „Eiffelturm" von Delaunay. Damit verwandt ist das Bild „Umpferstedt" von Feininger. Von August *Macke*, der viele herrliche Stadtbilder gemalt hat, hängt hier die „Kathedrale von Freiburg in der Schweiz", *von* Klee *eine* Komposition „Rote und weiße Kuppeln".

E. L. Kirchner ist mit einer seiner typischen Straßenszenen („Zwei Frauen") vertreten, die Pittura metafisica mit *Gemälden* von *Carrá*, de Chirico und George Grosz (der zum Thema weit bedeutendere Bilder beigesteuert hat). Von Piet Mondrian wird eine geklebte Studie zu „New York City II" gezeigt, von Warhol ein serieller Siebdruck „Selbstmord einer Frau".

Für die wenigsten dieser Maler sind Stadt und Straße das eigentliche Thema; sie sind es sowenig wie das Stilleben oder *das Bild des Menschen*, seit sich die Kunst vom Naturvorbild emanzipiert hat. Stadt, Straße *und Staffage* haben allenfalls *funktionelle* Bedeutung; sie sind Anlaß und Vorwand für die Auseinandersetzungen mit formalen oder sozialen Problemen, für die Erforschung und Erprobung neuer bildnerischer Ausdrucksmöglichkeiten. Das hat allerdings, wie die Ausstellung mit jedem Bild beweist, zu *bedeutenden* und zum Teil hervorragenden Kunstwerken geführt; und deswegen ist sie uneingeschränkt sehenswert. (Bis 30. Dezember; Katalog 7 Mark; didaktisches Begleitheft 4 Mark.)

EO PLUNIEN

Neil Simons „Brooklyn-Memoiren" in Hannover

Jeder ist in der Klemme

Die Bühne ist offen, und man blickt in eine amerikanische Allerweltswohnung. Wohnzimmer zu ebener Erde, darüber zwei Schlafzimmer. *Ein Junge betritt die Szene.* Eugene heißt er, wie O'Neill, ist 15 Jahre alt und erzählt: Er will Schriftsteller werden, und deshalb schreibt er alles auf, was er mit den Seinen erlebt.

Man reibt sich die Augen: Nanu, das kennt man doch, das war doch längst auf der Bühne. Doch es geht nicht um die verkrüppelte Laura und ihre Sammlung gläserner Tiere, es ist nicht „Die Glasmenagerie" von Tennessee Williams. Aber es ist dessen Strickmuster, das vielleicht ohne Thornton Wilders „Kleine Stadt" auch nicht zu denken ist. „Brooklyn-Memoiren" heißt das Stück in der deutschen Übersetzung, im Original „Brighton Beach *Memoirs*", und es stammt von keinem Geringeren als Neil Simon. Von jenem Schreiber ausgemachter *Boulevardstücke*, dessen „Sonnyboys" an allen deutschen Bühnen zum Hit wurden. Die „Brooklyn-Memoiren" wurden jetzt am Niedersächsischen Landestheater in Hannover, inszeniert von Neidhardt Nordmann, erstmals in Europa vorgestellt.

In Brigthon Beach spielt das Stück tatsächlich, und sogar Laura lebt dort. *Nur heißt sie jetzt Laurie und ist* herzkrank. Ihre Mutter Blanche, Erinnerung an „Endstation Sehnsucht", *ist* verwitwet. Herrin im Haus ist Kate, die aus Arthur Millers „Alle meine Söhne" stammt. Kommt einer nicht zurecht – wie Blanches emanzipationssüchtige Tochter, die bezeichnenderweise Nora heißt, oder Sohn Stanley, dem die Kündigung droht –, geht er zu Vater Jack. Der weiß immer Rat.

Den hat man aber auch bitter nötig, denn ausnahmslos jeder in dieser Familie ist irgendwie in der Klemme. Nur ganz am Rande erfährt man, daß die kleinen Leute, *denen man da in* die Stube guckt, Juden sind. Auch ihren zahlreichen Verwandten „im Osten" geht es nicht besser. Es bleibt offen, ob dieses „Osten" in Deutschland oder in Polen liegt.

Die „große Depression" ist eben vorüber, ein neuer Krieg droht, man schreibt das Jahr 1938 – wie bei Tennessee Williams. Das ist die Lage.

Die symbolträchtigen Namen der Personen und ihre kleinen Nöte bringen das unterhaltsame Boot jedoch nicht zum Kentern oder auf falschen Tiefgang. Zwar gibt es Konflikte, und dann fliegen die Fetzen, die der *Autor* – im Gegensatz zu Williams – nicht sentimental verzuckert. Es wird ein lustiger Abend, durch die schlagfertigen Kommentare des Möchtegern-Schriftstellers Eugene.

Dessen Darsteller Markus Vogelbacher galt denn neben Horst Schick als gutmütigem Vater und Dorothea Kaiser, die sonst eher Damen spielt und die hier als lebenstüchtige Mutter Kate breitbeinig durch Nordmanns jede Figur präzis konturierende Inszenierung stakst, der begeisterte Applaus.

KATHRIN BERGMANN

JOURNAL

Neue Repressalien im Fall Grigorjanz

DW. Bonn

Ein Fall – in seiner Art präzedenzlos – ist *der Menschenrechtsorganisation* „Kontinent" bekanntgeworden. Die Ehefrau des 1983 zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilten 43jährigen Literaturwissenschaftlers Sergej Grigorjanz wurde zur Zusammenarbeit mit dem KGB aufgefordert, andernfalls würden *sich die Haftbedingungen* ihres Mannes verschlechtern. Nachdem Tamara Grigorjanz dieses Ansinnen abgelehnt hatte, wurde ihre Wohnung nach vorausgegangenen Drohungen verwüstet. Zahllose Gegenstände wurden zerbrochen, es wurde versucht, Feuer zu legen, ohne daß die Miliz einschritt. Ein ähnlich krasser Fall von Einschüchterungen der Angehörigen politischer Gefangener ist westlichen Beobachtern zufolge während der letzten *dreißig Jahre nicht* bekanntgeworden.

Konzentrationswelle bei den US-Verlagen

DW. New York

Die Konzentrationswelle unter den US-Verlagen (wie auch in Großbritannien) hält weiter an; allerdings geht es längst *nicht mehr* um den bloßen Zusammenschluß von zwei oder mehr buchproduzierenden Unternehmen, sondern um den Aufkauf florierender Verlage durch branchenfremde Konzerne. Jüngstes „Opfer" ist der New Yorker Verlag Prentice Hall, der jetzt zum Preis von rund zwei Milliarden Mark in den Besitz der kalifornischen Gul & Western Industries übergegangen ist. Prentice Hall hat vor allem im Bereich der College-Textbücher eine führende Stellung.

Matthias Wegener verläßt Rowohlt

DW. Bonn

Matthias Wegener, unter dessen Leitung der traditionsreiche Rowohlt Verlag in Reinbek während der vergangenen Jahre eine umstrittene Entwicklung genommen hat, wird, *wie es heißt, im Februar* 1985 das Unternehmen verlassen, in das er 1968 mit Anteilen seines eigenen, vom Vater ererbten Verlages eingetreten war. Rowohlt gehört zum Stuttgarter Holtzbrinck-Konzern, mit dessen Spitze Wegener angeblich in Konflikt geraten ist. Branchenkenner vermuten, daß man in der baden-württembergischen Hauptstadt mit der Programm*politik des Reinbeker* Verlagsleiters nicht einverstanden ist. Dem Vernehmen nach wird Wegener nächstes Jahr Leiter des Bertelsmann-Buchclubs.

Ein Textilmuseum für Mindelheim

dpa, Mindelheim

Die Grundlage für ein neues Textilmuseum ist in Mindelheim geschaffen worden. Prof. Hilda Sandtner, die den Lehrstuhl für Kunsterziehung an der Universität Augsburg innehat, übergab der schwäbischen Stadt durch eine Stiftungsurkunde ihre reiche Sammlung in- und ausländischer Textilien, die im ehemaligen Mindelheimer Jesuitenkolleg Platz finden wird. Die Sammlung *umfaßt wertvolle* Stikkereien, Webarbeiten, Teppiche, Kleidungsstücke, Puppen, Lampen und Masken.

Violin-Wettbewerb ohne ersten Preis

dpa, Paris

Der 20. internationale Violin-Wettbewerb Long-Thibault ist in Paris ohne Vergabe des ersten Preises zu Ende gegangen. Den zweiten Preis *erhielten zu gleichen* Teilen der Franzose Christophe Boulier und der Japaner Seiji Kageyama. Der Preis ist *mit insgesamt* 10 000 Mark dotiert. An dem einwöchigen Wettbewerb hatten sich 37 Kandidaten aus 13 Ländern beteiligt.

„Goldenes Einhorn" an Neuseeland-Film

dpa, Paris

Der neuseeländische Film „Death warmed up" von David Blyth hat *in Paris das* „Goldene Einhorn" des 14. Festivals des phantastischen Films errungen. 28 Beiträge wurden auf dem elftägigen Wettbewerb gezeigt. Im Mittelpunkt des mit dem Hauptpreis bedachten Horrorfilms steht ein wahnsinniger Chirurg. 30 000 Fans besuchten das Festival.

Seifert darf nun doch interviewt werden

dpa, Stockholm

Die tschechoslowakischen Behörden haben einem Team des Schwedischen Fernsehens doch noch die Erlaubnis zur Einreise in die CSSR und zu *einem Interview* mit dem diesjährigen Nobelpreisträger für Literatur, Jaroslaw Seifert, erteilt. Wenige Tage zuvor waren drei Mitarbeitern des ersten Kanals von „Sveriges TV" die Visa mit der Begründung verweigert worden, daß der 83jährige Seifert an Herzschwäche leide und keine *Journalisten empfangen* könne.

Ein Drehbuch aus falscher Feder

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens bleierne Zeit kommt ins Kino. Die Gefangennahme und das tragische Ende des einstigen christdemokratischen Parteivorsitzenden Aldo Moro wird verfilmt. Und der Produzent des Streifens Mauro Berardo hat sich die Mitwirkung der berüchtigten Rotbrigadisten Valerio Morucci und Adriana Faranda gesichert. Den beiden zu lebenslänglichem Kerker verurteilten Terroristen und Hauptschuldigen an der Ermordung Aldo Moros scheint die erforderliche Arbeitsgenehmigung bereits erteilt worden zu sein.

Morucci und die attraktive Adriana Faranda werden in dem Film nicht als Schauspieler auftreten, sondern als Drehbuchschreiber fungieren. Sie sollen haargenau berichten wie die Aktion damals ablief, die Moro und seinen Begleitschutz das Leben kostete. Tag für Tag bekommen sie die Rohentwürfe der Szenen und Dialoge in ihre Zelle geliefert und sollen sie überarbeiten, ausbessern und ergänzen. Nach Fertigstellung des Streifens ist es ihre Aufgabe jedes Detail noch einmal genau zu überprüfen, bevor der Film uraufgeführt wird. Mit dem Start ist nicht vor Ende nächsten Jahres zu rechnen.

Produzent Mauro Berardo besuchte die beiden Rotbrigadisten bereits viermal im römischen Zuchthaus von Rebibbia und überredete sie zur Mitarbeit, die angeblich gratis erfolgt. Unterlage des Films ist das Buch „*Die Tage des Zorns*" von Robert Katz. Regie führt Liliana Cavani, in Deutschland vor allem durch ihren Film „Der Nachtportier" bekannt. Sie weigert sich, die Meldung über das außergewöhnliche Filmprojekt zu kommentieren und verschanzt sich hinter dem Produzenten Mauro Berardo, der für die ganze Operation verantwortlich ist.

Den tragischen Titelhelden des Films spielt Gian Maria Volonté, ein politisch stark engagierter Darsteller der für seine linksextremistischen Sympathien bekannt ist. Er spielte schon einmal die Rolle Aldo Moros in dem polemischen Film „Toto moto". In ihm wurde der damalige Parteivorsitzende der Christdemokraten übel karikiert.

Die Nachricht von der Verfilmung der Moro-Affäre hat viel Aufsehen und manchen Protest in politischen Kreisen Roms ausgelöst. Justizminister Mino Martioazzoli wäscht seine Hände in Unschuld. Für die Arbeitsgenehmigung der beiden Terroristen seien allein die zuständigen Richter verantwortlich. Die italienische Öffentlichkeit und Massenmedien sind schockiert. Es steht zu befürchten, daß in dem Filmspektakel aus blutrünstigen Terroristen eine Art Helden werden.

An Amstel und Zeedijk wird jetzt aufgeräumt

Umstrittenes Drogenprogramm in Amsterdam gescheitert

ELFRUN JACOB, Amsterdam

Die weltweit kritisierte Absicht der Amsterdamer Stadtväter, einer ausgewählten Gruppe von 300 schwer Rauschgiftsüchtigen unter ärztlicher Aufsicht ein Jahr lang kostenlos Heroin zur Verfügung zu stellen, wird nicht verwirklicht. Wie aus dem jetzt veröffentlichten Gesamtprogramm zur Rauschgiftbekämpfung hervorgeht, ist das Experiment an heftigen Protesten der Mediziner und an internationalen Verträgen gescheitert, gegen die das Projekt verstoßen würde.

Das revidierte Programm von Bürgermeister Ed van Thijn und dem Kommunalparlament von Amsterdam wurde an dem Tage vorgelegt, an dem der Polizeibericht das Auffinden des 58. Herointoten dieses Jahres in der Grachtenstadt meldete.

Bürgermeister und Verwaltung standen durch die Gründung einer Bürgerwehr, die das Recht in die eigene Hand nehmen wollte, unter Druck. In Amsterdam rauben und stehlen Drogenabhängige Geld und Waren im Werte von zehn Millionen Mark pro Woche. Die Versicherungen zogen bereits die Konsequenz und fordern seit dem 1. Dezember in Amsterdam für Diebstahl- und Einbruchversicherungen höhere Prämien sowie ein vom Versicherten zu tragendes Risiko von 460 Mark.

Ganz will die Stadt ihr Drogenprogramm jedoch nicht aufgeben. So soll jetzt wenigstens *die Freiabgabe* „für individuelle Fälle" durchgesetzt werden. Deutsche Süchtige kommen dafür jedoch nicht in Frage. Überhaupt will man deutsche Drogenabhängige – die Stadt spricht von tausend, Kenner der Szene von der doppelten Zahl – lieber heute als morgen los sein. Deshalb wird auch die Ausweisungspolitik verschärft. Deutsche Drogenabhängige nehmen deshalb nicht am Methadon-Projekt der Stadt teil. Auch Apotheker geben diese Ersatzdroge nicht mehr an Ausländer ab. Nur das Gesundheitsamt wird Süchtigen, die in Amsterdam gestrandet sind, auch in Zukunft einige Tabletten Methadon für die Heimreise in die Hand drücken.

Deutsche Touristen, deren Limousinen geknackt werden und die dabei nicht selten auf eine hilflose Polizei stoßen, können aufatmen. Die Drogenstraße Zeedijk wird „sauber" gemacht. Die Stadt hat soeben ein Konsortium aus Großbanken und Baufirmen gebildet, die die umgehende Restaurierung der mit Brettern vernagelten Giebelhäuser in Angriff nehmen sollen. Der Bau eines 250-Betten-Hotels der Luxusklasse am berüchtigten „Kopf des Zeedijk", wo heute noch vorzugsweise Surinamer mit „Stoff" handeln, ist bereits beschlossen.

Im Gegenzug will die Stadt sogenannte „*Duldungs*"-, *sprich* Aufenthaltsräume für Drogenabhängige in anderen Stadtvierteln einrichten. Auch ein Heroinboot wird demnächst *für 180 000 Mark* zur Verfügung gestellt, um *die Junkies „aus dem Bild zu bringen"*.

LEUTE HEUTE

Scherbenweise

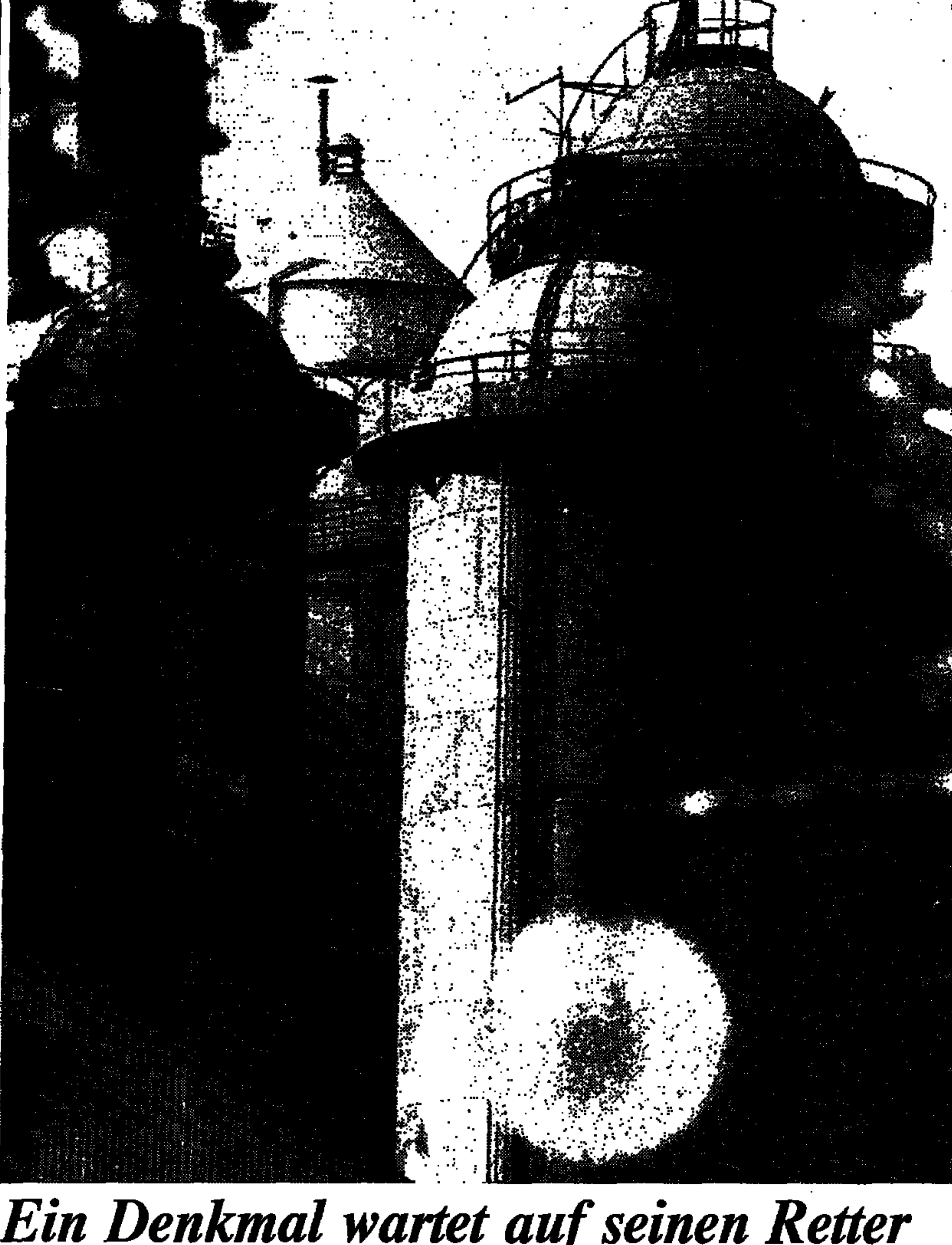
Cullen Davis, texanischer Ölmillionär, überließ dem Fernsehprediger **James Robison** zur Tilgung von dessen weltlichen Schulden seine millionenschwere Sammlung indischer Kunst, und beinahe wäre alles gut gegangen, da stieß Robison während seines Bibelstudiums auf Mose, Buch fünf. Und es stand geschrieben: Du sollst nicht trachten nach goldenem Mammon. Der bekehrte Bildschirmstar brachte die „Götzenbilder" zurück. Davis, bewegt und erschüttert, reichte Robison einen Hammer und ergriff einen zweiten, sie schlugen zu und kippten den Schutt ins Wasser. Die ein Jahr darauf von Anglern gefischten Reste erbrachten gestern immerhin noch einen Erlös von 561,50 Dollar. Soviel waren dem Publikum der Scherbenhaufen wert.

Richtige Einstellung

William Schroeder, berühmt gewordener Kunstherzpatient, bekannte jetzt im Fernsehen: „Es ist alles eine Frage der persönlichen Einstellung. Das ist die Hauptvoraussetzung. Wer die richtige Einstellung hat, kann mit vielem fertigwerden." Gelassen lauscht er deshalb einem Geräusch, das ihn nach seinen Worten an Jugendzeiten erinnere, ein Geräusch „wie altmodische Dreschmaschinen", das aus seinem Brustkorb kommt. Es ist sein Kunstherz, das da so metallisch schlägt.

Bruderliebe

Ein Cadillac-Vertreter aus Cleveland/Ohio verklagte jetzt Amerikas skandalumwitterten Auto-Manager **John DeLorean** auf sofortige Darlehensrückzahlung von rund 1,3 Millionen Mark. Der hat seit seinem Freispruch vom Vorwurf des Rauschgiftschmuggels im Sommer bereits die Gläubiger seiner bankrotten Autofirma mit Klagen über 78 Millionen Mark am Halse. Wer der Cadillac-Vertreter ist? Sein Bruder, **Charles DeLorean**.



Ein Denkmal wartet auf seinen Retter

dg. Neunkirchen

Ein ganzes Werk steht vor dem Abbruch. Einst, zu Kaisers Zeiten, war die Hütte der Gebrüder Stumm in Neunkirchen im Saarland das produktionsstärkste Eisenwerk im Deutschen Reich. Noch vor hundert Jahren war der Marktflecken mit Stadtrecht im preußischen Regierungsbezirk Trier so gut wie unbekannt. Dann aber begann das riesige stählerne Herz in der Mitte der Stadt zu schlagen und machte die Stadt zur zweitgrößten des Saarlandes.

Dieses Herz steht seit Mitte 1983 still. Nur zwei Walzstraßen laufen noch. Schon 1982 stellte zwar die Landesregierung des Saarlandes die imposante Anlage unter Denkmalschutz. Doch die Folgekosten sind dem kleinen, in Finanznöten steckenden Bundesland zu hoch. Denkmalpfleger Johannes Habich erwartet mit Hangen und Bangen den endgültigen Spruch der Landesregierung. Gestern ist der Kelch noch einmal vorübergegangen: Kultusminister Gerhard Zeitel vertagte seine Entscheidung auf den 9. Januar.

Der Landeskonservator mußte längst die Hoffnung aufgeben, den ganzen Komplex erhalten zu können. Vor drei Wochen fiel die Vorentscheidung, daß die riesige Maschinenhalle von 1913 fallen soll. Der eindrucksvolle Bau mit seinen fünf Windmaschinen und Kompressoren hätte sich nach seiner Vorstellung als eine wahre „Kathedrale der Arbeit" vorzüglich zum Industriemuseum ausbauen lassen. Nun bangt er auch um das Maschinenhaus von 1903, einen Backsteinbau mit Wind- und Elektromaschine, der immerhin noch groß genug wäre, ein Dokumentationszentrum für die Geschichte der Eisenverhüttung aufzunehmen, und um die Batterie der vier Hochöfen mit ihren zylinderförmigen Winderhitzern, von denen er wenigstens einen retten möchte. FOTO: WILLI HIEGEL

Urteil: Keine Benachteiligung Alleinstehender mit Kindern

DW. Karlsruhe

Alleinstehende mit Kind dürfen nicht länger steuerlich benachteiligt werden. Das hat gestern das Bundesverfassungsgericht entschieden und damit die Entscheidung mehrerer Finanzgerichte aufgehoben. Das geltende Einkommensteuerrecht lasse, so das Gericht, außer Betracht, daß die Leistungsfähigkeit berufstätiger Alleinstehender mit Kindern durch zusätzlichen Aufwand gemindert ist. Dadurch führe die Besteuerung der Alleinerziehenden zu einer ungerechtfertigten Mehrbelastung. Verwitwete beziehungsweise Unverheiratete mit minderjährigen Kindern hatten Verfassungsbeschwerde eingelegt, da sie die von ihnen entrichtete Einkommensteuer im Vergleich zu der von Ehepaaren für unangemessen hoch hielten. (AZ: 1 BvR 527/80 – 528/81 und 441/82).

Zu kleine Schuhe

dpa, Frankfurt

Etwa jedes zweite deutsche Kind trägt zu kleine Schuhe. Als Resultat einer Fußmessung bei 193 000 Kindern in rund 1700 Schuhgeschäften gaben das Deutsche Schuhinstitut und die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) gestern bekannt, daß mehr als 100 000 Kinder unpassendes Schuhzeug tragen, davon 5000 Kinder um drei bis vier Nummern zu kleine Schuhe.

Kindergeld für Soldaten

AP, Kassel

Bei Verlängerung der Berufsausbildung durch Ableistung des Wehrdienstes über das 27. Lebensjahr hinaus besteht Kindergeld-Anspruch für die zeitliche Dauer des Dienstes. Das Bundessozialgericht in Kassel begründete sein Urteil mit dem staatsbürgerlichen Pflichtcharakter des Dienstes und billigte einem Vater aus Schleswig-Holstein eine entsprechende Nachzahlung zu. Das Arbeitsamt hatte ihm den Anspruch entzogen. (AZ: 10 RKg 11/83)

US-Fernsehen in China

AFP, Peking

Seit gestern strahlt das chinesische Fernsehen eine Stunde wöchentlich Programme der US-Gesellschaft CBS aus. Es handelt sich um Sportreportagen, Dokumentar- und Zeichentrickfilme sowie Familienserien, umrahmt mit fünf Minuten Werbung für US-Unternehmen.

„Titanic"-Überlebende

dpa, Hermosa Beach

Im Alter von 100 Jahren ist Edwina Mackenzie, eine der letzten Überlebenden der „Titanic", in Kalifornien gestorben. Auf dem Schiff war sie fest entschlossen gewesen, an Bord zu bleiben, bis ihr ein Matrose einen Säugling in die Arme drückte und sie in ein Rettungsboot stieß.

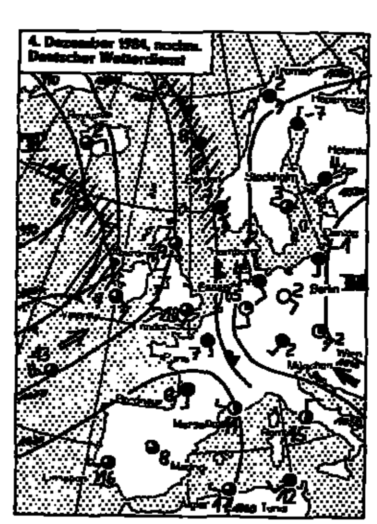
Zugunglück in England

AP, Manchester

Zwei Personen wurden gestern getötet und 63 verletzt, als bei Manchester ein Personenzug einen Güterzug rammte.

WETTER: Hochdruckwetter

Wetterlage: Am Westrand einer Hochdruckzone mit Kern über Südrußland herrscht in Deutschland ruhiges Hochdruckwetter.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Mittwoch:
Meist stark bewölkt oder neblig-trüb, in Nordrhein-Westfalen und in Lagen über 1200 Meter meist sonnig oder nur leicht bewölkt. Tageshöchsttemperaturen 3 bis 8 Grad, Tiefsttemperaturen in der Nacht plus 3 bis minus 2 Grad, dabei verbreitet Straßenglätte durch Reif. Schwacher Wind aus südlichen bis östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Von Westen her unbeständig.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	20°
Bonn	6°	Kopenh.	3°
Dresden	5°	Las Palmas	22°
Essen	5°	London	10°
Frankfurt	5°	Madrid	8°
Hamburg	4°	Mailand	8°
List/Sylt	4°	Mallorca	15°
München	2°	Moskau	-7°
Stuttgart	4°	Nizza	15°
Algier	17°	Oslo	2°
Amsterdam	5°	Paris	7°
Athen	13°	Prag	2°
Barcelona	13°	Rom	15°
Brüssel	7°	Stockholm	3°
Budapest	2°	Tel Aviv	17°
Bukarest	2°	Tunis	12°
Helsinki	4°	Wien	2°
Istanbul	°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 8.11 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr; Mondaufgang: 15.07 Uhr, Untergang: 5.53 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Was Amerikaner meinen, wenn sie Schatzi sagen

Von ANDREAS ENGEL

Lieber ein Müsli-Punk als ein Plastikfreak. Da heißt es *cool bleiben*, auch wenn man *voll down* ist. Begriffe aus dem Amerikanischen haben sich unter Jugendlichen längst eingebürgert. Fast täglich sickern US-Redewendungen aus Musik, Literatur, Sport oder Film in den deutschen Sprachschatz ein. Wie aber sieht es umgekehrt aus?

Mit dieser Frage beschäftigt sich der Bonner Philologe Horst Mühlmann in einem Aufsatz mit dem Titel „Germanismen im amerikanischen Englisch", der in der Zeitschrift „Die neueren Sprachen" erschienen ist. Mühlmann zitiert dabei den amerikanischen Wissenschaftler Mencken, der bereits in den dreißiger Jahren schrieb: Der Einfluß der deutschen Sprache auf das amerikanische Englisch ist stärker als selbst von Fachleuten angenommen.

Mit Dialektwörtern deutscher Immigranten begann es, und heute sind im öffentlichen Leben der USA viele Germanismen nicht mehr wegzudenken, von denen die meisten zum Umkreis der sprichwörtlichen deutschen *Gemütlichkeit* zählen, konstatiert Mühlmann. Dabei würden verbreitete Klischeevorstellungen vom *romantischen* Deutschland und den alpenländisch geprägten Deutschen in der amerikanischen Vorstellungswelt gefestigt.

Bei den 300-Jahr-Feiern zur Erinnerung an die ersten deutschen Einwanderer trafen sich Amerikaner zu einem *Straßenfest* und aßen *Fanne Kuchen* und *German Wafelen*. Den US-Bürgern sind *Sänger-, Volks-* und *Schützenfeste* geläufig, und es ist ihnen auch ein Begriff, daß ein *Männerchor* hin und wieder ein *Volkslied* oder einen *Yodel* anstimmt.

Erstaunlich viele deutsche Begriffe haben sich neben deutschen Grußformeln und Ausrufen im Vereinswesen sowie im Bereich Essen und Trinken etabliert. Spielen die Amerikaner *skat*, fallen zwangsläufig die Ausdrücke *mittelhand, schneider* oder *to kiebiz*. Dazu wird *Kirsch, Kümmel* oder gar eine *Auslese* serviert.

Frauen kommen zum *Coffee Klatsch* zusammen, schwärmen von *Lebkuchen* und *Pfeffernüssen*, aber auch von *smearchease, thick milk, schwartemagen* oder *liverwurst*. Zu den in den USA häufig verbreiteten Grußformeln und Redensarten gehören *Achtung, ach, auf wiedersehen, Nix comes erous* (dabei kommt nichts heraus), *Gesundheit* oder *Wie gehts*.

Freilich sind dem Großteil der amerikanischen Bevölkerung Ausdrücke aus der Nazi-Zeit mindestens genauso bekannt. Vor allem deswegen, weil sich die Massenmedien heute noch intensiv mit der Zeit des Dritten Reichs auseinandersetzen: Fernsehserien haben viele Wörter geradezu populär gemacht. Am häufigsten erscheint das Wort *Nazi* selbst, auch in Ableitungen (*Nazism*) und Zusammensetzungen (*Nazi party, Nazi regime, Nazi officer*). Begriffe, die in zunehmendem Maße zu Synonymen für Rechtsradikalismus überhaupt werden.

Ebenso ist das Wort *blitz* (Krieg) ins amerikanische Englisch integriert und wird sogar auf völlig neue Sachbereiche übertragen. Etwa auf den American Football, wo es einen *safety blitz* und einen *blitzer* gibt. Neben militärischen Begriffen wie *Flak, Stuka, Total War* haben auch Wörter wie *Lebensraum, Weltanschauung* und *Götterdämmerung* ins Amerikanische Eingang gefunden.

In der US-Presse dienen deutsche Begriffe oft als Blickfang in Überschriften oder sollen Atmosphäre vermitteln. Dazu gehören Ausdrücke wie *Autobahn, Schloss, Fräulein*. Begriffe wie *Wirtschaftswunder, Ostpolitik, Katholikentag* oder *Bundestag* werden dazu verwendet, um die Authentizität der Berichterstattung zu erhöhen. Selbst Fachbegriffe – dazu zählen *Sprechgesang, Gestalt* oder *Bildungspolitik* – werden von US-Autoren verwendet, weil sie sich erhoffen, damit ihr wissenschaftliches Prestige zu verbessern.

Zu den Wörtern, die erst in jüngster Zeit über den Großen Teich gewechselt haben, gehören unter anderem Namen und Bezeichnungen von politischen Institutionen wie *Bundesgrenzschutz, Bundeswehr, Jusos* oder *Grüne*. Besondere stilistische Effekte wollen Publizisten erzielen, indem sie Ausdrücke benutzen wie *der Alte* (Adenauer), *Baulöwe, Tendenzwende, Lohnpause, Radikalenerlaß, Waldsterben*. Auch Wortübernahmen aus dem „DDR'-Deutsch" sind bekannt: *Kaderstelle, National Preis, Vopos, Volkskammer*.

Etlichen Germanismen haftet Zweideutigkeit an. *Schatzi* beispielsweise bezeichnet nicht nur die deutsche Freundin, sondern auch ein leichtes Mädchen.

ZU GUTER LETZT

„Saurer Regen macht auch vor Richard Wagner nicht halt" dpa-Meldung aus Bayreuth.

